

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando,
Bietzeit 2,20 Mk. monatlich 1,10 Mk.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonne
jeile oder deren Raum 50 Pfg. für

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 10. Januar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Entscheidung.

Eine wichtige Stunde schlägt heute dem preussischen Abgeordnetenhaus. Um 12 Uhr beginnt die Beratung des freisinnigen Wahlrechtsantrages.

Aber hat nicht die Regierung feierlich erklärt, daß sie über den Klassen steht, daß sie nur ein Ziel im Auge hat, die Wohlfahrt aller und das Gemeinwohl?

Jede Regierung ist im Klassenstaate Vertreterin der besitzenden Klassen, aber vielleicht keine in dem Maße Anrecht und Gefangene einer herrschsüchtigen, privilegierten Oligarchie als die Regierung Preußens.

Die Erkenntnis der politischen Notwendigkeit scheidet den Staatsmann vom politischen Routineier, die Kraft, durchzuführen, was als notwendig erkannt worden ist, scheidet den Staatsmann vom politischen Schwächer.

In einem Zeitalter wie dem unserigen, in dem die Kämpfe der Klassen einen gewissen Gleichgewichtszustand erzeugen, ist die Macht der Regierung überall groß. Aber entscheidend wird die Stellung der Regierung gegenüber einem Privilegienparlament, dem jedes moralische Ansehen völlig fehlt, das die immer stärker anwachsende Volksbewegung des letzten Nestes von Widerstandskraft beraubt.

Das war die Haltung der Regierungen und der Dynastien außerhalb Preußens. Auch in Oesterreich stand die Regierung des Freiherrn v. Gautschi vor der gleichen Entscheidung, die jetzt für den Fürsten Bülow dringend geworden ist.

Und wie die Regierung, so die Dynastie. Nicht leicht haben die Habsburger, dieses konservative Herrschergeschlecht, sich zum allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht bekehrt.

dem gleichen Wahlrecht, das seine Arbeiter ihm auf-otkropft haben. Daß in diesem Wahlrechtskampfe keine unnützen Opfer gefallen, daß das Notwendige rechtzeitig getan wurde, das ist das Verdienst der Einsicht und Ausdauer seiner Regierung.

Und wie in Oesterreich, so in Süddeutschland. Auch dort haben die Regierungen wenigstens die nötigste Einsicht in den großen Verfassungsfragen bewiesen und sind mit der Entwicklung gegangen, statt es darauf ankommen zu lassen, unter die Räder der Geschichte zu geraten.

Heute wird Fürst Bülow die Stellung der Regierung darlegen. Die Erklärung der Regierung ist vorher dem Kaiser vorgelegt worden, dem die Minister Bülow, Bethmann-Hollweg und Rolffe Vortrag gehalten haben.

Wie wird die Entscheidung fallen? Das entrechtete Volk fordert sein Recht. Schwere Opfer kann die Regierung dem arbeitenden Volke, dem ganzen Staate sparen.

Aber wie immer die Erklärung lauten möge, der Kampf geht weiter. Es ist der Kampf um unser Recht, um unsere Würde. Vom Rechte aber läßt sich nichts abfeilschen und nichts abdingen. Ganz und unzerstückelt muß es uns werden.

Sadisten-Orgien am Kilimandjaro.

Im Kölner Peters-Prozess übergriffen sich die entfallenen Bestialitäten. Wenn man glaubt, daß die bezeugten Schandthaten nicht mehr überboten werden könnten, wird in der nächsten Stunde das Gegenteil erwiesen!

Unfägliche Brutalitäten hat der Kaiser Kuhnert, der Gefährte des Peters am Kilimandjaro, diesem nachgelagt. So hat er erzählt, daß Peters einmal von einer Streife eine Anzahl von Kettengefangenen mitgebracht habe.

Der Zeuge Kuhnert, der all diese entsetzlichen Dinge bezeugte, verwahrte sich ausdrücklich dagegen, jemals aufgeschnitten zu haben. Er wußte sich nur heute dieser Vorgänge nicht mehr zu entsinnen.

Aber zum Glück sind unanfechtbare Gewährsmänner vorhanden, die zu bezeugen bereit sind, daß Kuhnert damals, unter dem frischen Eindruck der Vorgänge, all diese Dinge erzählt hat!

Herr Kuhnert, der damals über die „Schmach“ der Peters-„Justiz“ an das Kolonialamt berichtete, ist allerdings heute ein Beschöniger dieser Dokumenten geworden. Warum? Weil er inzwischen erfahren haben will, daß die Schwarzen im Krieg zu Bestien werden, so harmlos sie auch im Frieden seien.

Eine ebenso klägliche Rolle wie der zum Herrenmenschenum bekehrte Kuhnert spielte Herr Liebert, der „unabkömmliche“ Reichstagsabgeordnete und Generalissimus des Reichsverbandes, als „Sachverständiger“. Der Mann, der in München so schneidig auftrat, war furchtbar kleinmütig geworden. Er hatte freilich

auch alle Ursache dazu, denn seine Verneinung bewies, daß er nicht die geringste Kapazität zur Erteilung sachverständiger Auskunft besitzte. Er ist erst fünf Jahre nach den fraglichen Vorkommnissen nach Ostafrika gekommen und weiß deshalb von den strategischen und sonstigen Verhältnissen zur Zeit der Peters-Affäre nicht das geringste.

Freisinn's-Feigheit.

Ein Teil der freisinnigen Presse prälubiert der Regierungserklärung über das Wahlrecht in einer Weise, die auch die geringsten Erwartungen noch bitter enttäuscht. Die „Weserzeitung“, ein Organ der Freisinnigen Vereinigung, erklärt, daß das Festhalten der Freisinnigen an der Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen eine Gefahr bedeutet hätte.

„Längst ist feststeht, daß die Freisinnigen angesichts der Radikalisierung der Konservativen so gut wie einstimmig entschlossen sind, sich mit einer bescheidenen Reform zu begnügen. Aber — Reform muß sein. Ein hartes Nein der Konservativen oder der Regierung sprengt den Block.“

„Sieht das nicht die Regierung geradezu auffordern, nicht nur möglichst wenig zu tun, sondern auch möglichst wenig zu versprechen? Und damit die Perfidie vollständig wird, folgt dann die absichtlich recht dick aufgetragene Drohung; Reform muß sein, sonst geht der Block in die Brüche!“

„Nicht ganz so schlimm ist, was heute die „Voss. Ztg.“ verübt. Das brave Blatt ist aus lauter Angst vor der Sozialdemokratie so einfältig geworden, daß es selbst die Interessen seiner eigenen Partei nicht mehr zu erkennen vermag.“

„Tante Voss bleibt aber ängstlich, und die Angst ist ein schlechter Ratgeber. Daher rät sie der Sozialdemokratie, es ebenso zu machen wie der Freisinn, nämlich — nichts, und um Gottes willen nur ja nicht allzu laut gegen die „Reichstags-Schmach“ (die Wankfüßchen sind das Eigentum der guten Tante) zu fächeln.“

„Ja der Freisinn ist geduldi, und durch seine Geduld ist er auf den Hund oder, damit es köstlicher klingt, auf den Block gekommen. Ob ihn die „Asphaltliberalen“ noch reiten können, wissen wir nicht. Aber wir haben keine Geduld und können nicht noch 60 Jahre warten.“

# Der Freisinn und das Vereins-Ausnahmegesetz.

In der Kommission für das Reichsvereinsgesetz hat die Freisinnige Volkspartei mehrere Abänderungsanträge zu dem Entwurf eingebracht. Wenn sie auch nicht die Ansprüche erfüllen, die von der Arbeiterchaft an das Reichsvereinsgesetz zu stellen sind, so atmen sie doch — abgesehen von dem Antrag auf Umgestaltung des § 7 — für einen absoluten Block-Freisinn immerhin einen ziemlichen Radikalismus. Es wäre zu wünschen, daß er ihn sich bis zur Schlussabstimmung über den Entwurf bewahrt.

Der wichtigste der Abänderungsanträge ist der zum § 7, dem Sprachenparagrafen. Die völlige Beseitigung der Ausnahmeregelung gegen die Polen, Dänen, Löttinger u. a. m. waagt der Freisinn nicht zu beantragen. Das Recht, Versammlungen, in denen nicht in deutscher Sprache verhandelt wird, einfach zu verhindern, möchte er den Behörden nicht zugestehen. Zum Ersatz bietet er Breußens Polizeiminister und den rheinisch-westfälischen Scharfmachern eine erhebliche Erschwerung der Abhaltung solcher Versammlungen. Sie sollen dreimal vierundzwanzig Stunden vorher angemeldet werden müssen. Also ein gegen den Entwurf etwas gemildertes Ausnahmerecht für die nicht deutschen Nationalitäten. Für eine freisinnige Volkspartei sollte es nicht möglich sein, dem Ausnahmerecht auch nur den kleinen Finger zu reichen. Die Müller-Meinungen, Wiener, Kopsch und Fischel geben ihm gemütsrühig mehr, und es bleibt noch abzuwarten, ob sie ihm nicht schließlich noch die ganze Hand geben.

Der § 7 soll nach dem freisinnigen Antrag folgendermaßen formuliert werden:

§ 7 Abs. 1: Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in der Regel in deutscher Sprache zu führen. Abs. 2: Wenn in einer öffentlichen Versammlung in einer fremden Sprache verhandelt werden soll, so haben die Veranstalter die nach § 8 Abs. 1 erforderliche Anzeige mindestens dreimal 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung bei der Polizeibehörde zu erstatten. Bei der Anzeige muß die Absicht, in fremder Sprache zu verhandeln, mitgeteilt werden und die Bezeichnung dieser fremden Sprache selbst erfolgen. Abs. 3: In Versammlungen, für welche die in Abs. 2 vorgeschriebene Mitteilung von dem Veranstalter nicht erfolgt, ist der Gebrauch einer fremden Sprache nicht erlaubt. Abs. 4: Die Anzeige gemäß Abs. 2 wird durch die öffentliche Bekanntmachung nicht ersetzt.

Brauchbarer sind die Anträge zu den anderen Paragraphen des Entwurfs. So wird ein § 1 beantragt, der wie folgt lautet:

§ 1: Die Vereins- und Versammlungsfreiheit unterliegt nur denjenigen Beschränkungen, welche durch dieses Gesetz vorgeschrieben und zugelassen sind. Vereine und Versammlungen, deren Zweck dem Strafgesetz zuwiderläuft, sind verboten.

Die Verpflichtung, Vorstandsliste und Satzungen der Polizei einzureichen, die der Entwurf allen sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigenden Vereinen auferlegt, soll nach dem freisinnigen Antrage auf politische Vereine beschränkt werden. Vereine von Wahlberechtigten zum Betrieb von Wahlen sollen davon befreit sein. Ein neuer Paragraph soll das Beschwerde-Verfahren bei Auflösung und vorläufiger Schließung eines Vereins regeln. Gegen die Verfügung der Landeszentralbehörde soll entweder Klage bei den Verwaltungsgerichten oder, wenn solche in dem betreffenden Bundesstaat nicht bestehen, beim Landgericht erhoben werden können, gegen dessen Entscheidung Beschwerde beim Reichsgericht einzulegen ist.

Im § 3 soll bestimmt werden, daß die öffentliche Bekanntmachung einer Versammlung der Anzeige bei der Polizei gleichsteht. Anzeigepflichtig sollen nur politische Versammlungen sein. Die öffentliche Versammlung wird wie folgt definiert:

Öffentliche Versammlung ist jede Versammlung, in welche auf öffentliche Einladung jedermann gegen Entgelt oder unentgeltlich Zutritt hat. Versammlungen von Vereinen, zu welchen nur Mitglieder Zutritt haben, gelten auch dann nicht als öffentlich, wenn sie in öffentlichen Lokalen stattfinden.

Ein § 3a schließt die Versammlungen von Wahlberechtigten zum Betrieb der Wahlen für den Verlauf der Wahlbewegung von der Anmeldepflicht aus, ein § 3b soll bestimmen:

Versammlungen, in welchen ausschließlich die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen oder die Erhaltung der bestehenden, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter erörtert werden soll, gelten nicht als Versammlungen zur Erörterung oder Beratung politischer Angelegenheiten.

Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel sollen nur insoweit an polizeiliche Genehmigung gebunden sein, als sie auf öffentlichen Plätzen und Straßen in Städten und Ortschaften stattfinden sollen. Die Genehmigung soll nur bei Gefährdung des öffentlichen Verkehrs versagt werden dürfen. Ein anderer Paragraph soll Beamte, die entgegen den Bestimmungen des Gesetzes die Erteilung einer Anmeldebefreiung verweigern, mit Geldstrafe bis zu 150 M. bedrohen.

Wir sind begierig darauf, wieviel Energie der Freisinn für diese Anträge aufbringen wird.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Januar 1908.

### Unterstützungswohnsitz.

Aus dem Reichstag. Deutschland wächst in seiner rapiden industriellen Entwicklung bald aus diesem, bald aus jenem der Gewandstücke heraus, die von den Reichsbedarfsministern für den deutschen Michel zurechtgeschneidert werden. So waren schon längst die Röhre an dem Gesetz über den Unterstützungswohnsitz geplagt. Zuerst hat man im Jahre 1894 neue Plüden aufgesetzt. Das hat wenig genutzt. Jetzt setzt die Reichsregierung abermals Radel und Bügelschnur an, aber wieder ist nur dürftiges Plüderl dabei herausgekommen. Der Grundschaden des ganzen Unterstützungswesens ist die Festlegung der Unterstützungspflicht auf die Einzelgemeinden. Obgleich den kleinen Gemeinden die Möglichkeit gewährt ist, Zweckverbände zu Unterstützungszwecken zu gründen, wird davon doch wenig Gebrauch gemacht. So läßt die Zerstückelung des Unterstützungswesens nach zwei Richtungen eine verberbliche Wirkung aus. Viele kleine Gemeinden werden übermäßig belastet, bis über die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit hinaus; andererseits führt das Streben der Gemeinden, sich Leute, die zu verarmen drohen, frühzeitig vom Hals zu schaffen, unsagbare Härten für die unglücklichen Opfer gesellschaftlichen Zustände herbei, die verarmen oder auch nur in den Verdacht geraten, einmal verarmen zu können.

Dieser Grundfehler wird von der neuen Robelle zum Gesetz über den Unterstützungswohnsitz nicht angefaßt, trotzdem die ständig zunehmende Binnenwanderung in Deutschland, die Millionen von Menschen aus ihren Heimatgemeinden in andere Ortschaften führt und sie hin und her wirft innerhalb der Reichsgrenzen, eine grundsätzliche Neugestaltung des Unterstützungswesens erzwingen sollte.

Man hat sich damit begnügt, einigen agrarischen Schmerzen Rechnung zu tragen, indem die Altersgrenze, von der an jemand durch längere Abwesenheit aus der Heimatgemeinde den Unterstützungswohnsitz verlieren kann, von 18 auf 16 Jahre und die Frist, nach deren Ablauf er bei andauernder Abwesenheit dieses Recht verliert und den Unterstützungsanspruch in einer neuen Gemeinde erwirbt, von zwei Jahren auf ein Jahr herabgesetzt wird.

Während die Redner der bürgerlichen Parteien sich auf eine Kritik der Einzelleistungen beschränkten, wies für unsere Partei Genosse Kadon an der Hand einer Fülle von Einzelfällen die grundsätzlichen Schäden des ganzen Unterstützungswesens nach. So zeigte er, wie die bestehenden gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen zur Verarmung zahlreicher Existenzen führen und dann obendrein darauf hinwirken, diese verarmten Existenzen in das Verderbtertum hinauszustößen. Den Anschauungen der Arbeiter gab er Ausdruck mit den Worten: Der Arbeiter verzichtet auf Unterstützungseinrichtungen, wenn ihm sichere Arbeitsgelegenheit gewährleistet wird.

Nachdem schon der freisinnige Vizepräsident Kaempfen den Genossen Kadon, als er die Förderung der Arbeitslosigkeit durch verkehrte steuerpolitische Maßregeln erläuterte, völlig unbedingterweise zur Sache gerufen hatte, schloß sich noch der freisinnige Abgeordnete Blatz benützend, Kadons Rede als eine Obstruktionsrede zu denunzieren. Offenbar geht diesem doch noch recht unerfahrenen Parlamentarier das Verständnis dafür ab, daß Parlamentarier etwas mehr zu sein haben als ad hoc-fertige Plädoyers, daß vielmehr eine der Hauptaufgaben eines Volksvertreters die rücksichtslose Kennzeichnung tiefgehender Schäden an der Hand von Einzelfällen ist.

Die erste Lesung wurde durch einen Schlußantrag des Bloßs beendet und dann die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

### Der Freisinn und der Bloß.

Im „Berl. Tagebl.“ setzt sich der Reichstagsabgeordnete Georg Gothein mit seinem Fraktionsgenossen Raumann auseinander, der jüngst in der „Hilse“ nachzuweisen versuchte, daß der Freisinn unbedingt am Bloß festhalten müsse, da sonst die alte konservativ-merikale Koalition wieder erstehen würde. Herr Gothein erwidert:

„Raumann hat die andere Seite der Medaille nicht genügend ins Auge; nämlich die: was nützt dem deutschen Volk, was nützt dem deutschen Liberalismus ein Bloß von Konservativen und Liberalen, wenn er dieselbe Politik führt, die der konservativ-merikale Bloß führen würde? Das Volk ist dann um kein Haar besser daran, aber der Liberalismus ginge daran zu Grunde, er würde demoralisiert werden; der bürgerliche Liberalismus würde abhandeln, der liberale Gedanke würde nur noch durch die Sozialdemokratie vertreten, und eine so scharfe Zuspitzung der extremsten Gegensätze würde nach meiner Ueberzeugung die denkbar unglücklichste politische Entwicklung für Deutschland sein.“

Wir Liberalen dürfen am Bloß nur so lange festhalten, als wir die sichere Aussicht haben, damit Fortschritte in der Richtung einer liberalen Politik zu zeitigen. In dem Moment, wo wir uns auf den Standpunkt stellen: wir machen mit, um eine größere Gefahr, eine noch schlimmere Reaktion zu verhüten, haben wir die schlechte Ebene betreten, auf der kein Halten mehr ist, auf der die Nationalliberalen, die dieser Taktik huldigten, bis zum preussischen Schulgesetz gekommen sind. . . Ich nehme lieber die Gefahr der Reaktivierung des Bloßs von Zentrum und Konservativen in Kauf, als daß ich dem heutigen Bloß einen Tag länger angehören würde, als ich die feste Aussicht habe, durch ihn liberale Fortschritte zu erreichen.

Halten wir länger am Bloß fest, so besorgen wir lediglich die Gefährdung der Sozialdemokratie, dann verlieren wir nach und nach viele Wähler, daß bei der nächsten Wahl die bisherige Bloßmehrheit in die Brüche geht und Zentrum und Sozialdemokratie stärker sind als vor dem 13. Dezember 1906.

Das möge sich die Regierung, das mögen sich aber auch die Konservativen sagen, daß das die alleinige Konsequenz wäre, wenn wir der Zustimmung Folge leisteten, am Bloß festzuhalten, ohne liberale Fortschritte damit zu erlangen. Denn mit der ausschlaggebenden Stellung der Konservativen ist es auch vorbei, wenn das Zentrum wieder mit den Sozialdemokraten eine Mehrheit bilden kann. Wenn wir nicht schon grundsätzlich diese Zustimmung mit Entschiedenheit ablehnten, müßten wir das aus politischer Klugheit tun.“

Das ist sicherlich richtig. Nur predigt Herr Gothein tauben Ohren. Seine Fraktionsgenossen träumen von einer großen liberalen Ära, und Träumereien kuriert man nicht durch Vernunftgründe, sondern nur dadurch, daß man die Träumenden in die nüchternen Wirklichkeit zurückruft. Die Entwicklung der allernächsten politischen Zukunft wird das Erwachen gründlich besorgen — allerdings erst, wenn es zur Umkehr zu spät ist. —

### Dernburg und Gardon.

Die „Hamburger Nachrichten“ hatten behauptet, daß zu denen, die ein besonderes Interesse an Gardon nehmen, auch sein Nachbar im Grunewald, der Staatssekretär Dernburg gehöre. Dazu wird jetzt dem genannten Blatt von Dernburg geschrieben: „Ich habe lange Jahre höfliche und freundschaftliche Beziehungen zu Herrn Gardon gepflegt. Ich bin aber nicht sein Nachbar im Grunewald, habe ihn seit mehr als Jahresfrist nicht gesehen und bin niemals, weder während der Molke-Garden-Prozesse und nachher in der Lage gewesen, mich in seinem Interesse zu verwenden.“

Die „Hamb. Nachr.“ bemerken dazu, daß ihnen aus Berlin mitgeteilt wird, daß der Staatssekretär zwar nicht während des Gardon-Prozesses, wohl aber vor Beginn dieses Prozesses beim Grafen Molke gewesen sei und diesen gefragt habe, ob er einen Vergleich schließen wolle. Dernburg selber habe aber an eine Vergleichsmöglichkeit nicht geglaubt.

Also Bülow's Vertrauensmann Dernburg war im Interesse Gardons tätig. Sollte er das ohne Einwilligung des Kanzlers getan haben? —

### Nachmals Flottenvereins-Dichteritis.

Die „Deutsche Tageszeitung“ oder vielmehr ein Leser dieses Blattes — die Redaktion des Bänderblattes besitz ansehnend,

obgleich sie den größten vaterländischen Dichter der Zeit zu ihrem Mitgliede zählt, nicht die dazu nötige Qualifikation — hat endlich herausgefunden, daß das von uns am 4. d. Mts. glossierte schöne Gedicht des Darmstädter Landrichters von Pfister nicht anderes ist als eine grauliche Verhöhnung oder, wie das Bänderblatt sich ausdrückt, eine „freie hochdeutsche Uebersetzung“ des plattdeutschen Gedichtes „Min Moderspraak“ von Klaus Groth. Es hat etwas lange gedauert, bis einer der literaturkundigen Leser des bündlerischen Intelligenzblattes diese große weltgeschichtliche Entdeckung gemacht hat — der betreffende Redakteur, der die Notiz verfaßt hat, wurde sofort am folgenden Morgen von seinen Kollegen auf das Plagiat aufmerksam gemacht —, um so höher erhaben fühlt er sich über den Verfasser der Notiz „Flottenvereins-Dichteritis“, der sich nicht mal in den Gedichten eines Dichters wie Klaus Groth auskennt. Zu Bewußtsein seiner gewaltigen Ueberlegenheit schreibt er:

„Jenes herrliche weitbekannte Gedicht Groths an die deutsche Muttersprache, das hier in freier hochdeutscher Uebersetzung wiedergegeben wurde, wobei naturgemäß ein Teil der Reime fortfiel, ist dem „Vorwärts“ nicht bekannt. Dieser und seine Gefinnungsgenossen haben allerdings etwas anderes zu tun, als sich mit warmen Herzensäußerungen der vaterländischen Dichtkunst zu beschäftigen, so daß ihnen das berühmte Grothsche Gedicht über die deutsche Muttersprache, dessen Verfasserhaft man sonst als bekannt unterstellen kann, unbekannt war. Wer im Vannkreise einer internationalen Partei steht, braucht sich nicht um die schönsten Erzeugnisse vaterländischer fühlender Herzen zu kümmern.“

Der ehrenwerte Schreiber der vorstehenden Zeilen muß sehr bedauern sein, wenn er die Pfister'sche Malträtierung des Grothschen Gedichtes eine „freie hochdeutsche Uebersetzung“ nennt. Aber vielleicht bezieht er seine Poësie aus den Gedichten des Herrn Georg Dertel, des Chefredakteurs der „Deutschen Tageszeitung“ — dann wird seine Bescheidenheit durchaus verständlich.

Doch nicht nur ein großer Literaturkenner ist der Einsender des Bänderblattes, sondern auch ein großer Wahrheitsfreund. Er behauptet, Herr von Pfister hätte ohne Rücksicht auf den Reim überseht. Das heißt arg gestunzelt. Der Darmstädter Nachdichter hat nur dort den Reim fortgelassen, wo seine Nachdichtungskunst nicht dazu ausreichte, Reime zu finden; sonst hat er mit der ganzen Seele seiner schönen Seele frisch darauf losgeremelt. So überseht er zum Beispiel:

„So herrlich klingt mi Icen Musik,  
In singt Icen Nachtigall;  
Mi Iopt ja gilt in Icenblick  
De hellen Trän Iendal.“

folgendermaßen:

„So herrlich klingt nicht Musik,  
Singt keine Nachtigall,  
Mir stehen gleich im Augenblick  
Die Tränen hell im Thal.“

Er überseht also: „Die Naren Tränen herab“ mit: „Die Tränen hell im Thal!“ Wunder schön, großartig; beinahe so schön, wie die Reimerien des großen poetischen Genies Georg Dertel. —

### Das Polizeieigenblatt auf dem Wahlrechtsplakat.

Just gerade zur rechten Zeit erinnert uns die Königsberger Polizeibehörde an eines der reaktionären preussischen Polizeigesetze, die wir durch Bekämpfung des Dreiklassenwahlrechts befeitigen wollen. Es handelt sich um das veraltete, aber noch immer mit Vorliebe gegen Sozialdemokraten angewandte alte preussische Pöbelgesetz.

Am Mittwoch wollte die Königsberger Parteileitung durch Plakate die in der Stadt vorbereiteten fünf Volksversammlungen, in denen gegen das Dreiklassenwahlrecht protestiert werden sollte, bekannt machen. Aber die Polizei verbot auf Grund des preussischen Pöbelgesetzes das Anheften der Plakate an den Anschlagtafeln wegen folgender darin enthaltenen Sätze:

„Am 10. Januar wird das preussische Abgeordnetenhaus zur Wahlrechtsfrage Stellung nehmen. Jetzt heißt es, den Herren zeigen, daß wir uns unser Recht nicht länger vorenthalten lassen wollen.“

Arbeiter und Arbeiterfrauen! Gestaltet diese Versammlungen durch Euren massenhaften Besuch zu eindrucksvollen Wahlrechtsdemonstrationen.“

Die Plakate waren fertig gedruckt und zum Teil schon angeklebt. Dieselben mußten aber entfernt werden. Auf die beanstandeten Stellen wurde nun ein unbedruckter weißer Streifen Papier geklebt, die Plakate vom Plakatsäulenpächter der Polizei zur Zensur eingereicht und dann endlich freigegeben.

Jetzt geben die Säulen, durch die überlebten Stellen weit sichtbar, der Welt kund und zu wissen, durch welche reaktionären Polizeigesetze die preussischen Staatsbürger im 20. Jahrhundert noch belästigt werden und wie dringend notwendig es ist, mit diesem System aufzuräumen. Die Säulen aber, die diese Zustände verblenden — verdienen nicht auch sie den Namen Schandsäulen? —

### Ein Marsjünger.

Wegen Meineid, Urkundenfälschung, Ehebruch, Fahnenflucht und weiterer dienstlicher Vergehen hatte sich der Leutnant Föhrenbach aus Karlsruhe vor dem Kriegsgericht der 28. Division in Straßburg zu verantworten. Nach dreitägiger Verhandlung erkannte das Kriegsgericht den Leutnant nur des Verlassens eines Vorgesetzten und der Entfernung vom Heer schuldig und verurteilte ihn zu 6 Wochen drei Tagen Gefängnis und Dienstentlassung. Die Verhandlung selbst fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Dies wurde damit begründet, daß dienstliche Interessen und die Sittlichkeit gefährdet seien.

Wie weit das Urteil bei der schweren Anklage dem rechtlichen Empfinden des Volkes entspricht, läßt sich nicht feststellen, da die geheime Verhandlung das Für und Wider in der Sache des Leutnants, die jedenfalls nicht von der angenehmsten gewesen ist, mit einem Schleier bedeckt. —

### Staatsbürgerlicher Unterricht zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

In der Sitzung der Hamburger Bürgerschaft vom Mittwoch erhielt eine heftige Sozialistenrede über folgenden Antrag der Reichsliberalen:

„Die Bürgerschaft ersucht den Senat um Vorlage eines Gesetzes, durch welches der staatsbürgerliche Unterricht als notwendiger Teil des Lehrplanes in allen Schulen (Vorschulen ausgenommen), von der Volksschule beginnend, eingeführt wird.“

Die Antragsteller führten Klipp und klar aus, es sei ihnen darum zu tun, daß die breiten Schichten der Bevölkerung nicht eine Brut radikaler Strömungen und undurchführbarer Phantasieren würden. Heute fänden abends vor den Gewerkschaften sozialdemokratische Sendboten, welche die jungen Leute zum Eintritt in sozialdemokratische Jugendorganisationen zu bewegen suchten, wo sie nur ein Herbild der Wahrheit erblickten. Dem müsse in der Schule entgegengetreten werden. Dort müsse den Kindern gezeigt werden, daß der Kapitalismus eine gewaltige Kulturmacht und nicht jeder Skopist ein Ausbeuter, ein Blut-sauger ist.

Mit Carlomagno behandelte unser Genosse Stengele in seiner Jungferrede diese „Objektivität“, indem er guttunlich ausführt, daß der in seinem blauen Vorlaut ganz vernünftige Antrag darauf abziele, die Schulen zu einer Rekrutendruckanstalt für den Reichsverband zu machen. Trotzdem stimmten die Sozialdemokraten für den Antrag, weil sie hofften, daß die Scherzhaft ihre Aufgabe ernst auffassen und einen richtigen staatsbürgerlichen Unterricht erteilen werde. Wo im reichsverbändlerischen Sinne unterrichtet werden sollte, würden Haus und Familie schon die nötigen Korrekturen vornehmen.

Ein Mitglied der Oberstaatsbehörde, der Hauptpastor Dr. Nabe, beklagte, daß bei der jetzigen Systemlosigkeit vielfach staatsbürgerlicher Unterricht in den — Religionsstunden erteilt werde. Das bedrückt arg sein frommes Pastorengemüt, weshalb er einen systematischen, zusammengefaßten, staatsbürgerlichen Unterricht fordert.

Nach stundenlangem Debatten wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen. —

### Ueber seltsame Vorgänge in einem schlesischen Gerichtssaale

Wird uns aus Breslau geschrieben: Im benachbarten Neumarkt hatte sich ein Arbeiter B. wegen Verteilens von Postzetteln in D. Lissa vor dem Schöffengericht zu verantworten. Er hielten gegen einen auf nicht weniger denn fünf Tage Gefängnis (!) lautenden Strafbefehl Einspruch erhoben. Die Verhandlung begann:

Vorsitzender: Angeklagter, ziehen Sie Ihre Verurteilung zurück, sonst gibt es das Doppelte.

Angeklagter: Das kann ich nicht. Ich habe doch nur Zettel verteilt und das ist doch nicht strafbar.

Vorsitzender (erregt): Was? Sie wollen nicht? Na, da werden Sie ja sehen, was es geben wird! Es ist doch unerschöpflich, immer Einspruch erhoben wird! Wozu sind denn die Strafbefehle da? Ueberhaupt werden wir diese Postzettel jetzt mal mit eisernen Handschuhen anfassen. In der vorliegenden Sache sind gleich sieben auf einmal angeklagt. Und was sind das für Leute! Mit schweren Gefängnis- und Justizstrafen sind sie schon vorbestraft! (Das stellte sich später als unrichtig heraus! Der Verf.) Ich bin dafür, daß jeder mindestens vier Wochen kriegt, damit dieser Unfug des Postzettel mal aufhöre!

In dieser Weise wäre es vielleicht noch weiter gegangen, wenn der Vorsitzende im Zufördertraum nicht einen fremden Mann hätte sitzen sehen, der — sich Notizen machte. Sofort unterbrach er dem Herrn jedes fernere Schreiben! Dann ging die Verhandlung weiter. Als der Angeklagte, dessen sämtliche Zeugen dieser Richter abgeholt hatte, auf eine Unwahrheit eines Belastungszeugen etwas erwidern wollte, fuhr ihn der Herr Vorsitzende an: „Halten Sie das Maul! Wenn Sie noch einmal einen Zeugen unterbrechen, lasse ich Sie sofort 24 Stunden einsperren! Der Angeklagte sprach von diesem Augenblicke kein Wort mehr und ließ die weiteren Ergüsse dieses Richters stillschweigend über sich ergehen.

Dann kam der Amtsanwalt: Er sei überzeugt, daß fünf Tage Gefängnis zu wenig seien. Es sei doch eine unerhörte Frechheit, (!) mit den Zetteln in das boykottierte Lokal zu gehen. Gegen solchen Terrorismus müsse eine schwere Strafe verhängt werden.

Das Gericht verurteilte tatsächlich den noch nie bestrafte B. zu der unglaublich harten Strafe von 14 Tagen Gefängnis!! Das nächste Mal gäbe es aber „ganz was anderes!“ sagte der Vorsitzende in der Begründung.

Dasselbe Gericht verurteilte wenige Minuten vor dieser Verhandlung einen Herrn von Chronowski, der einen Beamten mit Taschlagan bedroht und ihn mit „Strolch“, „Bogabund“ und ähnlichen Kosenamen beschimpft hatte, trotz mehrfacher Vorstrafen wegen derselben Delikte zu — 20 M. Geldstrafe!!!

Das war im vorigen Monat. Damals brachte unser Breslauer Bruderblatt über diese ungewöhnliche Verhandlungsleitung einen ungeheuerlichen Bericht. Der scheint nun überraschende Folgen gehabt zu haben: Als nämlich vor einigen Tagen die oben erwähnten sieben „schweren Verbrecher“ abgeurteilt werden sollten, war der Vorsitzende nicht mehr da. An seiner Statt leitete ein Breslauer Amtsrichter, der wohl dorthin verlegt sein mochte, die Verhandlung. Aber ganz anders wie sein Vorgänger! Ja, er machte sogar etwas wieder gut, was sein Vorgänger verdorben hatte: Er stellte noch vor der Verhandlung ausdrücklich fest, daß es nicht richtig sei, daß die Angeklagten mit Gefängnis- oder Justizstrafe bestraft wären. Im Gegenteil: sie seien alle sieben wegen dieser oder ähnlicher Delikte noch unbestraft. Und anstatt der angekündigten 4 Wochen gab es nur 10 M. Geldstrafe.

Selten hat sich so deutlich gezeigt wie in diesem Falle, wie dringend notwendig es ist, daß unsere Genossen die Rechtsprechung in den kleineren Orten aufmerksam als bisher kontrollieren. Sie müssen die Öffentlichkeit schaffen. Und rücksichtslos alle Vorgänge aus den Gerichtssälen „an die große Glocke hängen“.

### Ein Nachspiel zum Fall Puttkamer.

Hamburg, 9. Januar (Beitragleg. d. „Vorwärts“).

Der Kapitänleutnant Sieckmann wurde heute wegen Beleidigung des Regierprinzen Alwa zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Er hatte von Alwa, der die Interessen seiner Kamerader Londsleute gegen den ehemaligen Gouverneur v. Puttkamer verteidigt, behauptet, er habe in deutschen Gefängnissen gesessen. Strafmildernd wurde in Betracht gezogen, daß die Beleidigung im politischen Kampf begangen worden sei.

Die größte Beleidigung des Schwarzgen gilt also mit 30 M. Geldstrafe gesühnt. Ob er mit ebensolcher milden Strafe davon gekommen wäre, wenn er den weißen Kapitänleutnant durch dieselbe Behauptung beleidigt hätte?

### Eine Aktion gegen ein Verleumderblatt.

Die Verleumdungen gegen den Genossen Stadthagen wollen in der vom Reichsländerverband gesprochenen Presse noch immer nicht verstummen. Auch in Lübeck hat das amtliche Organ der Behörden, die „Lübedischen Anzeigen“, sie wiederholt und daran unsäglich Beschimpfungen gegen Stadthagen geknüpft. Von den sozialdemokratischen Bürgergenossen wurde nun in der geschickten Kampfschrift der Antrag gestellt, die „Lübedischen Anzeigen“, die fast nur mit Verleumdungen und Beschimpfungen der Sozialdemokratie und ihrer Führer arbeiten, ihres amtlichen Charakters zu entkleiden. Am Montag kam der Antrag in der Bürgergenossenschaft zur Verhandlung. In der Begründung ging der Genosse Bissell besonders eingehend auf die gegen Stadthagen erhobenen Beschuldigungen ein, die er an der Hand der Ältesten als unwahr zurückwies. In den ersten Staatsanwalt, der Mitglied der Bürgergenossenschaft ist, machte unser Genosse die Mitteilung, daß Stadthagen am 13. November in einer Versammlung in Lübeck die Richter, welche gegen ihn den Vorwurf der Gehörlosüberhebung erhoben haben, der bewußten Rechtsbeugung be-

trächtig hätte. Es sei Pflicht des Staatsanwalts, gegen Stadthagen wegen dieser schweren Beschuldigung von Richtern Anklage zu erheben. Der Staatsanwalt, der sonst durchaus nicht für milde Strafen schwärmt, wird aber wahrscheinlich die Sache nicht verfolgen. Obwohl sich niemand fand, der das Vorgehen der „Lübedischen Anzeigen“ verteidigte, wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt. Trotzdem beziehungsweise die bürgerliche Presse die ganze Verhandlung über diesen Gegenstand so gut wie vollständig, dürfte der Zweck des Antrages, zahlreiche Verleumdungen gegen unsere Partei und Parteigenossen die Spitze abzubreaken, erreicht sein. —

Den sächsischen Landtagsabgeordneten ist jetzt freie Eisenbahnfahrt im ganzen Königreich Sachsen gewährt worden, während sie bisher nur freie Fahrt zwischen Dresden und ihrem Wohnort genossen. Den Abgeordneten sind die neuen Karten bereits zugestellt worden, die aber nur Geltung für die Dauer der Session haben. —

Die Wertzuwachssteuer wird im Reichslande auf dem Wege der Landesgesetzgebung eingeführt werden. Im Ministerium ist man mit den Vorarbeiten für einen entsprechenden Gesetzentwurf beschäftigt, die so gefördert werden sollen, daß der Entwurf noch der diesjährigen Session des Landesauschusses vorgelegt werden kann. —

Peters-Prozess. Der gegen den „Vorwärts“ angehängte Peters-Prozess, der bereits am morgigen Sonnabend vor dem Rixdorfer Schöffengericht zur Verhandlung kommen sollte, ist auf Antrag unseres verklagten Redakteurs Wermuth vertagt worden. —

### Belgien.

#### Der kommende Mann.

Brüssel, 8. Januar. (Eig. Ber.)

Der Regierung De Trooz wird also eine Regierung Schollaert folgen. Was Schollaert, den bisherigen Kammerpräsidenten, in der augenblicklichen Situation für den Posten des Ministerpräsidenten empfiehlt, ist — neben der Selbstverständlichkeit einer tadellosen Moral — die „Unausgesprochenheit“ eines Standpunktes in den politischen Fragen der Gegenwart, vor allem in der Kongoprozesse, der gegenüber er in der Kongokommission eine geschickte Zweideutigkeit beobachtete. Die Unklarheit der krisenhaften Lage läßt sonach mit der Uebernahme der Regierung durch Herrn Schollaert so wenig eine bestimmte Lösung vermuten, wie vorher unter der Regierung De Trooz. Daß Herr Schollaert, der ja das Vertrauen des Königs besitzt, es mit einer gewissen absichtlichen Vorsicht unterlassen hat, sich zu „kompromittieren“, bleibt immerhin im Bereich der Kombination. . . .

Die Freitagssitzung der XVII. (Kongoprozesse) Kommission wird die Spannung, wie ein liberales Blatt den führenden Minister seiner in Dunkel gehaltenen politischen Absichten wegen getauft hat, jedenfalls zum Sprechen bringen und so zum mindesten die Spannung lösen: welchen Weg das Ministerium unter der Flagge Schollaert in der Annerionsfrage einschlagen wird. Welchen Weg? Der feuchsten Unbeschiedenheit, die die Regierung Schollaert vorläufig weißt und den unverbürgten Gerüchten von einer Nachgiebigkeit des Königs in der Kongoprozesse gegenüber steht die Tatsache, die der liberale, der liberalen Opposition nahestehende „Patriote“ kraftvoll unterstreicht: daß für den Kongovertrag in seiner jetzigen Fassung keine Regierung eine Mehrheit bekäme. . . . „Wenn der König nicht nachgibt“, so schreibt das liberale Blatt, „kann kein Parlamentarier die Nachfolge des De Trooz antreten.“ — Somit wäre unklar festzustellen, welchem Schicksal das Ministerium Schollaert verfallen dürfte, sobald es gesprochen haben wird. . . .

So verheißt übrigens der Standpunkt des kommenden Mannes in der gegenwärtigen entscheidenden politischen Frage ist, so unerbittlich ist seine politische Persönlichkeit. Herr Schollaert gehört zu den forciertesten liberalen Politikern, und sowohl als Minister des Innern wie als Unterrichtsminister, welche Ämter er nach dem Tode Dutlets (1896) bekleidete, zeigte er seine scharfe und unerbittliche liberale Note. Unter seiner Ägide wurde auch das liberale Schulgesetz von 1895 verabschiedet. —

Um die Situation der Liberalen zu retten, die die jungliberale Opposition schon etliche Mal gefährdet, hat Schollaert dieser gegenüber den Diktator zu spielen versucht. Immerhin wäre es nicht ausgeschlossen, daß der König noch probiert, ob nicht der geübte Liberaler die Opposition der Rechten milder machen kann. Aber abgesehen davon, daß die Gruppe um Deernaert sehr ungerne tut, ist auch die Linke in Verrechnung zu gehen, die nach allem einen Kongovertrag, mit der Erhaltung der Kronendomäne als Bedingung, trotz ihrer vielen annerionistischen Freunde nicht akzeptieren würde. Leopold rechnet zu schlau, aber er wird aller Voraussicht nach diesmal doch noch umrechnen müssen. . . .

### Rußland.

#### Stehende Generale und das Kriegsministerium.

Petersburg, 6. Januar. (Eig. Ber.)

Vor einiger Zeit berichteten wir über die Enthaltungen der „Ruff“ aus den höheren Sphären der Armeeverwaltung, speziell der Intendanturen in Petersburg und Moskau, in denen den höheren Offizieren die schmutzigsten Affären nachgewiesen wurden. Der Verfasser der Artikel in der „Ruff“, der frühere Offizier F. Kupfjinski, setzte seine Enthaltungen fort und wies auf Grund von detaillierten Materialien weiter nach, daß auch die Armeeverwaltungs-Kommissionen in Warschau nicht minder im Interesse der Tölpeln der Generale dieser Kommission gearbeitet haben! Das Kriegsministerium verlegte sich aufs Reagieren, Kupfjinski trieb jedoch die Patrioten immer mehr in die Enge; er schrieb bestimmt: „Was die Warschauer Intendantur anbelangt, so wird dort seit langen Zeiten und in nicht kleinerem Umfang geraubert als an anderen Punkten und im fernen Osten.“ — Der Verfasser erinnerte das Kriegsministerium daran, daß über die Warschauer Armeediebereien von dem militärischen Untersuchungsrichter für wichtige wirtschaftliche Sachen, dem wirklichen Geheimrat Schianoff, eine Untersuchung geführt wurde, und daß der Untersuchungsrichter auf Grund der gewonnenen Materialien gegen folgende Verurteilung des Anklagebegehrens gestellt hat: gegen den Chef der Kreisintendantur General Juska, seinen Gehilfen Generalmajor Kozel, den Obersten Palejew, den Obersten Witrowski, den Staatsrat Schanitsch und den Obrist Dewell. Seit dem 10. (23.) August, so erklärte Kupfjinski weiter, liegen die Akten darüber bei dem Generalgouverneur von Warschau, Stafen, und die Angeklagten sind auf ihren Kosten geblieben!

Diese kategorischen Angaben hat das Kriegsministerium amtlich in der Presse bekräftigt und als aus der Luft gegriffen bezeichnet. Darauf publiziert nun die „Ruff“ einen offiziellen, an die Redaktion gerichteten Brief des Untersuchungsrichters Schianoff, in dem die Angaben Kupfjinskis vollständig bestätigt werden! Das Kriegsministerium ist somit der unerschämtesten amtlichen Lüge festgenagelt. In der ganzen Reihe der bevorstehenden Skandalprozesse über stehende Generale wird nun auch die Figur des Kriegsministers nicht fehlen können. . . .

### Ägypten.

#### Das Programm der Nationalisten.

Wie der „Times“ aus Kairo berichtet wird, veröffentlichten die ägyptischen Nationalisten folgendes Programm:

1. Aufrechterhaltung der Autorität des Khedives und der Selbstverwaltung, wie sie durch türkische Dekrete garantiert wurden.
2. Vertrauen auf die Versprechungen und Erklärungen Englands aus Anlaß der Besetzung Ägyptens.
3. Ein Parlament mit voller politischer und verwaltender Macht in allen inneren Angelegenheiten Ägyptens.
4. Allgemeinen und unentgeltlichen Elementarunterricht.
5. Die arabische Sprache soll das Mittel des Unterrichts in allen ägyptischen Schulen sein.
6. Eingeborene Ägypter sollen je nach ihren Fähigkeiten als Beamte angestellt werden, um nach und nach die Stellen der Ausländer einzunehmen. —

### Türkei.

#### Der Revolutionskongress.

Von dem wir bereits kurz Notiz nahmen, hat vom 27. bis 29. Dezember 1907 in Paris getagt. Wie aus den nunmehr bekannt werdenden Einzelheiten hervorgeht, war es die Aufgabe dieses Kongresses, eine Kampforganisation zu schaffen, die in den Angehörigen aller Völker und religiöser Bekenntnisse ein gemeinsames Ziel verfolgen soll. Von besonderer Bedeutung ist es, daß auch die bisher ziemlich gemäßigten, entschieden nationale „ottomanische Gruppe der Einigkeit und des Fortschritts“ (nach ihrem Organ „Reichsmarret-Gruppe“ genannt), die in der türkischen Intelligenz starken Anhang hat und der auch Prinz Sabahaddin, der Neffe des Sultans, angehört, am Kongress teilnahm und das beschlossene Programm unterzeichnete!

Dieses Programm hat drei Hauptforderungen:

- I. Die Absetzung des jetzigen Sultans.
- II. Einen radikalen Wechsel des Regierungssystems.
- III. Die Einführung des Repräsentativsystems.

Als Mittel zur Durchsetzung dieses Zieles wurden bestimmt:

1. der bewaffnete Widerstand gegen die Regierungshandlungen,
2. der unbewaffnete Widerstand durch den politischen Beamten, Polizei- usw.) und den wirtschaftlichen Streik.
3. die Steuerverweigerung,
4. die Propaganda in der Armee,
5. der allgemeine Aufstand,
6. andere, durch die Umstände gebotene Mittel.

Die verbündeten Oppositionsparteien rufen alle Klassen und alle Nationen des türkischen Reiches zum Kampf auf. Die Autonomie der Organisationen soll weiter bestehen, aber sie wollen in dauerndem Einbernehmen für das gemeinsame Ziel streiten. Bemerkenswert sei, daß zum ersten Male türkische und armenische Gruppen zu einer Verständigung gelangt sind. Das Programm ist auch von der armenischen revolutionären Föderation (der „Drohsal“-Gruppe) unterzeichnet, die in der zweiten Duma drei Vertreter hatte, welche der sozialrevolutionären Fraktion beitrugen.

Die Vereinigung der Oppositionsparteien der Türkei auf dem Boden eines offen revolutionären Programms verdient erhöhte Aufmerksamkeit in einem Augenblick, wo Einwirkungen der persischen Revolution auf die Welt des westlichen Islam zu erwarten sind.

### Soziales.

#### Zur Zuständigkeit der Stadtverordneten-Versammlung.

Im Verwaltungsstreitverfahren hat am Dienstag das Oberverwaltungsgericht entgegen der Vorinsanz sich in einem Streit über die Grenzen der Zuständigkeit der Stadtverordneten gegenüber dem Magistrat auf Seiten der Stadtverordneten gestellt.

Nach der Städteordnung vom 30. Mai 1853 (für die sieben städtischen Provinzen) sowie nach verschiedenen anderen im preussischen Staat geltenden Städteordnungen, so der für Westfalen, Rheinland, für die Stadt Frankfurt am Main usw., hat die Stadtverordneten-Versammlung über alle Gemeindeangelegenheiten zu beschließen, soweit dieselben nicht ausschließlich dem Magistrat überwiesen sind. Die Stadtverordnetenversammlung von Dommitzsch (Regierungsbezirk Merseburg) erachtete sich in Ausübung dieser Befugnisse, als sie beschloß, daß die Dübener Straße zu pflastern und der Magistrat zu ersuchen sei, die öffentliche Aufschreibung dieser Arbeiten recht bald zu veranlassen und die darauf eingehenden Offerten der Stadtverordnetenversammlung so bald als tunlich zur Prüfung und weiteren Beschlussfassung vorzulegen. Da der Magistrat die Offerten nicht der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung durch diese vorlegte, so beschloß die Stadtverordnetenversammlung später, die Verhandlung über Aufnahme einer Anleihe zu dem gedachten Pflasterungszweck zu vertagen und in Wiederholung ihres früheren Beschlusses den Magistrat nochmals zu ersuchen, ihr vorerz. die eingegangenen Submissionsofferten zur Prüfung und weiteren Beschlussfassung vorzulegen.

Der Magistrat beanstandete diesen Beschluß mit der Begründung, daß allein der Magistrat befugt sei, über die Vergütung der Arbeiten zu beschließen. Das gehört zu der laufenden Verwaltung, die den Magistraten allein zustehe. — Die Stadtverordnetenversammlung forderte den Beauftragungsbeschuß im Verwaltungsstreitverfahren an. Der Bezirksausschuß in Merseburg wies jedoch die Klage ab, indem er gleich dem Magistrat davon ausging, daß die Stadtverordnetenversammlung ihre Befugnisse überschritten habe und der Beschluß deshalb als gesegwidrig gemäß § 15 des Zuständigkeitsgesetzes zu beanstanden gewesen sei.

Das Oberverwaltungsgericht gab am Dienstag der hiergegen von der Stadtverordneten-Versammlung eingelegten Verurteilung statt. Es änderte das Urteil des Bezirksausschusses dahin ab, daß die Beanstandung des Beschlusses der Stadtverordneten außer Kraft zu setzen sei. Begründung wurde ausgeführt: Dem Magistrat ständen ausschließlich zu die Geschäfte der laufenden Verwaltung. Es frage sich danach, ob es sich hier bei der Vergütung der fraglichen Pflasterungsarbeiten um solche Geschäfte handle. Das sei zu verneinen. Und zwar deshalb, weil nicht in Frage stehe die Verwendung laufender Staatsmittel, sondern ein besonderer Fall, nämlich die Festsetzung, ob und in welcher Weise eine Straße gepflastert werden solle und wie die Mittel aufzubringen seien. Hierbei sei die Stadtverordnetenversammlung berechtigt, auch Bestimmung darüber zu treffen, wem die Arbeiten zu übertragen seien. — Unrichtig sei die Auffassung des Magistrats, daß die Stadtverordnetenversammlung ihre Befugnisse überschritten habe, indem sie beanspruchte, auch hierüber Beschluß zu fassen. Darum sei die Beanstandung außer Kraft zu setzen.

# Die Wahlrechts-Demonstration!

Will das preussische Proletariat ein freieres Wahlrecht? Auch der Himmel schien es gestern mit einer ernsthaften Probe nach dieser Richtung hin versuchen zu wollen. Es wurde düstere und düstere und schüttete nasse Floden auf die Erde, die Weg und Steg schnell mit einem schmierigen Brei bedeckten. Und in demselben Maße erhellten sich die Züge der Reaktionen, die bei solchem Wetter keine eindrucksvolle Wahlrechtsdemonstration erwarteten.

Es kam anders! Als die Dunkelheit herniedersank, spieen die Fabriken und Werkstätten wie alltäglich Tausende und Abertausende von Proletariern und Proletarierinnen aus. Aber nicht alltäglich war es, daß diese nicht müde ihr Heim aufsuchten, sondern voller Begeisterung den über fünfzig Versammlungen zuströmten, die in Groß-Berlin einberufen waren, um gegen die preussische Dreiklassenwahlrecht zu demonstrieren, um das gleiche, allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht für Preußen zu fordern.

Jede, aber auch jede dieser vielen Versammlungen war überfüllt!

Und in allen lauschte die Menge fast andachtsvoll den Worten der Redner, die da aus dem Herzen und zum Herzen des Proletariats sprachen.

Mit Begeisterung wurde überall einstimmig die folgende Resolution angenommen:

„Die heute zum Protest gegen die Schmach des preussischen Dreiklassenwahlrechts versammelten Männer und Frauen fordern, daß die preussische Regierung unterzüglich dem Landtag eine Vorlage macht, nach welcher das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht nach Maßgabe der Verhältnismäßigkeit für alle über zwanzig Jahre alten Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts noch vor den Neuwahlen des Jahres 1908 eingeführt werden muß. Die Versammelten haben es satt, in Preußen als politische Heloten zu gelten, nachdem südlich der Rheinlinie das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht gesiegt hat.“

Im Osten und Südosten kam es zu großen Umzügen der Ausgesperrten. Tausende, die in der abgeperrten „Draußenburg“ keinen Einlaß fanden, versuchten, durch die Köpenicker- und Brangelstraße nach der „Urania“ zu gelangen. Auch hier fanden sie das Lokal abgeperrt. Nun wandte sich der Zug nach dem „Gewerkschaftshaus“. Hier besetzte die Polizei schnell die Adalbert-Brücke und drängte die Menge durch die Adalbertstraße nach dem Kottbusser Tor. Neue Schme tauchten auf, aufs neue fanden die Tausende die Wege besetzt. Und so kam eine Demonstration zustande, so eindrucksvoll und würdig, wie sie der Osten und Südosten noch nie gesehen hat. Man schätzt die Zahl derer, die sich allein in diesem Stadtteil gruppenweise auf der Straße bewegten, auf 15 000 bis 20 000 Menschen. Ebenso großartig und eindrucksvoll gestaltete sich die Demonstration in der proletarierstadt Rixdorf. Tausende von den Parteigenossen zogen vor den Versammlungslokalen hin und her.

Mit Jubel wurde es begrüßt, wenn der Vorsitzende vorschlug, der Forderung nach Wahlrechts-Änderung durch ein Telegramm an den Fürsten Bülow, an Herrn v. Ardenner (den Präsidenten des Abgeordnetenhauses) und an die betreffenden Vertreter des betreffenden Kreises im Abgeordnetenhause zu senden. —

Derweilen zogen in Berlin Zehntausende von Menschen umher, die als Versammlungsbesucher „obdachlos“ waren. In Moabit waren einige Tausend Menschen trotz der Größe der gewählten Versammlungslokale ohne Unterkunft, dasselbe war auf dem Wedding der Fall. In der Brunnenstraße wogte die Menschenmenge fortwährend auf und ab; ebenso auf der Mittelpromenade Schönhauser Allee.

Zu einer imposanten Demonstration gestaltete sich ein Zug von ursprünglich circa 100 Personen, die, von den Pharus-Sälen kommend, sich nach der Bod-Bräuerei in der Chausseestraße zu bewegten. Auf dem Wege durch die Lieben-, Neue Hoch-, Gericht- und Kolbergerstraße, Wiesen-, Hoch-, Bad- und Bankstraße, Rettelbeck-Platz zurück nach den Pharus-Sälen schlossen sich ihnen circa 3000 Personen an. Bei dem Lokal angekommen, wo die Versammlung inzwischen geschlossen war, sammelten sich die Demonstranten auf dem Hofe, sangen die Marschlieder und brachten ein dreifaches Hoch auf das allgemeine und geheime Wahlrecht aus. Dann verließen sie in Ruhe und Ordnung den Schauplatz.

Natürlich war auch das Polizeiaufgebot überall ein immenses. In den Versammlungsjälen, in benachbarten Wirtshäusern, ja bei Geschäftsleuten waren fliegende Polizeiwachen eingerichtet.

In der Weberstraße fanden wie überall Hunderte von Menschen keinen Einlaß. Sie bewegten sich durch die Linienstraße, um Einlaß in dem ebenfalls überfüllten Alten Schützenhause zu finden. Eine in den unteren Räumen desselben postierte Wache zerstreute sie jedoch.

Die Polizei verhielt sich bei Beginn der Demonstrationen sehr zurückhaltend. Sie war offenbar bemüht, die Demonstranten aus dem Zentrum der Stadt fernzuhalten. Später aber machte sich eine gewisse Nervosität bemerkbar.

Als die Versammlungsbesucher im vierten Kreise die Lokale verließen, wurden sie mehrfach durch Schußmannsketten „zerstreut“. In der Köpenickerstraße wurde ein Arbeiter verhaftet und sofort gefesselt. In der Prinz-Albrecht-Straße fürchtete man offenbar mehr als einen bildlichen Sturm auf das Abgeordnetenhause. Eine Gruppe von Versammlungsbesuchern, die diese Straße passierte, wurden durch eine Schußmannskette aufgehalten und dann von einem ungeheuren Polizeiaufgebot durch die Wilhelmstraße und andere Straßen begleitet, bis die Leute sich auf dem Velle-Alliance-Platz zerstreuen konnten.

So trug auch die Polizei zum Gelingen der Demonstration das Ihre bei!

Im großen und ganzen: Eine Demonstration, die sich würdig dem Ehrentag des preussischen Proletariats, dem 21. Januar des Jahres 1908 anreihet!

Hoch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht!

## Gewerkschaftliches.

Die „kaiserlichen“ Werftarbeiter und das Reichsmarineamt. Vor Tausenden von Arbeitern der Reichswerft sprach am Montag in Kiel der Reichstagsabgeordnete Genosse Ledebour. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Insecatenteil veranw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Bour über die Sozialpolitik des Reichsmarineamts. Die „kaiserlichen“ Werftarbeiter von Kiel, Wilhelmshaven und Danzig hatten bereits im Frühjahr 1907 beim Reichsmarineamt und beim Reichstag eine ausführlich begründete Denkschrift eingereicht, in der sie um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen einkamen. Die Werftarbeiter hatten über die Stellung, die sie zu dieser Eingabe einnahmen, von vornherein dadurch keinen Zweifel gelassen, daß sie den Arbeiterausschüssen der Werften kurzerhand verboten, die Eingabe zu unterstützen. Abgesehen von der Einführung des Neunstundentags, auf die sich, im Jahre 1907, ein staatlicher „Musterbetrieb“ wahrhaftig nichts einzubilden braucht, ist denn auch von seiten des Reichsmarineamts nichts, aber auch gar nicht in der Richtung dieser Arbeiterdenkschrift geschehen. Genosse Ledebour nahm darum in den Sitzungen der Budgetkommission, in denen Mitte Dezember vorigen Jahres der Etat des Reichsmarineamts zur Beratung stand, bei der Position „Werftarbeiter“ Gelegenheit, auf jene Denkschrift ausführlich zurückzukommen.

Dem Bericht über diese Verhandlungen, die am 9. Januar in der Budgetkommission wieder aufgenommen werden sollen, war der größere Teil der Rede Ledebours gewidmet. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß die „kaiserlichen“ Werftarbeiter ebensowenig wie vom Reichsmarineamt von den Vertretern der bürgerlichen Parteien besonderes Verständnis oder gar Entgegenkommen für ihre berechtigten Forderungen zu erwarten haben. War es doch in erster Linie der freisinnige Abgeordnete Wommsen, der den Vertreter des Reichsamts in seinem Widerstand gegen die Arbeiterforderungen kräftig unterstützte! Dabei konnte Genosse Ledebour den Herrschaften, die bei ihrer wahnsinnigen Flottenpropaganda sich immer auf die Konkurrenz Englands berufen, gerade das Beispiel Englands auf dem Gebiete einer fortgeschrittenen staatlichen Sozialpolitik unter die Nase reiben. Die wesentlichen Forderungen der deutschen Werftarbeiter sind nämlich auf den englischen Staatswerften längst erfüllt. Bereits im Jahre 1891 hatte das Unterhaus eine Kommission zur Untersuchung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der staatlichen Werftarbeiter eingesetzt. In dieser Kommission sind natürlich auch die Arbeiter gehört worden, was bekanntlich für deutsche Behörden den Untergang der Welt, wenigstens der mit schwarz-weißen und schwarz-weiß-roten Brettern vernagelten Welt, bedeuten würde. Die Kommission des britischen Unterhauses hat auch nicht nur die Arbeiterverhältnisse in den Staatsbetrieben, sondern auch diese Verhältnisse in denjenigen Privatbetrieben, denen staatliche Aufträge erteilt werden, gleichfalls unter ausgiebiger Einziehung der beteiligten Arbeiter, sorgfältig geprüft. Auf Grund des erstatteten Berichts hat dann das Unterhaus den Marinebehörden verboten, Staatsaufträge an Privatfirmen, die sie nicht selbst ausführen, zu vergeben und damit das verwerfliche Zwischenmeisterstystem auf diesem Gebiete vollkommen beseitigt. Weiter sind die Marinebehörden verpflichtet worden, Unionslöhne, d. h. von den Gewerkschaften festgesetzte Löhne, zu zahlen. Derselbe Verpflichtung wird den mit Staatsaufträgen bedachten Privatunternehmern auferlegt. Später wurde im Unterhause festgestellt, daß diese Parlamentsbeschlüsse sich durchweg bewährt hätten, wie einstimmig von den Marinebehörden, den beteiligten Privatbetrieben und den Arbeiterorganisationen anerkannt wurde.

In England ist ferner seit geraumer Zeit auf den Staatsbetrieben die achtstündige, auf Privatbetrieben die neunstündige Arbeitszeit eingeführt, während bei uns auf Privatbetrieben vielfach noch zehn Stunden gearbeitet wird und für die Reichsbetriebe erst vor kurzem mit Mühe und Not der Neunstundentag errungen wurde. Auch die Bezahlung ist in England besser als hier. In diesem Zusammenhang konnte Genosse Ledebour schlagen den Staatssekretär v. Tirpitz an seine eigene Behauptung, daß in England die Kriegsschiffe billiger gebaut werden als in Deutschland, erinnern. Eine vernünftige Sozialpolitik mache sich also geradezu bezahlt.

Wenn die Reichsbehörden eine Beeinflussung der Privatbetriebe im Sinne der Arbeiterforderungen mit der Motivierung einer Unmöglichkeit der Kontrolle ablehnten, so würden die organisierten Arbeiter diese Kontrolle schon selber zur Genüge besorgen. Und von Privatbetrieben, denen 30 und 40 Millionenaufträge zugewiesen werden, könne man doch wohl eine anständige Bezahlung der Arbeiter verlangen. Natürlich müßten die Reichsbehörden vorbildlich dastehen — aber wenn die Marineverwaltung noch nicht einmal die von ihr selbst eingeleiteten Arbeiterausschüsse petitionieren läßt und die Anerkennung der Arbeiterorganisationen nach wie vor scharf ablehnt, was könne man da von den Privatkapitalisten erwarten. Und doch hätten sich bereits die Großindustriellen im Werkbetriebe zu einer Anerkennung der Gewerkschaften herbeilassen müssen, wie die im Mai vorigen Jahres zwischen den Werftarbeitern und Gewerkschaftsvorständen geschlossenen Verhandlungen bewiesen.

Genosse Ledebour gab schließlich der Erwartung Ausdruck, daß bei den weiteren Verhandlungen in der Budgetkommission die Vertreter derjenigen bürgerlichen Parteien, die die Hirsch-Duncker und die christlichen Gewerkschaften für sich in Anspruch nehmen, veranlaßt würden, ihre absolut abweisende Haltung gegenüber den Forderungen der Werftarbeiter doch noch aufzugeben.

Nach weiterer Debatte wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der aufs neue verlangt wird, daß nicht nur den in der Denkschrift vom März 1907 niedergelegten Forderungen in Volle entsprochen werde, sondern daß vor allem auch die legitime Vertretung der Arbeiter, die Gewerkschaftsorganisationen, endlich vom Reichsmarineamt anerkannt werden möchten. Weiter wird verlangt, daß auch die mit Staatsaufträgen arbeitenden Privatbetriebe auf die Bewilligung der Arbeiterforderungen, vor allem des Neunstundentags, verpflichtet werden.

Wenn schließlich in der Resolution dem Genossen Ledebour der warme Dank der Versammelten wegen seines energischen und sachkundigen Eintretens für ihre Sache ausgesprochen wurde, so geht daraus hervor, daß die Werftarbeiter jedenfalls nicht daran denken, mit der Vertretung ihrer Wünsche und Forderungen sich an andere Parteien als die Sozialdemokratie zu wenden.

### Berlin und Umgegend.

Kätzung, Metallarbeiter! Der Streik der Dreher im Autobau der A. E. G. ist aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Nachmals gelber Gründungsschwindel. Der „Bund“, das Organ der Gelben, ist krankehaft bemüht, die von uns unter obiger Epigra- mme vor kurzem vorgenommene Veröffentlichung abzuwischen.

Das ist allerdings nicht möglich, trotz der vielen Worte, die der „Bund“ darauf verwendet.

Der „Bund“ behauptet, Herr Schöpflin sei unter einem Vorwand nach dem Metallarbeiter-Verband gerufen und dort zum Beitritt aufgefordert worden. Beides ist unrichtig. Bezüglich des Beitritts ist Herr Schöpflin sogar mehrmals ausdrücklich gesagt, daß er nach seiner Vergangenheit nicht so wie andere Metallarbeiter Mitglied werden könne, sondern hierzu ein besonderer Versuch der Vorstände notwendig sei. Sollte er versuchen, in anderer Weise Mitglied zu werden, dann würde seine widerrechtlich erworbene Mitgliedschaft annulliert. Die Unterfertigung unter die Erklärung gab Herr Schöpflin durchaus freiwillig. Er jagete nur deshalb einen Augenblick, weil er fürchtete, nach der Veröffentlichung dieser Erklärung sekundäre Verluste zu haben. Er habe Herrn Weiersdorf, dem Angestellten der Gelben, eine Gefälligkeit erwiesen, und fürchte aus seiner Erklärung Schwierigkeiten bei der Rückzahlung. Diese Äußerung erfolgte vor zahllosen Zeugen. Damit ist aber wohl auch zur Genüge bewiesen, daß Schöpflin mit der Veröffentlichung seiner Erklärung rechnete.

Recht hat der „Bund“, daß Schöpflin sich um den Posten eines angehenden Sekretärs beim „Bund“ beworben hat. Und zwar, wie auch Herr Schöpflin ebenfalls mitgeteilt hat, auf Aufforderung des Herrn Weiersdorf.

Im übrigen schickt Herr Schöpflin selbst uns eine Zuschrift, in der es heißt:

In Ihrem Artikel über „Gelben Gründungsschwindel“ vom 28. Dezember v. J. erlaube ich mir, Sie auf einen unterlaufenen Fehler aufmerksam zu machen. Es steht am Schlusse des Artikels wörtlich: „Diese Kosten trägt stets der Arbeitgeber“. Da der ganze Artikel die Wiedergabe meiner Aussagen vor der Ortsartikulation ist, so muß auch angenommen werden, daß ich diese Angabe gemacht habe. Ich habe aber vor dem Ortsartikel auf Befragen des Vorsitzenden: „Wer die Zeitung, also das wäre „Der Bund“, bezahlt?“ erklärt, daß er meines Wissens in den Roland-Verken in Weihensee vom Arbeitgeber bezahlt werden wird, daß ich aber von den anderen Firmen, wo solche gelben Unterstützungsbereine existieren, nicht weiß, ob der Arbeitgeber die Kosten der Zeitung bezahlt oder ob schon die Mitglieder die Exemplare bezahlen müssen. Es handelt sich also um das Wort: „stets“.

Herr Schöpflin selbst ist ja wohl der beste Interpret seiner Ausführungen und er bemängelt an unserer Darstellung nur diesen einen Punkt.

Die Form der Norddeutschen Eisen- und Stahlwerke zu Oberschönweide haben gestern beschloffen, wegen Nichterhaltung des Tarifes von 1904 die Arbeit niederzulegen. Der Betrieb ist streng zu meiden.

### Deutsches Reich.

In der Dampfbockerei „Reptun“ zu Posen sind Differenzen ausgebrochen. Der Inhaber soll sich wegen „Plättchen“ nach Berlin gewandt haben. Vor Zugzug nach Posen wird gewarnt.

## Schneesturm und Unwetter

haben gestern weite Gegenden Norddeutschlands heimgesucht. Durch die niedergehenden Schneemassen wurden zahlreiche Eisenbahnverbindungen gestört. Teilweise gelang es nur die Eisenbahnzüge mit erheblichen Verspätungen abzufertigen. In den vom Unwetter betroffenen Gegenden sind die Landstraßen nicht passierbar, so daß einzelne Orte zurzeit von jeglichem Verkehr abgeschnitten sind. Der Telegraph meldet über das Unwetter:

Kuzbassen, 9. Januar. Seit heute früh herrscht schwerer Nordsturm im ganzen diesseitigen Nordseegebiet. Mehrere seewärts bestimmte Schiffe wurden dadurch gezwungen, auf der hiesigen Reede vor Anker zu gehen.

Wismar (Mecklenburg), 9. Januar. Infolge des starken Nordostwindes ist das ganze Hafengebiet unter Wasser gesetzt. Die Keller der Häuser in der Nähe des Hafens stehen unter Wasser. Die See ist noch im Steigen begriffen.

Kiel, 9. Januar. Das Hochwasser im Hafen erreichte bei noch immer wütendem Nordoststurm mittags einen bedrohlichen Stand, überflutete an vielen Stellen das Ufer und setzte zahlreiche tiefer gelegene Wohnungen unter Wasser, so daß die Feuerwehre fortwährend in Tätigkeit treten mußte. Der Dampferverkehr auf der Böhde und im Hafen ist vollständig eingestellt.

Lübeck, 9. Januar. Bei starkem Nordoststurm trat hier heute vormittag Hochwasser ein, das schnell wuchs und nachmittags alle niedrig gelegenen Stadtteile überschwemmte. Auch herrscht starker Schneefall.

Nach einer Meldung aus Kiel fällt in ganz Schleswig-Holstein seit vorgestern Abend bei kläglichem Wetter dichter Schnee, der viele Verkehrsstörungen hervorruft. Haderleben ist seit Mittwoch 7 Uhr abends von jedem Außenverkehr abgeschnitten.

Amlich wird aus Flensburg gemeldet: Straße Wöhen-Bomdrup durch Schneeverwehung gesperrt. Verkehr mit Dänemark über Bamdrup unterbrochen. Dauer der Verkehrsstörung wegen des herrschenden Schneesturmes vorläufig noch unbestimmt.

Inverburg, 9. Januar. (Amtliche Meldung.) Die Straße Inverburg-Tilfit ist infolge von Schneeverwehungen seit heute früh gesperrt. Da der Schneesturm anhält, ist die Dauer der Sperrung unbestimmt.

Kopenhagen, 9. Januar. Seit gestern Abend herrscht ein heftiger Schneesturm. In ganz Dänemark ist der Verkehr seit der Nacht auf fast allen Staats- und Privatbahnen unterbrochen. Der Verkehr auf der Südbahn, auf Seeland und Falster ist eingestellt. Der gebräugte Abendzug Kopenhagen-Berlin ist von Rödöse aus zurückgefahren. Der Expresszug von Berlin, welcher gestern Abend hier eintreffen sollte, ist unterwegs liegen geblieben. Die Personenzüge auf Seeland, Fünen und Jütland blieben auf offener Strecke im Schnee stecken. Kopenhagen hat heute keine Post aus der Provinz und dem südlichen Ausland erhalten.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Deutschen im Ausland.

Jansbrud, 9. Januar. (B. L. B.) Am 20. Januar wird in Roveredo die Verhandlung gegen 42 Personen stattfinden, die wegen der Vorfälle in den Ortschaften Perlen und Cassiano angeklagt sind. Aus diesem Anlaß ist laut Meldung des „Alto Adige“ unter der italienischen Bevölkerung eine Agitation im Gange, daß deutsche Jengen, die gegen die Angeklagten auftreten, in keinem Gasthause Speise, Trank oder Unterkunft erhalten sollen. Die Adalatenlammer von Roveredo hat öffentlich bekannt gemacht, daß sie allen Angeklagten unentgeltliche Vertretung zusichere.

### Zwei Schiffe gesunken.

Madrid, 9. Januar. (B. L. B.) Einer Zeitungsmeldung aus Tanger zufolge hat ein deutsches Schiff dorthin die Nachricht gebracht, daß auf der Reede von Rabat zwei Barkassen gesunken und etwa 40 Personen ertrunken seien. Unter den Umgekommenen sollen sich mehrere Europäer befinden.

Reichstag.

75. Sitzung. Donnerstag, den 9. Januar, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann-Hollweg.

Eingegangen ist eine Interpellation der Sozialdemokraten über die Schwierigkeiten bei der Reform des Anaptychastwesens.

Desgleichen eine Interpellation des Zentrums über denselben Gegenstand.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Entwurfes eines Gesetzes betr. die

Änderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz.

Der Unterstützungswohnsitz soll nach dem vorgelegten Entwurf durch einjährigen Aufenthalt nach zurückgelegtem 16. Lebensjahr erworben werden, während er nach dem gegenwärtigen Recht nach zweijährigem Aufenthalt nach zurückgelegtem 18. Lebensjahr erworben wird.

Staatssekretär im Reichsamt des Innern v. Bethmann-Hollweg: Die Novelle hat in genau derselben Form den Reichstag bereits vor 2 Jahren in erster Lesung und dann auch in der Kommission beschäftigt. In der Kommission haben sich die Parteien in ihrer großen Mehrheit mit der Tendenz der Novelle einverstanden erklärt, der Tendenz, die auch die Novelle von 1894 beherrscht hat und welche dahinging, die Lasten der Heimatgemeinden zu ungunsten der Arbeitsgemeinden, wenn ich diesen Ausdruck gebrauchen darf, zu verringern.

Ich glaube, ich brauche im gegenwärtigen Moment auf Einzelheiten nicht einzugehen, wohl aber halte ich es für meine Pflicht, Auskunft zu geben über die Gründe, weshalb die Novelle genau in derselben Form wieder vorgelegt ist wie vor zwei Jahren, ohne Berücksichtigung der von der Kommission beschlossenen Zusätze und Änderungen. Es handelt sich da zuerst um Zusätze über die Arbeiterkolonien und Wanderarbeitsstätten. Die verbündeten Regierungen halten diese Zusätze für entbehrlich, weil durch die Rechtsprechung die Wanderarbeitsstätten und Kolonien den übrigen Bewahr- und Kranken-Heilanstalten gleichgestellt sind. Zweitens hatte die Kommission einen Beschluß gefaßt, daß bei dem Erwerb und Verlust des Unterstützungswohnsitzes die Frist nicht ruhen solle für Familienhäupter, deren Angehörige von einem anderen als dem Armenverbandes ihres Aufenthaltsortes unterstützt würden.

Kleines Feuilleton.

Die Berliner Igl. Theater und das Volk. Die Berliner Igl. Theater interessieren das Volk in zweierlei Weise, einmal als Steuerzahler und das andere Mal als Kunstgenießer. (In beiden Fällen hat es dank dem Abgeordnetenhaus, um das uns alle Jahrhunderte beneiden, nichts zu sagen.) Mit den Steuergeldern dürfen wir die Unterhaltskosten des Opern- und Schauspielhauses tragen (im Etat für 1908 sind 42720 M. eingelegt), mit den Bargeldern für unerschwingliche teure Plätze dürfen wir die laufenden Mittel aufbringen und was etwa die Igl. Schaulust zuzieht, stammt ja wohl auch nicht vom Monde. Das ist alles. Das übrige geht das Volk nicht an.

Rum könnte man vermuten, im Lande der gefeierten Sozialpolitik würde wenigstens auf einem Gebiete, auf dem keine Junken und keine Industriellenverbände schöne Triebe hemmen, dem Volke die Tür zur Kunst weit geöffnet. Aber was aus dem Gnadenbörne fließt, ist ein dürftiger Tropfen. Einige wenige Volksvorstellungen zu ermäßigten Preisen — das ist alles. Und der Vertrieb steht dem Verein für Volksunterhaltung zu, in dem das Volk nicht vertreten ist. Rum sollen zwar auch eine Reihe von Schauspielvorstellungen speziell für die „Berliner Arbeiter“ noch im Laufe des Winters zum einbeißlichen Eintrittspreis von 50 Pf. veranstaltet werden. Die erste Vorstellung wird am 26. Januar im Neuen Operntheater stattfinden. (Ob in diesen heiligen Hallen seitlich „Prinz von Homburg“, der ein ebenso schönes wie unvollständiges Wohlthat liefert, als erste Vorstellung zur Wirkung kommen wird, ist bei der bekannten Aulust des Hauses sehr die Frage.) Der Vertrieb der Billets ist der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrt überlassen.

Also noch ein Tropfen Wohlfahrt! Aber keine zielbewusste, umfassende Kulturpolitik. Ein Weisäugiges. Nicht einmal eine Abschlagszahlung. Daß die Arbeiterschaft selbst gefragt sein will, daß sie auch in Kunstkreisen längt ihre Selbstständigkeit und ihr Organisations-talent bewährt hat und darum Selbstverwaltung beansprucht, daran in diesem Zusammenhang zu denken, ist ja Versteckenes. Was andere Hof- und Stadttheater für die Popularisierung der Kunst leisten, soll hier nicht zum Vergleich herangezogen werden. Es braucht auch nicht gesagt werden, daß z. B. das Rührberger Stadttheater alle zehn aufführbaren Musikdramen Wagners in einem besonderen Abonnement zu bedeutend herabgesetzten Preisen anbietet. Das alles ist möglich, da wir nicht von der Gnade, aber alles von unserem Recht und unserer Macht erwarten. Im preussischen Landtag werden die Vertreter des Proletariats dessen Forderungen vortragen und die Nationalbühnen und Museen für die reklamieren, für die sie dem Namen und dem Jwede nach bestimmt sind: für die Masse des Volkes. So heißen denn wie alle anderen Interessen auch diese Kulturfrage, daß das Proletariat endlich in Preußen zu seinem Rechte komme.

Abg. Herold (Z.): In der Kommission wird eingehend zu prüfen sein, ob die Regierung bei dem Verhältnis der Arbeitsgemeinden und der Wohnortgemeinden das Richtige getroffen hat. Wenn bei Arbeitern, die in Vororten wohnen und dauernd in Nachbargemeinden arbeiten, die ganze Last der Vorortgemeinde zufällt, so liegt darin eine zu große Belastung der Vorortgemeinde. Vielleicht ist es ein guter Ausweg, Zwerchbände zu gründen, denen sowohl Vororts- wie Arbeitsgemeinden angehören.

Abg. v. Brodhausen (L.): Es ist durchaus gerechtfertigt, daß die Heimatgemeinden von den Kosten, die ihnen die Abwanderung verursacht, entlastet werden. Wir sind mit dem Entwurf im allgemeinen einverstanden. Bedenken, die wir namentlich gegen die Fassung der §§ 14, 27 und 29 haben, werden in der Kommission zu prüfen sein.

Elsah-lothringischer Kommissar Geheimrat Galle: Der Wunsch, das Unterstützungswohnsitzgesetz auf Elsah-lothringen auszu-dehnen, ist nicht unbedeutend; auch die elsah-lothringische Regierung hat dagegen nichts einzuwenden. Doch ist dazu ein Landes-einführungsgesetz notwendig, welches die besonderen Verhältnisse Elsah-lothringens berücksichtigt.

Abg. Oern (Reuß, natl.): Die größere Belastung, welche aus dem Gesetzentwurf den großen Städten erwächst, ist von diesen in Erfüllung eines nobilit officium (einer Ehrenpflicht) zu tragen, die ihnen deshalb erwächst, weil sie von der Abwanderung vom platten Lande den wirtschaftlichen Vorteil haben. Aber Einzelheiten werden in der Kommissionsberatung näher geprüft werden müssen. So stellt der § 29 eine sehr zweischneidige Waffe dar und kann sehr leicht zu einer starken Belastung gerade der Gemeinden führen, welche man entlasten will.

Abg. Raben (Sog.):

Herr Camp sprach der Regierung seinen Dank dafür aus, daß die hier vorgeschlagenen Änderungen des Gesetzes dem deutschen Landwirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt worden seien. Da möchte ich mir die Frage erlauben, ob diese Vorlage vielleicht auch dem Deutschen Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit vorgelegt worden ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Würde man in ihr den Wünschen dieses Vereins Rechnung tragen, so würde sie wohl etwas anders aussehen. So aber hat sie nur dem Landwirtschaftsrat vorgelegen. Handel und Industrie gibt es eben für die deutsche Regierung nicht. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber die Kritik des Abg. Camp beweist, daß die vorgeschlagenen Änderungen nur zu vermehrten Klagen Anlaß geben werden und daß auch die Herren von der Rechten mit der Vorlage nicht zufrieden sind. In Wirklichkeit sind durch unsere Armenpflege geradezu schreckliche Zustände hervorgerufen. (Unruhe rechts.) Der Abg. Herold meinte, man müsse Gesamtar-menverbände schaffen, die geteilt eine bessere Organisation des Armenwesens darstellen würden, als wir sie heute haben. In Baden, glaube ich, hat man das bereits. Dort trägt der ganze Kreis die Armenlasten, nicht die einzelnen Gemeinden.

Herr v. Brodhausen verwahrte sich dagegen, daß dieses Gesetz ein agrarisches genannt würde und sagte, es solle vielmehr nur eine gerechte Verteilung der Armenlasten bringen. Aber bei der Beratung vor zwei Jahren erklärte die Staatsregierung selbst, daß das Gesetz ein Gesetz zugunsten der Landwirtschaft sei. Wenn es kein agrarisches Gesetz wäre, wozu wäre es denn dann dem Landwirtschaftsrat vorgelegt worden? (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nein, der Gesetzentwurf genügt nicht im entferntesten, um die Ungleichheiten und Härten des bestehenden Zustandes zu mildern. Unser Leitmotiv muß sein: ein gutes Gesetz zu schaffen.

Herr v. Camp sagte, die Agrarier haben keine rechte Freude an diesem Entwurf; denn er gehe ihnen nicht weit genug. Auch uns geht er nicht weit genug, aber im entgegengesetzten Sinne; er ist eine Hülfsarbeit, die in keiner Weise der Gerechtigkeit entspricht. Die Regierung zeigt in diesem Entwurf, daß sie nicht willens ist, die Rechte der Armen wahrzunehmen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In den Motiven zu dem Entwurf wird ausgeführt, daß Zweifel darüber obgewaltet haben, ob durch die in das Gesetz vom 12. März 1894 aufgenommenen Bestimmungen der Zweck, die sogenannten Heimatgemeinden in angemessener Weise zu entlasten, erreicht ist. Diese Zweifel haben sich im Laufe der Jahre als begründet erwiesen, und es muß heute anerkannt werden, daß ein Bedürfnis besteht, die in bezug auf die Verschlebung der Armenlasten hervorgerufenen Wirklungen der Freizügigkeit auf dem Gebiete des Armenrechts durch eine weitere Änderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz zum Ausgleich zu bringen. Diesen Ausgleich will die Regierung dadurch

Humoristisches.

Den Fremdenbuchdienern zur Nachachtung schrieb Goethe während seiner zweiten Harzreise im Dezember 1777 in das Fremdenbuch des Brodens folgende Zellen, die jüngst einige Brodenhausbefucher wieder fanden:

„Was les ich hier — Gott steh' mir bei! Verfluchen möcht ich alle Tinten Empfind ich der Empfindung Finzen In aller Federlegeter Harzreise! Laß dein Brodenbuch Dir nicht vom Stumpffium ganz verfliegen Und mußt Du dulden matten Tag Verhungerter Seelen, dann ihr Herzen, Nehmt zu Walpurgis eure Weisen Und seht, als wär er nie gewesen, Den Wüchswach aus dem Brodenbuch!“

— Humor des Auslandes. Der kleine Albert: „Mama und Papa quämen mich fortwährend.“ — Der kleine John: „Was tun sie Dir denn?“ — Der kleine Albert: „Mama will nicht, daß ich auf dem Kopf stehe, und Papa schimpft, daß ich meine Stiefel so schnell auftrage.“ („Audiwers.“)

Notizen.

— Wilhelm Wulch, der große deutsche Humorist, der durch Wort und Bild zwei Generationen entzückt hat, ist im Alter von 78 Jahren in Reichshausen am Harz gestorben. Der lahende Philosoph, der bittere Spötter, der so harmlos schien, ist einer Blinddarmentzündung erlegen. Was er als Meister des Satzes und Dichter geflügelter Verse und bedeutet, ist hier erst am 13. April, zu seinem 76. Geburtstag gesagt worden. Wenn das Wort vom Stile, das den Menschen bedeutet, von irgendwem gilt, denn von diesem einzigartigen Künstler. Wulch ist eine populäre Gattung in Deutschland geworden. Aber diese Gattung hatte nur einen Vertreter: Wilhelm Wulch. Ueber des Lebens lustige und komische Seiten, seine Dummheiten, Lügen und Weisheiten hat er uns lachen gelehrt. Seine Gedanken leben mitten unter uns, seine Worte sind in unserem Munde. Ach, der richtige Wulch ist gar nicht gefordert. Wenigstens nicht, so lange „Nag und Morit“, „Die fromme Helene“ und „Herr und Frau Knopp“ sich so pudelarrischer Gelundheit erfreuen.

— Das erste Sonntagskonzert des Schiller-Theaters findet Sonntag, den 12. Januar, mittags Punkt 12 Uhr statt. Unter der künstlerischen Leitung des Prof. Floro Zajic werden Richard Wagner's „Soubrette de Florence“ und Mendelssohn's „Bartholdys Ostert“ für vier Violinen, zwei Violen und zwei Celli ausgeführt. Eva Lehmann singt Lieder von Beethoven, Mendelssohn und Otto Lehmann. Vier weitere Sonntagskonzerte werden am 19. und 26. Januar, 2. und 9. Februar stattfinden. Abonnementhefte für alle fünf Konzerte zu 2 und 3 M., für Einzelbillets zu 0,50 M. und 0,75 M. (einschließlich Garderobe und Programm) sind in beiden Schiller-Theatern sowie in den Warenhäusern von A. Wertheim zu haben.

treffen, daß sie eine Verschiebung der Pflichten vom Heimatort auf den Arbeitsort vornimmt, weil eine große Verschiebung der Bevölkerung durch die Binnenwanderungen vor sich gegangen ist.

Die Herabsetzung der Altersgrenze von 18 auf 16 Jahre und ebenso die Herabsetzung der Frist zur Erwerbung des Unterstützungswohnsitzes von 2 auf 1 Jahr entspricht nach den Ausführungen der Motive der Billigkeit. Diese Änderung kommt aber doch unstrittig lediglich den Agrariern zugute! Man klagt soviel über die Abwanderungen aus dem Osten. Wer trägt denn aber daran die Schuld? Doch unsere gesamten gesellschaftlichen Einrichtungen, in allererster Linie der Militarismus. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Entwurf auch kleine Verbesserungen enthält, indem er die Leute schneller von ihrer Heimatgemeinde löst, so enthält er doch nicht den geringsten Fortschritt für das Armenwesen. Hier bleibt alles beim Alten, es tritt nur eine Verschiebung der Lasten zugunsten der Agrarier ein. Will man eine wirkliche Reform unseres Armenwesens, so muß man mit ganz anderer Hand zugreifen als jetzt, wo man nur den politischen Plänen der Agrarier entgegenkommt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Armenlasten müssen auf starke Schultern gelegt, sie müssen auf den Staat übernommen werden, das ist die unentbehrliche Grundlage einer Reform des Armenwesens im Interesse einer planmäßigen Ausübung der Armenpflege. Gleichzeitig würde dadurch auch die gewöhnliche Entlastung des Landes von selbst eintreten. Die heutige Armenpflege dagegen erfordert einen großen Aufwand an Kräften und Mitteln, die völlig unnützig sind, zu großer Ungerechtigkeit und zu brutalen Vergewaltigungen der Armen führen. Auch die großen Städte leisten in der Ablehnung der Armenkosten Hervorragendes. Wer das Gesetz prüft, ohne seine praktische Ausführung zu kennen, der sagt, daß der preussische Staat für die Armen Wohltaten geleistet hat. Wer aber die praktische Ausführung kennt, der weiß, daß gegen die Armen die argsten Brutalitäten ausgeübt werden, und zwar unter den Augen der Behörden und ohne daß die Behörden dagegen einschreiten. Solange das Gesetz besteht, so alt sind auch die Klagen darüber, ohne daß die Reichsregierung sich veranlaßt gesehen hat, eine Änderung herbeizuführen. Schon im Jahre 1870 hat im sächsischen Landtage der konservative Abgeordnete Bürgermeister Müller in einer Rede gesagt, wie die Armen innerhalb zweier Jahre vier- bis fünfmal abgehoben und wie sie dadurch vollständig ruiniert werden. Im Schluß seiner Rede sagte er: Der Mann mag der arbeitssamste Mensch sein — sobald er eine zahlreiche Familie hat, genügt dieser Umstand, um ihn der Heimstätte zu berauben. Das allein genügt also, um ihn aus der Gemeinde herauszuwerfen! Wenn es der Gemeinde nicht gelingt, ihn dadurch herauszuwerfen, daß sein Hauswirt zur Kündigung genötigt wird, so schiebt die Polizei ein: sie weist ihn aus seiner Wohnung heraus, weil die Wohnung nicht als wohnungsfähig betrachtet wird und aus gesundheitspolizeilichen Gründen geräumt werden muß! Wenn der Mann dann auf der Straße liegt, kann die Gemeinde ihn abhieben, und wenn er fort ist, so kann die gesundheitsgefährliche Wohnung sofort wieder mäßig an einen anderen vermietet werden!! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieses Abhiebungs-system ist ein System der Hölle. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es wird in ganz gleicher Weise in ganz Deutschland von großen und kleinen Gemeinden geübt.

Vor kurzem ging folgender Fall durch die Presse, der so furchtbar ist, daß er jedem das Blut zu Eis erstarren lassen muß, der noch etwas Gefühl hat:

In Rühlheim a. d. Ruhr lebte seit einer Reihe von Jahren ein etwa 60 Jahre altes Mütterchen mit ihrem 20jährigen Sohn. Seit 10 Jahren litt sie an Rheumatismus und Herzschwäche. Infolgedessen war sie arbeitsunfähig, und sie hoffte, ihren Sohn, mit dem sie einen gemeinsamen Haushalt führte, vom Militär freizubekommen. Aber der Staat nahm ihr den Ernährer und steckte ihn in die Kaserne, während doch schon vier Söhne des alten Mütterchens Soldat gewesen waren. Diese vier Söhne konnten, weil sie selbst starke Familien hatten, zu ihrer Unterstützung nichts beitragen. Das alte Mütterchen wandte sich, nachdem alle Versuche, ihren letzten Sohn freizubekommen, fehlgeschlagen waren, mit einem Bittgesuch an den Kaiser. Auch dies wurde ablehnend beschieden. Darauf mußte sie Armenunterstützung in Anspruch nehmen und bekam für die Monate Januar, Februar und März vorigen Jahres Unterstützung. Eine weitere Unterstützung lehnte sie zunächst ab, weil man ihr gesagt hatte, es bestehe Hoffnung, daß

— Das lautsprechende Telephon, das im Journalistenzimmer des Reichstages eingeführt ist, hat auch im Geschäftslieben Verwertung gefunden. In einem Berliner Vaugeschäft verkehrt der Chef mit dem Personal nur durch den „Lautsprecher“. (Ob das nicht manchmal die nicht direkt Interessierten belästigt?) Die Post wird unter Zuhilfenahme des lautsprechenden Telefons erledigt. Jeder Angestellte ist hier stets zur Hand, ohne von seiner augenblicklichen Beschäftigung ablassen zu müssen, es gibt kein Warten mehr, kein unnützes Hin- und Herlaufen in den Korridoren.

— Wien als zweimillionenstadt. Nach den Berechnungen der Wiener städtischen Statistik betrug die Einwohnerzahl der Stadt Wien Ende Dezember 1907 1 999 912 Personen. Da nun der durchschnittliche Zuwachs mit täglich 116 Personen schätzungsweise anzugehen ist, wurde am 1. Januar die zweite Million überschritten. Außer Wien gibt es noch fünf zweimillionenstädte auf der Erde und zwar London mit 4 758 218, New York mit 4 285 433, Paris mit 2 722 731, Chicago mit 2 489 641 und Berlin mit 2 004 269 Einwohnern.

— Vom „Schlachtfeld“ der Stierkämpfer. Ein einträgliches Verbot ist der — des Stierkämpfers in Spanien. Aber er ist auch gefährlich. Das Jahr 1907 hat grausam unter den Toradors aufgeräumt; niemals gab es vorher unter ihnen eine so große Anzahl von Getöteten und Verwundeten. Sieben sind tot in der Arena geblieben. Unter ihnen Montes, der am 13. Januar tödlich getroffen zusammenbrach und um den „das ganze Volk“ trauerte, dann der Vanderbiltos Resto, der am 4. Februar während eines Kampfes, dem er als Zuschauer beizuwohnte, von Leidenschaft fortgerissen in die Arena sprang und von dem Stier gestochen wurde. Im ganzen gab es 82 Verwundete, unter denen sich fast alle bekannten Matadore befanden. Während des Vorjahres sind in Spanien 2980 Stiere und 2720 Pferde bei den Kämpfen hingerichtet worden. Jiffen, die die außerordentliche Verbreitung dieser Rationalunterhaltung beleuchten und deutlich erkennen, daß diese barbarische Sitte noch nicht abgenommen hat. Neue Arenen werden immer wieder erbaut und Madrid wird bald eine zweite „Plaza“ besitzen, die mehr als 8000 Sitze faßt. In diese Verrechnung sind die Stierkämpfe von Südamerika und Algerien noch nicht eingeschlossen, wo ebenfalls spanische Toreros ihre Kunst ausüben.

— Die Fortschritte des Panamakanals. Die letzten Berichte über den Bau des Panamakanals zeigen, daß die Grabungsarbeiten mit einer außerordentlichen Schnelligkeit fortgeschritten, zumal da die Sterblichkeitsziffer, die in den früheren Jahren so betrüblich war, jetzt auf fast die Hälfte zurückgegangen ist. Die im letzten Monat vollendeten Grabungen erstreckten sich über eine Fläche von mehr als 1 888 490 Kubikards. Nach den offiziellen Statistiken bezieht diese Leistung einen Rekord aller Grabungsarbeiten, die bisher geleistet worden sind. Die Grabung des Panamakanals hätten bei gleicher Leistung den Suezkanal in 3 1/2 Jahren bauen können, während der Leffeps 10 Jahre gebräucht hat.

Ihr Sohn freikommt. Aber diese Hoffnung schlug wiederum fehl, und weil sie nun durch die kurze Zeit bezogene Unterstützung der Unterstüthungswohnstätten noch nicht erlangen hatte, erklärte die Stadt Rühlheim, das alte Rühlheim gehöre eigentlich nach Münster in Westfalen und diese Gemeinde sei unterstüthungspflichtig. Bereits am nächsten Morgen sollte sie früh um 6 Uhr ein Polizeibeamter abholen, um sie aus der Stadt zu bringen, aber als er hinlief, war das alte Rühlheim bereits fort. Sie hatte um 6 Uhr früh ihre Wohnung verlassen und irrt umhert.

Welch ein Unmuth von Härte liegt in diesem Vorgehen der Behörden von Rühlheim. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und da heißt es von oben her, daß das Alter eine geschätzte Eigenschaft hat! Man sagt, den preussischen Unteroffizier kann kein Staat der Welt und nachmachen. Nun, ich meine, die Brutalität gegen das alte Rühlheim, das dem Lande 5 Soldaten geschenkt hat, kann auch kein Staat nachmachen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Fälle der Abschiebung von Armen könnte ich im hunderte vermehren. Dies Abschiebungssystem wollen Sie bei der Revision dieses Gesetzes bestehen lassen. Nur an die Tathaten der Herren Agrarier darf nicht geklopft werden. (Unruhe rechts. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ein Arbeiter, der sich der Unterstüthungspflicht seiner Familie gegenüber entzogen hatte, wurde

mit gebundenen Händen von seinem Arbeitsplatze abgeholt! Solche Fälle sind eine Brutalität, wie man sie sich nicht schliemern denken kann. (Verhastete Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Rechts rechts.) Sie (nach rechts) lachen natürlich über solche Zustände. Wir betrachten sie von einem ganz anderen Standpunkte: von dem des Gefühls. Einen besonders prägnanten Fall brachte im Jahre 1902 die „Deutsche Bergarbeiter-Zeitung“:

Ein junges Mädchen, das im Krankenhaus verpflegt worden war und die Kosten nicht bezahlen konnte, wurde zur Abarbeitung der Kosten in eine Anstalt nach Borna geschickt. Während ihres Aufenthaltes daselbst wurde sie Mutter. Dunkle Gerüchte kennzeichneten auch den Vater. Es wurde ihr auferlegt, so lange in der Anstalt zu bleiben, bis sie drauhen eine sichere Existenz habe oder nachweise, daß jemand sie heiraten wolle! Also die Anstalt etablierte sich sozusagen als Heiratsbureau. (Weiterkeit.) Das Mädchen ist

nenn volle Jahre in der Anstalt zurückgehalten worden, lediglich weil sie Krankenhauskosten nicht bezahlen konnte, und sie hat dort drei Kinder geboren,

(Weiterkeit rechts)

Das ist die „Ettlichkeit“ in diesen Anstalten. Und wie ist die Behandlung in diesen Anstalten? Die Insassen werden bei schwerster Arbeit in der brutalsten Weise behandelt. Ein großer Teil wird jahrelang festgehalten, ohne Hoffnung, jemals freizukommen. Wegen des fraglichen Artikels der „Bergarbeiter-Zeitung“ ist keine Anklage erhoben worden, und das will bei uns viel sagen. Bei Zuständen, wie ich sie geschildert, muß sich der Deutsche des Deutschen Reiches schämen. (Ohorse rechts; Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ob die Bestimmungen des § 28 überhaupt durchführbar sein werden, erscheint mir sehr fraglich. Ueber 95 Proz. aller Gemeinden haben unter 2000 Einwohner. Diese kleinen Ortsarmenverbände sind gar nicht in der Lage, ihren Verpflichtungen nachzukommen; sie werden sich bemühen, das Gesetz zu umgehen. Ein Artikel in den „Preussischen Jahrbüchern“ hat dies offen zugegeben. Die Armenlisten müssen auf große, leistungsfähige Verbände gelegt werden; die Ortsarmenverbände haben dann nur den Zweck, ihre Armen zu versorgen, sie haben ihre Beiträge zu erheben, mit dem größeren Verbände abzurechnen, so daß die Kosten gleichmäßig auf das ganze Reich fallen. Der Arme, der abgemessen wird, kann sich über die Gemeinde, die ihn nicht unterstützt, bei der unteren Verwaltungsbehörde beschweren. Erhe jedoch über diese Beschwerde entscheidet, ist der Arme längst verhungert. Wenn er das nicht will, so muß er eben betteln. Betteln aber ist verboten und wird mit einer Haftstrafe bis zu sechs Wochen bedroht. Der Arme kann es also machen wie er will, er ist immer derjenige, welcher verurteilt wird. Wird er innerhalb zweier Jahre mehrfach wegen Bettelns bestraft, so darf ihn die Landespolizeibehörde bis zu zwei Jahren ins Korrektilionshaus schicken. Nur wenige haben eine Ahnung davon, daß

die Ueberweisung an die Landespolizeibehörde den Armen den Stempel des Verbrechers aufdrückt, daß er dadurch für die Menschheit verloren geht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Welcher Schaden dadurch angerichtet wird, das wissen nur wenige. Der Arme wird als Paria behandelt, das Brandmal der Schande wird ihm aufgedrückt. Um den Schein zu wahren, will man nun Wanderarbeitsstätten einführen. Im Jahre 1893 hat man 900 Ställe eingerichtet. Aber im Jahre 1906 bestanden im gesamten Preußen nur noch 300 derselben, zwei Drittel der Verpflegungstationen hatte man also eingehen lassen. Um so charakteristischer ist es, auf welche Weise man nunmehr dem Bettel steuern wollte. Man erließ Verordnungen, welche den Spender milder Gaben unter Strafe stellte! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So gab der Landrat im Kreise Lübben, Graf v. Schulenburg, kund, daß die Verpflegungstationen aufgehoben seien und daß die Hausbettelei wahrscheinlich wieder um sich greifen werde. Deshalb machte er auf eine Polizeiverordnung aufmerksam, welche das

Almsengeben mit 30 M. Geldstrafe oder entsprechender Haftstrafe bedroht.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Schleswig-Holstein hat sich ein gewisser Tage trotz des Verbotes nicht abhalten lassen, seiner Menschenpflicht nachzukommen, und er hat einem Bettler etwas gegeben. Dafür sollte er bestraft werden! Da er sich weigerte, zu zahlen, kam die Sache vor das Schöffengericht, dann vor das Landgericht und schließlich vor das Kammergericht. Und das Kammergericht entschied, man solle prüfen, wie oft sich der Tage gegen die Verordnung vergangen hat! In der Bibel steht — und Sie (nach rechts) wollen ja alle sehr gute Christen sein —, also in der Bibel steht: „Brich dem Hungrigen dein Brot!“ Herr Tage tut das, und da kommt der Staatsanwalt und das Gericht und wollen ihn deswegen bestrafen. Ich frage öffentlich: Ist ein solcher Staatsanwalt ein Christ? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

In den Verordnungen ist von „gewissenlosen Eltern“ die Rede, die ihre Kinder zum Betteln anhalten. Denken Sie an die Verleuerungen der Mieten, an die Verleuerung des Heizmaterials, an die Verleuerung aller Lebensmittel, die in gewissenloser Weise stattgefunden hat. Der Saite hat eben andere Gefühle als der Hungrige, und wenn die Eltern sich nicht anders zu helfen wissen, als ihre hungrigen Kinder zum Betteln zu schicken, und deswegen als gewissenlose Eltern beschimpft werden, so nenne ich im Gegentheil diese Beschimpfung eine gewissenlose Behauptung. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Von den Hunderten von Fällen, die ich Ihnen anführen könnte, will ich noch den einen alten „Bagabunden“ erwähnen, der sich des Abends wanderte, gleich einem Kraken, auf der Polizeiwache meldete. Man steckte ihn dort in eine Kiste und ließ ihn liegen. Am anderen Tage war er tot. Es ergab sich, daß er

vor Hunger gestorben

war. Ad man seine Papiere untersuchte, fand man, daß er ein alter Kriegskamerad

war, wenn ich nicht irre, auch Inhaber des Eisernen Kreuzes. Nun kam plötzlich das „gute Herz“, nun trat der Kriegsveteran ein, trug den alten Kameraden zur ewigen Ruhe, und erhe ihn mit einer Salbe, die über das Grab abgeschossen wurde. Hätte man dem armen Teufel für das Geld, welches das Pulver gekostet hat, Brot gegeben, so hätte man besser an ihm gehandelt. (Sehr

Wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Leute, welche man Bagabunden nennt, sind Leute ohne Arbeit, und zwar werden sie arbeitslos infolge unserer wirtschaftlichen Zustände, und bei der jetzt herbeiziehenden Krise wird die Zahl dieser Arbeitslosen ganz außerordentlich wachsen, und die Not wird um so größer werden, weil sie durch die Zollgesetzgebung noch vergrößert wird. Bei der Besprechung der Lebensmittelverleuerungen sagte Herr Naumann: der Handel wird sich wieder erholen. Was sich aber nicht wiederholt, das ist das lebendige Menschenmaterial, das jede Krise erfordert. Diejenigen, die ihre Arbeit auf längere Zeit verlieren und später den Anschluß an ihre Erwerbstätigkeit nicht mehr finden, stellen einen absoluten Verlust lebendigen Menschenmaterials dar, das jeder Krise zum Opfer fällt. Tausende und Abertausende lassen Sie brotlos werden, und wenn Sie den Brotlosen dann beim Betteln betrachten, so schämen Sie sich ins Gefängnis. Die Zahl der Korrigenden fällt und steigt je nach der Arbeitsgelegenheit. Das sind die Menschen, die, wie Herr Naumann sich einmal ausdrückte, den Anschluß an ihre Erwerbstätigkeit nach der Krise nicht wiederzufinden haben und zu gleicher Zeit auch die Menschen, denen am liebsten der Weg zu diesem Anschluß verlegt worden ist. Die Behörden drängen den Armen von einem Ort zum andern, so daß es ihm unmöglich gemacht wird, auf rechtmäßige Weise sein Brot zu verdienen. Ich erinnere Sie an den Fall des Hauptmanns von Köpenick. Je schlechter die Lage der Arbeiter, desto größer die Zahl der Korrigenden. Das zeigte sich, als die Majorität des Reichstages seinerzeit den Arbeiterstand freibeierte, als das Sozialgesetz kam, das den Arbeitern jede Freiheit nahm. Zugleich wurde die Polizeipolitik inaugurirt, es kamen neue Steuern. Durch die Tabaksteuer wurde die Zahl der Arbeitslosen kolossal vermehrt.

Vizepräsident Kämpf: Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß wir uns bei der Beratung des Unterstüthungswohnstättengesetzes befinden. (Dradol rechts.)

Abg. Raben (fortfahrend): Warum gibt es im Winter soviel Bagabunden und im Sommer nicht? Sammeln denn die Leute zum Vergnügen herum? Nein, sie haben im Winter keine Arbeit. Die Herzen von der kalten Moral können das natürlich nicht begreifen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Wanderarbeitsstättengesetz, das das preussische Abgeordnetenhaus angenommen hat, ist ein Messer ohne Heft und Klinge; denn es wird in ihm nur gesagt, daß Wanderarbeitsstätten errichtet werden können. Im übrigen wendet sich das Abgeordnetenhaus mit einer Resolution an die Staatsregierung. Diese möge beim Bundesrat dahin wirken, daß die fürsorgerische mittellose arbeitswillige Wandernde im Wege der Reichsgesetzgebung geregelt werde.

Herr v. Bodelschwingh erzählt in seiner Schrift: „Die gesetzliche Regelung der Wanderarbeiterfrage“ von den Uebergriffen der Behörden; er berichtet von einem Bürgermeister, der einen Armen, welcher ihn auf Grund des Gesetzes um Unterstützung anging, die Treppe hinuntergeworfen hat, sobald er sich den Arm brach. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Bodelschwingh nennt das jetzige System „eine grauenhafte Schand“ und reißt der bürgerlichen Gesellschaft die heuchlerische Maske vom Gesicht.

Auch die Arbeiterkolonien,

die man begründet hat, zwei davon auch in Sachsen, sind nichts als Palliativmittelchen. 62 Proz. des Arbeitsverdienstes behält die Kolonie für sich. Das ist kein Liebeswerk, sondern eine Ausbeutung der Armen der Armen. Die vorgeschlagenen Veränderungen sollen die Härten des bestehenden Zustandes beseitigen. Dann müßte der Entwurf aber ganz anders ausfallen als jetzt. Dieser Entwurf ist nur bedingt durch das Geldbedürfnis und hat nur das materielle Wohl der Agrarier im Auge. Von Menschlichkeit zeigt er keine Spur. Die Abschiebung der Armen ins Korrektilionshaus bildet für Sie (nach rechts) das Alibi. Dieser Entwurf ist ein Dolch auf unsere so viel gerühmte Sozialpolitik, er ist ein Dolch auf die Jbidifikation. (Verhastete Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Sächsischer Kommissar Dr. Fischer: Ich muß auf die Ausführungen des Vorredners über die Handhabung des Unterstüthungswohnstättengesetzes in Sachsen mit einigen Bemerkungen eingehen. Das System der Abschiebung wird in Sachsen nicht anders gehandhabt als im übrigen Reich. Ich muß aber darauf aufmerksam machen, daß manche Armen absichtlich es vermeiden, durch zweijährigen Aufenthalt einen Unterstüthungswohnstätt zu erwerben, damit sie ins Landarmenrecht hineinkommen. Das in Sachsen nicht der Richter, sondern die untere Verwaltungsbehörde darüber entscheidet, ob jemand in ein Zwangsarbeitshaus kommt, ist richtig; aber die Verwaltungsbehörden sind doch sozusagen auch Menschen, und schon seit 12 oder 16 Jahren sind strenge Vorschriften vom Ministerium über die Vorbedingungen über den Fall der Einlieferung in das Armenhaus erlassen. Den Fall des Mädchens, das 9 Jahre in der Anstalt war und dort drei Kinder geboren hat, verstehe ich nach der Darstellung des Vorredners nicht, und ich kann mir nicht denken, was er will. Entweder war die Aufsicht nicht streng genug oder der Aufenthalt nicht ununterbrochen. Daß zuweilen jemand als Bagabund angesehen wird, der es nicht verdient, gebe ich zu; die Behörden werden sich betreiben, dafür zu sorgen, daß die Zwangsarbeit nur bei wirklich arbeitsfähigen angewendet wird.

Abg. Dr. Wlad (fr. Sp.): Die eben gelesene Rede war nur eine lose Zusammenstellung von Einzelheiten, die nicht Typisches an sich haben und nur die Ungünstigkeit aller menschlichen Einrichtungen zeigen. Solche Reden sind geeignet, das Niveau des Reichstages herabzudrücken. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) In seiner gegenwärtigen Fassung ist der Entwurf eine Halbheit. Wenn es richtig wäre, was die Motive sagen, daß junge Leute, die vom Lande weggehen, nie wieder dorthin zurückkehren, sollte man die Frist zur Erwerbung des Unterstüthungswohnstättes nicht auf ein Jahr festsetzen, das wäre dann eine Halbheit. Das Schlimmste an dem gegenwärtigen Zustand ist das Abschneiden der Unterstüthungsbedürftigen, das hat auch Graf Pasadowitz seinerzeit unumwunden zugegeben, und er hat dieses Abschneidungssystem auf härteste gegeißelt. Diejenigen Arbeitslosen abzuscheiden, wäre wohl eine Aufgabe des Schwertes der Edlen wert. Aber das wird durch diesen Entwurf nicht erreicht.

Die Möglichkeit, Ortsarmenverbände aus verschiedenen Gutsbezirken zu bilden, besteht schon jetzt, nur ist es meist nicht möglich, leistungsfähige Bezirke mit armen zusammenzubringen. Leider tut die Vorlage keinen Schritt, um diesen Uebelstand zu beseitigen. Eine gründliche Reform des Gesetzes ist notwendig; es ist in dieser überlasteten Session möglich sein wird, scheint mir zweifelhaft.

Abg. Derrsa (wirtsch. Sp.) erklärt sich im allgemeinen mit der Vorlage einverstanden. Den Ideen des Herrn v. Bodelschwingh stehen wir sehr sympathisch gegenüber und hoffen, daß sie in der Gesetzgebung bald Verwirklichung finden werden.

Abg. Dreßl (Pol.): Das Gesetz bedeutet eine Abschlagszahlung für die armen Gemeinden in unserer Provinz. Es ist zweifellos verbesserungsbedürftig; der Kommissionsberathung stimmen wir zu.

Abg. Mommsen (fr. Sp.): Es ist auffällig, daß die Motive des Gesetzes genau dieselben sind wie die zu der letzten Vorlage; die ganzen bisherigen Beratungen sind in diesen Motiven gar nicht berücksichtigt worden. Nicht einmal die Zahlen der neuen Volkszählung von 1905 sind in den Motiven berücksichtigt. (Hört! hört!) In finanziellen Fragen kommt man den Agrarier sofort mit einem Gesetz zu Hilfe, während weit wichtiger Fehler auf politischem Gebiete, wie die unhaltbare Wahlkreisverteilung, jahrelang der Abänderung harren. Es handelt sich bei diesem Gesetze, dem ich stimme, um einen Uebelstand, der unbedingt um Beseitigung, während wir grundlegende Reformen verlangen müssen. Vor allem ist die Bildung von größeren Zwangsverbänden notwendig. (Dradol links.)

Abg. Storz (D. Sp.) weist auf die Schwierigkeiten hin, die bei der Abänderung über die Grenze im Süddeutschland namentlich nach der Schweiz entstehen.

Hierauf wird ein Schlußantrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Das Gesetz geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Hierauf verläßt sich das Haus. Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr (Vogelschutzgesetz, Moh- und Gebirgsordnung.) Schluß 6 Uhr.

## Marinitisches aus der Budgetkommission.

6. Sitzung vom 9. Januar.

Die Beratung des Marine-Etats wird bei Titel 91 Artilleristische Armierung fortgesetzt. Ohne erhebliche Debatte werden die Titel 91 bis 98 mit den Ausgaben von 49 600 000 M. für Schiffarmierungen bewilligt. Es handelt sich dabei meist um spätere Marinebewilligungen, die nach dem einmal der Anfang gemacht ist, bewilligt werden müssen. Aber auch über recht

### bedeutsame Neuanforderungen

geht die Kommission recht leicht hinweg. Da werden in Titel 96 2 Millionen Mark als 1. Rate gefordert für Aenderung in der Munitionsausstattung, weil die Erfahrungen im russisch-japanischen Kriege diese Aenderung geboten erscheinen lassen. Die gesamte Aenderung soll 16 Mill. Mark kosten; die erste Rate von 2 Millionen wird gleichwohl ohne Debatte genehmigt. So geht's noch mit mehreren Anforderungen, die erste Raten von später folgenden großen Ausgaben enthalten. Die Torpedoarmerierungen, Titel 99 bis 100, im Betrage von 6 200 000 M. werden gleichfalls ohne wesentliche Debatte bewilligt. Die Minenarmierungen erfordern 820 000 M., sie werden bewilligt. Weiter die einmaligen Ausgaben im Betrage von 8 1/2 Millionen Mark.

Bei Titel 106, Ausrüstung von Vauentwürfen, bringt Ergberger einen Fall von Bodenwucher zur Sprache, dessen Opfer die Marineverwaltung geworden ist. In Wilhelmshaven hat sie für ein Grundstück einen außerordentlichen Preis bezahlen müssen. In der anschließenden Debatte teilt der Marineminister mit, daß er früher mit dem preussischen Fiskus große Schwierigkeiten gehabt und außerordentlichen Bodenpreise zahlen mußten, eine Mitteilung, die nicht ohne Interesse ist, denn der

### preussische Fiskus als Bodenspekulant

ist zweifellos eine wertvolle Ergänzung des Bildes, das man bisher schon von der preussischen Verwaltung hatte. — Zu den Titeln 100 bis 107, welche die seit Jahren gewohnten Beihilfen an eine Reihe von Gemeinden als Ersatz für die Unmöglichkeit, die fiskalischen Einrichtungen zur Gemeindeverwaltung heranzuziehen, wieder für 1908 enthält, gibt Unterstaatssekretär Zwele die Erklärung ab, daß ein Gesetz ausgearbeitet sei, welches die Gemeindesteuernpflicht des Fiskus ausspricht. Das Gesetz soll aber erst 1910, mit dem Zeitpunkt in Kraft treten, wo die Erhebung von Oktroi in den Gemeinden wegfällt. Bis dahin sollen die Beihilfen weiter gewährt werden. Octroi befürwortet eine Petition der Gemeinde Oberhof, welche mit den bisher bewilligten 12 000 M. nicht zu frieden ist.

### Genosse Singer

schließt sich dieser Befürwortung an und verlangt von Zwele die Grundsätze kennen zu lernen, nach welchen solche Beihilfen gewährt werden. Die Gemeinden haben erhebliche Lasten durch die Marineeinrichtungen, als Schul- und Straßenkosten usw. — Ein Regierungsvertreter spricht gegen die Petition der Gemeinde Oberhof und Unterstaatssekretär Zwele erklärt auf Singers Anfrage, daß die Schul- und Armenlasten einer Gemeinde zugrunde gelegt und daraufhin nach dem Anteil der Marineangehörigen an der Gesamtbevölkerung des Ortes die Höhe der Beihilfe bemessen würde. Er hat nichts dagegen, daß die Oberhof'sche Petition zur Berücksichtigung überwiesen wird. Das geschieht. Es soll versucht werden, für 1908 noch die Beihilfe zu erhöhen. Auch die in gleicher Richtung sich bewegende Petition der Gemeinde Heptens wird zur Berücksichtigung überwiesen. Dort sind unter 14 000 Einwohnern 11 000 Marineangehörige. Der Regierungsvertreter von Oldenburg erklärt diese Forderungen für berechtigt. Es liege auch im Interesse des Reiches, daß die Gemeinden nicht unter den Lasten, die ihnen durch das Reich erwachsen, verkrüppelt; er erinnere nur an die Seuchengefahren, welche entstehen, wenn in der Gemeinde die sanitären Einrichtungen nicht genug gefördert werden können. Am Schluß der Beratung des ordentlichen Etats wird dann die

### Deckungsfrage

erneut aufgeworfen. Das Zentrum beantragt, eine wesentlich größere Summe auf den ordentlichen Etat zu nehmen, als im Etats-Voranschlag geplant ist. Die Schiffsbauten, Armierungen und einmaligen Ausgaben erfordern 179 797 500 M. Davon sollen 84 410 000 M. zu Lasten des außerordentlichen Etats, also auf Anleihe genommen werden. Das Zentrum will dagegen 8 Proz. des Schiffbauwertes vom ordentlichen Etat beitreten. Danach würden nur 43 770 000 M. auf Anleihe zu nehmen, also fast noch dem Voranschlag 11 1/2 Mill. 128 Millionen in den ordentlichen Etat einzustellen sein. Ergberger begründet kurz diesen Antrag. Unterstaatssekretär Zwele wendet sich sehr energisch gegen den Antrag. Im Prinzip sei er wohl einverstanden, aber das

### Finanzleub

sei so groß, daß an die Belastung des ordentlichen Etats mit weiteren 20 Millionen gar nicht zu denken sei. Um die ganze Größe des Finanzleubes ermessen zu können, sei darauf verwiesen, daß 400 Millionen Sachanweisungen im Umlauf seien, 250 Millionen davon liegen bei der Reichsbank und durch diesen kolossalen Geldbedarf sei der Diskont in die Höhe getrieben und die Spannung auf dem Geldmarkt eingetreten. Die Ausgabe der Sachanweisungen war notwendig, weil die Matrularbeiträge gestundet und andere Vorschüsse gemacht werden mußten. Die Sachanweisungsschuld muß sich erhöhen, wenn der Fehlbetrag des ordentlichen Etats sich vergrößert. Er bitte wenigstens jetzt den Antrag abzulehnen, noch habe er

schwache Hoffnung auf günstige Lösung der Finanzwirren durch neue Steuern. Seimier, Wiemer und v. Richter hofen gegen den Zentrumsantrag; Müller-Julda scheidet die Schuld an dem Finanzleub der Regierung zu, sie habe die Stundung der Matrularbeiträge eingeführt, als 1000 die Flottenausgaben so außerordentlich hohe wurden. Der Vorsitzende v. Camp bittet, die Suche nach dem Schuldigen zu lassen, die Zeit reiche doch nicht, ihn zu finden. Zwele polemisiert noch gegen das Zentrum; bringe er neue Steuern, sei es nicht recht, bringe er keine, sei es wieder nicht recht. Der Antrag des Zentrums wird abgelehnt gegen die Stimmen der Antragsteller und der Sozialdemokraten; angenommen wird dagegen einstimmig folgender Antrag Wiemer:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß tunlichst bald im Etat für die Verwaltung der Kaiserlichen Marine neben den vollen Kosten für Armierungen ein der Verkürzung des Lebensalters der Linien-schiffe entsprechender höherer Prozentsatz des Wertes der Flotte (dieser 6 Proz.) auf den ordentlichen Etat übernommen werde.

Vorstell also

geht das Schuldenmachen weiter. In Titel 17 werden 2 Millionen als erste Rate von insgesamt 30 Millionen für die Anlage eines Hafens für kleinere Fahrzeuge bei Helgoland gefordert. Ergberger möchte



# Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die Hermannsschlacht.**  
Ein Drama in 5 Aufzügen von  
Heinrich v. Kleist.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Kollege Crampton.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Das Glück im Winkel.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Kollege Crampton.**

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Revisor.**  
Ruffspiel in 5 Akten v. Nikolai Gogol.  
Deutsch von C. v. Schabalsky.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Der Revisor.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Der Richter von Zalamea.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Reiterattache.**

**Schiller-Saal (Schiller-Theater)**  
(Charlottenburg)  
Freitag abends 9 Uhr: Vortrag von Dr. Paul Ertel: **Anton Bruckner.** Erläutert durch Instrumentalmusik.  
Sonntag abends 8 Uhr: Erste Vorlesung von Professor Dr. Paul Schüring: **Ableitung zum Betrachten von Kunstwerken im Anschluß an die Schätze des Kaiser-Friedrich-Museums.** Mit Lichtbildern.

# Zirkus Schumann

Heute Freitag, den 10. Januar,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Außerordentlich große Vor-**  
**stellung.**  
Aus dem Astenprogramm hervor-gehoben:

# Klein Family

6 Personen, unerreicht in ihren  
phänomenalen Leistungen.  
Um 9 1/2 Uhr. — Ende gegen 11 Uhr

# Amerika

Das vollständigste auf dem Gebiete der  
Ausstattungs-Pantomimen.  
**Großer Sklavenmarkt.**  
— Brand eines Hotels. —  
Dampfschiffe in voller Tätigkeit.  
Wasser und Lichteffekte.  
Sonntag 2 Vorstellungen, nach-  
mittags 1 Kind frei.

# Metropol-Theater

Anfang präzise 8 Uhr.  
**Das muß man seh'n!!**

Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern)  
von J. Freund. Musik von Viktor  
Hollaender. In Szene gesetzt  
von Direktor Richard Schults.

G. Thielscher, F. Massary,  
B. Darmond, Bender, Giampietro,  
Josephi etc.

Rauben gestattet.  
**Sonntag, den 12. Januar,**  
nachmittags 3 Uhr:  
**Die Herren von Maxim.**

# Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Rudolf Mälzer**

Die Tochter des Herodias  
Cavaliere Giroto  
The 6 Idols  
Trio Fassio

Die singenden  
Engelsköpfe  
(Prolongiert).

# WINTER GARTEN

Neues Programm.  
**Ruth St. Vincent**

Gesangskünstlerin.  
**Kaufmann-Truppe**

reizende Radfahrkünstlerinnen.  
Rocher Affen  
**Der Affe als Kapellmeister.**

**Robert Steidl**  
der beliebte Humorist  
und viele andere  
erstklassige Spezialitäten.

**Theater**  
**Folies Caprice**  
Lindenstr. 132, Ecke Friedrichstraße.  
Berlins Tagesgespräch!

**Mal was Anderes.**  
Nebue in 3 Bildern.  
Dankte Punkte.  
Eine anständige Frau.  
Anfang 8 Uhr.

# Walhalla

Woinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor  
Abends 8 Uhr:  
**Das große Programm.**  
Die erste Sensation im neuen Jahr:  
**Der Krattjongleur Acosta.**

14 elektrische Sterne  
musikalisch Ausstattung:  
Nestram, Rommer.  
Prolongiert! Prolongiert!  
12 Akrobaten Lorch 12.  
46 Variétékünstler.  
Tunel: Regimentskapelle, Tiroler.  
Theaterbesucher freier Eintritt.

# Reichshallen-Theater.

**Stettiner Sänger.**  
Anfang: Wochentags  
8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Sanssouci** Kottbuser  
Straße 6  
Direktion: Wilhelm Reimer.  
Sonntag, Montag,  
Donnerstag:  
**Hoffmanns Nord. Sänger**  
und Tanz.  
Stets wechselndes  
Programm!  
Sonntag, Montag, 8 Uhr.  
Bechert, 8 Uhr.

**Apollon Theater**  
Das Programm der Attraktionen  
und Novitäten.  
Abends 8 Uhr:  
**La belle Alexia,**  
die Königin  
des Tanzes.  
Walzerwahn  
von Mary u. Alfred  
Marquard.  
**Hymack**  
der Mann mit den Handschuhen.  
Siegwart Genes in einem  
Stück: **Die Opernprobe.**  
Die 3 goldenen Jungfrauen.

**Gebr. Herrnfeld-**  
**Theater.**  
57 Kommandantenstraße Nr. 57.  
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.  
Die bisher unübertroffene  
erfolgreichste Novität:  
**Papa**  
und **Genossen.**  
Vorher:  
**Madame Wig-Wag.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Die**  
**Wohlerhaine.**

# XIII. Saison.

**Zirkus Busch**  
Freitag, den 10. Januar 1908,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Sensibler Gala-Abend.**  
Bros. Clarkonians aus Amerika.  
Das Phänomenale auf dem Ge-  
biete der Lustarbeit. Auftritte des  
Herrn Kommissionsrats Gustav  
Stensbock, Dir. d. Berlin. Zatter-  
falls als Walt. The Kroso Family,  
10 Personen. Ferner: Fr. Martha  
Robins, Schürstreich, Herr Ernst  
Schumann, Reudersheim.  
Um 9 1/2 Uhr: **Kauf der Gänse!**  
Gr. Panoptikon. Musik d. Zirkus  
Busch in 4 Akte. Das Phänomen  
der tauchenden Sirenen.  
Sonntag: Zwei Vorstellungen.

# Apollon Theater

Das Programm der Attraktionen  
und Novitäten.  
Abends 8 Uhr:  
**La belle Alexia,**  
die Königin  
des Tanzes.  
Walzerwahn  
von Mary u. Alfred  
Marquard.  
**Hymack**  
der Mann mit den Handschuhen.  
Siegwart Genes in einem  
Stück: **Die Opernprobe.**  
Die 3 goldenen Jungfrauen.

# Gebr. Herrnfeld-

**Theater.**  
57 Kommandantenstraße Nr. 57.  
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.  
Die bisher unübertroffene  
erfolgreichste Novität:  
**Papa**  
und **Genossen.**  
Vorher:  
**Madame Wig-Wag.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Die**  
**Wohlerhaine.**

# Buddenhagen

Moritzplatz,  
im Theatersaal täglich:  
**Albert Böhme**  
und das  
großartige Januar-Programm.  
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.  
Im unteren Kongresssaal täglich  
die **allerersten Militär-**  
**Kapellen:** Beder, Fragmaroff,  
Görlich, Reumann, Cifney,  
Wittig.

# Happold's

Neuer Konzertsaal.  
Anfang 8 Uhr. Straßenbahn  
Nr. 3, 7, 15, 29, 30, 49, 50,  
53, 55, 95, I, II, V.  
Sonntag: **Großes Konzert.**  
Anfang 5 Uhr.

# Sanssouci

Kottbuser  
Straße 6  
Direktion: Wilhelm Reimer.  
Sonntag, Montag,  
Donnerstag:  
**Hoffmanns Nord. Sänger**  
und Tanz.  
Stets wechselndes  
Programm!  
Sonntag, Montag, 8 Uhr.  
Bechert, 8 Uhr.

# Reichshallen-Theater.

**Stettiner Sänger.**  
Anfang: Wochentags  
8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

# Pharus-Säle

Berlin N. Inh.: Jul. Wernau.  
Freitag, den 10. Januar 1908:  
**Eröffnung der**  
**Bock-Bier-Trubel-Saison**  
verbunden mit  
**Großer Soiree der Spree-Athener.**

Inh. Adolf  
**Kohl**!!! ev. Ohne Anzahlung!!!  
Gardinen, Teppiche, Stoppdecken  
Portieren, Spiegel, Bettwäsche,  
Betten, Herrengarderobe.  
Kl. Anzahlung, 1 M. wöchentlich.  
1568L\*  
Pf. wöchent-  
lich an.

**Kohl & Reimann, Tresckowstr. 14 II.**  
!! Bitte genau auf Hausnummer 14 zu achten !!  
Direkt am  
Wörther Platz.

# Maschinisten!

Ab 1. Januar 1908 erscheint  
**Rundschau für Maschinisten und Heizer**

**Jahreszeitschrift für die Praxis des Betriebes**  
!!! für wirtschaftliche und soziale Fragen !!!  
Inhalt der ersten Nummer:  
**Technische Rundschau.** 1) Ueber die Verwendung der Brennstoffe und deren Wärmeausbeutung. 2) Ueber Kost-  
anweisungen in Dampfmaschinen. 3) Dampfmaschinen für Dampfmaschinen.  
**Wirtschaftliche Rundschau.** 1) Ueber die Bedeutung der Brennstoffe und deren Wärmeausbeutung. 2) Ueber Kost-  
anweisungen in Dampfmaschinen. 3) Dampfmaschinen für Dampfmaschinen.  
**Soziale Rundschau.** 1) Bemerkungen über den Zeitgedanken der Sozialpolitik der Gegenwart. 2) Arbeiter-  
organisationen, die deutschen Gewerkschaften, Arbeitsbedingungen. 3) Sozial-Medizin und Hygiene. 4) Unfall-  
versicherung und Krankenversicherung.  
**Brief- und Fragekasten.** In dieser Rubrik werden sämtliche Anfragen der Leser kostenlos beantwortet.  
Rechtsauskunft. Jeder Abonnent kann sich über Rechtsverhältnisse jeder Art kostenlos Auskunft erhalten, dafür  
ist ein eigener Rechtsanwält bestellt.  
Die Redaktion ist in Händen des Herrn Ingenieur R. Belz für den technischen Teil und des Herrn  
A. Riedl, Vorstand der Heizer- und Maschinisten-Schule, für den wirtschaftlichen und sozialen Teil.  
**Preis vierteljährlich nur 1 M. 50 Pf.**  
Jeder Maschinist und Heizer muß das Blatt lesen, will er sich voll unterrichten über seinen Stand und  
sein Wissen und Können bereichern.  
Jede Postanstalt Deutschlands nimmt Abonnements an; ebenso direkte Bestellung durch Verlag: Rundschau für  
Maschinisten und Heizer, München, Hildegardstraße 17.  
Die Zeitschrift erscheint jetzt in 16.000 Nummern.  
Anzerate haben großen Erfolg!

**Wer ein Liebhaber von Vögeln**  
ist, dem wird jetzt Gelegenheit ge-  
boten, in der am 15. Januar statt-  
findenden **Großen**  
**Berliner Vogel-Lotterie**  
sein Glück zu versuchen.  
Nur sehr wenig Lose und große  
Gewinne. In der n. 11-14. Januar  
Rauchstr. 11-12 stattfindenden  
Ausstellung können die Lose  
besichtigt werden. Lose à 50 Pf.  
Lose und Lose 50 Pf. extra sind  
in Lotterie- und Zigarngeschäften  
und **G. Haase, Berlin,**straße 65,  
zu haben.  
992/10\*

# Freiheitliche Bühne

berweckt die Pflege moderner sozialer Dramatik freiheitlicher Richtung.  
**Eröffnungsvorstellung:** Theater an der Spree, Köpenicker Str. 68.  
Sonntag, den 12. Januar, nachm. 3 Uhr, im  
Zum 1. Male: „Ausgewiesen“  
Soziales Drama aus den achtziger Jahren von Karl Böttcher.  
Das einzige Drama aus der Zeit des „Sozialistengesetzes“! 12 Jahre hindurch  
polizeilich verboten gewesen wegen angeblicher „Gefährdung der öffentlichen  
Ordnung“!! — Die Leser des „Vorwärts“ erhalten gegen Abgabe dieser Anzeige oder  
gegen Vorlegung eines anderen Ausweises, daß sie zur arbeitenden Bevölkerung gehören,  
**Billetts zum Ausnahmepreis von 95 Pfennig.**  
Billetts zu diesem Preise nur an der Theaterkasse, nicht in den Vorverkaufsstellen.  
Die Kasse des Theaters an der Spree ist geöffnet von 10—2 und von 6 Uhr ab  
100/2\*

# Brunnen-Theater

Sobstraße 58. Direkt.: Bernh. Ross.  
Freitag, den 10. Januar 1908:  
**Liane, die zweite Frau.**  
Schauspiel in 5 Akten nach d. gleich-  
namigen Erzählungen v. E. Marlitt  
i. d. „Gartenlaube“ v. P. Blumensfeld.  
Vorverkauf donnerstags 10—2 Uhr.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

# Biogr-Theater „Westend“

Neu! Elegant! Interessant!  
Täglich Vorstellung von 5—11 Uhr.  
Sonntags von 3—11 Uhr.  
Charlottenburg, Potsdamerstr. 11. Stetiger Eingang von Neuheiten.

# Brunnen-Theater

Sobstraße 58. Direkt.: Bernh. Ross.  
Freitag, den 10. Januar 1908:  
**Liane, die zweite Frau.**  
Schauspiel in 5 Akten nach d. gleich-  
namigen Erzählungen v. E. Marlitt  
i. d. „Gartenlaube“ v. P. Blumensfeld.  
Vorverkauf donnerstags 10—2 Uhr.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

# Biogr-Theater „Westend“

Neu! Elegant! Interessant!  
Täglich Vorstellung von 5—11 Uhr.  
Sonntags von 3—11 Uhr.  
Charlottenburg, Potsdamerstr. 11. Stetiger Eingang von Neuheiten.

# Haben Sie schon

Deutschen Konzerthallen,  
An der Spandauerbrücke 3, besucht???

# Neue Welt

Hasenheide 108—114  
Vom 12. Januar an täglich: Im großen mit vollständig  
neuen bayerischen Gebirgslandschaften dekorierten  
**Riesensaal**  
**Großes Bayerisches Bockbier-Fest**  
**Baron Muckl**  
**Max vom Heede**  
kommen wieder!  
Anfang täglich 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr.  
Entree wochentags 30 Pf. Sonntags 50 Pf.

# Pharus-Säle

Berlin N. Inh.: Jul. Wernau.  
Freitag, den 10. Januar 1908:  
**Eröffnung der**  
**Bock-Bier-Trubel-Saison**  
verbunden mit  
**Großer Soiree der Spree-Athener.**

Inh. Adolf  
**Kohl**!!! ev. Ohne Anzahlung!!!  
Gardinen, Teppiche, Stoppdecken  
Portieren, Spiegel, Bettwäsche,  
Betten, Herrengarderobe.  
Kl. Anzahlung, 1 M. wöchentlich.  
1568L\*  
Pf. wöchent-  
lich an.

**Kohl & Reimann, Tresckowstr. 14 II.**  
!! Bitte genau auf Hausnummer 14 zu achten !!  
Direkt am  
Wörther Platz.

# Maschinisten!

Ab 1. Januar 1908 erscheint  
**Rundschau für Maschinisten und Heizer**

**Jahreszeitschrift für die Praxis des Betriebes**  
!!! für wirtschaftliche und soziale Fragen !!!  
Inhalt der ersten Nummer:  
**Technische Rundschau.** 1) Ueber die Verwendung der Brennstoffe und deren Wärmeausbeutung. 2) Ueber Kost-  
anweisungen in Dampfmaschinen. 3) Dampfmaschinen für Dampfmaschinen.  
**Wirtschaftliche Rundschau.** 1) Ueber die Bedeutung der Brennstoffe und deren Wärmeausbeutung. 2) Ueber Kost-  
anweisungen in Dampfmaschinen. 3) Dampfmaschinen für Dampfmaschinen.  
**Soziale Rundschau.** 1) Bemerkungen über den Zeitgedanken der Sozialpolitik der Gegenwart. 2) Arbeiter-  
organisationen, die deutschen Gewerkschaften, Arbeitsbedingungen. 3) Sozial-Medizin und Hygiene. 4) Unfall-  
versicherung und Krankenversicherung.  
**Brief- und Fragekasten.** In dieser Rubrik werden sämtliche Anfragen der Leser kostenlos beantwortet.  
Rechtsauskunft. Jeder Abonnent kann sich über Rechtsverhältnisse jeder Art kostenlos Auskunft erhalten, dafür  
ist ein eigener Rechtsanwält bestellt.  
Die Redaktion ist in Händen des Herrn Ingenieur R. Belz für den technischen Teil und des Herrn  
A. Riedl, Vorstand der Heizer- und Maschinisten-Schule, für den wirtschaftlichen und sozialen Teil.  
**Preis vierteljährlich nur 1 M. 50 Pf.**  
Jeder Maschinist und Heizer muß das Blatt lesen, will er sich voll unterrichten über seinen Stand und  
sein Wissen und Können bereichern.  
Jede Postanstalt Deutschlands nimmt Abonnements an; ebenso direkte Bestellung durch Verlag: Rundschau für  
Maschinisten und Heizer, München, Hildegardstraße 17.  
Die Zeitschrift erscheint jetzt in 16.000 Nummern.  
Anzerate haben großen Erfolg!

# Wer ein Liebhaber von Vögeln

ist, dem wird jetzt Gelegenheit ge-  
boten, in der am 15. Januar statt-  
findenden **Großen**  
**Berliner Vogel-Lotterie**  
sein Glück zu versuchen.  
Nur sehr wenig Lose und große  
Gewinne. In der n. 11-14. Januar  
Rauchstr. 11-12 stattfindenden  
Ausstellung können die Lose  
besichtigt werden. Lose à 50 Pf.  
Lose und Lose 50 Pf. extra sind  
in Lotterie- und Zigarngeschäften  
und **G. Haase, Berlin,**straße 65,  
zu haben.  
992/10\*

# Freiheitliche Bühne

berweckt die Pflege moderner sozialer Dramatik freiheitlicher Richtung.  
**Eröffnungsvorstellung:** Theater an der Spree, Köpenicker Str. 68.  
Sonntag, den 12. Januar, nachm. 3 Uhr, im  
Zum 1. Male: „Ausgewiesen“  
Soziales Drama aus den achtziger Jahren von Karl Böttcher.  
Das einzige Drama aus der Zeit des „Sozialistengesetzes“! 12 Jahre hindurch  
polizeilich verboten gewesen wegen angeblicher „Gefährdung der öffentlichen  
Ordnung“!! — Die Leser des „Vorwärts“ erhalten gegen Abgabe dieser Anzeige oder  
gegen Vorlegung eines anderen Ausweises, daß sie zur arbeitenden Bevölkerung gehören,  
**Billetts zum Ausnahmepreis von 95 Pfennig.**  
Billetts zu diesem Preise nur an der Theaterkasse, nicht in den Vorverkaufsstellen.  
Die Kasse des Theaters an der Spree ist geöffnet von 10—2 und von 6 Uhr ab  
100/2\*

# Brunnen-Theater

Sobstraße 58. Direkt.: Bernh. Ross.  
Freitag, den 10. Januar 1908:  
**Liane, die zweite Frau.**  
Schauspiel in 5 Akten nach d. gleich-  
namigen Erzählungen v. E. Marlitt  
i. d. „Gartenlaube“ v. P. Blumensfeld.  
Vorverkauf donnerstags 10—2 Uhr.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

# Biogr-Theater „Westend“

Neu! Elegant! Interessant!  
Täglich Vorstellung von 5—11 Uhr.  
Sonntags von 3—11 Uhr.  
Charlottenburg, Potsdamerstr. 11. Stetiger Eingang von Neuheiten.

# Haben Sie schon

Deutschen Konzerthallen,  
An der Spandauerbrücke 3, besucht???

# Neue Welt

Hasenheide 108—114  
Vom 12. Januar an täglich: Im großen mit vollständig  
neuen bayerischen Gebirgslandschaften dekorierten  
**Riesensaal**  
**Großes Bayerisches Bockbier-Fest**  
**Baron Muckl**  
**Max vom Heede**  
kommen wieder!  
Anfang täglich 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr.  
Entree wochentags 30 Pf. Sonntags 50 Pf.

# Pharus-Säle

Berlin N. Inh.: Jul. Wernau.  
Freitag, den 10. Januar 1908:  
**Eröffnung der**  
**Bock-Bier-Trubel-Saison**  
verbunden mit  
**Großer Soiree der Spree-Athener.**

Inh. Adolf  
**Kohl**!!! ev. Ohne Anzahlung!!!  
Gardinen, Teppiche, Stoppdecken  
Portieren, Spiegel, Bettwäsche,  
Betten, Herrengarderobe.  
Kl. Anzahlung, 1 M. wöchentlich.  
1568L\*  
Pf. wöchent-  
lich an.

# Berliner Arbeiter-

**Radfahrer-Verein**  
Mitglied des Arbeiter-  
Radfahrer-Bundes  
„Solidarität“.

# Touren

Sonntag, den 12. Januar:  
3. Abt. 1 Uhr: Sachtwinkel Start:  
Mariannenplatz.  
5. Abt. 1 Uhr: Rahnsdorf (Klemm).  
Start: Klamm.  
6. Abt. 1 1/2 Uhr: Tegel (Klappen-  
stein). Start: Oberbergstr. 25.  
7. Abt. 2 Uhr: Besichtigung der Arbeiter-  
Wohlfahrts-Anstalt. Start: 1 Uhr  
Grenzstraße 21. 10/2  
8. Abt.: 2 Uhr Köllner Hof.  
Start: Hüttenstr. 10.

3. Abteilung geht jeden ersten und  
dritten Mittwoch im Monat.  
Nächste Versammlung am 15. Januar.  
Vorstandswahlen.

Montag, den 13. Januar, abends  
8 1/2 Uhr: Vorstandssitzung Neue  
Friedrichstraße 2.

Mittwoch, den 15. Januar, abends  
8 1/2 Uhr: Versammlung der Jugend-  
abteilung bei Wille, Brunnenstr. 138.

In zweiter, unveränderter Aus-  
lage erschien vor kurzem  
**Sonntage**  
eines großstädtischen Arbeiters in  
der Natur  
von Kurt Grottelwih.  
Mit einem Vorwort von  
Wilhelm Bölsche.  
Mit Buchschmuck und dem Porträt  
des Verfassers.  
Droschert 60 Pf., gebunden 1 M.  
Die Preise aller Richtungen hat  
das Buch äußerst günstig be-  
sprochen. 245/31  
Wilhelm Bölsche schreibt in  
seinem Vorwort:  
„Ich glaube, daß es in der  
ganzen Literatur nicht leicht  
wieder so schlichte Naturerleb-  
nungen gibt, mit so scheinbar  
allereinfachsten Mitteln, wie in  
diesem Buchlein.“

Ferner ist neu erschienen:  
**Unser Wald.**  
Ein Volksbuch von Kurt Grottelwih.  
Herausgegeben v. Wilhelm Bölsche.  
Mit Illustrationen versehen.  
Dieses Buch dürfte sich gleich  
guter Aufnahme erfreuen als das  
ersterannte.  
Der Preis beträgt 2,50 M.,  
für das gebundene Exemplar 3 M.  
**Expedition des „Vorwärts“.**  
Berlin SW. 68,  
Lindenstraße 69, Laden.

**fette Gänse, fette Enten,**  
junge Hühner. Tauben empfiehlt weißt  
F. Wegner, Berlin, Mariannenstr. 34.

# Deutscher

**Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kollege, Lichter  
**Wilhelm Riedel**  
am 5. Januar am Herzschlag  
plötzlich verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 11. Januar,  
nachmittags um 3 Uhr, von der  
Leichenhalle des Paulskirchhofes  
in Pöhlensee aus statt. 77/1  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

# Deutscher

**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Metallarbeiter  
**Paul Fehrmann**  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 11. Januar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Nichtenberger Kirchhofes  
in Nichtenberg (Krugstege) aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
110/8 Die Ortsverwaltung.

# Deutscher

**Transportarbeiter-Verband.**  
Ortsverwaltung Köpenick u. Umg.  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Kenntnis,  
daß die Kollegen  
**Ernst Ruhnke,**  
Oder-Schneeweide,  
**Karl Meier,**  
Köpenick,  
Beitrag N. G. G., verstorben sind.  
Ehre ihrem Andenken!  
67/1 Die Ortsverwaltung.

# Begräbnis-Anzeige.

Statt besonderer Meldung aus  
Freunden und Genossen zur Nach-  
richt, daß unser Onkel, der Haus-  
eigentümer, Genosse  
**Paul Schilling**  
Reinickendorf, Berliner Straße 4  
heute Freitag, den 10. Januar,  
nachmittags 3 Uhr, auf dem Ge-  
meinde-Friedhofe in Reinickendorf  
beerdigt wird.  
Dies zeigen an im Namen der  
Hinterbliebenen  
**Gebrüder Ernst, Paul,  
Otto Wlenbold.**

# Sozialdemokratischer Wahlverein

für **Britz.**  
Wir geben hiermit bekannt, daß  
nicht der Schriftleiter Max Koch  
aus Britz, sondern der Genosse  
Schriftleiter  
**Georg Koch**  
vom Wahlverein Britz am Sonn-  
abend, den 4. Januar, verstorben  
und am Mittwoch, den 8. Januar,  
beerdigt worden ist.  
Der Vorstand.

# Dankjagung.

Sagen hiermit allen Verwandten  
und Bekannten sowie den Beamteten  
und Kollegen des Herrn Joseph Reuh,  
den Genossen des Nirdorfer Wahl-  
vereins und des 20. Bezirks, dem  
Sattlererhande sowie dem „Nirdorfer  
Nährerchor“ für die herzliche Teil-  
nahme bei der Beerdigung meines  
lieben Vaters, unseres guten Vaters,  
des Sattlers 15722

**Paul Hecker**  
unseren tiefgefühltesten Dank.  
Witwe Hecker nebst Kindern.

# Dr. med. W. Fackelmanns

**Spezial-Institut für**  
**Beinleiden**  
Auguststr. 93, Ecke Oranien-  
burgerstraße.  
9-12, 3-6. Sonntag u. Mistw. 9-12

# Wer ein Liebhaber von Vögeln

ist, dem wird jetzt Gelegenheit ge-  
boten, in der am 15. Januar statt-  
findenden **Großen**  
**Berliner Vogel-Lotterie**  
sein Glück zu versuchen.  
Nur sehr wenig Lose und große  
Gewinne. In der n. 11-14. Januar  
Rauchstr. 11-12 stattfindenden  
Ausstellung können die Lose  
besichtigt werden. Lose à 50 Pf.  
Lose und Lose 50 Pf. extra sind  
in Lotterie- und Zigarngeschäften  
und **G. Haase, Berlin,**straße 65,  
zu haben.  
992/10\*

# Freiheitliche Bühne

berweckt die Pflege moderner sozialer Dramatik freiheitlicher Richtung.  
**Eröffnungsvorstellung:** Theater an der Spree, Köpenicker Str. 68.  
Sonntag, den 12. Januar, nachm. 3 Uhr, im  
Zum 1. Male: „Ausgewiesen“  
Soziales Drama aus den achtziger Jahren von Karl Böttcher.  
Das einzige Drama aus der Zeit des „Sozialistengesetzes“! 12 Jahre hindurch  
polizeilich verboten gewesen wegen angeblicher „Gefährdung der öffentlichen  
Ordnung“!! — Die Leser des „Vorwärts“ erhalten gegen Abgabe dieser Anzeige oder  
gegen Vorlegung eines anderen Ausweises, daß sie zur arbeitenden Bevölkerung gehören,  
**Billetts zum Ausnahmepreis von 95 Pfennig.**  
Billetts zu diesem Preise nur an der Theaterkasse, nicht in den Vorverkaufsstellen.  
Die Kasse des Theaters an der Spree ist geöffnet von 10—2 und von 6 Uhr ab  
100/2\*

berweckt die Pflege moderner sozialer Dramatik freiheitlicher Richtung.  
**Eröffnungsvorstellung:** Theater an der Spree, Köpenicker Str. 68.  
Sonntag, den 12. Januar, nachm. 3 Uhr, im  
Zum 1. Male: „Ausgewiesen“  
Soziales Drama aus den achtziger Jahren von Karl Böttcher.  
Das einzige Drama aus der Zeit des „Sozialistengesetzes“! 12 Jahre hindurch  
polizeilich verboten gewesen wegen angeblicher „Gefährdung der öffentlichen  
Ordnung“!! — Die Leser des „Vorwärts“ erhalten gegen Abgabe dieser Anzeige oder  
gegen Vorlegung eines anderen Ausweises, daß sie zur arbeitenden Bevölkerung gehören,  
**Billetts zum Ausnahmepreis von 95 Pfennig.**  
Billetts zu diesem Preise nur an der Theaterkasse, nicht in den Vorverkaufsstellen.  
Die Kasse des Theaters an der Spree ist geöffnet von 10—2 und von 6 Uhr ab

Das Kolonial-Hunnetum vor Gericht. Prozeß Peters—v. Bennigsen.

Köln, den 9. Januar 1908.

Telegraphischer Bericht.)

Dritter Verhandlungstag.

Die Verhandlungen werden heute früh durch den Vorsitzenden Amtsgerichtsrat Kuhl kurz nach 9 Uhr wieder eröffnet. Es melden sich als Sachverständige der bekannte Psychiatrer Professor Wschaffenburg-Köln und der frühere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika Generalleutnant z. D. v. Siebert. Letzterer wünscht baldmöglichst abgehört zu werden, da er im Reichstage unabkömmlich ist. — Vert. Fall: Ich möchte zunächst noch zwei Weisungsanträge stellen: In der Vernehmung des Herrn v. Wichmann ist das Verhältnis, in dem Herr v. Elz zur Reichsverwaltung steht, im Gegensatz zu der Stellung des Herrn Dr. Peters gebracht worden. Herr v. Wichmann sagte, daß Herr v. Elz lediglich politischer Agent gewesen sei. Wir beantragen die telegraphische Ladung des Reichssekretärs Kaiser als Zeugen und Sachverständigen. Derselbe war Unteroffizier unter Herrn v. Elz. Er soll bekunden, daß die Loge am Kilimandscharo, bevor Dr. Peters hinkam, eine ruhige war und daß Herr v. Elz Bezirksamtmann oder Stationsleiter von Moschi war, und daß er die Eingeborenen durch

Milde und Freundlichkeit,

ohne Strenge unter deutscher Herrschaft gehalten hat, bis ihn Herr Dr. Peters ablöste. — Dr. Peters: Ob Herr v. Elz politischer Agent war, interessiert uns gar nicht. Er hat mich nicht abgelöst, sondern ich bin der Nachfolger des Herrn v. Wichmann gewesen, der einen blutigen Krieg gegen den Häuptling Jinna geführt hatte und gegen den ich auch den Kampf weiterführen mußte. Für mich war Herr v. Elz Agent, ursprünglich hatte ich ihn im Jahre 1887 als Agenten selbst hinausgeschickt. Was er unter Wichmann war, weiß ich nicht.

Vert. Fall: Ich weiß mit diesen Verhältnissen genau Bescheid, und ich glaube, daß Herrn Dr. Peters sein Gedächtnis in einigen Punkten verlassen hat. — Herr v. Elz war zuerst Agent der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft am Kilimandscharo und Herr Dr. Peters deren Direktor. Insofern akzeptiere ich die Bezeichnung Agent. Als Herr v. Wichmann sich am Kilimandscharo festsetzte, war es nur der Häuptling Jinna von Tibocho, damals allerdings der mächtigste Häuptling im Kilimandscharo-Gebiet, der die deutsche Herrschaft nicht anerkennen wollte. Herr v. Wichmann hielt es daher für nötig, den Jinna niederzumerdern. Er hatte vor Herrn v. Elz begonnen, die Station Moschi zu errichten und baute sie nachher weiter aus, gewissermaßen als eine Art Zwangslager. Bei seinem Abgang hat Herr v. Wichmann Herrn v. Elz als Stationschef mit allen Funktionen eines solchen auf diesen schwierigen Posten eingesetzt. Herr v. Elz hatte den Auftrag, die deutsche Herrschaft möglichst ohne Krieg aufrecht zu erhalten. Es ist doch nicht unsere Aufgabe, wenn wir ein Land unterwerfen, die Eingeborenen zu töten und das Land zu verwüsten. Herr v. Elz gelang es, in friedlicher und freundschaftlicher Weise seinen Auftrag zu erledigen. Wenn er am Kilimandscharo geblieben wäre, würden uns kriegerische Aktionen erspart geblieben sein. Es ist die

Auffassung aller Beamten und Offiziere,

wenn sie die Verhältnisse am Kilimandscharo kennen, daß die drei schweren Expeditionen v. Wilow, v. Manteuffel und v. Scheele notwendig geworden sind durch das Auftreten des Herrn Dr. Peters.

Dieser hatte die notwendige militärische Station Moschi aufgegeben und seine Station nach Marango im Gebiet des befreundeten Häuptlings Marace verlegt. Alle drei schweren Expeditionen sind gemacht worden, weil wir Moschi wieder haben wollten. Denn Herr v. Wichmann hatte diese Station in militärischer Weisheit auf dem wichtigsten Punkte am Kilimandscharo ausgebaut. Nachdem wir dann Moschi wiederhaben, ist kein Aufstand mehr erfolgt. Nur einmal herrschte die Ansicht, daß ein Aufstand drohe und es wurden eine Anzahl Häuptlinge gehängt. Aber hierin geht die Ansicht der Afrikaner auseinander. Verschiedene Kenner der Verhältnisse meinen, daß wir durch schlechte Agenten über die Stimmung der Eingeborenen falsch unterrichtet gewesen sind. — Vert.: Herr von Elz lebt wohl nicht mehr? — v. Bennigsen: Nein, er ist tot. — Justizrat Dr. Sello: Es widerspricht meiner Logik, Weisungsanträgen der Gegenpartei entgegenzutreten, weil es dann gleich heißt: Aho, ich fürchte euch wohl! Aber hier muß ich es dennoch tun, weil wir sonst ins Uferlose geraten. Die Frage, ob Moschi aufgegeben war oder nicht, interessiert in diesem Prozeß ebensowenig wie der spanische Erbfolgekrieg. (Weiterleit.) Wir brauchen nicht einen Unteroffizier, der unter einem Agenten auf der Station gewesen ist, darüber zu befragen, ob die Maßnahmen des Herrn Dr. Peters richtig waren oder nicht. Tatsache ist aber jedenfalls, daß in jener Zeit kriegerische Expeditionen gegen die Warongo stattgefunden hatten. Auch der Zeuge Wilhelm hat gesagt, daß im Dezember 1891 vor der Hinrichtung der Jagobia die Station gefährdet war, und sogar die Disziplinurteile, auf denen Sie ja immer herumreiten, stellen fest, daß Dr. Peters damals überzeugt war, daß die Kilimandscharo-Station gefährdet wäre. — Dr. Peters: Ich kann mich den Ausführungen des Justizrats Sello nur anschließen. Es ist nicht richtig, daß ich Herrn v. Elz abgelöst habe, noch daß die Verhältnisse ruhig waren. Moschi war eine völlig unhaltbare Station, wie alle militärischen Kenner bestätigen können. Man konnte von allen Seiten hineinsehen. Es ist völlig irrig, wenn man sagt, daß bei meinem Weggang die Situation unruhig gewesen wäre. Wenn man mir vorhält, daß nur durch mich, durch die Aufgabe von Moschi die Expeditionen v. Wilow, v. Manteuffel, v. Scheele notwendig geworden seien, so erkläre ich auf das Bestimmteste: Wenn Herr v. Elz seinen Anträgen, mich dort zu lassen, stattgegeben hätte, so wäre keine Expedition notwendig gewesen! Wir können ja jetzt gar nicht hier feststellen, ob meine Politik oder die des Herrn von Elz richtig war. Eventuell bitte ich aber Erzengel v. Liebert hierüber zu befragen. Wir haben jedenfalls keine Veranlassung, einen Unteroffizier darüber zu hören. — Vert. Fall: Es ist lediglich die subjektive Auffassung des Justizrats Sello, daß hier festgestellt worden sei, daß die Kilimandscharo-Station damals gefährdet war. Das war tatsächlich gar nicht der Fall. Der Kernpunkt unseres Beweises soll darin bestehen, daß es möglich war, mit Ruhe und Milde ohne drakonische Urteile die Kilimandscharo-Bevölkerung unter deutscher Herrschaft zu halten, wie das Herr v. Elz vorher gelungen war. — Der Gerichtshof lehnt nach kurzer Beratung diese Weisungsanträge ab.

Vert. Fall: Herr v. Bennigsen hat bereits ausgeführt, daß er den Bezirksamtmann Jahnke über die Vorgänge am Kilimandscharo verantwortlich vernommen hat und daß Jahnke ihm gegenüber Äußerungen getan hat, die als Geständnis dafür aufzufassen waren, daß die Hinrichtungen unbegründet waren. Jahnke ist aber auch in der Untersuchung gegen Peters als Zeuge vernommen worden und zwar hat der jetzige Rechnungsrat im Reichshofamt Schneider das Protokoll geführt. Ich beantrage die Vernehmung des Schneiders als Zeugen darüber, daß Jahnke bekundet hat, die Hinrichtungen hätten

jeder Begründung entbehrt.

Justizrat Sello: Ich will der Ladung des Schneiders nicht widersprechen, bitte dann aber auch, die eigentlichen Befundungen

des Jahnke in dem Disziplinarprozeß gegen Dr. Peters herbeizuführen. — Vert.: Wenn wir das von Amts wegen tun, dauert es ziemlich lange, vielleicht können Sie direkt das Reichskolonialamt um Herausgabe der Akten bitten. Justizrat Sello: Ich habe leider gar keine Beziehungen zum Kolonialamt, deren sich die Gegenseite rühmen kann. — Vert. Fall: Wir sind gern bereit, für Beschaffung der Akte zu sorgen. — Der Gerichtshof beschließt, den Rechnungsrat Schneider als Zeugen zu laden. — Dr. Peters: Ich kann Briefe vorlegen und Zeugen benennen, woraus hervorgeht, wie Jahnke in Wirklichkeit sich über diese Vorgänge geäußert hat. — Vert. Fall: Dr. Peters scheint es ja sehr wenig erwünscht zu sein, daß Schneider vernommen wird. Im übrigen möchte ich eine Erklärung abgeben, die wir schon längst der Öffentlichkeit schuldig waren. Ich teile mit, daß Herr von Bennigsen vom Reichskolonialamt als seiner vorgesetzten Behörde von der Pflicht der Verschwiegenheit in jeder Hinsicht entbunden worden ist. — Es folgt die Verlesung der Aussage des k. k. österreichischen Konsuls Dr. Csokar Baumann in Sansibar. Dr. Baumann hat damals bekundet, daß, als er 1892 aus Tanga nach dem Kilimandscharo marschierte, ihm unterwegs Gerüchte der Eingeborenen zu Ohren gekommen seien, daß am Kilimandscharo durch Dr. Peters die Hinrichtung zweier Schwarzen stattgefunden habe. Als er Dr. Peters darüber befragte, habe dieser ihm erzählt, daß ein schwarzer Diener Tabak gestohlen habe. Aus diesen und anderen Umständen habe Dr. Peters auf ein Einverständnis des Dieners mit der in demselben Zimmer mit ihm schlafenden Schwarzen Sauria geschlossen und beide Diener zum Tode verurteilt und hingerichtet lassen. Zu derselben Zeit sei diese Sauria entflohen, aber wieder eingekauft und über der Eingangspforte des Logers aufgehängt worden. Aus der drastischen Art der Erzählung des Dr. Peters habe er geschlossen, daß die Darstellung nicht in allen Teilen richtig sei. Von einem Briefwechsel zwischen Dr. Peters und dem Bischof Tuder wisse er nichts. Dagegen habe er mit Dr. Peters und anderen Herren in Berlin im Hotel Bristol soupiert und bei diesem Souper habe Dr. Peters ihm gegenüber die Äußerung gebraucht: „Ich bin ein stiller erster Pastorensohn aus Lauterbach a. Elbe, aber die

Brüderchaft mit diesen Schweinen paßt mir nicht.“

Dr. Peters: Dr. Baumann hat selbst vor seinem Tode die bekannte Darstellung als unrichtig erklärt und den Wunsch ausgesprochen, nochmals vernommen zu werden, um ihr den richtigen Sinn zu geben. Sämtliche Teilnehmer an jenem Souper, das ich zu Ehren der Anwesenheit des Dr. Baumann in Berlin gegeben habe, sind befragt worden, ob sie etwas von jener Äußerung wußten, erklärten aber, daß sie nichts gehört hätten. Lediglich bin ich auch gar nicht aus Lauterbach, sondern aus Neuhaus a. Elbe. Justizrat Sello: Ich habe Herrn Dr. Martens aus Berlin als Sachverständigen über den Gesundheitszustand des Dr. Baumann genannt und halte es für notwendig, daß Dr. Martens hierher kommt. Wir werden deshalb den vom Vorsitzenden verlangten Kostenvorschuß von 100 M. dramsenden. (Weiterleit.)

Verteidiger Fall: Ich muß auf das entschiedenste zurückweisen, wenn Dr. Peters jetzt dem Generalkonsul Baumann einen Falschheid vorwirft. Ich halte es für ganz nebensächlich, ob der Geburtsort des Dr. Peters das eine oder das andere Dorf ist, aber ich bitte auf das zu achten, was ich jetzt sage. Es kommt mir vor, als ob der Privatkläger seinen Standpunkt changiere. Bisher wurde behauptet, daß Dr. Baumann ein kranker Mann gewesen sei, der Mitleid verdiene. Jetzt wird die Sache so dargestellt, als ob Baumann seine Aussage wider besseres Wissen gemacht hätte. Dann hat Herr Peters noch den Arzt des Dr. Baumann aus Berlin als Zeugen vorladen lassen, um zu beweisen, daß die Aussage des Dr. Baumann überhaupt nicht richtig verstanden worden sei und er noch vor seinem Tode geheißen habe, ihn noch einmal zu vernehmen. Wie paßt das zu der Behauptung, daß Dr. Baumann nicht gesund gewesen ist? Ich bitte den Rechtsanwalt Heine aus Dessau, der damals in Dar es Salaam das Protokoll geführt hat, und heute als Zeuge hier ist, darüber zu vernehmen, ob er die Aussage des Dr. Baumann richtig wiedergegeben hat. — Zeuge Rechtsanwalt Heine aus Dessau hat bei der damaligen Vernehmung des Dr. Baumann das Protokoll geführt. Der Vorsitzende legt ihm heute das Protokoll vor und fragt ihn, ob die Aussage des Dr. Baumann richtig wiedergegeben worden sei. — Zeuge:

Unbedingt sicher.

Vert.: Welchen Eindruck hatten Sie denn von dieser Aussage? — Zeuge: Mir schien Dr. Baumann mit Rücksicht auf Peters, da er mit ihm befreundet war, nicht recht mit der Sprache heraus zu wollen. Ich fragte ihn später privatim, was er denn über die ganze Sache denke. Er erwiderte, daß er noch keine bestimmte Meinung habe, teilte mir aber einige interessante Tatsachen mit. Dazu gehörten auch die Äußerungen des Dr. Peters im Hotel Bristol zu Berlin. Aus diesen Äußerungen ließ sich der Schluß ziehen, daß die Hinrichtungen lediglich

aus geschlechtlichen Motiven

erfolgt waren. Außerdem erzählte mir Baumann, daß die schwarzen Soldaten ihm das übereinstimmend mitgeteilt hätten. Diese Erklärung erschien mir um so natürlicher, als für Diebstahl auch in Afrika die Todesstrafe allgemein nicht üblich ist. — Vert.: Haben Sie den Dr. Baumann genau gefragt? — Zeuge: Ich habe sehr viel mit ihm verkehrt. — Vert.: Hatten Sie den Eindruck, daß er nicht recht wußte, was er sagte? — Zeuge: Im Gegenteil, er war von seltener Geistesstärke und sich zweifellos der Tragweite seiner Äußerungen bewußt. — Vert.: War er wahrheitsliebend? — Zeuge: Er war nicht nur wahrheitsliebend, sondern von einer seltenen Offenheit. — Verteidiger Fall: Von der Gegenseite wird jetzt behauptet, daß Baumann später, als er erkrankt war, erklärt habe, daß er bei seiner Vernehmung falsch verstanden worden sei und gebeten habe, ihn noch einmal zu vernehmen. — Zeuge: Das holte ich für ganz ausgeschlossen. Er hat mir niemals mitgeteilt, daß er falsch verstanden worden ist.

Das war ja unmöglich.

Seine Vernehmung war sehr kurz, weil er als gebildeter Mann sich klar und deutlich ausdrücken wußte. Ich halte es für unmöglich, daß ein Mißverständnis vorlag. — Vert.: Wann ist Baumann gestorben? — Zeuge: 1899. — Vert. Fall: Und die Vernehmung des Hauptmanns a. D. Rittergutsbesizers Wolter aus Berlin, der im Juni v. J. an Dr. Peters einen Brief des Inhalts schrieb, daß er Baumann noch 6 bis 8 Wochen vor seinem Tode in Sansibar gesehen habe. Er war bei klarem Verstand. Hierbei sagte Baumann, eine Äußerung nach einem guten Diner könne man nicht für bare Münze nehmen, er bitte, da er bald sterben müsse, um die Gelegenheit, seine Aussage richtig zu stellen. Außerdem beantrage ich die Ladung des Dr. Ding (Berlin), der am 20. Oktober 1891, also am Tage nach der Hinrichtung des Mabruk, einen Brief von seinem Freunde Jahnke bekam, in dem stand: Gestern haben wir einen Schwarzen wegen nächtlichen Einbruchs hängen lassen. Wir gehen jetzt mit aller Strenge vor, wir schlafen nur mit geladenem Gewehr im Arm. — Vert. Fall: Im Münchener Prozeß wurde das Zeugnis Baumanns von Dr. Rosenthal angegriffen. Da hieß es, Baumann habe an Syphilis gelitten und sei daran gestorben. Ich frage Dr. Peters, ob er die Behauptung, daß Baumann ungläubwürdig sei, aufrecht hält. — Dr. Peters: Das kann ich nicht aufrecht erhalten. Ich sagte in München, daß im Reichstag bei Gelegenheit der Besprechung der

Baumannschen Schrift gesagt wurde, Baumann sei geisteskrank. — Prof. Wschaffenburg: Er habe keinen Anlaß, an der geistigen Zurechnungsfähigkeit Baumanns zu zweifeln. Dieses Urteil könne natürlich durch anderes Material noch erschüttert werden. — Vert. Fall: Ich kann beweisen, daß die Äußerung Jahnkes, man habe auf der Station nur mit geladenem Gewehr im Arm geschlafen, unrichtig ist. Im übrigen wurde Jahnke wegen groben Amtsmissbrauchs disziplinarisch entsetzt. — v. Bennigsen: Jahnke war ein schwacher Charakter, aber kein schlechter Mensch. Als ich seine Verleumdungen erfuhr, sagte ich, wenn er sofort aus dem Amte scheidet, würde ich niemals etwas sagen. Er lehnte es ab, und darum mußte die Untersuchung gegen ihn eingeleitet werden, die die Durchforschung des Jahnke mit dem bekannten Friedrich Schröder ergaben.

Es wird dann Tiermaler Kuhnert als Zeuge aufgerufen. — Vert.: Haben Sie damals Ihre Mißfallen über die Hinrichtung ausgesprochen? — Zeuge: Damals ja, aber ich beurteilte da die Verhältnisse schärfer. Heute, nach reiflicher Überlegung, urteile ich anders. — Vert.: Sprachen Sie damals zu Dr. Peters über die Dinge und äußerten Sie sich, daß Sie die Vorgänge billigten oder nicht billigten? — Zeuge: Es ist möglich, daß ich mit ihm gesprochen habe, aber immer sehr vorsichtig, als Privatmann mischte ich mich nicht in behördliche Angelegenheiten. — Vert.: Wie ist denn heute Ihr Urteil? — Zeuge: Ich meine, daß das Verhalten des Herrn Dr. Peters berechtigt war. — Vert.: War die Gegend unsicher? — Zeuge: Ja, die ganze Gegend, zwei Karawanen wurden sogar auf dem Hinaufmarsche von Moschi geplündert, hart an der Grenze. — Vert. Fall: Sie sind dort auf die Jagd gegangen? — Zeuge: Ja. — Vert.: Röhren Sie Bedeckung mit? — Zeuge: Nein. — Vert.: Sie konnten also malen und jagen ohne Bedeckung? — Zeuge: Ja, aber Dr. Peters warnte mich stets, allein zu gehen, ich riskierte es eben.

Vert. Fall: Herr Zeuge, Sie haben inzwischen Ihre Meinung geändert. Ist es richtig, daß Sie 1896 an das Auswärtige Amt einen Brief geschrieben haben, in dem es heißt:

„das Hängen des Mabruk war eine Schmach.“

Ich habe gehört, daß Dr. Peters wieder ein Amt bekommen soll und möchte, daß dieses Unglück verhütet wird. — Zeuge:

Ja, das habe ich unter den damaligen Verhältnissen geschrieben.

Vert. Fall: Damals sollte Peters Gouverneur von Deutsch-Ostafrika werden und Sie wollten das verhindern. — Zeuge: Das geht ja aus dem Inhalt des Briefes hervor. — Vert. Fall: Ist es richtig, daß bei Ihrem Abschied von der Station Peters Ihnen gesagt hat, Sie gehen nun weg von hier und haben noch nie einen Schwarzen geschossen.

Wollen Sie nicht einen Schwarzen schießen?

(Bewegung und Lachen im Zuhörerraum.) — Vert.: Hat Dr. Peters Ihnen das gesagt? — Zeuge: Ja, aber nicht so, wie es hier dargestellt wird. Es war anläßlich der Malania-Affäre, da sagte Herr Dr. Peters zu mir: „Herr Kuhnert, Sie haben ja schon so viel geschossen, wollen Sie auch einmal mitgehen und einen Schwarzen schießen?“ Ich habe das nicht so faßlich aufgefaßt, denn wenn man ins Gefecht geht, muß man doch schießen. (Lachen im Publikum.) — Vert. Fall: Herr Kuhnert, ich frage Sie, ob Sie nicht früher gesagt haben, Sie hätten damals diese Zumutung mit der größten Enttäuschung zurückgewiesen. — Zeuge Kuhnert: Aber ich bin ja doch mitgegangen. — Vert. Fall: Sie wissen doch wohl, Herr Zeuge, wann Sie das gesagt haben, daß Sie diese Zumutung zurückgewiesen hätten. — Vert.: Der Zeuge sagte doch eben, daß er sie gar nicht zurückgewiesen hätte. — Vert. Fall: Er hat sie aber tatsächlich doch zurückgewiesen und danach muß seine Auffassung von der Äußerung des Dr. Peters damals eine ganz andere

gewesen sein als heute. — Zeuge Kuhnert: Ich entsinne mich nicht mehr, daß ich der Zumutung damals eine solche Bedeutung beigegeben hätte. — Vert. Fall: Ich behalte mir hierüber Weisungsanträge vor. Meine zweite Frage an den Zeugen ist die: Herr Kuhnert hat früher erzählt, daß eines Tages Peters auf die Station zurückgekommen sei und eine Reihe Schwarzer an der Kette geführt hätte. Auf die Frage, was sie getan hätten, habe Peters erwidert, sie hätten

nichts getan,

aber „man muß so mit ihnen verfahren, sonst kann man sie nicht im Zaume halten“. Ist das richtig? — Zeuge Kuhnert: Ich weiß wirklich nicht, ob ich das gesagt habe. — Vert.:

Haben Sie ein schlechtes Gedächtnis?

— Zeuge: Nein, mein Gedächtnis ist tadellos. — Vert.: Nun, heute scheint es mir nicht tadellos zu sein. — Zeuge: Ich glaube, ich habe mit Herrn Mittelstädt von einem ähnlichen Vorfall gesprochen. — Vert. Fall: Ich beantrage, den Major und Divisionsadjutanten v. Bennigsen, den Bruder des Gouverneurs v. Bennigsen telegraphisch zu laden. — Vert. Fall: Ich habe den Zeuge Kuhnert viel über Peters gesprochen und zu ihm auch die von mir angeführte Äußerung getan. — Ich habe noch eine weitere Frage an Herrn Kuhnert. Waren Sie bei der Hinrichtung des Mabruk zugegen? — Zeuge: Ja. Ich kam gerade in das Lager zurück und fand den Mabruk am Boden liegen und hörte ihn wimmern. Auf meine Frage erfuhr ich, was vorgegangen, und da bin ich aus Neugierde mit zur Hinrichtung gegangen. — Auf weiteres Befragen des Verteidigers gibt der Zeuge an, daß er nach der Hinrichtung zusammen mit Peters und Wichmann gestrichelt habe, er glaube aber, daß der Unteroffizier die Meldung von der erfolgten Hinrichtung schon vor dem Frühstück erhalten hätte. — Vert. Fall: Ist nicht während des Frühstücks ein Triumpfschrei herausgekommen:

„Ich trinke auf das Wohl des seligen Mabruk.“

Zeuge Kuhnert: Ich habe mir nicht alles aufgezeichnet, was auf der Station geäußert worden ist. Es ist ja möglich, daß ein solcher Triumpfschrei ausgebracht wurde, ich kann es aber heute nicht mehr sagen. Dem Freiherrn v. Wichmann bin ich übrigens gesellschaftlich gar nicht näher getreten und habe nie mit ihm etwas Weiteres besprochen. — Vert.: Haben Sie vielleicht früher aufgeschnitten oder eine objektive Unwahrheit gesagt? — Zeuge: Nein, das Ausschneiden ist nicht meine Manier. Aber ich kann mir nicht denken, daß ich so sehr stützig entriestet gewesen bin, denn ich bin ja nachher doch mit Peters in das Lager des Malania gegangen. Ich war früher anderer Auffassung in bezug auf die Behandlung der Eingeborenen, bin aber jetzt, nachdem ich die Verhältnisse gesehen habe, welche die Teufel in Menschenengestalt — denn das sind die Eingeborenen — begehren, anderer Meinung geworden. Ich habe es im großen ostafrikanischen Aufstand von 1905 erlebt, daß Frauen herumliegen mit herausgerissenen Stücken fleischs am Leibe, habe gesehen, welche schreckliche Grausamkeiten die schwarzen Aufständischen verübt haben, die alle menschlichen Fantasien übersteigen. Seitdem bin ich der Meinung geworden, daß gegen die Schwarzen nur mit der größten Strenge vorgegangen werden kann. — v. Bennigsen: Ich bin der Meinung, nachdem ich die Äußerungen des Zeugen über die Beteiligung der Negerfrauen an dem Aufstande und den Grausamkeiten gehört habe, daß er gar nicht in der Lage ist, über die ostafrikanischen Verhältnisse ein sachverständiges Urteil abzugeben. Ich möchte Herrn Kuhnert aber doch noch fragen, wie er denn meint, daß die Ein-

geborenen in Afrika behandelt werden sollen. — Zeuge: Im Frieden sollen sie gerecht behandelt werden, aber damals befanden wir uns in Anfangstadium von Unruhen und kriegerischen Verwicklungen. Im Frieden sind die Schwarzen harmlose Menschen, aber beim Aufstande sind sie Bestien.

Darauf tritt eine Pause ein.  
Nach der Pause legt Magistralsekretär Wilhelm den Briefwechsel vor, der zwischen ihm und Dr. Peters stattgefunden hat. Der erste Brief ist vom 10. Dezember 1892 datiert. Dr. Peters teilt darin dem Wilhelm mit, daß er sich darüber beschweren werde, daß er ihn nicht von der Abfertigung des Berichtes über den Zug gegen Malania an seine vorgelegte militärische Behörde informiert habe, und daß er das Gouvernement auffordern werde, die Abfertigung Wilhelms von der Militärstation nach Marenge zu verlangen. Er werde dem Gouvernement gegenüber auch die Verantwortung für alle Folgen ablehnen, die aus der Eigenmächtigkeit des Wilhelm entstehen könnten. — Justizrat Sello: Dieser Brief ist ein amtliches Schriftstück des Reichskommissariats. — Zeuge Wilhelm: Trotzdem ich sehr höflich darauf geantwortet habe und darauf hinwies, daß ich mit der Berichtsfertigung nur meine Pflicht getan hätte, trotzdem ich mich also gewissermaßen entschuldigte, antwortete mir Dr. Peters, daß es bei der Beschwerde verbleiben müßte. — Vors.: Sind Sie denn daraufhin vom Kilimandscharo abberufen worden? — Zeuge: Nein. Ich war noch länger am Kilimandscharo als Dr. Peters. (Weiterkeit.)

Darauf wurde Reichstagsabgeordneter

Generalleutnant z. D. v. Liebert

als Sachverständiger vernommen: Ich muß voranschicken, daß ich sehr ungern hier erschienen bin, da die beiden Persönlichkeiten, die hier einander gegenüberstehen, meine volle Hochachtung genießen, Peters, weil ich ihn als Schöpfer und Gründer unserer Kolonien hochschätze und Herrn v. Bennigsen, weil ich anderthalb Jahre mit ihm in Ostafrika zusammen gearbeitet habe. Ich stehe also beiden Parteien mit Wohlwollen, aber vollkommen neutral gegenüber. Besonders schmerzhaft berührt haben mich die Beschuldigungen, die Herrn Dr. Peters von v. Bennigsen widerfahren sein sollen, weil ich mit dem Vater des Herrn v. Bennigsen jahrelang in einem freundschaftlichen Verhältnis stand und weil er ein besonderer Förderer des Dr. Peters war. — Vors.: Das gehört nicht zu unserem Beweisthema. — Sachverständiger v. Liebert: Was die Sache selbst anbetrifft, so kann ich mich in den Einzelheiten nur auf mein ausführliches Gutachten im Münchener Prozesse beziehen. Ich selbst bin erst 1897 als Gouverneur nach Deutsch-Ostafrika gekommen, kenne also die Verhältnisse von 1891/92 nicht aus persönlicher Anschauung. Mein Gutachten ist übrigens in den Zeitungen damals ganz summenthümlich wiedergegeben worden. — Vors.: Dann haben Sie ja erst recht allen Grund, sich hier recht ausführlich und deutlich auszusprechen.

— Sachverständiger v. Liebert: Ich habe in München darlegen wollen, daß die Verhältnisse am Kilimandscharo eigenartig sind, dadurch, daß der Berg in viele verschiedene Vegetationszonen zerfällt. Die Schwarzen sitzen in der sogenannten Vananenzone und nehmen es den Weißen übel, wenn sie sich nahe bei derselben ansiedeln. Unsere Station lag an der Grenze der sogenannten Vananenzone, die Feindschaft der Neger gegen uns lag also in der Luft. Es ist vorhin davon gesprochen worden, daß Peters einen besonderen Fehler beging, als er die Station Moschi nach Marenge verlegte. Ich glaube aber, daß wir damals nicht in der Lage waren, Moschi zu behaupten, weil unmittelbar dabei der Häuptling Melli wohnte, der uns sehr feindselig gesinnt war. Jetzt allerdings ist das anders. Jetzt ist Moschi ein wunderbar befestigtes Fort, das den ganzen Kilimandscharo beherrscht. Nach Maringi verlegte Dr. Peters die Station, weil es eine Kulturstation war und weil dort ein sehr fruchtbarer Kulturboden war. Meiner Ansicht nach war damals die Situation sehr bedenklich. 1891 war die Jilewski-Expedition so gut wie vernichtet worden. Diese Nachricht ging unter allen Umständen durch unsere Kolonien und einen großen Teil von Afrika. Wenn man auch nicht den Namen Jilewski kannte, so wußte man von der deutschen Niederlage und verhöhte die Deutschen. Dr. Peters war also damals entschieden in einer gefährlichen Situation. Wenn nun in der „Vossischen Zeitung“ ein Brief des Jahnke veröffentlicht wurde, in dem er an einen Freund schreibt, man habe damals jede Nacht mit dem Gewehr im Bett gelegen, so ist das nicht wörtlich aufzufassen, sondern es soll das der Ausdruck sein für die Lage der höchsten Gefahr. Weiter hatte Dr. Peters eine sehr schmerzliche Stellung, weil er kein Militär war. Er war auch nicht einrangiert in die Beamtenreihe des Schutzgebietes. Als Reichskommissar nahm er eine Art Zwischenstellung zwischen dem Gouverneur und dem wirklich angestellten Beamten ein. Peters hatte nicht die Kommandogewalt eines Offiziers. Dazu kam noch ein weiteres. Der Vorgänger von Peters war Major v. Wismann, vor dem die Neger den größten Respekt hatten. Als dieser aus der Kolonie weg war, war es ja natürlich, daß sich bei den Negern das Gefühl der Vergeltung regte und daß sie nun doch den deutschen Herrschaft jetzt ein auszuweichen zu können. Was die Handlungsweise von Dr. Peters betrifft, so betonte ich schon in München, daß ich prinzipiell Milde für das richtigste halte. Ich habe dieses Prinzip sowohl in meiner militärischen Stellung wie auch als Gouverneur beibehalten. Man muß aber einen Unterschied machen, ob jemand sich draußen in der äußersten Gefahr befindet und sich täglich seiner Haut wehren muß oder als Gouverneur in Dar-es-Salaam sitzt, umgeben von der ganzen Macht des hohen Postens. Ich bin als Gouverneur milde vorgegangen und habe damals schlechte Erfahrungen machen müssen. Als mir eines Tages ein Todesurteil über drei Raubmörder vorgelegt wurde, wollte ich es nicht bekräftigen. Ich wollte die Verantwortung nicht übernehmen und sagte deshalb, es solle nur einer geandt werden. Wenige Wochen später waren die beiden anderen Raubmörder aus der Kettenhaft entwichen, hatten den bewachenden Soldaten niedergeschlagen und waren mit dessen Bewehr in die Wälder geflohen. Ich stand da als der milde Gouverneur, der nun auch noch das Leben dieser Soldaten auf dem Gewissen hatte. Ob die Hinrichtung des Mabrak und der Jagodja notwendig war, darüber kann ich mir

kein Urteil

erlauben, weil das nur der Beamte aus dem Moment heraus, aus dem er handelte, beurteilen kann. Da muß jeder nach seinem eigenen Gewissen handeln. Das sind meiner Ansicht nach auch Fragen des Temperaments, wie ja auch der Neger von ganz verschiedenem Temperament ist, einmal grausam bis zum Äußersten und das andere Mal gutmütig, nett und lebenswirdig. Manchmal muß man milde vorgehen, manchmal schroff und vielleicht grausam sein. Wenn daraus hervorgeht, daß sich die Nachricht von der Hinrichtung der Jagodja und des Mabrak durch das ganze Schutzgebiet verbreiten müßte, so kann ich dem nicht zustimmen. Das Menschenleben spielt bei dem Neger nur eine untergeordnete Rolle, die Tötung von zwei Menschen ist für afrikanische Verhältnisse etwas ganz Gleichgültiges. Die Unruhe im Schutzgebiete wurde nicht durch die Hinrichtung jenseits des Dr. Peters hervorgerufen, sondern

erst nach der Befehligen Rede

im Reichstage. Die Jahre 1891 und 1892, in denen Dr. Peters in Ostafrika war, waren die schwersten Jahre für die Kolonie. Es war die Frage, ob wir sie überhaupt militärisch würden halten können. Selbstverständlich können da verschiedene Auffassungen Platz greifen, darum ist es unecht, wenn Herr v. Bennigsen alle Schuld für die späteren Unruhen auf die Handlungsweise des Dr. Peters schiebt. Man kann nicht vom reinen Tisch aus theoretisch urteilen, sondern man muß immer die Verhältnisse berücksichtigen, unter denen solche Handlungen ausgeführt werden. — Justizrat Sello: Die Hinrichtung des Mabrak soll erfolgt sein, weil er eingestandenemmaßen nachlässigweise mit einem Revolver in das verammelte Herrenhaus eingebrochen ist und auf die Aufforderung, sich zu melden, es

nicht getan hat. Würden Erzelenz unter den Umständen der damaligen Zeit einen derartigen Einbruch des eigenen Dieners in das Haus des Reichskommissars für einen schweren Vertrauensbruch halten oder nicht? — Sachverständiger v. Liebert: Allerdings. — Justizrat Sello: Wissen Erzelenz, wie es mit Kettengefangenen gehalten wurde? Ob die Uebung bestand, daß entflohenen Kettengefangene mit dem Tode bestraft werden? — Sachverständiger: Das kann ich leider nicht bestimmt beantworten, da sich unsere Strafjustiz in Afrika fortwährend ändert. Ich habe mit Negern vielfach freundschaftlichen Verkehr unterhalten. Anders ist es aber, wenn man deutschen Besitz erwerben will und wenn die Neger dann einem feindselig gegenüber treten. — v. Bennigsen: Sie haben ausgeführt, es wären wohl bei Dr. Peters für die Verlegung der Station von Moschi nach Marenge militärische Gründe maßgebend gewesen. Wenn ich Ihnen nun sage, daß wir die Station Moschi in dem Moment wieder in Besitz genommen haben, als wir sie bekommen konnten, würden Sie mir dann zugeben, daß die Verlegung der Station nach Marenge ganz überflüssigweise von Dr. Peters angeordnet wurde? — Sachverständiger: Ich kann nur bei meiner Ansicht bleiben. Ich kann nur wiederholen, daß man diese ganzen Verhältnisse nicht vom reinen Tisch aus betrachten kann. — v. Bennigsen: Sie sind also der Ansicht, Dr. Peters hätte Moschi nicht behaupten können? Ist Ihnen bekannt, daß v. Ely die Station Moschi nach dem Abgange Wismanns gehalten hat, obwohl Wismann nur eine geringe Anzahl von Leuten hinterließ? — Sachverständiger: Ich kann nur sagen, daß hier Fragen des Temperaments hineinspielen. — v. Bennigsen: Aber wir hörten hier, daß der Unteroffizier Wiest mit ein paar Leuten die ganze Station Moschi gehalten hat. Wenn ich Ihnen das vorhalte, müssen Sie da nicht zu einer Abänderung Ihres Urteils kommen? — Sachverständiger: Die Neger wissen, daß ein Unteroffizier mit ein paar Mann nichts ausrichten kann, aber von einem Reichskommissar nehmen sie an, daß der ganz andere Saiten ausziehen würde. — v. Bennigsen: Das ist ein

Widerspruch.

Erst sagen Sie, man könne mit wenig Mann die Station nicht halten, und nun sagen Sie, ein Unteroffizier könne sie halten. — Sachverständiger: Ja, ich habe ja auch auf den Unterschied bei einem Unteroffizier und Reichskommissar eben hingewiesen. — v. Bennigsen: Sie haben und heute die Zahl der Neger angegeben, die Dr. Peters gegenüberstanden haben. Ich will Sie nicht veranlassen, eine Ziffer zu nennen, da ich glaube, daß Sie die Verhältnisse am Kilimandscharo nicht so genau kennen. Aber ich will Ihnen sagen, daß als Wismann den wichtigsten Häuptling Jimna angreifen wollte und er Ely fragte, der damals als Agent an der Station Moschi lag, wie viel Mann wohl Jimna haben könnte, Ely antwortete, daß höchstens 600 Mann in Betracht kommen könnten. Weiter ist vor zwei Jahren wegen der Gebäude- und Güntersteuer die Bevölkerung am Kilimandscharo genau gezählt worden. Da ist man zu dem Ergebnis gekommen, daß 17 000 Männer der deutschen Herrschaft unterstehen. — Sachverständiger: Ich habe in München gesagt: 120 000 Eingeborene. Diese dividiert durch 5, kommt die Zahl heraus, die Sie angegeben haben. — v. Bennigsen: Es ist aber in der Deffenlichkeit so aufgelassen worden, als wenn Sie in München hätten sagen wollen, Dr. Peters habe 120 000 Eingeborenen gegenüberstanden. — Sachverständiger: Das hat in den Zeitungen gestanden, aber falsch. — Vert. Hall: Glauben Sie wirklich, daß die Nachricht von der Hinrichtung Mabraks und der Jagodja erst durch die Rede des Abgeordneten Vebel in Ostafrika bekannt wurde? — Sachverständiger: In München hat Dr. Vebel so ausgesagt. — Vert. Hall: Der Brief des Bischof Smithies, in dem die Vorwürfe Dr. Peters enthalten sind, stammt doch schon aus dem Jahre 1892, während die Rede Vebels im März 1896 gehalten wurde. In der Beziehung muß doch also ein Irrtum Ihrerseits vorliegen. — Es ist doch hier von Jungen betundet worden, daß die Hinrichtung

durch ganz Ostafrika kolportiert wurde.

Sachverständiger: Ich kann nichts anderes sagen. Ich kann nur die Vermutung dahin aussprechen, daß die Hinrichtung zweier Menschen in Ostafrika nicht so großes Aufsehen erregt. Die Hinrichtung mag den Beamten bekannt gewesen sein, aber der großen Masse der Bevölkerung sicher nicht. In Ostafrika hatte man sicherlich nicht solches Wesen von der Hinrichtung gemacht. Menschenleben spielen dort überhaupt keine Rolle. — Vert. Hall: Glauben Sie Erzelenz, daß für einen kaiserlich-deutschen Beamten, für einen kaiserlichen Offizier, mag er in einer Gefahr sein, in der er mochte, in einer Situation, in welcher er wolle, stets und unter allen Umständen dieselben Grundsätze von Ehre und Sittlichkeit maßgebend sein müssen, wie in Europa? — v. Liebert: Das ist eine moralische Frage, die ich bejahen muß. Aber ich bitte auch das Gefühl der Verantwortung nicht zu vergessen. Die große Verantwortung für Menschenleben in Ostafrika muß bei diesem moralischen Gefühl mit in Betracht gezogen werden. — Vert. Hall: Selbstverständlich, aber bei seinen Handlungen darf man Ehre, Pflicht und Anstand auch nicht verlegen. — v. Liebert: Selbstverständlich nicht. — Vert. Hall: Für mich handelt es sich nämlich darum, festzustellen, daß für Handlungen eines Europäers in Afrika nicht arabische oder sonstige Ansichten maßgebend sein sollten, sondern lediglich die hier in Europa geltenden Anschauungen von Ehre und Anstand. — v. Liebert: Ich bitte immer zu berücksichtigen, auf welche exponierten Posten brauchen unsere Pioniere stehen. — Justizrat Sello: Es ist Ihnen soeben eine Frage vorgelegt worden, die rein formalistisch ist und die ich mit etwas Inhalt erfüllen möchte. Würden Sie es mit den Grundsätzen von Anstand, Würde und Sittlichkeit unter Umständen für vereinbar halten, wenn ein Neger, der nachlässigweise mit dem Revolver in das Haus seines Herrn eingebrochen war, mit dem Tode bestraft wird? — v. Liebert: Das muß ich dem zubilligen, der die Verantwortung dafür übernehmen will. — Vert. Hall: Würden Sie auch eine Exekution für berechtigt halten, bei der folgende Motive in Frage kommen? — v. Liebert:

Darüber verweigere ich die Antwort!

Vert. Hall formuliert seinen Antrag, der Vorsitzende läßt die Frage zu und erklärt, daß dabei ja nicht gesagt werde, daß Dr. Peters sich von sexuellen Motiven habe leiten lassen. Die Frage sei rein hypothetisch für den Fall gestellt, daß sexuelle Motive erwiesen werden. — v. Liebert: Von meinem Standpunkte aus halte ich eine solche Hinrichtung nicht für gerechtfertigt.

Justizrat Sello: Es wird auch hier wieder generalisiert. — Sexuelle Motive können aber in Frage kommen, wenn zum Beispiel ein Diener aus sexuellen Motiven nachts einsteigt, um eine Negerin zu vergewaltigen. Würden Sie auch für einen dergleichen verübten Einbruch die Todesstrafe für möglich halten? — v. Liebert: Ich bin kein Jurist und kann diese theoretische Frage nicht beantworten. Man muß sich immer die Praxis vor Augen halten.

Darauf wird der Sachverständige Generalleutnant z. D. v. Liebert auf seinen Wunsch entlassen.

Es tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittagspause wird als Zeuge Ingenieur-Hermes vernommen. Nach dem Disziplinarurteil hat er ausgesagt, er habe einer Unterredung zwischen Dr. Peters und dem Oberingenieur Mittelstädt beigewohnt. Dr. Peters habe dabei gesagt, ein Mädchen habe mit einem eingeborenen Diener Umgang gehabt und er habe

deshalb

den Diener und das Mädchen aufhängen lassen. Das Mädchen sei das heimliche oder das eines Offiziers oder Unteroffiziers gewesen. Der Zeuge bekundet heute, er könne nicht genau sagen, was damals gesprochen worden sei. Er erinnere sich nur, daß man im allgemeinen gesprochen habe über das Aufhängen einiger Neger und über die Strafe. Aber aus dem Zusammenhang des Gesprächs habe er nicht den Eindruck gehabt, daß es sich um etwas besonders

Ungeheuerliches gehandelt habe. Diesen Eindruck habe er erst später erhalten, als über die Sache sehr viel gesprochen wurde und er nicht mehr auseinander halten konnte, was er von Dr. Peters gehört hatte und was in den Gesprächen an der Kiste und unter den Afrikanern. — Justizrat Sello verweist darauf, daß schon das Urteil der Disziplinarkammer festgelegt habe, daß die Auslosung der Herren Mittelstädt und Hermes wertlos sei, weil sie nicht unterscheiden konnten, was sie von Peters selbst gehört hätten und was sie aus den Gesprächen mit anderen wußten. — Der Vorsitzende bringt eine Depeche des Konsulatsamts zur Verlesung, nach welcher Staatssekretär Dernburg auf die Anfrage mittelst, daß die Jugenansage des Leutnants Bronstam von Sackendorff vom 7. April 1905 nicht eidlisch sei. — Justizrat Sello: Das ist also die hier verlesene Auslosung? — Vors.: Jawohl. — Vert. Hall: Ich beantrage, den Major Kallenberg zu vernehmen, der vor Dr. Peters am Kilimandscharo war, eine selbständige Expedition führte, sowie täglich die militärischen Tagebuchblätter des Kompanieführers Johannes sehen durfte. Er wird bekunden, daß damals die Verhältnisse

durchaus friedlich

waren und daß die Marengestation vom Berge aus vollständig eingesehen werden konnte. Ferner soll er bekunden, daß die Negern damals unter der deutschen Herrschaft standen. — Justizrat Sello: Ich finde das unerschrocklich, wenn festgestellt ist durch die Beweisaufnahme, daß zur Zeit die Situation kriegerisch und die Station gefährdet war. Das geht hervor aus der kriegerischen Expedition im September 1891 gegen die Marongos und aus der Auslosung des Unteroffiziers Wiest, daß Malania im Dezember 1891 die deutsche Flagge besaß. Es ist völlig belanglos, wie früher die Verhältnisse waren, das ist nur geeignet, von dem Kern der Beweisaufnahme abzubringen.

v. Bennigsen: Die Marongos sind ein kleines Volk, das eine völlig selbständige Rolle spielt, es ist der Rest der Urbevölkerung, der mit den anderen Stämmen in Feindschaft stand. Gegen diesen Stamm eine Expedition zu unternehmen, war von Dr. Peters durchaus berechtigt, dagegen befanden sich die anderen Stämme

durchaus in friedlichen Verhältnissen.

Unter Herrn v. Ely war alles ruhig. Das zeigt, daß er verstanden hatte, Ruhe zu halten. Wenn dann Unruhen entstanden, so muß doch das Auftreten des Dr. Peters ein verheißendes gewesen sein. Für uns ist es sehr wichtig festzustellen, wie die Verhältnisse vor Dr. Peters und nach ihm waren. Die Marongos haben mit der allgemeinen Lage am Kilimandscharo nichts zu tun.

Dr. Peters: Als ich hinaus, hat der Herr v. Wismann eine Expedition gegen den Häuptling Jimna unternommen, die Marongos lehnten die deutsche Hoheit ab, schon unter Wismann hatten sie die Voten befreundeter Stämme versammelt. Am 2. September sind wir bei nahe geschlagen worden. Am 27. September haben wir dann die Marongos gesiegt. Ja, hoher Berichtshof, ich habe neun Expeditionen in Afrika gemacht, davon waren sieben friedliche. Wenn man nur eine Expedition unternimmt und den Eingeborenen Geschenke macht oder mit ihnen Jagden unternimmt, dann kommt man sehr gut und friedlich durch. Ich hatte aber den Auftrag Sr. Majestät, das Kilimandscharogebiet einzuverleiben. Da durfte ich nicht dulden, wenn die Voten befreundeter Stämme versammelt wurden.

v. Bennigsen: Ich habe schon gesagt, daß Dr. Peters durchaus seine Pflicht tat, als er gegen die Marongos vorging. Wir in Dar-es-Salaam hatten es auch unangenehm empfunden, daß Dr. Peters trotz der Warnungen zu diesen Leuten ging. Aber die Marongos kommen für die Sicherheit im Kilimandscharogebiet durchaus nicht in Betracht.

Dr. Peters: Ich kann nur sagen, daß die Lage am Kilimandscharo damals sehr unruhig war. Nach der Nacht waren wir in kolossaler Angst, daß unsere Station niedergemacht werden konnte. Wenn wir anherhalb des Saales wären, würde ich Ihnen das ausführlich darlegen und mich mit Ihnen schnell verständigen. Jeder Stamm konnte uns innerhalb drei Stunden überfallen und niedermachen. Ich war froh, als ich die Stachelndrähte und Wälle um das Lager gemacht hatte. Ich erkläre hier mit aller Bestimmtheit: Ehe ich zu Bett ging, waren sie die Doppelpistole und Revolver gepulvert und geladen neben mich gelegt. Ich war immer überwachend, wenn ich des Morgens aufwachte und noch lebte. (Weiterkeit.) — v. Bennigsen: Es ist klar, daß hierüber Meinungsverschiedenheiten entstehen. Warum sollen wir da nicht einen Mann hören, der kurz vorher dort gewesen ist. Wir geben die Gefährlichkeit der Marongos durchaus zu, aber sie nahmen eine Sonderstellung ein und kamen für die Sicherheit der Station durchaus nicht in Betracht. Wir können uns hier darüber nicht verständigen und deshalb wollen wir lieber einen Neugen hören.

Das Gericht beschließt, den Neugen zu vernehmen und vorher dem Sachverständigen, Professor der Handelshochschule in Aden, Herrmann, den Briefentwurf des Dr. Peters an Bischof Smithies zur Uebersetzung aus dem Englischen zu übergeben.

Der nächste Zeuge Schriftsteller und Major Kallenberg (Wahrheit) sagt aus: Ich habe ganz unabhängig eine Afrika-Expedition auf eigene Kosten gemacht. Ich hatte vorher schon die englischen und holländischen Kolonien kennen gelernt und wollte auch hier in Ostafrika Land und Leute kennen lernen. Die Verhältnisse in Moschi kenne ich sehr genau, die Völkerstämme waren und gegenüber durchaus freundlich. Der Sultan von Mandaro spielte für das Deutsche Reich eine große Rolle, er war schon seit 1892 mit der Kiste in Verbindung gekommen und dem Deutschen Reich dankbar. Durch Herrn v. Ely kam er zu uns in friedliche Beziehungen. Es war die wichtigste Aufgabe der Reichsbeamten, die Beziehungen zu dem Sultan Mandaro, einem der mächtigsten Fürsten, so freundlich wie möglich zu gestalten. Seine Macht ist mit der von Malania oder Mwareale durchaus nicht zu vergleichen. Da man schon in den achtziger Jahren seine politische Bedeutung erkannt hatte, ließ man die Verbindungsstation Moschi errichten. Herr v. Wismann erkannte ihre militärische Bedeutung und machte aus Moschi ein Fort. Dr. Peters lag in seiner Begründung an Freiherrn v. Soden für die Verlegung der Station nach Marenge, daß Marenge alle Voraussetzungen einer militärischen Station habe im Gegenlag zu Moschi. Ich behaupte aber das Gegenteil. Als Herr v. Wismann den Häuptling Jimna niedergemacht hatte, leuchtete die Sonne des Friedens über dem Lande. Ich habe meine Informationen aus dem militärischen Journal des Kompanieführers Johannes geschöpft, die mir täglich zugänglich gemacht wurden. In Moschi fand ich eine sehr friedliche Situation vor. Herr v. Ely hatte die Station Herrn v. Siedens übergeben. Das war im Juli 1891. Im Dezember 1891 erhielt ich von Siedens ein Schreiben, in welchem er mir mitteilte, daß sie auf der Station sehr gut lägen, auch mit den Missionaren lägen sie gut aus, denn diese hätten erkannt, daß erst das Amt komme, dann das Gebet und dann auch verschiedene Unterhaltungen. Wir haben manche schöne Stunde verlebt, schrieb er. Er schrieb dann auch von einer amerikanischen Touristin, die durch das Land ganz allein mit ihren Trägern gereist sei. Ich verweise auch auf den ersten amtlichen Bericht, den Dr. Peters nach Deutschland geschickt hatte und der veröffentlicht worden ist. In diesem Bericht heißt es, daß im Lande vollständige Ruhe herrsche, daß er 40 Mann für ausreichend halte und der Rest der Kompanie zurückkehren werde.

Vors.: Herr Dr. Peters, den Bericht haben Sie wohl geschrieben, aber Sie sagten ja schon, daß Sie das angeführt haben, um das deutsche Volk zu beruhigen. — Dr. Peters: Jawohl. — Zeuge Kallenberg: Die Verlegung der Station Moschi nach Marenge war ein großer politischer Fehler. Wie konnte sich Dr. Peters von dem Häuptling Mandaro trennen? — Vors. (einfach): Das ist schon ein Gutachten. Sie sollen nur als Zeuge vernommen werden. — Justizrat Sello: Wie lange war der Zeuge am Kilimandscharo? — Zeuge: Nur wenige Tage. — Justizrat Sello: Also um die Zeit, wo die Bohöhe die Deutschen geschlagen haben, waren Sie nicht mehr

da? — Zeuge: Nein. — Justizrat Sello: Wie viel Tage waren Sie denn dort? — Zeuge: Drei Tage. — Justizrat Sello: Und da haben Sie in den drei Tagen ein so genaues Bild bekommen? (Heiterkeit.) — Zeuge: Es kommt ja nicht auf die Zeit an, sondern auf die Beobachtungsgabe und auf das, was man beobachtet hat und ob das wahr ist. Zeuge will einzelne Stellen aus einem von ihm verfaßten Buche über die Lage von Mosai verlesen. — Vorf.: Wieviel Seiten hat das Buch? — Zeuge: 200. — Vorf.: Nun, dann wollen wir lieber Abstand nehmen. (Große Heiterkeit.) — Dr. Peters: Haben Sie in den drei Tagen überhaupt gehört, daß der Stamm der Barongo existiere? — Zeuge: Gewiß, aber von dem spreche ich ja gar nicht. — Bert. Falk: Können Sie uns etwas Näheres über die amerikanische Dame angeben? — Zeuge: Sie reiste ganz allein nur mit ihren Trägern, so friedlich war das Gebiet. — Dr. Peters: Ich habe Marengo angelegt entgegen der großen militärischen Autorität Wismanns, weil Mosai von allen Seiten belagert werden konnte. Auch die Niederlage v. Willows erfolgte, weil er gegen meinen Rat nach Mosai zog. Nun etwas über Mandaro! Ja, hochverehrte Herren, die Verträge mit Mandaro habe ich selbst angebahnt, ich war es, der mit ihm einen Schutzvertrag namens des Deutschen Reichs schloß. Als dann auch die kleineren Stämme mit uns Schutzverträge abgeschlossen hatten und Marengo sich weigerte, diese zu respektieren, zog ich nach Mosai, um Fraktionen aus dem Wege zu gehen.

u. Wenigen: Ich möchte noch feststellen, daß unsere Beziehungen mit Mandaro daher rühren, daß derselbe von amerikanischen Sachverständigen werden mir recht geben angesichts der Lage am Kilimandscharo, wo ein Häuptling gegen den andern ausgespielt wurde, daß die Verlegung einer Station von dem betreffenden Häuptling, in dessen Gebiet sie lag und der von ihr den größten Vorteil hatte, als Belohnung angesehen werden mußte. Ich bleibe bei meiner Darstellung.

Die Vernehmung des Hrl. Braunstein aus München, die über die Aeußerungen Wismann bezüglich Dr. Peters Befindungen machen soll, wird vom Gericht als unerheblich abgelehnt.

Oberstaatsanwalt Wittkop war anfangs 1892 nach dem Kilimandscharo gekommen, also kurze Zeit nach der Wirksamkeit Dr. Peters. Er hat von einer Aufregung der Bevölkerung nichts gemerkt und von den Hinrichtungen durch Wiest und Wilhelm erfahren. Ueber die Motive zu den Hinrichtungen hat er jedoch nichts gehört.

Es wird hierauf als Sachverständiger Provinzialpater Ader (Anechtsteden) vernommen. Vorf.: Haben Sie den Eindruck gewonnen, als ob die Maßnahmen des Dr. Peters gerechtfertigt waren oder nicht? — Sachverst.: Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Maßnahmen nicht gerechtfertigt waren. — Vorf.: Wenn Sie aber voraussetzen, daß Dr. Peters seine damalige Lage für gefährlich hielt, konnte er zu der persönlichen Aufschaltung gelangen, daß er mit äußerster Strenge vorgehen müsse? Sachverst.: Ich glaube nicht, daß ein Beamter jemand wegen Diebstahl zum Tode verurteilen kann, und glaube auch nicht, daß ein entfloherener Kettengefangener zum Tode verurteilt werden kann, abgesehen von diesem Falle, denn die Jagodja war keine Kettengefangene und keine Sklavin. Sie konnte weglassen, wenn sie wollte, denn sie war eine Konkubine.

Vorf.: Wie lange waren Sie in Afrika? — Sachverst.: 18 Jahre. — Bert.: Und Sie sind viel mit Regern zusammengekommen? — Sachverst.: Jawohl, täglich. Der Regent ist im allgemeinen weniger empfindlich wie der Europäer, weil er weniger gebildet ist, aber er hat das Leben natürlich ebenso lieb wie wir. Die Prügestrafe ist gebräuchlich und ich glaube kaum, daß man ohne sie auskommen kann. In Afrika muß man drei Eigenschaften miteinander verbinden: Gerechtigkeit, Güte und Strenge. Dr. Peters betonte zu einseitige Strenge und ließ es an Gerechtigkeit und Güte fehlen. Die Regent sind wie Kinder und wir Europäer müssen uns als ihre Väter und Vormünder fühlen. — Bert. Falk: Das weiter geäußert wird, wenn das Blut kommt, halten Sie für ungerechtfertigt? — Sachverst.:

**Für unmenschlich!**

Vorf.: Wenn Sie wüßten, daß geschlechtliche Motive bei der Hinrichtung maßgebend waren, wie würden Sie dann urteilen? Sachverst.: Wenn es sicher wäre, daß geschlechtliche Motive vorhanden waren, hätte sofort gegen Dr. Peters eingeschritten werden müssen.

Bert. Falk: Sie kennen Dr. Peters schon lange? Sachverst.: Jawohl, ich habe lange freundschaftlich mit ihm verkehrt. — Bert. Falk: Und Sie kamen nach München, um ihn zu entlasten? Sind aber während der Verhandlung zu einem Belastungs-Sachverständigen geworden? —

Sachverst.: Jawohl, trotzdem ich die europäischen Verhältnisse mit den afrikanischen keineswegs vergleiche, kam ich zu der Ansicht, daß Dr. Peters zwar streng, aber nicht gerecht und milde war. — Bert. Falk: Wie Sie aus dem Disziplinarurteile entnehmen haben, erklärte Dr. Peters, Mareale habe ihm zwei Mädchen zugesandt und es wäre eine Belohnung gewesen, wenn er sie zurückgeschickt hätte. Wie denken Sie darüber? —

Sachverst.: In Afrika bekommt man alle Pflichten geschenkt, was man braucht. Wenn die Häuptlinge annehmen, daß jemand Mädchen gern hat, schenken sie ihm Mädchen. Im übrigen kann ich die Frage nur beantworten von dem Standpunkt aus, wie man kolonialpolitisch urteilen soll. Da freut es mich, daß jetzt Staatssekretär Dernburg die Ansicht entwickelt hat, daß wir versuchen müssen, die Roma und Flora für die Eingeborenen nutzbar zu machen. Wir wollen die Eingeborenen zu einer höheren christlichen Kultur und sittlichen Auffassung bringen. Wenn wir mit diesen Ansichten in die Kolonien kommen, dann kommen wir nicht zu Handlungen, wie sie Dr. Peters begangen hat. — Vorf.: Würden Sie glauben, daß der Häuptling sich beleidigt gefühlt hätte, wenn Dr. Peters die beiden Mädchen zurückgeschickt hätte? — Sachverst.: Nach meiner Ansicht würde es genügt haben, den betreffenden Häuptling aufzuklären. Mit Aufklärung erreicht man bei den Regern überhaupt sehr viel. — Bert. Falk: Sie sind in den 18 Jahren gut mit der Regierung ausgekommen? — Sachverst.: Durchaus, ich hatte nie Schwierigkeiten. — Bert. Falk: Halten Sie unsere kolonialpolitische Politik für gut und nützlich? — Sachverst.: Ich bin ein Freund unserer kolonialpolitischen und fremde mich, daß sie sich in so taktvoller Weise geführt wird. Gerade von diesem Standpunkt bedauere ich Prozesse wie den heutigen. Man bekommt einen wahren Eckel vor der kolonialpolitischen, wenn sich diese Prozesse immer wieder wiederholen. — Bert.: Ihr Meinungsumschwung in München war wohl darauf zurückzuführen, daß Sie die Disziplinarurteile zu hören bekamen? — Sachverst.: Ja, als ich sie hörte, fiel mir ein Witz vom Derron. Ich sagte mir: Das sind endlich einmal Richter in Berlin, die die Sache richtig aufgefaßt haben. — Bert.: Und Ihr Eindruck ist durch die jetzige Verhandlung nicht erschüttert worden? —

Sachverst.: Nein. — Bert.: Was hätte Dr. Peters nach Ihrer Meinung tun sollen, als die Jagodja ihm andrückte? — Sachverst.: Wenn sie ihm so unangenehm war, konnte er ja froh sein, daß er sie los war, noch dazu, da er sie für gefährlich hielt. (Heiterkeit.) — Bert.: Hatte Dr. Peters nicht als oberster Richter das Recht, diejenigen Maßnahmen zu treffen, die er für gut und richtig hielt? — Sachverst. (lächelnd): Ich habe nie an dem guten Glauben des Dr. Peters gezweifelt. — Justizrat Sello: Mir ist die Sache ungeheuer ernst. — Sachverst.: Mir auch. — Justizrat Sello: Sie laden mich aber fortwährend an. — Sachverst.: Ich lasse doch gar nicht. (Lautes Gelächter im Zuschauerraum.)

Auf Anordnung des Vorsitzenden wird der Zuschauerraum geräumt. Nach einer kleinen Pause werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Vorf.: Auch ich habe die Miene des Herrn Sachverständigen beobachtet. Ich gebe zu, daß man in seinem Lächeln vielleicht etwas finden kann, aus dem man den Schluß ziehen könnte, der

Sachverständige habe seiner Würdigung vor Dr. Peters Ausdruck geben wollen. Ich kann Herrn Justizrat Sello aber versichern, daß dies in vorliegenden Falle sicher nicht der Fall ist. Der Herr Sachverständige kann doch für seine Miene nichts. — Sachverst.: Schon gestern hat mich Herr Justizrat Sello hierüber apostrophiert. Ich weiß nicht, was er von meinem Gesicht will (Heiterkeit). — Justizrat Sello: Ich will bemerken, daß für mich die Angelegenheit nach der Erklärung des Herrn Sachverständigen erledigt ist. Ich habe nichts gegen den Sachverständigen und habe vor ihm und seinem Verufe die größte Hochachtung. (Water Ader verbeugt sich dankend.) — Justizrat Sello: Glauben Sie unter Verächtlichkeit dessen, was die Zeugen aussagten, nicht zu einer anderen Ansicht über die Zustände am Kilimandscharo kommen zu sollen? Würden Sie es nicht für gerechtfertigt halten, daß Dr. Peters mit seinen wenigen Mann strenge Maßnahmen treffen mußte, und geben Sie nicht zu, daß damals über den Kilimandscharo nicht die Sonne des Friedens lächelte? — Sachverständiger: Ich glaube nicht, daß es am Kilimandscharo schlimmer war als anderswo und anderswo war es ruhig. Peters hatte die Auffassung: Gewalt gegen Gewalt. Ich bin anderer Meinung, aber die bona fides des Dr. Peters will ich in keiner Weise bestreiten. — Justizrat Sello: Sie sind die besten Freunde? — Sachverst.: Das weiß ich. (Heiterkeit.) — Dr. Peters: Herr Sachverständiger, haben Sie etwas an mir bemerkt, was Sie zu der Ansicht hätte bringen können, daß ich ein besonders roher und brutaler Mensch sei? — Sachverständiger: Davon habe ich nichts bemerkt. — Bert. Falk: Das hat ja der Herr Sachverständige auch gesagt, daß er erst in München zu einer anderen Ansicht über Dr. Peters gelangt sei. Der Water Ader kennt den Bischof Smithies sehr genau. Wenn Bischof Smithies von Peters sagt, er sei ein Mörder, würde der Bischof den schweren Vorwurf erhoben haben, wenn er nicht aufs genaueste geprüft hätte, ob er gerechtfertigt sei. — Sachverst.: Bischof Smithies ist ein sehr gewissenhafter Mann und würde ohne Prüfung den Vorwurf nicht erhoben haben. — Justizrat Sello: Es ist ja noch gar nicht der Beweis erbracht worden, daß Smithies diese Aeußerung getan hat. — Bert. Falk: Ich bitte den Zeugen zu fragen über das, was der Bischof über Dr. Peters sagte. Der Vorsitzende lehnt diese Frage ab. Das Gericht sieht auf dem Standpunkt, daß es unerheblich sei, was Smithies von Dr. Peters denke. Darauf wird die Weiterverhandlung auf Freitag verlag.

## Aus der Partei.

### Straffonts der Arbeiterbewegung.

Gegen in der modernen Arbeiterbewegung tätige Genossen wurden an Strafen anerkannt: im Monat Oktober 1907: 10 Monate, 2 Wochen, 4 Tage Gefängnis, 1 1/2 Jahr Festung und 2015 M. Geldstrafe; November 1907: 1 Jahr, 3 Monate, 1 Woche Gefängnis und 2530 M. Geldstrafe; Dezember 1907: 6 Monate, 3 Wochen, 1 Tag Gefängnis und 4377 M. Geldstrafe.

### Eine erfolgreiche Gemeindevahlkampagne.

Die Gemeinderatswahlen in Württemberg sind beendet. Nur eine Gemeinde hat, da die Bürger zum großen Teil auf dem Samenhandel ortsdauernd sind, die Wahl erst später vorgenommen. Unsere Voraussage, daß die Sozialdemokratie auf der ganzen Linie im Vordergrund ist, hat sich bewährt. In den Gemeinderatswahlen vor zwei Jahren wurden in 39 Gemeinden 69 sozialdemokratische Gemeinderäte gewählt. Nach den bis jetzt vorliegenden Resultaten, soweit sie durch die Presse bekannt geworden sind, sind im Dezember 1907 in 56 Gemeinden 86 sozialdemokratische Gemeinderäte gewählt worden. Von diesen 86 Genossen standen 25 zur Wiederwahl, 61 Genossen wurden neu hinzugewählt. Durch die Wahlhilfe der Sozialdemokratie wurden außerdem noch 25 bürgerliche Kandidaten auf Rathaus gewählt. In folgenden Gemeinden des Landes haben nunmehr Sozialdemokraten im Gemeinderat: Stuttgart, Heilbronn, Göttingen, Ulm, Göttingen, Gmünd, Heidenheim, Geislingen, Züllingen, Heutlingen, Ravensburg, Waldlingen, Reutlingen, Remm, Schramberg, Jüdingen, Ulm, Schwemlingen, Feuerbach, Pönderbach, Altingen, Knittlingen, Schwaibheim, Wödingen, Reilingen, Redargaria, Weiningen, Bietzenfeld, Köglingen, Aul, Liebelsberg, Dberkingen, Freudenbach, Heggenberg, Heddesingen, Hofen, Heimbach, Raitheim, Kallental, Schwanbach, Dellingingen, Jernbach, Waldrennau, Roder, Waldenbuch, Wangen (D. A. Göttingen), Sobelsbach, Ernstmühl, Dellingen, Göttingen, Heilbronn, Pinne, Metterzimmern, Dellenbach, Althaus und Jüdingen. In drei Gemeinden, in denen sich Zusatzwahlen zum Bürgerausschuß notwendig machten, wurden außerdem noch fünf Genossen in diese Körperschaft gewählt.

Der Wahlkampf war überaus lebhaft. Während früher, als die Sozialdemokratie sich noch wenig an den Gemeindevahlen beteiligte, die Wahlbeteiligung oftmals sehr schwach war, stieg sie bei den letzten Wahlen nicht selten auf über 90 Proz. Wie das in der Regel so ist, wenn die Sozialdemokratie sich an Wahlen beteiligt und den bürgerlichen Parteien das Feld streitig macht, daß das Interesse an der Kommunalpolitik so vielfach gesteigert ist, ist ausschließlich ein Verdienst der Sozialdemokratie. Dieses größere Interesse treibt aber auch die Gemeinden, in denen wir eine Vertretung vorläufig nicht erlangen konnten, auf der Bahn des Fortschritts vorwärts.

Wanz besonders erfreulich ist die große Zunahme unserer Stimmenzahl. In nicht wenigen Gemeinden haben sich unsere Stimmen verdoppelt und verdreifacht. Eine ganze Anzahl unserer Kandidaten sind mit wenigen Stimmen in der Minderheit geblieben.

Bei den Gemeinderatswahlen in Stuttgart und Umgebung spielte auch die „Blodpolitik“ eine Rolle. Eine Anzahl Mandate gingen uns dadurch verloren. Im ganzen genommen hat aber die Koalition der bürgerlichen Parteien uns wenig Abbruch tun können. Trotz des vorwiegend bürgerlichen Charakters der Landgemeinden hat die Sozialdemokratie ihren Einfluß bis in die weitestliegenden Gemeinden ausgeübt. Und mit Sicherheit läßt sich voraussagen, daß sie erst am Anfang ihrer Siegeslaufbahn auf dem Gebiete der Kommunalpolitik steht. Gerade ihre praktische Arbeit auf Grund unserer prinzipiellen Forderungen hat ihr das Vertrauen der minder-mittelständigen arbeitenden Bevölkerung in reichem Maße eingebracht. An das Märchen von der fruchtlosen Negationspolitik glaubt kaum noch der letzte Bauer.

Die vorstehend mitgeteilte Zusammenstellung macht durchaus keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es ist auch möglich, daß bei den Vorkommnissen hier und da eine Ungenauigkeit unterlaufen ist. Am Gesamtergebnis kann das aber wenig ändern. Eher ist die Zahl unserer Erfolge zu niedrig als zu hoch angegeben. In einem Lande, dessen Einwohnerzahl (rund 2 000 000) die Bevölkerungszahl der einen Großstadt Berlin nicht stark übersteigt, in dem oben-dreie die Industrie noch längst nicht die Rolle spielt wie in anderen Gegenden und Staaten Deutschlands, bedeuten diese Wahlerfolge, daß die Sozialdemokratie, die bei der Reichstagswahl mehr Wähler als jede andere Partei aufbietet, auch auf kommunalpolitischem Gebiete zur stärksten Macht emporwächst.

Sozialdemokratische Arbeiter als Schöffen in der sächsischen Landesversammlung. Endlich kommt auch die sächsische Regierung dazu, der Forderung, Arbeiter ohne Ansehen der Parteizugehörigkeit an der Rechtsprechung teilzunehmen zu lassen, keine Zugeständnisse zu machen. Nachdem schon im vorigen Jahre ein sozialdemokratischer Arbeiter und Vertrauensmann einer Gewerkschaft zum Schöffenamt berufen wurde, sind für dieses Jahr zwei in der Ar-

beiterbewegung bewährte Genossen Eisenbeinshäuser Paul Starke und Kochaniter Richard Holz zu Schöffen ausgelost worden.

Arbeiter-Jahrbuch 1908. Der Versuch, den Handel der sozialdemokratischen Partei in den Niederlanden hat für das neue Jahr wiederum sein „Arbeiter-Jahrbuchlein“ herausgegeben. Es ist der zehnte Jahrgang. Das 174 Seiten umfassende Buch ist geschmückt mit den Bildern des niederländischen Genossen P. L. Taal und unseres deutschen Genossen J. G. J. Luer, die im verflochtenen Jahre der internationalen Sozialdemokratie durch den Tod entzweit wurden. Es enthält u. a. eine Uebersicht über die gesamten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und Einrichtungen, die die Grundlage der niederländischen Arbeiterbewegung bilden. Zunächst die Adressen der Parteivorstandsmitglieder, danach die der Sekretäre der Ortsabteilungen der Partei, wobei mehr als 170 Namen aufgeführt werden. Diese Ortsabteilungen sind zu Distriktsabteilungen in Amsterdam und Rotterdam zu Stadtverbänden zusammengeschlossen, und solcher Abteilungen nennt das Jahrbuchlein 20. Eine Referentliste weist 45 Namen von Parteigenossen auf, die immer noch Kräfte bereit sind, Vorträge zu halten, und außerdem besteht der Sozialdemokratische Studienklub mit seinem Sekretariat in Amsterdam, der über wichtige Fragen Untersuchungen veranstaltet und namentlich den in öffentlichen Kernen tätigen Parteigenossen Auskünfte und Ratsschlüsse erteilt. Eine Liste der „Sozialdemokratischen Frauenpropagandaklubs“ zeigt, daß in 12 Städten Hollands sozialdemokratische Frauenvereine bestehen.

„De Jaar“, der Bund junger Arbeiter und Arbeiterinnen Niederlands, hat in 17 Städten Abteilungen, und das „Niederländische Komitee für allgemeines Wahlrecht“ ist in 25 Orten oder Distrikten vertreten. Gewerkschaftliche Zentralorganisationen werden 63 angeführt, und „Bureaus für Arbeiterrecht“ — den deutschen Arbeiterskretariaten entsprechend — bestehen in 10 Orten. Die Zahl der „Gewerkschaftsbündnisse“ — Kartelle der gewerkschaftlichen und politischen Ortsorganisationen — ist 25. Es folgen die Adressen von 18 Arbeitergewerkschaften, die zu einem Bund zusammengeschlossen sind, ferner 4 Arbeiter-Schauspielvereine und 11 Arbeitermusterschulen. Produktiv- und Konsumgenossenschaften der Arbeiter werden 27 angeführt; sie haben sich im verflochtenen Jahre ebenfalls zu einem Bund zusammengeschlossen.

Die Liste der sozialdemokratischen Presse Niederlands weist 20 Organe auf, darunter, neben dem Tagesblatt „Het Volk“ und den anderen politischen Wochen- und Monatsblättern, „De Gemeente“, das Monatsblatt der sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder, „De Nieuwe Tijd“, die sozialdemokratische Monatschrift, „De Tribune“, das kürzlich gegründete Wochenblatt für prinzipielle Aufklärung, „De Jaar“, das Organ der Jugendorganisation, das monatlich erscheint, und das illustrierte politische Wochenblatt „De Rotenkraker“ („Der Rotschneider“). Die Gewerkschaftspresse zählt 43 Organe.

In der Zweiten Kammer ist die Sozialdemokratie durch 7 Abgeordnete vertreten, denen 98 Bürgerliche der verschiedenen Parteien gegenüberstehen. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder ist im verflochtenen Jahre von 46 auf 99 gestiegen.

Das „Jahrbuchlein“ enthält ferner Aufträge über die wichtigsten politischen und gewerkschaftlichen Ereignisse im In- und Auslande, über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Kammerfraktion, wie über die der Gemeinderatsmitglieder und ähnliche wissenschaftliche Dinge mehr. Dazwischen findet man anfeuernde proletarische Dichtungen von Henriette Roland Holst und ihrer Gedichtsammlung „Opwaartse wegen“ („Emporführende Wege“).

## Aus der Frauenbewegung.

### Die christliche Arbeiterin.

„Christliche Arbeiterin“, so nennt sich das Verbandsorgan katholischer Arbeiterinnenvereine Deutschlands. — In dem Blatt haben wir noch keine einzige Zeile finden können, die den Arbeiterinnen irgendwelche Aufklärung über das wirtschaftliche und politische Leben gibt, geschweige denn Ratsschlüsse, die Löhne zu erhöhen, die Arbeitszeit zu verkürzen und günstiger Arbeitsbedingungen zu erlangen. Der Lebensmittel- und Kostenvucher wird nur nebenher erwähnt und die Arbeiterin ermahnt, sich einzurichten und sich in Geduld zu fassen, es „kommen noch mal bessere Zeiten“.

Diejenige Zeitung, die die Arbeitermassen führen und lehren will, hat ohne Zweifel die Aufgabe, das Verständnis für die heute herrschende Situation wahrzunehmen und die Arbeiterin widerstandsfähiger gegen das Arbeitgebertum zu machen.

Die „Christliche Arbeiterin“ bietet ihren Lesern nichts davon. Doch um ihr nicht Unrecht zu tun: sie hat auch zirkulär 20 Zeilen über das neue Vereins- und Versammlungsrecht geschrieben — in einem Ton, bei dem man nicht warm noch kalt wird, statt die Arbeiterin zu einem gemeinsamen Protest gegen den Sprachparagrafen aufzurufen, durch den gerade die polnischen Arbeiterinnen gefährdet werden, in ihrer Muttersprache Mittel und Wege zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu beraten.

Statt den Unmut, den Widerstand wahrzunehmen, schreibt sie: „Warten wir einmal ab, wie der liberale Vlod sich dazu stellen wird.“ — Und so was nennt sich Vertreter der Arbeiterinnen.

Auch die Diensthofenfrage wird kurz erwähnt und betont, daß die Wahrnehmung des wirtschaftlichen Interesses der Diensthofen notwendig geworden ist, und daß sich vor allem der religions-sittlichen Förderung derselben gewidmet werden müsse.

Wie lange werden die Arbeiterinnen sich noch eine solche Delle und eine solche Belehrung gefallen lassen?

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Schöneberg, Montag, den 13. Januar 1908, 8 1/2 Uhr, bei Döhl, Weininger Straße; Vortrag, Genosse Sichter.  
Groß-Lichterfelde und Umgebung, Montag, den 13. Januar, 8 1/2 Uhr, in Lantwig, Calandrellistr. 27/29 im Restaurant Herrn. Reiger; Vortrag, Genosse Dr. Schütte: „Materialistische Geschichts-auffassung“.

Deutscher Arbeiter-Abschneidendbund, Ortsgruppe Berlin, heute abend 7 1/2 Uhr im „Englischen Hof“, Neue Köpcke 3: Versammlung. Gäste willkommen. Durch ein Versehen war die Versammlung im Vereinslokal der vorigen Nummer für gehalten angezeigt.  
Nereu der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgebung (Abteilung Charlottenburg). Sonnabend, den 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Köpenicker Str. 3: Versammlung mit Vortrag.

### Eingegangene Druckschriften.

Deutsche Bäckerzeitung, Band 73—74; Eduard v. Hartmann, die sozialen Kernfragen. In drei Bänden a je 200 Seiten; broschiert 1,50, gebunden 3,00 M. Berlin, Verlag Deutsche Bäckerzeitung, SW. 68, No. 17.  
Die Umschau, Wochenchrift für Wissenschaft und Technik sowie ihre Beziehungen zur Literatur und Kunst. Erst 1. 1908. Frankfurt a. M., Verlagsanstalt „Die Umschau“, Preis vierteljährlich 2,50 M.  
Das Wirtschaftsjahr 1907, II Teil, von R. Calver. Jahrbuch der Weltwirtschaft. Berlin: G. Fischer in Bonn.  
Sozialistische Monatshefte 1. Heft. Herausgeber: G. Bloch. Preis: 50 Pf. Verlag Berlin W. 35.  
The International Socialist Review Nr. 6. Verlag: G. H. Kerr u. Co. in Chicago.  
Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Nr. 4. Monatschrift des Verbands deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Herausgeber: Dr. J. Galtner, v. Schulz, Magistratsrat, Dr. H. H. H. Stadler. Verlag: Georg Reimer, Berlin.  
Vericht der Delegation der Hamburger Hafenarbeiter über die Organisations-, Arbeits- und Lohnverhältnisse der Hafenarbeiter in England, Holland und Belgien. 205 Seiten. Verlag: H. Gammann in Hamburg.  
Die dritte Dimension. Eine philosophische Erörterung von A. Herz. 149 Seiten. Verlag: Schöffer, Spring u. Co. in Bern.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**

## Einsetzer.

Sonntag, den 12. Januar cr., vorm. 10 Uhr:

### Bezirksversammlungen

in folgenden Lokalen:

1. Bezirk: **Merkowski**, Andreasstr. 26.  
Bezirksleiter: Kollege **Pilz**, Landsberger Allee 45.
2. Bezirk: **Hube**, Kopenhagener Straße 74.  
Bezirksleiter: Kollege **Tischer**, Stargarder Straße 67.
3. Bezirk: **Müller**, Bredowstr. 11.  
Bezirksleiter: Kollege **Löhn**, Alt-Moabit 37.
4. Bezirk: **Preil**, Rirdorf, Rosenstr. 3.  
Bezirksleiter: Kollege **Vallentin**, Rirdorf, Wachtstr. 46/47.
5. Bezirk: **Wimers**, Bülowstr. 55.  
Bezirksleiter: Kollege **W. Kühn**, Bülowstr. 55.
6. Bezirk: **Mix**, Skalitzer Straße.  
Bezirksleiter: Kollege **Jochmann**, Brangelstr. 115.
7. Bezirk: **Charlottenburg**, Volkshaus,  
Bezirksleiter: Kollege **Wirth**, Schillerstr. 31 a.
8. Bezirk: **Melzer**, Wiesenstr. 29.  
Bezirksleiter: Kollege **Schade**, Schulstr. 38.

77/10

Sonntag, den 26. Januar 1908:

## Wintervergnügen

in Bökers Lokal, Weberstr. 17.

## Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Freitag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Schullokal,  
Grenadierstr. 37:

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes, des Lehrkollegiums und der Revisoren.
  2. Anträge. 3. Schulangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
- Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge werden entgegengenommen.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:  
Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 12. Januar 1908,  
vormittags 10 Uhr:

### Bezirks-Versammlung

für Westen und Schöneberg

bei Jühlke, Denuwizstraße 13.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zur Zusammenlegung der Generalversammlung.
  2. Diskussion.
- Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
- Den Kollegen zur Nachricht, daß Broschüren im Bureau zu haben sind betreffend die Verhandlungen des Reichstages über den Gesetzentwurf betr. die gewerblichen Berufsvereine. Für Mitglieder ist der Preis 25 Pfennig (Buchhändlerpreis 75 Pfennig).

110/6

Die Ortsverwaltung.

In Josetti Vera Cigaretten finden wirkliche Kenner die Reinheit, das Aroma und die delikate Milde feinsten türkischer Tabake, die so schwer vollkommen zum Ausdruck zu bringen sind.

Die Mischung, welche zur Herstellung von

# JOSETTI VERA

CIGARETTEN

verwendet wird, ist in Aroma, Gehalt, Milde und reinem Geschmack noch niemals übertroffen worden.

10 ST. FÜR 30 PFENNIG.



Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

Teppiche mit farbenfehlern Rabrit-Webelinge Große Anhalterstraße 9, Parterre kein Laden. Mauerhof. +1

Garbinenbau Groß-Anhalterstraße 9, Parterre. Kein Laden. Mauerhof. +1

Teppiche billig Rabrit Große Frankfurterstraße 9, Parterre. +1

Totalverkauf meines Engros- und Filialenlagers: Gabrinen, Stores, Bildbenden 10 bis 20 Prozent Rabatt. E. Wehnersberg Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. \*

Teppiche mit farbenfehlern zum billigen Ausverkauf jetzt mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 858\*

Totalverkauf meines Engros- und Filialenlagers: Tuch- und Bläschbeden, Seveline- und Bläschportieren in allen Bezirken durchweg mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 868\*

Teppichdecken, Habritmuster, Stück 3,25, 3,85, 4,85, 5,50, 6,50, 8,50 um. E. Wehnersberg Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 878\*

Teppichdecken, 4 bis 6 Meter lang, jetzt spottbillig. Große Frankfurterstraße 125. 888\*

Reise für Solabesuche ausreißend, Stoffe und Bläsch, mit 10 Prozent Rabatt. E. Wehnersberg Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. \*

Teppiche, Bettvorleger, große Auswahl von 1,25 an, Große Frankfurterstraße 125. 908\*

Nähmaschinen. Verkauft bis 20,00 mer Teilzahlung kauft oder nachweist. Schmilke'sche Nähmaschinenfabrik, Brauer, Frankfurter Allee 101, Laden. 29708\*

Teppichdecken spottbillig. Rabrit Große Frankfurterstraße 60. 29838\*

Teppiche! (Festballe) in allen Größen für die Hälfte des Wertes in Teppichlager Erdmann Hadesart Markt 4, Badmit 26411\*

Kartoffeln en detail zu Engros-Preisen. Daberke: Jenker 3,40, rote: 2,90, Rutterkartoffeln: 1,50, Ralskindl, Rirdorf, Steinhewerstraße 113. +57\*

### Orts-Krankenkasse Pantow.

Eine außerordentliche

### General-Versammlung

findet am 24. Januar 1908 abends 8 Uhr im Restaurant Wozzeck, Pantow, Kreuzstraße 3/4, Nat.

Tages-Ordnung:

1. Protokoll.
2. Nachmalige Beschlußfassung bezüglich Abänderung der §§ 12, 13, 20, 31 und 57 der Satzungen in Gemäßheit der Verfügung des königlichen Herrn Regierungspräsidenten zu Potsdam vom 19. Dezember 1907 - A. 1372/12.

Pantow, den 7. Januar 1908.

Der Vorstand

der Orts-Krankenkasse Pantow.

D. Kälig, Vorsitzender.

NB. In dieser Versammlung sind nur die gewählten Delegierten einzutritt- und stimmberechtigt. 270/6

### Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse der Lederzurichter Berlins (E. H. No. 50.)

Sonntag, den 19. Januar 1908.

vormittags 10 1/2 Uhr:

### General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 10.

Tagesordnung:

1. Rechnungslegung vom 4. Quartal 1907. Bericht der Revisoren. 3. Vorstandswahl: a) des ersten Vorstehers, b) eines Schriftführers, c) eines Beisetzers, d) sechs Ersatzmänner.
4. Geschäftliches. 24215

Der Vorstand. J. H.: Gustav Dusso.

### Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2.5-7. Sonntags 10-12.2-1

### Krankenkasse der Hutmachergesellen (E. H. 67) Berlin.

Am Sonntag, den 12. Januar 1908,

vormittags 10 Uhr, in Dräsel's

Feistafeln, Neue Friedrichstraße 35:

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kasienbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Wahl des Ausschusses. 4. Verschiedenes. 251/9

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht

Der Vorstand: O. Zichpepe.

### Grosse Betten 12 Mk.

(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen) mit doppelt gereinigtem neuen Bettleinen. Bessere Betten 15, 18, 24 u. 30 L.; 1/2, 3/4, 1, 1 1/2, 2, 2 1/2, 3, 3 1/2, 4, 4 1/2, 5, 5 1/2, 6, 6 1/2, 7, 7 1/2, 8, 8 1/2, 9, 9 1/2, 10, 10 1/2, 11, 11 1/2, 12, 12 1/2, 13, 13 1/2, 14, 14 1/2, 15, 15 1/2, 16, 16 1/2, 17, 17 1/2, 18, 18 1/2, 19, 19 1/2, 20, 20 1/2, 21, 21 1/2, 22, 22 1/2, 23, 23 1/2, 24, 24 1/2, 25, 25 1/2, 26, 26 1/2, 27, 27 1/2, 28, 28 1/2, 29, 29 1/2, 30, 30 1/2, 31, 31 1/2, 32, 32 1/2, 33, 33 1/2, 34, 34 1/2, 35, 35 1/2, 36, 36 1/2, 37, 37 1/2, 38, 38 1/2, 39, 39 1/2, 40, 40 1/2, 41, 41 1/2, 42, 42 1/2, 43, 43 1/2, 44, 44 1/2, 45, 45 1/2, 46, 46 1/2, 47, 47 1/2, 48, 48 1/2, 49, 49 1/2, 50, 50 1/2, 51, 51 1/2, 52, 52 1/2, 53, 53 1/2, 54, 54 1/2, 55, 55 1/2, 56, 56 1/2, 57, 57 1/2, 58, 58 1/2, 59, 59 1/2, 60, 60 1/2, 61, 61 1/2, 62, 62 1/2, 63, 63 1/2, 64, 64 1/2, 65, 65 1/2, 66, 66 1/2, 67, 67 1/2, 68, 68 1/2, 69, 69 1/2, 70, 70 1/2, 71, 71 1/2, 72, 72 1/2, 73, 73 1/2, 74, 74 1/2, 75, 75 1/2, 76, 76 1/2, 77, 77 1/2, 78, 78 1/2, 79, 79 1/2, 80, 80 1/2, 81, 81 1/2, 82, 82 1/2, 83, 83 1/2, 84, 84 1/2, 85, 85 1/2, 86, 86 1/2, 87, 87 1/2, 88, 88 1/2, 89, 89 1/2, 90, 90 1/2, 91, 91 1/2, 92, 92 1/2, 93, 93 1/2, 94, 94 1/2, 95, 95 1/2, 96, 96 1/2, 97, 97 1/2, 98, 98 1/2, 99, 99 1/2, 100, 100 1/2, 101, 101 1/2, 102, 102 1/2, 103, 103 1/2, 104, 104 1/2, 105, 105 1/2, 106, 106 1/2, 107, 107 1/2, 108, 108 1/2, 109, 109 1/2, 110, 110 1/2, 111, 111 1/2, 112, 112 1/2, 113, 113 1/2, 114, 114 1/2, 115, 115 1/2, 116, 116 1/2, 117, 117 1/2, 118, 118 1/2, 119, 119 1/2, 120, 120 1/2, 121, 121 1/2, 122, 122 1/2, 123, 123 1/2, 124, 124 1/2, 125, 125 1/2, 126, 126 1/2, 127, 127 1/2, 128, 128 1/2, 129, 129 1/2, 130, 130 1/2, 131, 131 1/2, 132, 132 1/2, 133, 133 1/2, 134, 134 1/2, 135, 135 1/2, 136, 136 1/2, 137, 137 1/2, 138, 138 1/2, 139, 139 1/2, 140, 140 1/2, 141, 141 1/2, 142, 142 1/2, 143, 143 1/2, 144, 144 1/2, 145, 145 1/2, 146, 146 1/2, 147, 147 1/2, 148, 148 1/2, 149, 149 1/2, 150, 150 1/2, 151, 151 1/2, 152, 152 1/2, 153, 153 1/2, 154, 154 1/2, 155, 155 1/2, 156, 156 1/2, 157, 157 1/2, 158, 158 1/2, 159, 159 1/2, 160, 160 1/2, 161, 161 1/2, 162, 162 1/2, 163, 163 1/2, 164, 164 1/2, 165, 165 1/2, 166, 166 1/2, 167, 167 1/2, 168, 168 1/2, 169, 169 1/2, 170, 170 1/2, 171, 171 1/2, 172, 172 1/2, 173, 173 1/2, 174, 174 1/2, 175, 175 1/2, 176, 176 1/2, 177, 177 1/2, 178, 178 1/2, 179, 179 1/2, 180, 180 1/2, 181, 181 1/2, 182, 182 1/2, 183, 183 1/2, 184, 184 1/2, 185, 185 1/2, 186, 186 1/2, 187, 187 1/2, 188, 188 1/2, 189, 189 1/2, 190, 190 1/2, 191, 191 1/2, 192, 192 1/2, 193, 193 1/2, 194, 194 1/2, 195, 195 1/2, 196, 196 1/2, 197, 197 1/2, 198, 198 1/2, 199, 199 1/2, 200, 200 1/2, 201, 201 1/2, 202, 202 1/2, 203, 203 1/2, 204, 204 1/2, 205, 205 1/2, 206, 206 1/2, 207, 207 1/2, 208, 208 1/2, 209, 209 1/2, 210, 210 1/2, 211, 211 1/2, 212, 212 1/2, 213, 213 1/2, 214, 214 1/2, 215, 215 1/2, 216, 216 1/2, 217, 217 1/2, 218, 218 1/2, 219, 219 1/2, 220, 220 1/2, 221, 221 1/2, 222, 222 1/2, 223, 223 1/2, 224, 224 1/2, 225, 225 1/2, 226, 226 1/2, 227, 227 1/2, 228, 228 1/2, 229, 229 1/2, 230, 230 1/2, 231, 231 1/2, 232, 232 1/2, 233, 233 1/2, 234, 234 1/2, 235, 235 1/2, 236, 236 1/2, 237, 237 1/2, 238, 238 1/2, 239, 239 1/2, 240, 240 1/2, 241, 241 1/2, 242, 242 1/2, 243, 243 1/2, 244, 244 1/2, 245, 245 1/2, 246, 246 1/2, 247, 247 1/2, 248, 248 1/2, 249, 249 1/2, 250, 250 1/2, 251, 251 1/2, 252, 252 1/2, 253, 253 1/2, 254, 254 1/2, 255, 255 1/2, 256, 256 1/2, 257, 257 1/2, 258, 258 1/2, 259, 259 1/2, 260, 260 1/2, 261, 261 1/2, 262, 262 1/2, 263, 263 1/2, 264, 264 1/2, 265, 265 1/2, 266, 266 1/2, 267, 267 1/2, 268, 268 1/2, 269, 269 1/2, 270, 270 1/2, 271, 271 1/2, 272, 272 1/2, 273, 273 1/2, 274, 274 1/2, 275, 275 1/2, 276, 276 1/2, 277, 277 1/2, 278, 278 1/2, 279, 279 1/2, 280, 280 1/2, 281, 281 1/2, 282, 282 1/2, 283, 283 1/2, 284, 284 1/2, 285, 285 1/2, 286, 286 1/2, 287, 287 1/2, 288, 288 1/2, 289, 289 1/2, 290, 290 1/2, 291, 291 1/2, 292, 292 1/2, 293, 293 1/2, 294, 294 1/2, 295, 295 1/2, 296, 296 1/2, 297, 297 1/2, 298, 298 1/2, 299, 299 1/2, 300, 300 1/2, 301, 301 1/2, 302, 302 1/2, 303, 303 1/2, 304, 304 1/2, 305, 305 1/2, 306, 306 1/2, 307, 307 1/2, 308, 308 1/2, 309, 309 1/2, 310, 310 1/2, 311, 311 1/2, 312, 312 1/2, 313, 313 1/2, 314, 314 1/2, 315, 315 1/2, 316, 316 1/2, 317, 317 1/2, 318, 318 1/2, 319, 319 1/2, 320, 320 1/2, 321, 321 1/2, 322, 322 1/2, 323, 323 1/2, 324, 324 1/2, 325, 325 1/2, 326, 326 1/2, 327, 327 1/2, 328, 328 1/2, 329, 329 1/2, 330, 330 1/2, 331, 331 1/2, 332, 332 1/2, 333, 333 1/2, 334, 334 1/2, 335, 335 1/2, 336, 336 1/2, 337, 337 1/2, 338, 338 1/2, 339, 339 1/2, 340, 340 1/2, 341, 341 1/2, 342, 342 1/2, 343, 343 1/2, 344, 344 1/2, 345, 345 1/2, 346, 346 1/2, 347, 347 1/2, 348, 348 1/2, 349, 349 1/2, 350, 350 1/2, 351, 351 1/2, 352, 352 1/2, 353, 353 1/2, 354, 354 1/2, 355, 355 1/2, 356, 356 1/2, 357, 357 1/2, 358, 358 1/2, 359, 359 1/2, 360, 360 1/2, 361, 361 1/2, 362, 362 1/2, 363, 363 1/2, 364, 364 1/2, 365, 365 1/2, 366, 366 1/2, 367, 367 1/2, 368, 368 1/2, 369, 369 1/2, 370, 370 1/2, 371, 371 1/2, 372, 372 1/2, 373, 373 1/2, 374, 374 1/2, 375, 375 1/2, 376, 376 1/2, 377, 377 1/2, 378, 378 1/2, 379, 379 1/2, 380, 380 1/2, 381, 381 1/2, 382, 382 1/2, 383, 383 1/2, 384, 384 1/2, 385, 385 1/2, 386, 386 1/2, 387, 387 1/2, 388, 388 1/2, 389, 389 1/2, 390, 390 1/2, 391, 391 1/2, 392, 392 1/2, 393, 393 1/2, 394, 394 1/2, 395, 395 1/2, 396, 396 1/2, 397, 397 1/2, 398, 398 1/2, 399, 399 1/2, 400, 400 1/2, 401, 401 1/2, 402, 402 1/2, 403, 403 1/2, 404, 404 1/2, 405, 405 1/2, 406, 406 1/2, 407, 407 1/2, 408, 408 1/2, 409, 409 1/2, 410, 410 1/2, 411, 411 1/2, 412, 412 1/2, 413, 413 1/2, 414, 414 1/2, 415, 415 1/2, 416, 416 1/2, 417, 417 1/2, 418, 418 1/2, 419, 419 1/2, 420, 420 1/2, 421, 421 1/2, 422, 422 1/2, 423, 423 1/2, 424, 424 1/2, 425, 425 1/2, 426, 426 1/2, 427, 427 1/2, 428, 428 1/2, 429, 429 1/2, 430, 430 1/2, 431, 431 1/2, 432, 432 1/2, 433, 433 1/2, 434, 434 1/2, 435, 435 1/2, 436, 436 1/2, 437, 437 1/2, 438, 438 1/2, 439, 439 1/2, 440, 440 1/2, 441, 441 1/2, 442, 442 1/2, 443, 443 1/2, 444, 444 1/2, 445, 445 1/2, 446, 446 1/2, 447, 447 1/2, 448, 448 1/2, 449, 449 1/2, 450, 450 1/2, 451, 451 1/2, 452, 452 1/2, 453, 453 1/2, 454, 454 1/2, 455, 455 1/2, 456, 456 1/2, 457, 457 1/2, 458, 458 1/2, 459, 459 1/2, 460, 460 1/2, 461, 461 1/2, 462, 462 1/2, 463, 463 1/2, 464, 464 1/2, 465, 465 1/2, 466, 466 1/2, 467, 467 1/2, 468, 468 1/2, 469, 469 1/2, 470, 470 1/2, 471, 471 1/2, 472, 472 1/2, 473, 473 1/2, 474, 474 1/2, 475, 475 1/2, 476, 476 1/2, 477, 477 1/2, 478, 478 1/2, 479, 479 1/2, 480, 480 1/2, 481, 481 1/2, 482, 482 1/2, 483, 483 1/2, 484, 484 1/2, 485, 485 1/2, 486, 486 1/2, 487, 487 1/2, 488, 488 1/2, 489, 489 1/2, 490, 490 1/2, 491, 491 1/2, 492, 492 1/2, 493, 493 1/2, 494, 494 1/2, 495, 495 1/2, 496, 496 1/2, 497, 497 1/2, 498, 498 1/2, 499, 499 1/2, 500, 500 1

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung hatte eine ganze Anzahl wichtiger Vorlagen zu erledigen, von denen die die Errichtung von Waldberholungsstätten betreffende für die Arbeiterschaft von großer Wichtigkeit ist.

Waldberholungsstätte

für 200 schwächliche schulpflichtige Kinder einzurichten, in der während der einen Hälfte des Sommers 200 Knaben, während der anderen 200 Mädchen Aufnahme, Verpflegung und Unterricht finden sollen, hat der eingeleitete Sonderauschuss mit Stimmengleichheit abgelehnt; er empfiehlt statt dessen, dem Magistrat um eine möglichst baldige neue Vorlage betr. Errichtung einer Waldberholungsstätte für kränkliche und ge- reisende Kinder ohne Unterschied des Alters und Geschlechts zu ersuchen, welche das ganze Jahr hindurch geöffnet ist und wo- selbst auch hierfür geeignete Kinder Schulunterricht bei ärztlicher Aufsicht erhalten können.

Vom Stadtv. Ullstein (soz.-fortf.) ist der Antrag gestellt, bei Ablehnung des Ausschussvorschlags die Vorlage an den Ausschuss zurückzuerweisen.

Stadtrat Hirsborn: Vor zwei Jahren hatte der Stadtverordnete Dr. Wehl den Antrag gestellt, in Berlin Waldschulen nach dem Vorgang Charlottenburgs einzurichten, d. h. Schulen für schwächliche Kinder, die tagsüber in Waldschulen unterrichtet werden, abends aber heimkehren. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung hielten das für Berlin Verhältnisse nicht für gangbar und schlugen nun auf städtischem Gelände eine Erholungsstätte für kranke und schwächliche Kinder vor.

Stadtv. Neumann (N. L.): Durch diese Erklärung kommen wir in eine etwas schwierige Lage. Meine Freunde stimmen für den Ausschuss- antrag, soweit er die Vorlage abgelehnt wissen will. Wir meinen ja auch, es könnten mit geringen Mehrkosten massive Gebäude errichtet werden, wo die Kinder auch im Winter unterzubringen sind; aber in einem massiven Hause können kranke Kinder eine Erholung doch nicht finden.

Stadtv. Koblentz (Soz.): Der Stadtrat Hirsborn hat schon herborgebeten, daß bei Ablehnung der Vorlage die Sache eine mehr- jährige Verschiebung erfahren würde. Wir beantragen unsererseits, zunächst die Vorlage anzunehmen, dann aber darüber hinaus in einer Resolution den Magistrat aufzufordern, eine neue Vorlage zu machen, in der Heimstätten für genesende Kinder mit festen Ge- bäuden vorgesehen sind, sodas auch ein Winterbetrieb möglich ist.

Stadtv. Ullstein: Bei der früheren Beratung haben wir die warme Zustimmung der Sozialdemokraten zu der Vorlage, wie sie der Vordredner eben bezeugte, nicht vernommen. In erster Linie muß eine feste Heimstätte angestrebt werden, welche während des ganzen Jahres für kränkliche und schwächliche Kinder zur Ver- fügung steht. Dem Ziele, welchem wir alle zustreben, kommen wir mit dem Antrage der Sozialdemokraten nicht näher, sondern werden dann auf eine feste Heimstätte noch recht lange warten können. Die Magistratsvorlage ist früher gerade von dem sozial- demokratischen Herrn Dr. Wehl schon bekämpft worden. Mein Antrag, die Vorlage an den Ausschuss zurückzuerweisen, soll er- möglichen, daß gerade die von Dr. Wehl verlangten Verbesserungen hingearbeitet werden können.

Stadtv. Koblentz (Soz.): Die Magistratskommission hat die Frage, ob feste Häuser oder Paradien, eingehend erwogen, aber doch schließlich resoliert, daß es zum Zwecke der schnelleren Durch- führung des Projekts vorzuziehen sei, sich mit dem Sommerbetrieb zu begnügen. Die Kinder sollen sich den ganzen Tag im Freien aufhalten, auch den Unterricht möglichst im Freien erhalten. Es handelt sich um schulpflichtige Kinder, welche nicht imstande sind, einen vier- bis fünfständigen Schulunterricht täglich auszuhalten. Charlottenburg hat den Unterricht auf die Hälfte reduziert. Die Erfolge sind sehr günstig gewesen; die körperliche Verfassung der Kinder hat sich bei 90 Proz. gebessert oder es war völlige Heilung eingetreten. (Hört! hört!) Hier wäre eine Gelegenheit, wo Berlin einmal an der Spitze marschieren könnte. Eine solche Waldschule, wie wir sie vorgeschlagen haben, würde in der Welt noch nicht anderswo anzutreffen sein.

Stadtv. Rosenow (N. L.): Auch die Gegner werden nicht leugnen, daß der ganze Gedanke seinen Ursprung von der Char-

lottenburger Waldschule herleitet. Ich will meinerseits nicht an die Stelle einer Einrichtung der Schulverwaltung eine Einrichtung der Armenverwaltung setzen. Jedenfalls atmet die Vorlage des Magistrats sozialpolitischen Geist; ich ziehe sie vor, wenn sie auch von der Meinung der Mehrheit etwas abweicht. Wir werden für die Vorlage, aber gegen den Abänderungsantrag der Sozialdemo- kraten stimmen. Ein Antrag muß jedenfalls gemacht werden; freisch gelagert, ist halb gewonnen.

Stadtv. Dr. Langerhans (N. L.): Was von uns gefordert worden, hat der Magistrat doch falsch aufgefaßt; was er uns gibt, könnte uns leicht auf Abwege bringen. Mit den großen Kosten des Projektes könnte auf andere Weise viel mehr erreicht werden, ich erinnere bloß an die Frage der Kinderkrankehäuser. Die Ferienkolonien leisten bereits Vorzügliches. Mit 12 Morgen Wald ist nicht viel anzufangen. Ein Aufenthalt von 6 Wochen genügt auch nicht, das Kind würde mindestens ein halbes Jahr dableiben müssen. Es muß nicht bloß angefangen, es muß auch gut angefangen werden. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Wittow (Fr. Fr.) empfiehlt die Annahme des Aus- schussantrages und die Ablehnung der übrigen Anträge. Wald- schulen waren seinerzeit beantragt, sind aber von uns abgelehnt worden, weil wir deren Anlage in einigermaßen genügender Aus- dehnung nicht für möglich halten. Dem Antrag Sachs hat die Vorlage auch nicht entsprochen. Es kann sich doch bloß darum handeln, ob die Einrichtung ein Jahr früher oder ein Jahr später wirksam wird.

Stadtrat Rosenow: Die Heimstätten für Erwachsene sind mit solchen für Kinder doch nicht zu vergleichen. Für eine Kinderheim- stätte, die das ganze Jahr im Betriebe ist, würden wir doch unter allen Umständen hochgeschossene Häuser oder ein solches Haus bauen, könnten also den Verkadentil nicht verwenden. Was der Ausschuss verlangt, würde einen Bau erfordern, der drei Jahre zu seiner Herstellung gebraucht; was wir vorgeschlagen haben, kann binnen wenigen Monaten fertig sein. Für 200 Kinder sind 30 000 Quadratmeter wirklich reichlich bemessen.

Stadtv. Sachs (N. L.) tritt für den Ausschussantrag ein. Was der Magistrat vorgeschlagen habe, sei von der Versammlung gar nicht verlangt worden. Da die Frage noch nicht geklärt sei, so solle man sie, statt jetzt 300 000 M. auszugeben, noch 1-2 Jahre ruhen lassen. Die Vorlage bringe keine Waldschule, keine Heim- stätte, keine Erholungsstätte, sei sei bloß ein Versuch, schwächliche Kinder ein paar Monate aufs Land zu bringen.

Stadtv. Rosenow beantragt nunmehr, die Vorlage an den Ausschuss zurückzuerweisen. Bürgermeister Dr. Reike: Die Sache ist doch erwachsen auf dem Boden der Schulunterrichtspraxis; wie sind wenigstens davon immer ausgegangen. Hoffentlich kommen wir in nochmaliger Ausschussberatung zu einer Verständigung.

Die Stadtv. Cassel (N. L.) und Rosenow (Fr. Fr.) erklären sich für den Antrag Rosenow.

Stadtv. Sachs protestiert gegen die Auffassung des Bürger- meisters.

Die Angelegenheit wird einstimmig an den Ausschuss zurück- verwiesen.

Partei-Angelegenheiten.

2. Wahlkreis. Am Sonntag, 12. Januar, nach- mittags pünktlich 3 Uhr, findet die Urania-Vorstellung statt. Es gelangt zur Aufführung: „Rairo und die Pyra- miden“. Billetts, welche nicht verkauft sind, müssen bis spä- testens Freitagabend den Abteilungsführern zurückgegeben werden. Sonnabend und Sonntag sind zu- rückkommene Billetts noch beim Kassierer Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, parterre, und am Sonntag eventuell im Theater zu haben.

6. Wahlkreis. Nach dem Resultat der Urabstimmung in den Jahlabenden sollen für unseren Wahlverein zwei besoldete Beamte angestellt werden. Mitglieder, welche sich darum bewerben wollen, haben ihre Meldung spätestens bis zum Dienstag, den 14. Januar, schriftlich an den Vorsitzenden B. Freyhafer, N. 31 Gartenplatz 1, einzusenden. Der Vorstand.

Hohen-Neuendorf und Stolpe. Die Morgenprache des Wahl- vereins findet am Sonntag, den 12. Januar, vormittags 9 Uhr, im Gasthaus der Witwe Bergemann zu Stolpe mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vortrag des Genossen Zimmermann-Berlin über: „Schule, Kirche und Arbeiterschaft“. 2. Vereinsangelegen- heiten. 3. Verschiedenes. In Anbetracht der Angliederung unserer Zahlstelle an West-Neuendorf, bitten wir um volgzähliges Er- scheinen der Genossen.

Spandau. Am Sonntag, 12. Januar, nachmittags 3 Uhr, finden zwei Volksversammlungen, und zwar in den Lokalen von Köpenick, Röhlsdorfer Straße 39, und Kante, Schönwalder Straße 80, statt. Tagesordnung in beiden Versammlungen: „Der Wahlrechtskampf in Preußen“. Männer und Frauen! Erscheint in Massen in diesen Versammlungen.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

In dem Streit um die Waldberholungsstätten für schulpflichtige Kinder ist noch keine Ent- scheidung herbeigeführt worden. Was der Magistrat plant, ist weniger als der Vorschlag, den vor einigen Jahren die sozial- demokratische Fraktion gemacht hatte und durch den sie die Angelegenheit in Fuß brachte. Was aber gestern der Aus- schuss als Ergebnis seiner Beratungen dem Plenum zur Ver- schlussfassung empfahl, war — betrachtet unter dem Gesichtswinkel jener ersten Anregung — noch weniger als der Plan, den der Magistrat vorgelegt hatte. In der gestrigen Sitzung erklärte der Magistrat durch den Mund dreier Vertreter, des Stadi- syndikus Hirsborn, des Stadtschulrats Fischer und des Bürgermeisters Reike, daß er für die vom Ausschuss geforderte Abänderung sich nicht erwärmen könne. Die sozial- demokratische Fraktion wollte vorläufig für die Vorlage des Magistrats stimmen. Ein Antrag, den sie einbrachte, wollte gleichzeitig dem Magistrat die baldige Erfüllung auch der weitergehenden Wünsche empfehlen. Genosse Koblentz hob hervor, daß die ursprüngliche Anregung darauf abzielte, eine Unterrichtsstätte zu schaffen, aber nicht ein Sanatorium. Diesem Gedanken konnte die Magistratsvorlage denn doch immer noch näher als der Ausschussbeschluss. Die Frage, ob Unterrichtsstätte, ob Sana- torium, bildet den Differenzpunkt, aber um ihn suchten die meisten der Redner des Freisinn sich herumzureden. Nachdem ziemlich zwei Stunden geredet worden war, entdeckte man plötzlich, daß die Meinungen immer noch nicht geklärt seien. Ein Antrag Rosenow auf Zurückverweisung an den Ausschuss wurde fast einstimmig angenommen. Durch ihn wurde verhütet, daß schließlich vielleicht weder die Magistrats- vorlage noch der Ausschussbeschluss eine Mehrheit gefunden hätte.

Aus den weiteren Verhandlungen sei hier nur noch der endliche Beschluss über den Ankauf des Botanischen Gartens erwähnt. Herr Reimann widmete den kniderigen Schönebergern, die nichts dazugeben, Worte des Annahmes. Genosse Singer erklärte, wichtiger sei es, noch einmal zu konstatieren, welche Rolle in dieser Angelegenheit der preussische Fiskus spielt, der einen Teil der ur- alten Gartenanlage kaltherzig zu Verkaufsstellen ausgeschlachtet und der Stadt Berlin für den Rest einen unerhöht hohen Preis aufgezwungen hat.

Nur immer langsam voran.

Der Stadtverordnetausschuss zur Vorbereitung des Antrages, sämtliche bedürftigen Schulkinder auf Kosten der Stadt zu speisen, hat sich, weil die Erhebungen über die Zahl der bedürftigen Schul- kinder noch nicht abgeschlossen sind, und weil noch jede Unterlagen zur Beurteilung der benötigten Summen, die im Etat eingestellt werden müssen, fehlen, vertagt und wird nach Eingang des Materials wieder zusammentreten.

Vernehmung.

Wenn ein Arbeiter seine Arbeitsstelle verläßt, kann er von seinem Arbeitgeber ein Zeugnis verlangen; das schreibt die Gewerbe- ordnung in § 113 ausdrücklich vor. Der Paragraph lautet: „Wenn Abgänger können die Arbeiter ein Zeugnis über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern. Dieses Zeugnis ist auf Verlangen der Arbeiter auch auf ihre Führung und Leistungen auszuweisen. Den Arbeitgeber ist unterlagt, die Zeugnisse mit Merkmalen zu versehen, welche den Zweck haben, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaut des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen.“

Diese zum Schutze der Arbeiter getroffenen Bestimmungen werden oft von rücksichtslosen Arbeitgebern durchbrochen und die Fälle, in denen Arbeiter gekennzeichnet werden, sind durchaus nicht selten. Nur gelingt es nicht oft, den unfrommen Nachweis zu führen, daß Arbeitgeber zu Verfehmungen ihrer Arbeiter greifen.

Uns liegt ein Fall vor, der zeigt, in welcher unerhörten Weise ein Arbeitgeber einen von ihm früher beschäftigten Arbeiter im ge- heimem kennzeichnet. Es handelt sich um die Expeditionsfirma Koedel u. Wetter, Alexanderstr. 22. Diese Firma stellte einem Ratsher bei seinem Abgange folgendes Zeugnis aus:

„Inhaber dieses, N. N., war vom 19. Juli 1905 bis heute bei uns als Ratsher tätig und hat sich während dieser Zeit gut ge- führt; er war nüchtern und ehelich.“

„Inhaber dieses, N. N., war vom 19. Juli 1905 bis heute bei uns als Ratsher tätig und hat sich während dieser Zeit gut ge- führt; er war nüchtern und ehelich.“ Nach seinem Abgange von dieser Firma trat der Arbeiter bei einer anderen Firma in Arbeit. Diese Firma erkundigte sich nach einiger Zeit nach dem Namen über den Ratsher bei Koedel u. Wetter und daraufhin erteilte diese Firma eine Antwort, der wir die folgenden Sätze entnehmen: „Der Angefragte ist kein solider Mensch, er gehört nicht zu den empfehlenswerten Ratshern, denn er kam mit seinem Wochenlohn und der ihm gewährten Provision für das Juridizieren leerer Postlagen nicht aus.“ „Wir haben in N. N. den unzuverlässigsten Menschen kennen gelernt“... „außerdem ist N. N. ein Mensch von ganz niedriger Bestimmung! Wir hätten schon längst eine Aenderung eintreten lassen, jedoch war diese Stelle für einen jungen Mann, welcher Ende September d. J. vom Militär entlassen wurde, reserviert. Um nicht zweimal zu wechseln, hatten wir immer noch Rücksicht genommen. Da er wohl inzwischen obiges erfahren, weigerte er sich eines Tages, den Wagen zu waschen, und zog es dann vor, selbst zu gehen.“

Diese geheime Auskunft ist natürlich das direkte Gegenteil von dem, was in dem Zeugnis steht. Das Zeugnis aber soll wahr sein. Ist das aber der Fall, dann ist diese Aus- kunft unwahr. Gelingt der Nachweis, daß der Arbeiter wegen dieser Auskunft entlassen worden ist, dann ist die „feine“ Firma Koedel u. Wetter schadenersatzpflichtig. Ein gutes Gewissen hat die Firma auch nicht, wie aus den Schlusszeilen des zitierten Scheinens hervorgeht, diese lauten:

Im Discretion bittend, zeichnen  
Hochachtungsvoll  
Koedel u. Wetter.

Diese Bittle ist nun durch einen besonderen Umstand nicht erfüllt werden und wir glauben gut daran zu tun, die Praktiken dieser Unternehmerrfirma etwas tiefer hängen zu lassen. Sie beweisen, welche Mittel Unternehmer anwenden, um ihnen ungewünschte Arbeiter bannend zu verfeimen und aus Lohn und Brot zu bringen, dabei der gesetzlichen Bestimmungen vollkommen Hohn sprechend.

Die Wahlen der Gehülfenbeisitzer zum Kaufmanns- gericht Berlin

finden am Sonntag, den 9. Februar 1908 von 10 Uhr vor- mittags bis 3 Uhr nachmittags statt.

Wahlberechtigt ist jeder Handlungsgehülfe, der bis zum 9. Februar 1908 das 25. Lebensjahr vollendet hat und in Berlin beschäftigt ist.

Eine Wählerliste wird nicht aufgestellt. Dagegen gibt der Magistrat Wahllegitimationen heraus, auf denen vom Chef oder von der Polizeibehörde zu bescheinigen ist, daß der Gehülfe in Berlin tätig ist.

Die amtlichen Formulare zu diesen Legitimationen sind kostenlos zu haben:

- 1. Wahlbureau des Magistrats, Poststr. 16.
- 2. Bureau des Zentralverbandes der Handlungsgehülfen und Gehülffinnen Deutschlands, Neue Königstr. 36, vorn I.
- 3. Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission, Engel- Ufer 15, I.
- 4. Expedition des „Vorwärts“, Lindenstr. 69.
- 5. Zigarrengeschäft Jakob Wiebe, Wendenstr. 2.
- 6. „ „ „ Adolf Adler, Voltastr. 37.
- 7. Zeitungspedition D. Raschke, Ackerstr. 26.
- 8. „ „ „ Karl Mars, Luchener Straße 123.
- 9. „ „ „ Karl Anders, Salzweideler Straße 8

Keine weiblichen Droschkenschaffere mehr in Berlin. Die Frauenbewegung im Automobilverkehr hat ziemlich schnell ein ruhm- loses Ende gefunden. Gegenwärtig gibt es auf den Berliner Straßen keine Droschkenschaffere mehr. Frau v. Papp, die erste Schaffere hat den neuen Beruf endgültig an den Nagel gehängt und die zweite Dame, die sich einen Fahrchein erworben hat, hat dem Schaffereberuf ebenfalls den Rücken gekehrt. Von den übrigen Damen — etwa zwanzig an der Zahl — die sich zu Schaffereuren ausbilden lassen wollten, hat es keine zum Erwerb des Fahr- cheines gebracht. Auch die Automobilbetriebsfirmen zeigen keine Neigung mehr, die Ausbildung weiblicher Schaffereure zu fördern. Die ersten Versuche sollen ergeben haben, daß weibliche Droschken- fahre auf die Dauer doch nicht die männlichen Kollegen an Leistungsfähigkeit erreichen können.

Eine Erweiterung der Weichbildergrenze für Berliner Droschken plant das Verkehrsministerium des Berliner Polizeipräsidenten. Die Droschkenfahrer sind bekanntlich berechtigt, für den Fall, daß sie die Weichbildergrenze Groß-Berlins bei einer Fahrt überschreiten, von den Rahrgassen einen Zuschlag zu verlangen. In einer Besprechung, die der Vorstand des Fachvereins der Droschkenbesitzer auf dem Verkehrsministerium hatte, wurde von dem Exzerimenten darauf hingewiesen, daß eine Erweiterung der Weichbildergrenze bei der wachsenden Ausdehnung der Berliner Vororte notwendig sei. Die Droschkenbesitzer haben sich in einer Versammlung gegen eine solche

Erweiterung erklärt, weil sie daraus eine Schmälerung ihrer Einnahmen befürchten.

Lebendig verbrüht. Einen entsetzlichen Tod hat gestern der 17jährige Schüler Alfred Büchel, dessen Eltern in dem Hause Falzburger Straße 43 eine Portierstube inne haben, gefunden. Der Knabe wollte in der Waschküche die Abzugsklappe über der Maschine, in die ein großer Waschfessel eingemauert ist, schließen. Er kieg zu diesem Zwecke auf die Maschine hinauf, glitt dabei aus und stürzte in den mit siedendem Wasser angefüllten Kessel. Auf die Schmerzensschreie des Verunglückten eilten Hausbewohner hinzu und zogen ihn aus dem Kessel heraus. Inzwischen hatte aber der Knabe so furchtbare Brandwunden am ganzen Körper erlitten, daß er bald darauf starb.

Ein Leichenfund ist vorgestern am Holsteiner Ufer gemacht worden. Die völlig entstellte Leiche eines etwa 20jährigen Mädchens wurde ans Ufer geschwemmt und geborgen. Die Tote muß schon mehrere Wochen im Wasser gelegen haben, denn sie war infolge der Verwesung vollkommen entseelt. Es handelt sich um eine jugendliche Selbstmörderin aus den wohlhabenderen Kreisen. Die Kleidung bestand aus einem schwarzseidenen Kostüm. Am Hals trug die Tote eine trüblichfarbene Brosche. In dem Portemonnaie befanden sich noch 18 M. Zur Feststellung der Persönlichkeit wurde die Tote nach dem Leichenhause gebracht.

Sprengung. Auf dem Grundstück Schilderstraße, Ecke Neue Friedrichstraße, wurde gestern morgen durch eine Abteilung der 1. Kompanie des Garde-Pionier-Bataillon eine Sprengung der 3-3 1/2 Meter starken Fundamente vorgenommen. Bereits am Tage vorher wurden 100 Säcker in die Fundamente gehöhrt, mit Sprengmunition (Vohropatronen) geladen und gestern in aller Frühe die Ladungen, bis zu 36 Vohropatronen zu gleicher Zeit auf elektrischem Wege zur Entzündung gebracht. Die Sprengung ging unter nicht geringer Detonation glatt von statten. Durch die Wirkung derselben sind die weiteren Arbeiten wesentlich erleichtert worden. Auf dem Grundstück sollen drei große Geschäftshäuser errichtet werden.

Freie Volkshöhle. Am Montag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, wird im Bürgerhalle des Rathauses der 28. Kunstabend stattfinden. Da die Rathausverwaltung innerhalb des Rathauses eine Abgabe der Mitglieder auf die Mitglieder unter keinen Umständen gestattet, so sind Einladungskarten a 20 Pf. nur an folgenden Stellen zu haben: bei Meyer, N., Veteranenstr. 18, Koloff, N., Wörtherstr. 31, Opig, N., Thnarstr. 2, Riemer, NO., Weberstr. 19, B. Horst, SO., Engel-Ufer 15, Vogel, U. O., Koppenstr. 88, Mann, C., Straßauer Straße 3-8, Wötter, I. SO., Falter Straße 107, G. Schulz, SO., Kottbuser Tor, Müdersbach, SW., Lindenstr. 89, Wötter, H. SW., Joffener Straße 20, Koldenbamer, W., Barbarossastr. 64, Lamprecht, NW., Putzstr. 10, Löwenberg, C., Neue Schönhauser Straße 19.

Den einleitenden Vortrag hält Herr Schriftsteller Friedrich Stampfer über „Deutsche Romantik“. Herr Magnus Stifft wird Rezitationen und Prosa aus den Werken von Novalis, Tieck, Eichendorf, Th. A. Hoffmann, Heine zum Vortrag bringen.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 8 Uhr wurde die Berliner Feuerwehr nach Friedrichsberg alarmiert, dort war in dem Vorderhause Rainerstr. 11 Feuer ausgebrochen. Als der 7. Zug an der Brandstelle ankam, standen der Laden, die hinteren Räume, Wände, Türen und Schaufenster in Flammen. Die Fenster nach dem Hofe waren zertrümmert. Eine Frau Ruch hatte Brandwunden an Kopf und Händen erlitten. Sie wurde verbunden und nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Die Entdeckung des Brandes ist auf Unvorsichtigkeit zurückzuführen. Die freiwillige Ortsfeuerwehr war zur Stelle und übernahm die Abkühlung. — In einer Hofkammerabst. in der Kungestr. 18 brannten nach Hofkammer u. a. — Grober Unfug lag einer Feuerentzündung aus der Kungestr. zugrunde. Der Täter ist entkommen. — Durch die Entflammung eines Weihnachtsbaumes am Stargarderstraße 17 Feuer aus, das bald gelöscht werden konnte. — In der Münzstraße 10 und Palisadenstraße 41 mußten fast gleichzeitig zwei Kellerbrände gelöscht werden. Stroh, Schalbeden, Balken usw. waren dort in Brand geraten. Ferner hatte die Wehr in der Aurfürstenstraße 15/16, Schillingstraße 29 und Königgräberstraße 39 zu tun.

### Vorort-Nachrichten.

In der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung erfolgte am Mittwoch zunächst die Einführung der neu bezw. wiedergewählten Stadtverordneten. Der Sozialdemokratie gehören von den Neugewählten an die Genossen: Fleming, Gebert, Wille und Piesch, von den Wiedergewählten: Liebe und Scharrnberg.

Hierauf konstituierte sich die Versammlung. Zum Vorsteher wurde Stadtd. Kaufmann (lib.), zum Stellvertreter Stadtd. Dr. Hubatsch (unpol.) gegen 11 Stimmen gewählt, die auf Stadtd. Piesch entfielen. Die Sozialdemokraten, als die zweitstärkste Fraktion, wollten damit ihren prinzipiellen Standpunkt wahren. Die Liberalen waren bereit, ihnen den Posten des stellvertretenden Vorstehers einzuräumen, unter der Bedingung, daß sie sich zur Übernahme hiesiger Repräsentationspflichten bereit erklärten. Selbstverständlich gingen unsere Genossen hierauf nicht ein. Zu Vorstehern wurden gewählt die Stadtd. Dr. Vorchardt (Soz.), Münch (lib.), Ruch (lib.) und Stein (unpol.).

Nach Erledigung einer größeren Anzahl von Wahlen für die ständigen und eine Reihe nicht ständiger Ausschüsse beriet die Versammlung sodann den sozialdemokratischen Antrag betreffs Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. An der Hand eines umfangreichen Materials wies Genosse Dr. Vorchardt, den den Antrag begründete, nach, daß tatsächlich eine außerordentliche Arbeitslosigkeit besteht, deren Milderung er als Pflicht der Kommune bezeichnet. Redner wandte sich gegen verschiedene Animosen in Form von sogenannten Notstandsarbeiten, d. h. der Verdrängung unnötiger Arbeiter. Er verlangte statt dessen eine dauernde organische Einrichtung, die auch in normalen Zeiten den Arbeitslosen eine Existenz ermöglicht und in Zeiten schwerer Arbeitslosigkeit kräftig zu helfen geeignet ist. Demgemäß das Problem der Arbeitslosenversicherung im ganzen Umfange nur vom Reich und Staat gelöst werden könne, so könnten doch auch die Kommunen manches leisten, z. B. durch Zahlung von Zuschüssen an Gewerkschaften, die die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, durch kommunale Arbeitslosenversicherung und dergleichen. Charlottenburg allein könne allerdings, da es mit Groß-Berlin eine wirtschaftliche Einheit bildet, nicht viel ausrichten, wohl aber sei auch auf diesem Gebiete ein Zwischenschritt angebracht. (Beifall.)

Aus den Ausführungen des Bürgermeisters Matting ging hervor, daß der Magistrat einen außerordentlichen Notstand vorläufig noch nicht anerkennt. Er ist mit den Vorarbeiten zur Feststellung des Umfangs der Arbeitslosigkeit noch nicht zu Ende. Der Antrag wurde einem Ausschuss überwiesen, dem u. a. die Genossen Vorchardt und Piesch angehören.

Einmütige Annahme fand ein von allen Fraktionen unterzeichnetes, vom Genossen Piesch kurz begründeter Antrag betreffs Absetzung einer Petition an den Landtag um Abhebung des des Selbstverwaltungsrecht beeinträchtigenden Entwurfs eines Polizeikostengesetzes.

### Friedenau.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag im Betriebe der Straßenbahn. Ein Mitfahrer der Weierei Volle, ein etwa 17jähriger Bursche, wollte vor dem Hause Meinfstraße 35 den Bahndamm überfahren, als ein Straßenbahnzug der Westlichen Berliner Vorortbahn Linie H heranabte. Er lief gegen die Plattform des Motorwagens, wurde zurückgeschleudert, stürzte auf den Bürgersteig und blieb dort bestunntungslos liegen. Der Verunglückte wurde nach dem Arris-Krankenhaus in Groß-Lichterfelde gebracht. Er

hatte, wie dort festgestellt wurde, eine schwere Gehirnerschütterung erlitten. Die Personalien des Mitfahrenden konnten bisher noch nicht ermittelt werden. Selbstverständlich sind sie dem Kutscher des betreffenden Motorwagens vollständig unbekannt, der selbst den Namen des ihm unterstellten Burschen nicht angeben wollte.

### Weiskenee.

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung, eine Anleihe von 7 Millionen Mark aufzunehmen. Obige Summe soll zu folgenden Zwecken Verwendung finden: Für das neue Verwaltungsgebäude 250 000 M., für den Bau einer Schule mit Turnhalle in der Fallenderger Straße 350 000 M., für den Bau einer Realschule und Realgymnasium 100 000 M. (400 000 M. sind bereits vorgesehen), für die Einrichtung der Gemeindeturnhalle 25 000 M., für eine Regenwasserableitung in der Friedrichstraße 40 000 M., für Straßenbaukosten 500 000 M., Errichtung eines Wasserwerks 300 000 M., Anlage eines Parks 25 000 M., Sanalisation im alten Ostteil 2 Millionen Mark, zur Bildung eines Grundstückenwerbsfonds 1 500 000 M., zur Ablösung von Hypotheken 1 500 000 M., für Ankoften bei Aufnahme der Grundstücke, Bauginsen, Stempel usw. und Unvorhergesehenes 510 000 M. — Eine von Gemeinde wegen errichtete Hochschulaufstiegsstelle tritt am 1. Februar 1908 in Tätigkeit. Zu den Ankoften trägt der Kreis 500 M. und der Staat 1500 M. bei, und zwar laufend pro Jahr. — Die Aenderung der Grundsteuerordnung gab Veranlassung zu einer längeren Debatte, wobei die Hausbesitzer und Grundbesitzer sich gegenseitig abwürgten. Bisher war die Steuer eine einheitliche, 4 M. pro Tausend. Für das kommende Etatsjahr soll der unbebaute Grundbesitz zugunsten des Hausbesitzes höher belastet werden, so daß für bebaute Grundstücke 3,8 Proz. und für unbebaute 6 Proz. in Frage kommen. Der Herr Gemeindevorsteher hatte die Herren Hausbesitzer richtig eingeschätzt, indem jedem ein Ader übertricht wurde, worin zu ersehen war, welchen Vorteil der einzelne von der Annahme der Aenderung habe. Nur 3 Personen aus der Vertretung haben von dieser Vorlage keinen Vorteil. Wie denn auch nicht anders zu erwarten, wurde viel, sehr viel geredet und schließlich die Vorlage ohne Aenderung angenommen.

### Großbeeren (Kreis Teltow-Beeskow).

Die Sozialdemokraten der Bürgerlichen unseren Genossen gegenüber werden hier wieder einmal in ein großes Licht gerückt. Der Wahlverein sowohl wie der Radfahrerverein „Solidarität“ sind obdachlos, weil es dem Druck der Gegner gelungen ist, den Besitz der einzigen freien Lokale Herrn Heintze zur Zurückziehung derselben zu bewegen. Als am 5. d. M. eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins stattfand, beschloßen die Genossen, in diesem Monat noch eine Vollversammlung abzuhalten. Auf die Frage an den Besitzer des Lokals, wann der Saal für eine Versammlung frei sei, wurde den Genossen die Antwort, daß die Pächter ihren Anrechten und Pflichten den Besuch des Lokals unterlag hätten und zwar aus dem Grunde, weil der Wahlverein und der Arbeiter Radfahrerverein ihre Versammlungen abhielten. Er werde daher erheblich in seinem Geschäft geschädigt und könne das Lokal nicht mehr zur Verfügung stellen. Der Arbeiterchaft steht somit am Ort kein Lokal mehr zur Verfügung. Ob der Wirt des Lokals nun bessere Geschäfte machen wird, ist allerdings eine andere Frage.

### Gerichts-Zeitung.

#### Eine blutige Liebestragödie

fand gestern vor dem Strafgericht ihren Abschluß. Wegen der verübten Tötung verhandelte unter Vorsitz des Landgerichtsrats Fabriz das Schwurgericht des Landgerichts I gegen den Schuhmachergesellen Rudolf Engel. — Es handelte sich um eine der blühenden Liebestragödien, in denen die verheiratete Liebe das Motiv zu einer Missetat ist. Der Angeklagte ist erst 29 Jahre alt und bisher noch völlig unbekannt. Er hat eine sehr frohe, lockere, dagegen sehr leidvolle Jugendzeit hinter sich. Von der Stunde seiner Geburt an befand er sich unter fremden Menschen, die ihn in seinen späteren Lebensjahren herumtrieben und herumspießen. Von einem Verwandten wurde er dann zu einem Schuhmacher in die Lehre gebracht, so daß er sich vom vierzehnten Lebensjahre ab sein Brot selbst verdienen mußte. Nachdem der Angeklagte Gefelle geworden war, entwickelte sich bei ihm nach seiner traurigen und liebeleeren Jugend ein übergroßes Bedürfnis nach Liebe. Unglücklicherweise fand der junge Mensch um diese Zeit nach Berlin und verliebte sich nachhastlich in die erste Bekannte, die ihm über den Weg lief. Im Frühjahr v. J. einige Tage nachdem er nach Berlin gekommen war, machte der Angeklagte auf dem Alexanderplatz die Bekanntschaft der 22jährigen unberechtigten Emma Hoher. Diese zeigte sich schon gleich am ersten Abend nicht sehr spröde und folgte dem Angeklagten in dessen Wohnung. Aus dieser Bekanntschaft entwickelte sich ein Liebesverhältnis, welches von Engel sehr ernsthaft ausgelebt wurde und wie er vor Gericht behauptete auch zu einer Heirat führen sollte. Auch als der Angeklagte erfuhr, daß die Hoher schon ein uneheliches Kind hatte und noch mit dem Vater des Kindes in Beziehungen stand, ließ er nicht von ihr ab, sondern er drängte sie vielmehr, sie solle sich eheliche Arbeit suchen, damit sie bald heiraten könnten. Das Mädchen dachte jedoch gar nicht an eine Heirat und wurde immer fähiger zu dem Angeklagten. Nach Behauptung des E., soll ihm die H. sogar bei dem letzten Rendezvous in seiner Wohnung sein letztes Geld, ein Zweimarkstück, entwendet haben. Als er ihr dann bei einem zufälligen Zusammentreffen deshalb Vorwürfe machte, soll ihm die H. höhnisch geantwortet haben: „Wenn Du nicht mehr Geld hast, verhungere doch!“ Diese Verhörung brachte den sehr leidenschaftlichen Angeklagten in eine maßlose Wut. Er kaufte sich noch an demselben Tage einen Revolver und anfertigte zu verleihten Bekannten, die ihn beruhigen wollten: „es wäre besser, man schiße so ein 2-der über den Haufen!“ In der Verzweiflung wurde er auch zum Trinker, während er vorher ein stets nüchternes und ruhiger Mensch war. Er schrieb mehrere Briefe an die H., sie möge doch wieder zu ihm kommen. Am 12. September äußerte er, nachdem ihm die H. nicht geantwortet hatte, das Leben sei für ihn wertlos, er wolle erst seine Frau und dann sich erschießen. In einem Lokal trank er sich erst noch Wut an und schenkte einem Fremden seine sämtlichen Kleidungsstücke, die er hinterlassen würde. Vorher hatte er schon auf der Straße seine Uhr verkauft. Gegen 3 Uhr morgens traf er die H. in Begleitung eines Mannes in der Danzigerstraße. Als sie sich weigerte, mit ihm zu kommen, riß der Angeklagte den Revolver heraus und gab sämtliche sechs Schüsse auf die H. ab. Trotzdem das Mädchen vier Schüsse in den Rücken, einen in die Hand und einen in den Kopf erhielt, waren die Verletzungen nicht allzu schwerer Natur. Sie wurde in das Krankenhaus Friedrichshain geschafft, welches sie nach einiger Zeit fast vollständig geheilt wieder verlassen konnte. — Vor Gericht war der Angeklagte in vollem Umfange geständig. Staatsanwalt Dr. Kies plädierte auf Schuldig im Sinne der Anklage und stellte es bei der ganzen Sachlage anheim dem Angeklagten eventuell mildernde Umstände zuzubilligen.

Die Geschworenen bejahten nur die Schuldfrage nach Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges und einer das Leben gefährdenden Behandlung und billigten dem Angeklagten mildernde Umstände zu. Das Urteil des Gerichts lautete dem Inhalte des Staatsanwalts gemäß auf ein Jahr und sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

### Vermischtes.

Durch ausströmende Ofengase erstickt. Ein schwerer Unglücksfall, bei dem zwei Berliner den Tod fanden, hat sich in Redelsdorf bei Haynau in Schlesien ereignet. Dort waren die beiden 55 und 58 Jahre alten Brüder Marquardt von der Stadt Berlin als

geisteschwache Hospitanten untergebracht worden. Sie hatten bei der verwitweten Frau Kantor Ender Unterkunft gefunden und bewohnten dort gemeinschaftlich ein kleines Zimmer, das durch einen Kofchen erwärmt wurde. Als gestern früh Frau Ender ihren Pensionären zur gewohnten Stunde das Frühstück bringen wollte, fand sie beide bewußlos in ihren Betten liegen. Ein penetranter Kohlendunst machte sich bemerkbar, woraus geschlossen wurde, daß die beiden Brüder einer Kohlenoxydvergiftung zum Opfer gefallen waren. Die ärztliche Untersuchung bestätigte diese Annahme. Durch eine defekt gewordene Ofenklappe war das Gas ausgetreten. Die Leichen der auf diese Weise ums Leben gekommenen geisteschwachen Brüder wurden vorläufig beiseite genommen.

Opfer ihres Berufs. Einen schrecklichen Tod erlitt der auf der Höhe Westend-Quisburg-Reiderich als Aufseher tätige Bergmann Kalle. Bei einem Transport Grubenholz stieß er mit dem Wagen gegen eine Stütze und riß sie um. Infolgedessen löste sich ein schwerer Stein aus dem Hangenden und zerstückelte ihn. 12 Verletzte waren erforderlich, um den Armen als Leiche hervorzuziehen. — Der Arbeiter Fische verunglückte auf entsetzliche Weise auf den Ruhrwerken Knaberg. Er wollte in unmittelbarer Nähe einer Transmissionswelle eine Schraube festziehen und wurde dabei von der Welle erfasst. Der Verunglückte war etwa 20 Jahre alt und die Stütze seines alten Vaters.

Der Nord in Kiel. Die gerichtliche Obduktion der Leiche der ermordeten Frau Sandholz hat, Kieler Meldung zufolge, ergeben, daß die Frau erstickt und die Leiche sodann mit Petroleum übergossen und angezündet worden ist. Die Staatsanwaltschaft hat auf die Ergreifung des Mörders eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

Die Feuersbrunst in Commachio. Wie aus einer Meldung aus Commachio hervorgeht, ist die bereits gemeldete Feuersbrunst wahrscheinlich durch eine Pulverexplosion hervorgerufen worden, durch die ein Haus in die Luft gesprengt wurde, dessen brennende Trümmer das Feuer auf andere Gebäude übertrugen. Neun Personen sind tot, zwei sind schwer und vier leicht verletzt.

Erdbeben in Schweden. Aus Uddevalla wird gemeldet; vorgestern abend um 11 1/2 Uhr wurde hier ein starkes, wenige Sekunden andauerndes Erdbeben wahrgenommen.

Die Tätigkeit des Bewus. Nach einer Meldung des Messager aus Neapel erklärt das Neu-Oberratorium gegenüber der Demurrigung, welche die Tätigkeit des Bewus in letzter Zeit herborgerufen hat, daß die starke Kautenentwicklung durch Eindringen von Regenwasser in den Krater verursacht werde, aber kein Grund zur Befürchtung eines vulkanischen Ausbruchs vorliege.

Vom Bahzuge angefahren. Bei Schippenbeil wurde, wie eine Meldung aus Königsberg berichtet, ein Wälschuhwerk von einem Kleinbahnzug auf einem Bahndamm angefahren und in den Graben geschleudert. Der Aufseher wurde getötet. Der Wälschuhführer hatte wegen des heftigen Schneetreibens das Hindernis zu spät bemerkt und den Zug nicht mehr zum Halten bringen können.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Besprechung findet in der Zeitschrift Nr. 3, zweites Heft, dritten Eingangs, vier Treppen, am 1. Februar 1908, wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gedruckt 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Besprechung um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Vorblatt und eine Zahl als Belegzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen tragen man in der Besprechungsstunde vor.

Wag J. Es genügt ein eigenhändig ge- und unterschriebenes wechselseitiges Testament, etwa dahingehend: Berlin, 1. Februar 1908. Ich und meine Ehefrau legen und gegenseitig als alleinige Erben ein. Unterzeichnet des Ehepartners. Unter dies eigenhändig vom Mann ge- und unterschriebenes Testament würde dann kommen: Dieses Testament soll auch als mein Testament gelten. Berlin, den 1. Februar 1908. Demunter folgt dann die Unterschrift der Ehefrau. — Witzsch. Sie sind berechtigt, namens Ihrer Kinder und für dieselben die Erklärung des Austritts aus der Kirche abzugeben. Trotzdem müssen Sie aber die Kinder am Religionsunterricht teilnehmen lassen. Sie haben das Recht zu bestimmen, in welcher Religion die Kinder erzogen werden sollen. — Werdohl 111. 1. Der Lohn könnte wegen der Steuern gekürzt werden. Die Steuerforderung verfährt erst nach 5 Jahren. 2. Lohnbeschlagnahmegesetz. („Arbeiterrecht“, S. 198 bis 175). 3. Die Zeitung ist uns nicht bekannt. — W. G. 51. 1. Solche Vereinbarungen ist zulässig. 2. Ja. 3. Nein. — W. S. 1908. Uns nicht bekannt. — Union 15. Teilen Sie dem Oberlandesgericht mit, daß Sie annehmen, auf Ihre Anwesenheit in Nürnberg wird verzichtet, falls das Rechtsgeld nicht einget. Wahrscheinlich werden Sie hier formell nicht vernommen werden. — Veit. Das Gehalt braucht nicht weiter gezahlt zu werden. Die Kündigung ist zulässig. Die Frau hat das Recht, den Antrag auf Aufnahme in Beschäftigung zu stellen. — W. M. 8. Der Rechtsvorgang ist für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Januar zu entscheiden. Im Ihrem Falle wären für das Vierteljahr 1908 60 Pf., für 1907 1 M. und für die 1/2 Jahre 1908 wieder 50 M. zu zahlen. — G. J. 8. Rummelsburg. Ja. — W. J. 16. Eine 14 Pf. Karte ist zu lieben. — Pöcher. Nein. — G. P. 10. Ja, wenn Sie aber noch nicht gezahlt haben, können Sie die Bezahlung auf und verlangen die Herabsetzung auf einen möglichen Preis, etwa 1 Mark. — W. St. 8. 1. Der Antrag ist an den Landrat zu richten. Ihrer Mutter könnte aber lediglich eine Invalidentaxe zustehen. 2. Die Dorfgemeinde übernimmt keine Verpflichtung. —

Artsticker Marktbericht der städtischen Marktstellen-Direktion über den Großmarkt in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag; Vieh: Auftrieb fast, Geschäft flüchtig, Preise für Schweinefleisch nachgehend, sonst unverändert. Wild: Auftrieb reichlich, Geschäft still, Preise wenig verändert. Geflügel: Auftrieb in Mäßen reichlich, sonst nicht genügend. Geschäft sehr still, Preise für Gänse sehr gedrückt, sonst beschriebeud. Fische: Auftrieb mäßig, Geschäft still, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Säfte: Auftrieb zum Teil mäßig, Geschäft sehr still, Preise wenig verändert.

Witterungsbericht vom 9. Januar 1908.

Stationen	Barometer (hoh) mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. (hoh) (n.) (m.)	Stationen	Barometer (hoh) mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. (hoh) (n.) (m.)
Sonnende	741 0			2 Dunst		1. Daparuado	768 0 0			2 bedeckt	-19
Hamburg	740 0 0			5 bedeckt		2. Deterburg	763 0 0			0 bedeckt	-20
Berlin	740 0 0			1 Dunst		3. Salk	755 0 0			5 mäßig	6
Frankfurt	742 0			5 Regen		4. Dertem	751 0			1 mäßig	2
München	745 0 0			7 Dunst		1. Paris	749 0 0			2 bedeckt	4
Wien	746 0 0			0 Regen							

Weiterprognose für Freitag, den 10. Januar 1908. Etwas kälter, vorwiegend trübe mit Nebenschichten und ziemlich häufigen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 8. 1.		am 7. 1.		Wasserstand	am 8. 1.		am 7. 1.	
	cm	cm	cm	cm		cm	cm	cm	cm
Remel, Mühl	257 0	-1			Saale, Großh.	296	+3		
Bregel, Ankerberg	63 0	-6			Havel, Spandau	102	-4		
Beitzel, Thon	260 0	+13			Altbenne	128	-2		
Ober, Anker	158 0	-4			Spre, Spremberg	100	0		
• Anker	181	-13			• Seeow	150	+3		
• Braunsch	150 0	-11			• Weier, Müden	47	+12		
• Salk	149	+11			• Müden	34	+38		
• Salk, Salk	48 0	-34			• Müden, Müden	290	0		
• Salk, Salk	162 0	+8			• Müden	100 0	+9		
• Salk, Salk	41	+16			• Müden	90 0	+5		
• Dresden	180 0	+6			• Müden, Müden	32	-2		
• Salk	93 0	-8			• Müden, Müden	03	+16		
• Magdeburg	99 0	-2			• Müden, Müden				

+) bedeutet Hoch, -) Tal, -) Unterwegel, -) Eisland, -) Grundsee, -) Gölzer, -) schnelles Treiben, -) Treiben. Die Wasserstände gelten bei hohem oberhalb der Wehre Eisland, bei hohem Eisland, die Eis bei hohem Eisland.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Freitag, den 10. Januar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis ...

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die hochgelagerte Kolonne ...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Cernet! Ihr seid gewarnt!

Heute mittag 12 Uhr wird das preussische Privilegiertenparlament die Frage der Wahlrechtsreform behandeln.

Wird die Regierung dem Drängen des Volkes Rechnung tragen? Wird der Freisinn noch in letzter Stunde ernste Selbsteinkehr halten?

Der Freisinn weiß, was für ihn auf dem Spiele steht. Er weiß, daß jedes Zugeständnis an die Reaktion schändlicher Volksverrat ist.

„Heute muß einfach gefordert werden: das Reichstagswahlrecht für Preußen.“

Und Herr Friedrich Bayer bekräftigte das mit den Worten:

„Ich teile die Ansicht Raumanns, daß kein Liberaler eine andere Forderung stellen kann, als die der Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen.“

Und Herr Albert Traeger schrieb am 20. August 1907 im „Berliner Tageblatt“:

„Gerade hinsichtlich der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen kann und darf der Freisinn keinen Schritt zurückweichen, auch nicht das geringste Zugeständnis machen.“

Der Freisinn weiß also, was auf dem Spiele steht! Es handelt sich um das fundamentalste Recht des preussischen Volkes!

Niemals waren die Chancen günstiger zur Eringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts! Die Regierung muß nachgeben, wenn der Freisinn auf dieser Forderung, die ihm sein eigenes Programm vorschreibt, beharrt!

Ob freilich der Freisinn will? Ob die Macher des Freisinns, die Börseaner, Industriellen, Großkaufleute usw. es ernst meinen mit den Rechten des Volkes?

Die Freisinnspresse hat bereits schmählich abgewiegt! Offizielle Fraktionsorgane haben bereits die beispiellose Dummheit — oder war es beispiellose Niedertracht?! — begangen, der Regierung zu versichern, daß der Freisinn sich selbst mit den bescheidensten Zugeständnissen zufrieden geben werde!

Aber einerlei, wie die Regierung, wie der Liberalismus sich entscheidet! Das Volk ist auf dem Plane! Es führt den Kampf, aller Verräterei zum Trotz!

In gewaltigen Demonstrationen in ganz Preußen hat es noch einmal seinen unerschütterlichen Willen bekundet!

Viele Hunderttausende Rechtloser haben am Abend des 9. Januar ihr Kampfergebnis erneuert!

Die reaktionäre Presse hat schon im voraus dieser Kundgebungen schamlos gespottet! Man werde Phrasen dreschen und Resolutions annehmen und sich trotzdem jede Schmach straflos bieten lassen!

Der freche Hohn fehlte noch! Mindestens eine halbe Million Proletarier und Klein-gewerbetreibender haben am 9. Januar in mehr als 500 Ver-

sammlungen ihren Willen bekundet! Sie haben das volle, unverfälschte Wahlrecht gefordert!

Wird man es wagen, diesen Volkssturm verächtlich zu ignorieren?!

Wir warten es ab. Mögen die Privilegierten und Herrschenden die Verantwortung auf sich nehmen. Die Entrechteten, d. h. die übergroße Mehrheit des Volkes wird die Schuldigen unerbittlich zur Rechenschaft ziehen!

30 Millionen von 37 Millionen in Preußen sind Besitzlose, Entrechtete! Die ungeheure Mehrheit des Volkes wird um das Banner des allgemeinen, gleichen Wahlrechts geschart werden!

Wenn nicht mit dem Freisinn, so wird über den Freisinn hinweg die Bahn zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht führen!

Das entrechtete Volk hat gesprochen! Nun hat die Regierung, hat der Freisinn das Wort!

Aber das letzte Wort hat das Volk!

Allen Ruchnießern und Handlangern der volksentrechtenden, volksausbeutenden Reaktion sei es gesagt:

Cernet! Ihr seid gewarnt!

Groß-Berlin im Wahlrechtskampf.

Das war eine Demonstration! Selbst im Westen Berlins,

wo man auch unter günstigeren äußeren Verhältnissen nicht erwarten konnte, daß derartige Volksmassen, wie etwa in Rigsdorf oder dem Norden und Osten der Riesstadt dem Rufe der Partei folgen, selbst da konnte man voll befriedigt sein von der Teilnahme der Massen an den Veranstaltungen zum Protest gegen das bestehende Wahlrecht.

Wenn Risse, Ralte, Sturm manchen abgedrückt haben mag, nach den Versammlungen zu eilen und seine Stimme zum Protest mit in die Wagohale zu werfen, so wurde doch bei Tausenden das Pflichtbewußtsein der Partei gegenüber geschärft durch die Sorge, daß die Bewegung durch die äußeren ungünstigen Einflüsse gefährdet werden könnte.

Wenn Risse, Ralte, Sturm manchen abgedrückt haben mag, nach den Versammlungen zu eilen und seine Stimme zum Protest mit in die Wagohale zu werfen, so wurde doch bei Tausenden das Pflichtbewußtsein der Partei gegenüber geschärft durch die Sorge, daß die Bewegung durch die äußeren ungünstigen Einflüsse gefährdet werden könnte.

Die Massen waren da! Sie kamen willig und in hellen Haufen, um keinen Zweifel aufkommen zu lassen, daß sie die Wichtigkeit der Frage, die am nächsten Tage das Junkerparlament beschärfen sollte, wohl verstanden und Stellung dazu nehmen wollten.

Bei Bühlke in der Dennewitzstraße, wo Genosse Brunwald sprach, war der Saal schon lange vor der festgesetzten Zeit vollständig gefüllt. Und kurz vor 8 Uhr setzte ein neuer starker Zustrom ein. Hier war das einzige Lokal für einen weiten Stadtkreis, und dabei kam zu dem Schneesturm noch ein Hindernis für die Besucher, die einen weiteren Weg zu machen hatten, denn um halb acht Uhr versagte die Straßenbahn den Dienst

und kam erst nach langem geduldigenarren langsam und mit neuen kleinen Unterbrechungen wieder in Gana-

Die Bevölkerung des Nordens war in unzählbaren Massen auf den Plan getreten, um die Grundlage alles Staatsbürgertums, um ihr Wahlrecht zu fordern.

Die Lokale, die diesen Massen auch nur einigermaßen ausreichend Raum gewähren könnten, gibt es ja nicht und kann es wohl auch nicht geben. So spielte sich die Wahlrechtsdemonstration zu einem guten Teil auf den Straßen und vor den überfüllten Sälen ab.

Der nach 7 Uhr die Schönhäuser Allee hinaufwanderte oder herunterkam von der Pankower Grenze, der stieß schon auf Massen von Männern und Frauen, die auch lieber im warmen Saale den Worten des Redners gelauscht hätten, statt im Schneewetter draußen zu bleiben, um so wenigstens zu zeigen, daß auch sie begriffen hatten, um was es sich handelte.

Drüben am Gesundbrunnen waren die Wahlrechtsforderer nicht weniger massenhaft angetreten. Auch hier ein Bewegte Unzähliger in der Umgebung und vor den gesperrten Lokalen. In eifrigem und erstem Gespräch begriffen, ging man gruppenweise auf und ab. Ueber das Wahlrecht sprach man. Werden die Demonstrationen den gewünschten Eindruck machen? Werden die Nachtarbeitenden endlich zu Vernunft kommen, dem Drängen der Entrechteten nachzugeben? Oder sind andere, stärkere Mahnungen notwendig? Alles das, und andere Schäden und furchtbare Mißstände des Staatswesens wurden eifrig besprochen.

Zwischen den dunklen Massen der Wahlrechtsforderer tauchten hier und da Fackelträger auf, deren Träger scheinbar besorgt waren, daß man sich kalte Füße holte. Oben am Wedding sahen es, als hätte die Polizei wieder einmal Gehör für den beruhigenden preussischen Staat gewittert. Die Lokale waren natürlich auch da lange vor Versammlungsbeginn abgesperrt. Nun zogen selbstverständlich die Menschenmengen von einem Lokal nach dem nächstliegenden, dann nach dem fernertliegenden, sogar nach dem Gesundbrunnen hinüber. Besonders aber ging ein Menschenstrom von der Kolberger Straße nach der Chausseestraße. Das kam der Polizei offenbar gefährlich vor. Sie sperrte den Zugang zur Wiesen- und zur Hochstraße ab. Vor der Norddeutschen Brauerei ging das Gerücht, die Versammlung in Raabes Salon sei aufgelöst. Man meinte das, weil so sehr viele Menschen dorthin kamen. Es waren aber alles solche, die

wegen Ueberfüllung keinen Einlaß gefunden hatten und nun in dem größeren Lokal Unterkunft suchen wollten.

Größer noch und lebhafter wurde das Gedränge in den verschiedenen Stadtteilen, als die Versammlungen zu Ende waren. In Moabit waren auch ungeheure Massen erschienen, wohl mehr denn doppelt so viel als Einlaß finden konnten in dem geräumigen Saal. Viele warteten geduldig, um später von den glücklich Hineingekommenen zu erfahren, wie die Versammlung verlauten war. Als der Saal sich endlich zu leeren begann, war die Wiesenstraße von Menschenmassen voll. Die Polizei war eifrig bestrebt, Bewegung in die Massen zu bringen. Man fügte sich selbstverständlich, Wöglich erschollen, ganz spontan, aus launenden Acheln brausende Hochrufe auf das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Die heilige preussische Ordnung würde dadurch sicherlich nicht gestört, auch das abschuldliche politische Klassenrecht nicht beseitigt. Aber gut war's doch, den Wahlrechtsfeinden, den hartgesottenen Sündern, die feinerlei politische Gerechtigkeit wollen, einmal die Lösung des Tages, den Willen des Volkes in die Ohren dröhnen zu lassen.

Im Osten hatten die organisierten Parteigenossen es diesmal nicht eilig, in die Versammlungen zu kommen. Sie überließen die Säle zunächst denen, die sonst nicht zu den regelmäßigen Versammlungsbefuchern gehören. Trotzdem waren die Versammlungslokale lange vor 8 Uhr sämtlich überfüllt. Auf der Straße, vor den Lokalen, bot sich anfangs ein Bild, welches von dem üblichen nicht abweicht. Vor den gesperrten Eingangstoren einige Säuhmannsposten, die, um sich vor kalten Föhren zu schützen, bald das eine, bald das andere Bein wuchtig auf das Straßenpflaster stießen. Versammlungsbefucher kamen, fanden keinen Einlaß mehr und blieben vor den gesperrten Türen stehen. Größer und größer schwaß die Zahl derer an, die keinen Platz in den überfüllten Sälen fanden und nun zu Tausenden vor den Lokalen hin und hergingen.

Wenn man bis dahin noch nicht merkte, daß etwas Befonderes los war, so sorgte die Polizei dafür, daß auch die

gleichgültigsten Spielbürger in den Hauptstraßen des Ostens ahnten, daß sich etwas Ungewöhnliches abspielen müsse. In den Polizeiwachen herrschte ein lebhaftes Treiben. Bald kamen Trupps von Schulheuten heraus und strebten eiligen Schrittes irgend einem unbekanntem Ziele zu, bald wieder kamen Trupps von Ordnungswächtern irgendwoher und verschwanden im Nachlokal, um die reguläre Befehlsbesetzung zu verstärken. Fliegende Polizeiwachen waren in verschiedenen Häusern errichtet, besonders in den Nebenräumen der Versammlungssäle und in der Nachbarschaft derselben. An den Kreuzungen der Hauptstraßen standen starke Posten, mitunter 15—20 Mann zählend. Polizeioffiziere, den Mantel in Feldherrnpose um die Schultern gehängt, kontrollierten die ausgestellten Posten und erteilten Befehle. Alles schien bereit, „den Feind“ zu erwarten. Neugierig, der Dinge harrend, die sich ereignen sollten, standen die Geschäftsleute vor den Ladentüren und behäbige Bürger schauten aus den Fenstern.

Da, auf einmal kommt eine nervöse

#### Bewegung in die Polizeimannschaften.

Der „Feind“ naht. Der Feind, der dem preussischen Dreiklassenrecht den Krieg erklärt hat. — Eine nach vielen Tausenden zählende Menge, Männer und Frauen des Proletariats, bewegt sich in zwanglosem Zuge, von der Koppenstraße kommend, die Frankfurter Straße entlang nach dem Strausberger Platz zu. Es sind die von der Versammlung bei Keller ausgesperrten. — Der Zug will in die Weberstraße einbiegen, wo ebenfalls eine Versammlung stattfindet. — Die Polizei bildet eine Kette und sperrt die Straße. Die Demonstranten wenden sich nach der Strausberger Straße, ein Teil gelangt in dieselbe. Die Schutzmännlein lockert sich. Der andere Teil des Zuges gewinnt die Weberstraße, aber in Voelkers Saal ist auch kein Platz mehr. In der Landsberger Allee treffen die getrennten Gruppen wieder zusammen. Auch das „Elysiun“ ist bereits abgesperrt. Nach der Petersburger Straße geht's, dann diese und die Markthauer Straße entlang. Eine kleine Abteilung von Schulheuten läuft neben dem Zuge und hindert ihn, nach dem Innern der Stadt zu gelangen, ist auch wohl bemüht, den imposanten Zug zu teilen und nach verschiedenen Richtungen zu drängen. Aber es gelingt nicht. Die Massen halten zusammen und gehen gemessenen Schrittes ihres Weges. Jedesmal, wenn der Zug in eine Seitenstraße einbiegen will, sperrt die Polizei dieselbe, bis der letzte Mann des Zuges vorüber ist. Dann rennen die

#### Schulleute im Lausfritt

um die Spitze des Zuges zu erreichen und die nächste Seitenstraße zu sperren, damit die Demonstranten nur ja nicht nach dem Stadttinnern gelangen. Es könnte ja sonst die Ruhe der bloßseligen Spielbürger gestört werden. Draußen im Osten mag das Proletariat sich auf der Straße bewegen, da ist ja sowieso alles sozialdemokratisch „verseucht“. Aber der „ruhige Bürger“ in den besseren Stadtteilen darf beiseite nicht erfahren, daß die sozialdemokratische Arbeiterkraft gegen die Dreiklassenmacht demonstriert. Das war ein Eifer, den die Polizei bei dieser angestrengten Tätigkeit zum Schutze der „heiligen Ordnung“ entfaltet. Die Beamten kamen dabei in eine hochgradige Aufregung. „Nicht stehen bleiben!“ — „Machen Sie, daß sie weiterkommen.“ — „Hier dürfen Sie nicht durch“, so schallte es im derbsten Unteroffizierston. Keine Spur von der Höflichkeit, die der scheidende Polizeipräsident der Berliner Schutzmännlein angewöhnt haben soll.

Mit überlegenem Wächeln schauten unsere Genossen auf die nervöse Erregung der bewaffneten Ordnungshüter und gingen unbedenklich weiter.

Auch in anderen Gegenden des Ostens und Südostens entfaltete sich dasselbe Bild. Tausende und Abertausende zogen von einem Versammlungslokal zum anderen, fanden aber nirgends Einlaß und füllten deshalb die Straße.

Nach dem Schluß der Versammlungen gab es abermals endlose Menschenströme, die auf kurze Zeit die Straße bevölkerten. Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht ertönten. Hier und da bildeten sich Gruppen, die ihrem Heim zustrebten unter dem Gesang des Verses: „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen!“

#### Die Vororte.

Bei Obst in Schöneberg, wo Friß Zubeil als Redner auftrat, begann schon um 7 Uhr die Zuwanderung. So einsam und menschenleer es in der weiteren Umgebung war, so rege entwickelte sich das Treiben an jener Ecke der Reiningen- und Martin Lutherstraße und durch die großen Tore an beiden Straßen zog die Menge gegen 8 Uhr in immer größerem Trupps ein und füllte schnell die Versammlungshalle. Nicht gering war die Zahl der Frauen unter den Besuchern, die mit ihren Männern gemeinsam an der Versammlung teilnehmen wollten.

Das bei Veranlassungen der Partei immer gut besuchte Volkshaus in Charlottenburg war natürlich auch diesmal das Ziel großer Arbeitercharen. Von 8 Uhr an begann ein Kommen und Gehen, denn das Lokal war abgesperrt, aber jeder versuchte sein Glück und hoffte, in einem Nebenlokal sich noch ein Plätzchen zu sichern, was auch manchem gelang. Die Polizei war ziemlich stark vertreten; man konnte 8 bis 10 Polizisten in Uniform außerhalb der Versammlungshalle und vor dem Volkshaus zählen. — Die Menge, die keinen Einlaß mehr erhielt, zerstreute sich bald wieder, befriedigt von dem guten Erfolg der Veranstaltung. Im Volkshaus sprach der Reichstagsabgeordnete Genosse Böhle-Strahburg.

#### In der Hasenheide!

Nähe dem Hermannplatz, an der Grenze Nixdorfs, der Proletariatsstadt, liegt ein großer Versammlungssaal. Schrägüber der „Neuen Welt“, dem historisch denkwürdigen Ort, wo 1903 die weltbekannt gewordene Vierundzwanzigstundewahl zum preussischen Landtag stattfand, die Herrn v. Stubenrauch soviel zu schaffen machte. Schon sehr früh finden sich eine Anzahl Frauen und Männer vor dem noch verschlossenen Portal ein. Nach und nach erscheinen immer mehr der Demonstranten und Demonstrantinnen, denn auch

#### die Frauen sind auf dem Posten.

Berwundert blicken sie und die Bassanten auf die vielen Polizeibeamten, zunächst sogleich Offiziere als Mannschaften. Man merkt, es ist der führende Stab einer irgendwo verborgenen größeren Schar. Bald nach 8 Uhr verändert sich das Bild. Nicht mehr vereinzelt und in Gruppen, sondern

in langen, losen Zügen rücken durch die Hasenheide die Arbeiter heran.

Im Nu heißt's: „Niemand ist gesperrt.“ Eine Menschenmauer ziert den Bürgersteig und Hundert um Hundert kommen hinzu. Na, die Revolution ist da! Die Schutzmännlein ist verdoppelt, wie aus dem Boden gewachsen. Jetzt geht's Kommandieren los. „Weiter gehen, weiter gehen, meine Herren; es darf niemand stehen bleiben!“ Man bewegt sich hin und her. Energischere Töne werden laut. Ein befreiendes Lachen antwortet. Und man bewegt sich wieder. Was haltst nun auf dem schneebedeckten Steinpflaster?

#### Ein ganzes Regiment von Schulheuten

marschiert auf. In Schritt und Tritt — in Schritt und Tritt. Beide Seiten der Straße werden damit garniert. In der Jahnstraße und am Hermannplatz bilden sich dichte Schutzmännleinketten über die ganze Straße hinweg. „Niemand ist durchzulassen, höchstens Damen!“ So befiehlt ein Offizier. Die Demonstranten werden nach beiden Seiten verdrängt. „Weiter gehen!“ heißt es. Ferner: „Wer zum zweitenmal getroffen wird, ist festzunehmen!“ Später wird auch „festgenommen“, obwohl man sich ruhig und würdig verhält. Die Straßenpolizeiordnung schwebt über dem Ganzen. Unsere Genossen gehen außerhalb der Kette spazieren. Nehmens nicht so tragiatisch. Aber so mancher fromme Spießer schlägt die Hände über dem Kopf zusammen und räsonniert über die Polizei. Die freundlichen Worte verschweigen wir lieber.

In Nixdorf beherrschten in diesen Stunden die demonstrierenden Proletarier das Straßenbild. Die beiden Versammlungen überfüllt. Was blieb da den anderen Genossen und auch vielen Genossinnen übrig, als ihr Verlangen nach einem gerechten Wahlrecht durch Spaziergänge zu zeigen.

#### In langen, langen Reihen

taten sie es. Ueberall, in den im hellen Dichterglanz erstrahlenden Hauptstraßen und auch in düsteren Straßenzügen, wo die Arbeiterkaste wohnt, begegnete man ihnen. Die behelmte Kette an der Hasenheide, deren wir schon oben rühmlich gedachten, bot ihnen ein Bild. In Nixdorf selbst ließ die Polizei sie ruhig passieren. Nur nach dem Schluß der Versammlungen ging die heilige Hermandad vor gegen die ruhig und ernst, eingedenk der großen Sache, Dahinwandelnden. Dieß Vorgehen war aber mehr ein Ablenken. Durch Ebnebildung lenkte man die Ströme von den Hauptstraßen ab und drängte sie in Nebenstraßen. Indessen war ja nun auch erreicht, was die Entschietten wollten. Ihr Wille nach Gleichberechtigung war allgemein gesehen worden. Wo man hinsah, wurde die Wahlrechtsfrage diskutiert.

Ueber die Vorgänge in den Sälen liegen uns folgende Einzelberichte vor:

#### Erster Kreis.

Die Versammlung bei Dräsel wurde bereits um 1/8 Uhr abgesperrt. Circa 400 Frauen und Männer waren anwesend, Hunderte mußten umkehren. Die Galerien durften nicht besetzt werden. Der Herr Leutnant konnte dieselben nicht übersehen. Unter brausendem Beifall der Anwesenden übte Genosse Ebert eine ausgezeichnete, vernichtende Kritik an dem preussischen Wahlsystem. In der Diskussion sprach Herr v. Gerlach, der betonte, daß er im Prinzip mit der Sozialdemokratie vollständig einig sei mit der Beseitigung des preussischen Wahlsystems. Dies läge auch im Interesse des fortschrittlichen Bürgertums. Ebert hielt den Reichstagen ihre Sünden vor und erklärte auch, daß der kleine Anhang des Herrn v. Gerlach in unserem ersten Kampfe nicht mitsprechen könne. Wobers! verstärkte noch diese Ausführungen durch ein packendes Schlusswort mit einem stürmischen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

#### Zweiter Kreis.

Niemand Festfälle in der Hasenheide waren bis auf den letzten Platz gefüllt. 3000 Personen waren anwesend. Schon um 8 1/2 Uhr wurde die Versammlung abgesperrt. Das Referat des Reichstagsabgeordneten Schafe wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt. Resolution einstimmig angenommen.

Die Versammlung bei Zühlke in der Dennewitzstraße war von über 1000 Personen besucht und wurde gleich nach 8 Uhr polizeilich abgesperrt, so daß Hunderte von Wahlrechtsdemonstranten keinen Einlaß mehr fanden. Referent war Genosse Grunwald.

#### Dritter Kreis.

In den Arminhallen füllte eine am 1500 Köpfe zählende Menge, worunter man insbesondere zahlreiche Frauen erblickte, von früher Stunde an das letzte Plätzchen des großen Saales. Geipannt lauschte die Menge den vorlesenden Ausführungen des Genossen Dr. Wehl.

In der Diskussion erklärte Dr. Wehl, daß er so wohl wie eine Reihe seiner Freunde heute abend in allen Berliner Versammlungen Erklärungen zugunsten des allgemeinen Wahlrechts für Preußen abgeben. Er erklärt das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in erster Linie für ein liberales Ideal. Herr Dr. Wehl machte dann unter anderem Propaganda für die heutige Versammlung seiner Partei, die in demselben Saale stattfinden soll.

In seinem Schlusswort antwortete der Referent Herrn Dr. Wehl, er möge die Belehrung, die er heute zum besten gab, doch mit mehr Erfolg als bisher bei seiner Partei anbringen. Genosse Wehl legte besonderen Wert darauf, zu betonen, daß es ja eben eine besondere Schmach sei, daß die Sozialdemokratie erst liberale Forderungen vertreten müsse, wozu das Bürgerrecht unfähig sei.

In der im Gewerkschaftshause abgehaltenen, von 1500 Personen besuchten Versammlung hielt Reichstagsabg. Severing-Vielseid das einleitende Referat. Nachdem die vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen worden, empfahl der Vorsitzende Wohl der Versammlung an den Reichskanzler Bülow, den Vorsitzenden des Landtages Herrn Aröder und an die Abgeordneten Kopsch und Goldschmidt, welche den 3. Kreis im Landtage vertreten, Depeschen zu senden, worin die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts gefordert wird. Dieser Vorschlag wurde mit großem Beifall aufgenommen.

#### Vierter Kreis.

Der Saal der „Urania“ in der Brangelstraße, dessen Galerien sonst seitens der Polizei nicht freigegeben wurden, war von 1500 Personen, worunter auch die Frauen stark vertreten, gedrängt gefüllt. Tausende organisierter Genossen lehrten um, um anderen Platz zu machen. Die Polizei hat sich bemüht, so viel Personen, wie irgend möglich, einzulassen, um eine Absperrung zu verhindern, was doch geschehen mußte. Das Referat des Genossen Mohs fand lebhaftesten Beifall. Der Verlauf der Versammlung war ein imposanter.

Die „Drachenburg“ vor dem Schlessischen Tor war gedrängt voll, als der Genosse Scheidemann das Wort nahm. Der Resolution wurde begeistert zugestimmt. Die Versammlung wurde gegen 8 Uhr abgesperrt. Tausende fanden keinen Einlaß und machten den Versuch, andere Lokale zu erreichen, fanden diese aber fast alle ebenfalls abgesperrt.

Bei Voelker in der Weberstr. 17 referierte Genosse Müller vor überfüllter Versammlung. Es herrschte Kampfstimmung. Auf der Straße wogte eine nach Tausenden zählende Menge hin und her.

Der große Saal des „Elysiun“ in der Landsberger Allee war lange vor Beginn abgesperrt. Mehr als 1000 Personen, Männer und Frauen (letztere waren besonders zahlreich erschienen) hatten Einlaß gefunden. Eine nach mehreren Tausenden zählende Anzahl mußte wieder umkehren, nachdem sie längere Zeit vergeblich auf der Straße gewartet hatte. Auch die Polizei war in einer Stärke von mindestens 20 Mann erschienen, die sich in einem Nebenraum langweilten. Im Saal wurden die Ausführungen des Referenten Ves per mit großem Interesse verfolgt und oftmals durch lebhafteste Beifallsbezeugungen unterbrochen.

Die in Kellers Festfällen, Koppenstr. 29 tagende Versammlung bot ein imposantes Bild. Mindestens 3000 Frauen und Männer füllten den gewaltigen Raum. Um 7 1/2 Uhr wurde der Saal polizeilich abgesperrt. Tausende mußten wieder umkehren. In fesselnder Weise, oft von großem Beifall unterbrochen, entledigte sich der Genosse Hugo Heimann seiner Aufgabe. Reicher Beifall am Schluß lohnte den Redner. Eine Diskussion fand nicht statt. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Die Versammlung in den Markgrafen-Sälen am Markgrafenplatz war von circa 1000 Personen besucht und um 9 Uhr polizeilich abgesperrt. 300—400 Personen belagerten seinen Einlaß. Genosse Silberstein forderte in zündenden Worten die zahlreich anwesenden Frauen und Männer auf, sich ihr Wahlrecht zu erkämpfen. Mit einem Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die überfüllte Versammlung.

#### Fünfter Kreis.

Die Versammlung im abgesperrten Saale des Alten Schützenhauses verlief als eine machtvolle Demonstration der rechtlosen Preußen. In drangvoller Enge lauschten die zahllosen Anwesenden den Ausführungen des Reichstagsabg. Hildenbrand, der unter stürmischen Ausbrüchen des Beifalls die Junkerherrschaft in Preußen geißelte. An charakteristischen Beispielen zeigte er, wie sich die Süddeutschen ihr Recht erkämpft, haben und forderte mit hinreichenden Worten die Versammelten auf, die Mainlinie der Rechtlosigkeit zu beseitigen. — Telegramme, die das gleiche Wahlrecht fordern, wurden abgesandt an die Abgeordneten des IV. Landtagswahlkreises Cassel und Max Schulz. An den Vorsitzenden v. Kröcher wurde ein Telegramm entsandt unter Hinweis auf den Wahl 94, Vers 15. An den Ministerpräsidenten Fürsten v. Bülow telegraphierte man: Ueber 1000 rechtlose Preußen verlangen wie Süddeutsche behandelt zu werden. Heraus mit dem allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrecht für Preußen.

#### Sechster Kreis.

Die Versammlung in Fröbels Allerlei-Theater, Schönhauser Allee 148, war lange vor Beginn der Versammlung abgesperrt, obgleich sämtliche Tische entfernt waren. Die Ausführungen des Genossen Voeglich fand begeisterte Aufnahme und wurde die verlesene Resolution einstimmig angenommen. Sicherheitsbeamte zu Fuß und zu Pferde waren in genügender Zahl anwesend. Ihr hauptsächlichstes Augenmerk war darauf gerichtet, den Zug nicht nach der Stadt zu lassen. Eine stehende Wache war gleichzeitig in der Chorinerstr. 46/47 bei Vätermeister Kriem stationiert.

Die bei Bernhard Rose auf dem Gesundbrunnen tagende Versammlung war derart besucht, daß bereits um 7 1/2 Uhr der Saal polizeilich abgesperrt wurde. 1100—1200 Personen, darunter sehr viele Frauen, füllten den Saal und die Galerien, während viele Hunderte keinen Zutritt mehr fanden. Genosse Dr. Silberstein-Nixdorf referierte in einer vielfach von Beifall unterbrochenen einstündigen Rede. Die vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Versammlung bei Wille, Brunnenstraße 188, wurde bereits um 7 1/2 Uhr abgesperrt. Tausende fanden keinen Einlaß. Ueber die Hälfte der Versammlungsbesucher bestand aus Frauen. Das Referat des Genossen Voeglich fand begeisterte Aufnahme und wurde die verlesene Resolution einstimmig angenommen. Nach einem kräftigen Appell des Vorsitzenden Genossen Vittor erfolgte Schluß der Versammlung und unter dem Gesang „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen“ leerte sich nur langsam der Saal.

Der große Saal der Norddeutschen Brauerei war bereits um 8 Uhr überfüllt. Circa 700 Frauen und Männer waren anwesend. Tische und Stühle mußten entfernt werden, um immer neuen Massen Platz zu machen, bis dann schließlich abgesperrt werden mußte. Eine große Menge wogte draußen vor der Tür auf und ab; auch die Frauen waren zahlreich erschienen. Genosse Ströbel brandmarkte in kernigen Worten die Schmach des Dreiklassenwahlrechts. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Die Resolution wurde angenommen. Mit dem üblichen Hoch schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung.

Nach 8 Uhr wurde die Versammlung im Kolberger Salon abgesperrt. Bis 9 Uhr mußten circa 1000 Personen unberückteiler Sache abgehen. Vor dichtgefüllter Versammlung, an der über 800 Männer und Frauen teilnahmen, geißelte der Referent Gustav Bauer in kräftigen Zügen die ungerechten und unhaltbaren Zustände in Preußen, welche der übergehenden Mehrheit des preussischen Volkes jeden Einfluß auf die Gesetzgebung nehmen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Unter Hochrufen auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und auf die internationale Sozialdemokratie und unter Absingen der Marschlied leerte sich der Saal langsam. Die Stimmung war begeistert.

In den Pharus-Sälen sprach Genosse Ledebour vor 1500 Personen. Die Versammlung wurde zeitig abgesperrt. Tische und Stühle mußten aus dem Saale entfernt werden. Vor dem Lokale wogte noch eine mehrtausendköpfige Menschenmenge auf und ab.

Die Versammlung im Moabitler Gesellschaftshaus war bereits um 1/8 Uhr schon überfüllt. Nach Entfernung sämtlicher Tische machten wohl 4000 Personen, darunter viele Frauen, anwesend sein. Da die Polizei sich, anders wie in früheren Fällen, hartnäckig weigerte, abzusperrten, so sahen sich die Parteigenossen, um Unfällen vorzubeugen, genötigt, selbst die Absperrung vorzunehmen. Tausende konnten deswegen keinen Einlaß mehr finden. Der Referent war der Reichstagsabgeordnete Richard Fischer. Reicher Beifall bezeugte die Zustimmung der Versammelten zu seinen Ausführungen. Von einer Diskussion nahm die Versammlung nach dem eindrucksvollen Vortrag Abstand. Auf der Straße waren noch über 2000 Personen. Die Polizei verhielt sich sehr zurückhaltend.

#### Im Zeltower Kreise

haben 29 Versammlungen stattgefunden. Aus allen Verichten, die uns zugegangen, erhellt, daß der Verlauf der Demonstrationsversammlungen ein ausgezeichneter war. Die Säle konnten die Teilnehmer kaum fassen, vielfach wurde abgesperrt.

Die Versammlung in Charlottenburg fand im Volkshause statt. Die Teilnehmerzahl betrug 1500, von denen nur 800 Frauen und Männer im Saale Platz finden konnten. Die Polizei hatte abgesperrt.

Schöneberg. Die von über 1500 Männern und Frauen besuchte, imposant verlaufene Versammlung im Obliken Lokale nahm die begeisterten Ausführungen des Genossen Friß Zubeil mit stürmischen Beifall entgegen. Hunderte erlangten keinen Zutritt zu dem polizeilich abgesperrten Saale. Unter Absingung der Marschlied ging die Versammlung in vorzüglicher Stimmung auseinander. — Trotz des überaus schneidigen Auftritts eines anwesenden Polizeibeamten ereigneten sich keine Zwischenfälle.

Die Versammlung war eingeleitet worden durch den Vortrag des Liedes „Empor zum Licht“ durch den Gesangverein „Rote Kette“.

In Rixdorf waren zwei Versammlungen anberaumt. Im Thielischen Saale hatten sich über 1000 Personen, darunter viele Frauen, versammelt. Der Andrang war so stark, daß die organisierten Genossen, die sich erst später einfanden, keinen Einlaß mehr bekamen. Der Referent, Genosse Schliebi, geißelte das Dreiklassenparlament in seiner Zusammenfassung, und besonders das Junkertum, oft vom lauten Beifall der Zuhörer unterbrochen. Die Versammlung zeigte ein Bild, daß wir hoffen können, daß Rixdorf Arbeiter gewillt sind, sich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht unter allen Umständen zu erkämpfen. Die Resolution wurde unter jubelndem Beifall einstimmig angenommen.

Im Goppeschen Lokal referierte Genosse Zietisch-Charlottenburg. Der Redner rechnete einkleitend sehr scharf mit dem preussischen Junkertum ab. Unter ganz besonderer Berücksichtigung des Jahres 1808/07 kam es dem Referenten darauf an, zu beweisen, daß es bis jetzt immer wieder das Volk war, welches auf Versprechungen hin nachgab. Erinnerte aber später das Volk den preussischen Staat an sein Versprechen, so war es wieder das Junkertum, welches jede freiheitliche Forderung brutal mit Füßen trat. Heute stehe Preußen auf demselben reaktionären Standpunkt wie vor 100 Jahren.

Das Volk verlangt nicht nur das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, sondern auch das Frauenstimmrecht. Der Referent schloß seinen interessanten Vortrag, der oft von Beifall unterbrochen wurde, unter dem Hinweis, daß auf die Dauer der Aufstieg eines gereiften Volkes nicht aufgehalten werden könne, trotzdem und allem.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen von der überfüllten Versammlung, die über 2000 Köpfe zählte, das Lokal wurde 1/2 Uhr abgesperrt.

In Mariendorf hörten 850 Personen, darunter viele Frauen, das Referat des Genossen Wille mit großer Aufmerksamkeit und begeistertester Zustimmung.

Die Tempelhofer Genossen waren im Wilhelmgarder versammelt. 300 Personen lauschten den eindringlichen Worten des Referenten G. J. L. Die Versammlung wurde vom Gesangverein „Sangeslust II“ durch das Kampflied „Empor zum Licht“ stimmungsbevoll eingeleitet.

In Treptow referierte Genosse Artur Schmidt vor circa 900 vom besten Geiste besetzten Versammelten im Restaurant „Zur Rennbahn“.

Brü. 850 Frauen und Männer waren im „Landhaus“ versammelt und hörten aufmerksam und zustimmend den Ausführungen des Genossen Klar zu.

Königs-Fischerhausen. Im „Wedhornischen Lokale“ hatten sich 600 Frauen und Männer zum Protest gegen die Dreiklassenwahlrecht eingefunden.

Nieder-Schönweide. Vor 100 Personen, die im Lokale „Hoffenwerder“ beisammen waren, legte Genosse A. Drunsel die „Schönheiten“ des Dreiklassenwahlrechts dar.

Wilmersdorf. Im Luisenpark waren circa 500 Personen anwesend. Genosse Ritter hielt das Referat. Gesangsvorträge des Gesangvereins „Gleichheit“ unternahmten die vom besten Geiste getragene Veranstaltung.

Steglitz. Trotz eines schneefälligen Tages zu unserem Versammlungsorte in einem von den Epheuren ängstlich gemiedenen Winkel war die Versammlung von circa 600 Personen besucht. Es referierte Genosse Saffensbach, dessen Referat Beifall fand. Die Stimmung war eine gute.

Adlershof. 600 Proletarier und Proletarierinnen forderten in der heutigen Versammlung die Vergabe des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

In Lankwitz referierte Genosse Gaida-Rixdorf vor 120 Teilnehmern.

Zehlendorf. 300 Personen nahmen an der Versammlung teil, in der Genosse Davidsohn die Wahlrechtsforderung des Proletariats begründete. — Ebenfalls Teilnehmer hatten sich in der Versammlung in Johannisthal eingefunden, in der Genosse Wermuth referierte.

Aus Nowawes wird berichtet, daß 800 Frauen und Männer versammelt waren. Genosse Koyke referierte. Große Begeisterung.

Röpenitz. Hier versammelten sich im Stadttheater 1900 Teilnehmer zum Protest gegen das Wahlrecht und erhoben laut und energisch den Ruf nach dem Reichstagswahlrecht für den preussischen Landtag.

Friedenau. Unter großem Beifall referierte Genosse Dittmer vor 400 Frauen und Männern. Große Kampfstimmung.

In der von 150 Personen besuchten Versammlung in Grünau hielt Genosse Lido das Referat.

Kügelöf wurde die Versammlung in Groß-Lichterfelde, in der Genosse Robert Schmidt vor 400 Teilnehmern die Forderungen der entrechteten Arbeiterklasse an den Landtag darlegte. Welches die Ursachen zu der Auflösung gewesen sind, ist uns bis zur Stunde nicht bekannt.

In Alt-Glienitz hatten sich 300 Frauen und Männer versammelt.

### Niederbarnim.

Der Niederbarnimer Kreis verfügt nicht wie der Teltower Nachbarkreis über so große Orte wie dieser. Es waren deshalb auch hier nur acht Versammlungen in den größeren Orten anberaumt.

Die Versammlung in Kammetsburg war überfüllt. 1000 Personen mögen anwesend gewesen sein. Ein Gesangsvortrag des Sängerkorps leitete die Veranstaltung ein. Referent Jernide entledigte sich seiner Aufgabe zur vollen Zufriedenheit. Stimmlicher Beifall folgte seinen Ausführungen. Hr. Jda Altmonn appellierte an die Frauen, welche zahlreich erschienen waren. Aufforderung zur Organisation und zum Leben unserer Klasse bildeten den Schluß. Unter Abwesen der Marschallin trennten sich die Teilnehmer.

Circa 500 Versammlungsbesucher, welche wegen Ueberfüllung auf der Straße verweilten, wurden von acht Polizeibeamten auseinander getrieben und es wurde angedroht, daß von der Waffe Gebrauch gemacht wird.

In Weiskow waren gegen 2000 Personen, darunter 500 Frauen zu der Demonstration versammelt gekommen und hörten unter lautem Beifall die Ausführungen des Genossen Kallisi.

Tegel. Wohl nahezu 2000 Personen versammelten sich im Trebelischen Saale und forderten mit Entschiedenheit die sofortige Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zum preussischen Landtag.

400 Teilnehmer in Friedrichshagen erhoben die gleiche Forderung.

Einen guten Verlauf nahm die für Reinickendorf-Ost einberufene Versammlung. Genosse Ost referierte.

Oberschönweide. Genosse Adolf Hoffmann begründete vor etwa 1000 Personen die vorgelegte Resolution, die einstimmige Annahme fand.

Lichtenberg. Überfüllt war die Versammlung in den Prachtzügen des Ostens. Genosse Roth geißelte in scharfen Worten das Bestreben der herrschenden Klasse, die arbeitende Bevölkerung immer tiefer in wirtschaftliche und politische Knechtschaft zu bringen. Stürmische Beifallsbezeugungen wurden den Darlegungen des Redners zu teil, sie bewiesen, wie sehr die Anwesenden

mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren. Während des Vortrages gelangte die Kunde in den Saal, daß viele Hunderte draußen ständen, aber es konnte kein Platz mehr beschafft werden. Die Saaleingänge und die Aufgänge zu den Galerien boten nicht einmal mehr einen Stehplatz. Sitzplätze gab es um 1/2, 8 Uhr nicht mehr. Der „Ausgesperrten“ blieb nichts weiter übrig, als sich auf die Suche nach einem leeren Versammlungsorte zu begeben. Es dürfte aber schwer geworden sein, ein solches zu finden.

**Bankow.** Die Versammlung im „Kurfürsten“ in Bankow, die von 900 Personen besucht war, ist ungestört verlaufen. Berliner Polizei hielt sich vor der Tür auf. Auf dem Wege zur Post und nach der Schönhauser Allee bewegten sich 600 Personen. In der Schönhauser Allee, an der Ecke der Danzigerstraße, wurde durch ein Wasserausguss von Schülern abgesperrt.

## Der Wahlrechtssturm im Lande.

### Brandenburg.

In allen größeren Industriekorten fanden außerordentlich stark besuchte Versammlungen statt, die von der begeisterten Kampfstimmung des Proletariats Zeugnis gaben. Wie intensiv aber die Bewegung für die Erringung des gleichen Rechts bereits geworden ist, zeigten gerade die vielen Versammlungen in kleineren Orten. Ueber die Beteiligung unterrichteten folgende Telegramme:

**Brandenburg:** In zwei total überfüllten Versammlungen 2000 Teilnehmer.  
Kottbus: 1500 Teilnehmer.  
Hinterwalde: 1500 Teilnehmer.  
Rathenow: 1200 Teilnehmer.  
Forst: Zwei Versammlungen mit 1100 Teilnehmern.  
Luderswalde: 1000 Teilnehmer.  
Sondau: Ueber 1000 Teilnehmer.  
Potsdam: 800 Teilnehmer.  
Wittenberge: 600 Teilnehmer.  
Senftenberg: 500 Teilnehmer.  
Seiten: 600 Teilnehmer.  
Eberwalde: 400 Teilnehmer.  
Sommerfeld: 600 Teilnehmer.  
Schwiebus: 800 Teilnehmer.  
Belzig: 500 Teilnehmer.  
Sommerfeld: 800 Teilnehmer.  
Schwebitz: 300 Teilnehmer.  
Küstrin: 200 Teilnehmer.  
Marxitz: 200 Teilnehmer.  
Rauen: 200 Teilnehmer.  
Treuendorf: 100 Teilnehmer.  
Schmerzke: 150 Teilnehmer.  
Brenzlar: 200 Teilnehmer.  
Tresbitz: 100 Teilnehmer.  
Sacro bei Forst: 100 Teilnehmer.  
Kernspinn: 150 Teilnehmer.  
Landsberg a. d. Warthe: 500 Teilnehmer.  
Borun: 150 Teilnehmer.  
Dauersberg: 250 Teilnehmer.  
Jüterbog: 300 Teilnehmer.  
Serau: 250 Teilnehmer.  
Jälichau: 100 Teilnehmer.  
Culo: 150 Teilnehmer.  
Kosdorf: 100 Teilnehmer.  
Schenck: 100 Teilnehmer.  
Nürnberg: 150 Teilnehmer.  
Guben: 1000 Teilnehmer.  
Frankfurt a. O.: 600 Teilnehmer.

### Schlesien.

In Schlesien nahm die Protestbewegung große Dimensionen an. Vom Riesengebirge bis zur russischen Grenze, von Görlitz bis Myslowitz fanden überall Versammlungen statt. In den 60 Versammlungen beteiligten sich ungefähr 40 000 Protestler. Ueberall herrschte große Begeisterung und Kampfeslust. In Breslau selbst waren 10 Versammlungen, die alle überfüllt waren. Man schätzt die Teilnehmerzahl auf 12 000 Personen. Im Landkreis fanden 8 Versammlungen mit circa 4000 Teilnehmern statt. Die Polizei griff nirgends förmlich ein. Ueber die Einzelheiten unterrichten nachstehende Telegramme:

Altwasser: 500 Teilnehmer.  
Oberlangenbielau: 550 Teilnehmer.  
Anstau: 500 Teilnehmer.  
Langenbielau: 700 Teilnehmer.  
Peterswaldau: 500 Teilnehmer.  
Neusalz: 500 Teilnehmer.  
Reichenbach: 700 Teilnehmer.  
Liegitz: 500 Teilnehmer.  
Grünberg: 500 Teilnehmer.

Ferner fanden in zahlreichen kleineren Ortschaften starkbesuchte Versammlungen statt; so meldet uns der Telegraph noch Versammlungen in Riegenhals, Wunzlau, Sandeshut, Striegau, Stroebel, Altmarthau, Ohlau, Liebau, Hannau, Reize, Freiburg, Jauer bei Liegnitz, Reustadt, Sagan, Freiblen, Altfläsig, Neumarkt, Nieder-Brauste im Kreis Rothenburg.

Eine Versammlung im Breslauer Landkreis wurde polizeilich verboten.

### Posen.

Auf dem heiß umstrittenen Boden der Ostmark ist es wegen der ungünstigen Saalverhältnisse unmöglich gewesen, an dem Tage, an dem das gesamte übrige Proletariat Preußens in zahllosen Versammlungen für das ihm zustehende, aber hartnäckig verweigerte geheime und direkte Wahlrecht seine Stimme erhebt, dies ebenfalls zu tun. Die öffentlichen Protestversammlungen sind, soweit angängig, auf den kommenden Sonntag in den Mittagsstunden anberaumt worden. Es steht fest, daß die organisierten und aufgestellten Arbeiter in der Ostmark mit derselben Einmütigkeit und Entschiedenheit, wie ihre Genossen in den übrigen Provinzen Preußens ihre Rechte fordernd in dichten Scharen nach den Versammlungen ziehen werden. Auch die bisher abseits stehenden polnischen Arbeiter, Handwerker und Gewerbetreibenden werden zum großen Teil angeführt der gegen sie projektierten Ausnahmegeetze nicht zögern, Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie für die Erreichung der allerelementarsten Volksrechte einzutreten.

Gutbesuchte Versammlungen fanden statt in Bromberg, Hohensalza, Lissa, Schoenlanke, Kolmar.

### Ostpreußen.

auch in dieser Provinz hat der Ruf nach dem gleichen Wahlrecht begeistert wiederhall gefunden. In Königsberg fanden fünf überfüllte Versammlungen statt. Die Versammlungen waren von nahezu 7000 Personen besucht. Die Säle wurden schon früh polizeilich abgesperrt. Seit acht Tagen herrscht ein echt ostpreussischer Winter. Wirbelnde Schneestürme jagen durch die Luft und

ruffhoch liegt der Schnee. Aber die Genossen schreckte das nicht ab. Diejenigen, die in den Sälen keinen Platz mehr fanden, harrten in den Straßen auf den Schluß der Versammlungen. Unsere Resolution wurde in vielen tausenden Exemplaren verteilt. Alle Hauptstraßenzüge zeigten ein bewegtes Bild. Nach Schluß der Versammlungen wurde die Parzellstraße angefüllt und brausend erklang es aus tausenden Reihen: Das gleiche Wahlrecht ist das Zeichen!

Nach Schluß der Versammlung in Ludwigshof zogen die Teilnehmer in die Stadt. In der Königsstraße, einer der größten Straßen der Stadt, schlossen sich die Demonstranten enger aneinander, und plötzlich erklangen spontan, ohne Kommando, ohne Verabredung die donnernden Hochrufe auf das gleiche Wahlrecht in diesem Stadtteil der Reichthum durch die Winternacht. Dem Zuge kamen jetzt die Genossen aus den anderen Stadtteilen entgegen, und vereint ging es weiter. Die Schülerteile hatten sich bisher passiv verhalten. Jetzt gaben sie ihre kluge Zurückhaltung auf. Sie bildeten eine Kette und sperrten dem Zuge den Weg. Und schon bligten die Säbel. Aber die Besonnenheit und Disziplin der Massen verhinderten Schlimmeres. Langsam und geordnet löste der Zug sich auf. Die Demonstration war gelungen. Die Polizei nahm überflüssigerweise einige Verhaftungen vor.

Ebenso waren die Versammlungen in der Provinz trotz des schlechten Wetters überall ausgezeichnet besucht. So in Gumbinnen, Insterburg, Osterode, Thorn und Tilsit.

### Westpreußen.

Aus Westpreußen meldet uns der Telegraph bis zur Stunde stark besuchte Versammlungen in Graudenz, Elbing, Marienwerder.

### Pommern.

Stettin. (Telegramm.) Im Stettiner Landtagswahlkreis fanden 5 Versammlungen statt: drei in Stettin, zwei in Bredow und Grabow. Gesamtzahl der Besucher 4800, darunter viele Frauen. An Fürst Balow, den Abgeordneten Broemel und an das Abgeordnetenhaus wurden Telegramme abgesandt. Prachtige Kampfstimmung.

Starkbesuchte Versammlungen fanden ferner statt in: Anklam, Frauendorf (Wahlkreis Randow-Greifswalden), Kolberg, Loth (Wahlkreis Greifswald-Grimmen), Starogard, Stolp, Swinemünde, Wolgast, Torgelow (Wahlkreis Uckermark-Isedom), Pasewalk, Stralsund, Greifswald.

### Schleswig-Holstein.

Kiel. Trotz Hochwassers und wütendem Schneesturmes, wodurch in der Stadt und auf der Höhe der Verkehr vollständig unterbrochen ist, fanden hier und in den Vororten fünf stark besuchte Versammlungen statt. Der größte Saal Kiels, das Gewerkschaftshaus, war total überfüllt. Auch Frauen nahmen zahlreich teil. Die Ankündigung, daß Sonntag wiederum Versammlungen stattfinden sollen, wurde stürmisch begrüßt.

Harburg a. E. Gewaltige Demonstration in 5 Versammlungen. 4000 Personen protestierten einmütig gegen die Dreiklassenwahlrecht. Unter den besuchten Klängen der Marschallie hieß es: „Auf Wiedersehen am Sonntag!“ Die Massen wissen, daß es ernst wird. Auf unsere Arbeiterschaft in Harburg und Wilhelmshafen können wir rechnen.

Altona. Das Wetter war im höchsten Grade ungünstig; trotzdem krönten große Arbeitermassen den Versammlungsorten zu, die bald nicht nur hier, sondern auch in Ottensen und Wandsbek überfüllt waren. Unter den Besuchern befanden sich auffallend viele Frauen. Die Reden wurden überall mit Begeisterung aufgenommen. Man sieht hier in den Versammlungen nur den Anfang des Sturms.

Altona. 7000—8000 Teilnehmer.  
Kiel. 6000 Teilnehmer.  
Neudorf. 500 Teilnehmer.  
Glückstadt. 500 Teilnehmer.  
Gimborn. 750 Teilnehmer.  
Wandbek. 2000 Teilnehmer.  
Hensburg. 800 Teilnehmer.  
Ottensen. 2000 Teilnehmer.  
Zehoe. 600 Teilnehmer.

Ferner fanden Versammlungen statt in: Alt-Rahlstedt, Warrstedt, Uetersen, Oldesloe, Preetz, Wedel, Brunsbüttelkoog, Sande, Sonderburg, Winterbed, Lauenburg, Gufum, Tönning, Ellerbek, Meldorf, Eckernförde, Friedrichsdorf, Wain, Neumünster, Lockstedt, Neustadt, Langensfelde, Schiffbek, Flottbek, Riensteden, Ahrensburg, Osdorf.

### Hannover.

Außerdem werden starkbesuchte Versammlungen gemeldet aus Osnabrück, Seelze, Helzen, Bramsche bei Osnabrück, Lüneburg, Wunstorf, Lehrte, Nienburg a. W., Verden, Soltau, Göttingen, Goslar, Osterholz, Scharmede, Walsdorf, Wadenstedt, Peine, Bramfeld bei Schaft, Hann.-Münden, Einbeke, Nidlingen, Leer (Ostfriesland), Springe, Corbsen, Burgdorf, Vödenen, Kloster Wemlingen, Roriberg bei Hildesheim, Blumenthal, Sarstedt, Salzdetfurth, Cronau.

### Westfalen.

Die neun Versammlungen im Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen, von etwa 3000 Personen besucht, verliefen sehr erfreulich. Die Bergleute waren fast alle verhindert infolge der Lage ihrer Schicht. Die Arbeiterschaft nimmt seit November mit viel größerem Interesse an Wahlrechtskampf teil. In Gelsenkirchen war gestern das Lokal überfüllt. In Wattenscheid wurde die Versammlung polizeilich abgesperrt. In den Fabriken und Gruben wird der Landtagsdebatte mit Spannung entgegengeesehen.

Bielefeld. Zahlreiche, große, überfüllte Versammlungen, gewaltige Demonstration trotz Abtreibung eines großen gütig gelegenen Saales; Tausende durchzogen die Hauptstraßen.

Minden. 500 Besucher.  
Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen. 9 Versammlungen, 3000 Personen.

Dortmund. Überfüllte Massenversammlung.  
Annen (Wahlkreis Dortmund). 600 Arbeiter in einer Nachmittagsversammlung.

Barop. 800 Demonstranten.  
Bradel. 500 Besucher.  
Heerde. 550 Demonstranten.  
Lütgendortmund. 800 Personen.  
Nieder-Eving. 500 Besucher.  
Hagen. 5 Versammlungen, 1000 Demonstranten.  
Unna. 500 Personen.

Außerdem fanden noch weit überfüllte und von mehreren Hundert Demonstranten besuchte Versammlungen statt in Langendreer (Wahlkreis Dortmund), Wattenscheid (Wahlkreis Bochum), Wanne (Wahlkreis Bochum), Somborn (Wahlkreis Bochum), Herne (Wahlkreis Bochum), Langenfeld (Wahlkreis Hagen), Beddisberg, Jhringhausen, Hamm, Rätenhausen, Gausberge, Reheim, Schwelm.

**Rhein, 9. Januar.** Die sieben Volksversammlungen in Köln und Vororten waren sämtlich überfüllt. In der größten im Kölner Volkshaufe redete Eduard Bernstein vor 2800 Männern und Frauen. Er schloß: Ich fordere Sie nicht zur Gewalt auf. Aber machen Sie sich so unbequem wie möglich. Kommen Sie immer wieder mit unserer Wahlrechtsforderung. Wenn das Volk will, kann es sich unbequem machen. Fällt die Entscheidung morgen nicht nach unserem Willen aus, dann wird die Wahlrechtsbewegung noch viel stärker anwachsen und unwiderstehlich werden. Der Vorsitzende des sozialliberalen Vereins, Dr. Pöhlchröder, schloß sich Bernsteins Forderungen an. Er bezeichnete es als Anstandspflicht jedes freiheitlich gesinnten Mannes, heute gemeinsam mit den Arbeitern zu protestieren und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Preußen zu verlangen.

**Essen, 9. Januar.** Die erste Massenprotestversammlung gegen das preussische Wahlrecht fand abends 6 Uhr in Essen-West unweit Krupps Fabrik statt. Kaum hatte die Kruppische Fabrikpfeife Feierabend geboten, als die Arbeiter scharenweise die Tore der Wollfabrik verließen um teilzunehmen an der großen Demonstration des Proletariats. Ueber 1000 Genossen und Genossinnen hatten sich eingefunden, um andächtig den Worten des Redners zu lauschen.

Der Referent kennzeichnete u. a. auch die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ des Abgeordneten Giesberts und seine Arbeiterfreundlichkeit.

Die zweite Versammlung bei Maaß in Rütterscheid begann um 8 Uhr. Anfangs war sie schwach besucht, als aber der Vorsitzende dem Referenten das Wort erteilt hatte, erscholl von draußen die Marschmusik, und massenweise strömten die Proletarier herbei, die demonstrierend, an 600 Mann stark, die Straßen vom Versammlungsort zu Essen-West durchzogen hatten.

Die „Internationale“, von Arbeitergesangsvereinen gesungen, bildete den Schluß der imposanten Protestversammlung.

**Krefeld, 9. Januar.** Im Wahlkreise Düsseldorf protestierten die Arbeiter in sechs stark besuchten Versammlungen. Infolge des verlorenen Textilarbeiterstreiks hatte die große Demonstrationsversammlung der Krefelder Arbeiterschaft nicht den überaus starken Besuch zu verzeichnen, der erwartet wurde. Im Wahlkreise M.-Glabbach fanden zwei große Versammlungen statt. Mit Begeisterung lauschten überall die zahlreich Erschienenen den Ausführungen der Referenten.

**Elberfeld, 9. Januar.** Im Bezirk Niederrhein hatte Elberfeld-Barmen vier außerordentlich besuchte Versammlungen. Lange vor Beginn wurden wegen Ueberfüllung die Säle abgesperrt. Große Massen mußten umkehren. Die Begeisterung war groß, besonders wenn von eventuell schärferen Kampfmitteln geredet wurde. Die Frauen waren sehr zahlreich vertreten. Im Wahlkreise Kennep-Remscheid-Rettmann tagten vier, im Wahlkreise Solingen neun, im Wahlkreise Hagen-Schwelm vierzehn Versammlungen. Ueberall war ein sehr guter Besuch und vorzügliche Kampf Stimmung.

**Essen, Zwei Massenversammlungen, 1600 Besucher, 600 Personen** zogen demonstrierend von Essen-West nach dem Versammlungsort in Rütterscheid.

**Duisburg, 700 Besucher.**  
**Wülfrath (Ruhr), 600 Personen.**  
**Sollingen, 450 Teilnehmer.**  
**Wülfrath (Rhein), 1500 Demonstranten.**  
**Remscheid, 600 Personen.**  
**Köln, 7 Versammlungen, 5400 Besucher.**  
**Aachen, 500 Personen.**  
**Rensdorf, 400 Personen.**  
**Düsseldorf, 6 Versammlungen; über 2000 Teilnehmer.**  
**Krefeld, Massenversammlung.**  
**Elberfeld-Barmen, Vier Versammlungen; 4000 Besucher.**

Außerdem fanden starkbesuchte, vielfach überfüllte Versammlungen statt in Vermelskirchen, Dünnwald, Wald (Wahlkreis Solingen), Hochscheid (Wahlkreis Solingen), Burscheid (Wahlkreis Solingen), Ohligs (Wahlkreis Solingen), M.-Glabbach, Kuepperstieg (Wahlkreis Solingen), Velbert, Enstkirchen, Delbrück h. Rülheim a. Rh., Althardt, Düren, Bonn, Saarbrücken, Borz bei Rülheim a. Rh., Lamsbach, Andernach, Koblenz, Trier, Krefeld.

**Hessen-Nassau.**

**Frankfurt a. M., 9. Januar.** Die Wahlrechtsdemonstration in Frankfurt nahm einen imposanten Verlauf. Mehrere Massenversammlungen zeigten begeisterte Stimmung, alle sind ohne Zwischenfälle verlaufen. Die Polizei verhielt sich reserviert. Die Referate und die Resolution sowie die Telegrammabendung fanden stürmische Zustimmung. Ueberall zeigte sich die Masse entschlossen, für ihr Wahlrecht zu kämpfen. Die Ankündigung der Sonntagsversammlungen rief Beifallstürme hervor.

**Frankfurt a. M., 10 überfüllte Versammlungen; 7000 Besucher.**

**Dannu, 1000 Personen.**  
**Wiesbaden, 800 Besucher**  
**Dillst., 400 Personen.**  
**Kassel, 800 Demonstranten.**

Stark besuchte Versammlungen werden ferner gemeldet aus Roedelheim, Bihnenhausen, Eschwege, Eppstein, Ried bei Hochst, Großewitte, Harleshausen, Ochshausen, Fachsenheim, Griesheim, Frieda, Immenhausen, Sandershausen, Hausen, Doernigheim, Gubensberg, Kesselfabt, Melungen, Wesse, Oberursel, Cronbach, Kellheim im Taunus, Langensfeldbold.

**Hannover.**

**Hannover, 9. Januar.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die sieben, durcheinander stark, teilweise ungeheuer stark besuchten Versammlungen in Hannover-Linden erbrachten den Beweis für die wachsende Empörung und Erbitterung der Arbeiterschaft über schmachvolle Rechtlosigkeit im Staate. Gering geschätzt, waren an diesem unwirklichen Winterabend 9000 bis 10000 Männer und Frauen zusammengeströmt, um für ihr Wahlrecht zu demonstrieren. Schon lange vor der festgesetzten Zeit belebten sich in den Proletariervierteln die Straßen. Unabsehbare Kolonnen von Wahlrechtskämpfern zogen heran, und bald stauten sich in und vor den Lokalen schimmere Menschenmassen. Im Zentrum der Stadt, im „Ballhof“, in dessen historischem Saal über tausend Demonstranten zusammengepfarrt waren, redete David. Die ernste Ruhe, mit welcher die Versammlung dem Redner lauschte, löste sich zum Schluß in stürmische Kundgebungen auf, als der Versammlungsleiter Doernke die Parole ausgab, die Demonstration bereits am kommenden Sonntag mit ver-

stärkter Energie fortzusetzen. In der Arbeiterstadt Linden, wo Brey im Lindenhof vor 1600 Personen redete, bot sich das gleiche Bild begeisterten Kampfesmutes, von bester Vorbedeutung für den Landtagswahlkampf im Lindener Wahlkreis, einem der wenigen, dessen Mandat die Arbeiterschaft auch unter dem gegenwärtigen Schandwahlrecht der Reaktion ernsthaft streitig macht. In dem Hildesheimer Wahlkreis fanden auch sieben, in der ganzen Provinz 37 Versammlungen statt.

**Stadt Hannover:** In 7 Versammlungen 10000 Demonstranten.  
**Harburg und Wilhelmsburg:** 5 Versammlungen; 4000 Personen.  
**Gerstengünde:** 500 Personen.  
**Lehe:** 500 Personen.  
**Emden:** 400 Personen.  
**Hildesheim:** 500 Personen.

**Provinz Sachsen.**

**Korbhausen, (Telegramm.)** Große Straßendemonstration. In 2000 Personen marschierten in größter Ordnung nach zwei Versammlungsorten. Starke Begeisterung. Die Resolution fand stürmische Zustimmung.

**Erfurt, (Telegramm.)** Zweitausend Personen demonstrieren in begeisterter Kampf Stimmung. Ueberfüllte Versammlung. Redakteur Hennig referierte. Große Begeisterung als er betonte, es können noch andere Kampfmittel kommen. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Am Sonntag finden wiederum drei Versammlungen statt. Starke Polizeiaufgebot, jedoch kein Zwischenfall. Ueberall herrscht entschlossener Ernst.

**Magdeburg, Troz Schneewehen** war die Versammlung von 2000 Personen besucht. Die Resolution wurde einstimmig angenommen und Telegramme an Bülow und den Landtagsabgeordneten unseres Kreises abgesandt. Unter den Versammelten herrschte ernste Kampf Stimmung.

Im Regierungsbezirk Magdeburg fanden heute ebenfalls mehrere Versammlungen statt. Wie telegraphisch gemeldet wird, nahmen daran in Thale 500, in Olenstedt 400, in Cracau 200, in Parleben 150 Personen teil.

Aus Halle a. S. meldet uns ein Telegramm: Die Protestversammlungen im Süden und Norden der Stadt waren von 3500 Personen besucht. Die Versammlungen wurden bald polizeilich abgesperrt. Viele Hunderte fanden keinen Einlaß. Ganz spontan entwickelte sich eine eindrucksvolle Demonstration. Die Massen zogen trotz des herrschenden Schneegestöbers über den Marktplatz nach dem großen Saale des Volksparks, den sie jedoch gleichfalls bereits überfüllt fanden.

Die Polizei verhielt sich ruhig, die Ordnung wurde daher nirgends gestört. Die Versammlungen in der Provinz waren gleichfalls überfüllt, die Stimmung begeistert. Ein Zwischenfall hat sich nicht ereignet.

**Erfurt, 2000 Teilnehmer.**  
**Achersleben, 500 Teilnehmer.**  
**Queblinburg, 500 Teilnehmer.**  
**Salze (Saale), 550 Teilnehmer.**  
**Stendal, 700 Teilnehmer.**  
**Tangermünde, 600 Teilnehmer.**  
**Weißensfeld, 550 Teilnehmer.**  
**Wühlhausen (Thür.), 700 Teilnehmer.**  
**Halberstadt, 550 Teilnehmer.**  
**Schönebeck (Elbe), 500 Teilnehmer.**  
**Magdeburg, 1200 Teilnehmer.**

Ferner fanden Versammlungen statt in: Aisleben, Burg (bei Magdeburg), Altenglafow, Neuhaldeleben, Reichensachsen, Gommern, Bernigerode, Albrechts (bei Erfurt), Zeitz, Delitzsch, Eisleben, Witterfeld, Staßfurt, Wehlar, Lauterberg, Gilsenburg, Sangerhausen.

**Weitere Nachrichten über den Verlauf der Wahlrechts-Demonstration bringen wir in unserer nächsten Nummer.**

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Monatlich 1.00 Mark, vierteljährlich 3.00 Mark, monatlich 1.10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gemeinschaftliche Vereins- und Bekanntmachungs-Anzeigen 30 Pfg.

Ersteinst täglich außer Montags.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 10. Januar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Cernet! Ihr seid gewarnt!

Heute mittag 12 Uhr wird das preussische Privilegiertenparlament die Frage der Wahlrechtsreform behandeln.

Wird die Regierung dem Drängen des Volkes Rechnung tragen? Wird der Freisinn noch in letzter Stunde ernste Selbstkehr halten?

Der Freisinn weiß, was für ihn auf dem Spiele steht. Er weiß, daß jedes Zugeständnis an die Reaktion schändlicher Volksverrat ist.

„Heute muß einfach gefordert werden: das Reichstagswahlrecht für Preußen.“

Und Herr Friedrich Bayer bekräftigte das mit den Worten:

„Ich teile die Ansicht Raumanns, daß kein Liberaler eine andere Forderung stellen kann, als die der Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen.“

Und Herr Albert Traeger schrieb am 20. August 1907 im „Berliner Tageblatt“:

„Gerade hinsichtlich der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen kann und darf der Freisinn keinen Schritt zurückweichen, auch nicht das geringste Zugeständnis machen.“

Der Freisinn weiß also, was auf dem Spiele steht! Es handelt sich um das fundamentalste Recht des preussischen Volkes!

Niemals waren die Chancen günstiger zur Erreichung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts! Die Regierung muß nachgeben, wenn der Freisinn auf dieser Forderung, die ihm sein eigenes Programm vorschreibt, verharret!

Ob freilich der Freisinn will? Ob die Macher des Freisinn, die Vorseaner, Industriellen, Großkaufleute usw. es ernst meinen mit den Rechten des Volkes?

Die Freisinnspresse hat bereits schmählich abgewiegt! Offizielle Fraktionsorgane haben bereits die beispiellose Dummheit — oder war es beispiellose Niedertracht?! — begangen, der Regierung zu versichern, daß der Freisinn sich selbst mit den bescheidensten Zugeständnissen zufrieden geben werde!

Aber einerlei, wie die Regierung, wie der Liberalismus sich entscheidet! Das Volk ist auf dem Plane! Es führt den Kampf, aller Verräterei zum Trotz!

In gewaltigen Demonstrationen in ganz Preußen hat es noch einmal seinen unerschütterlichen Willen bekundet!

Viele Hunderttausende Rechtloser haben am Abend des 9. Januar ihr Kampfgeißnis erneuert!

Die reaktionäre Presse hat schon im voraus dieser Kundgebungen schamlos gespottet! Man werde Phrasen dreschen und Resolutionen annehmen und sich trotzdem jede Schmach strafflos bieten lassen!

Mindestens eine halbe Million Proletarier und Klein- und Gewerbetreibender haben am 9. Januar in mehr als 500 Ver-

sammlungen ihren Willen bekundet! Sie haben das volle, unverkürzte Wahlrecht gefordert!

Wird man es wagen, diesen Volkssturm verächtlich zu ignorieren?!

Wir warten es ab. Mögen die Privilegierten und Herrschenden die Verantwortung auf sich nehmen. Die Entrechteten, d. h. die übergroße Mehrheit des Volkes wird die Schuldigen unerbittlich zur Rechenschaft ziehen!

30 Millionen von 37 Millionen in Preußen sind Besitzlose, Entrechtete! Die ungeheure Mehrheit des Volkes wird um das Banner des allgemeinen, gleichen Wahlrechts geschart werden!

Wenn nicht mit dem Freisinn, so wird über den Freisinn hinweg die Bahn zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht führen!

Das entrechtete Volk hat gesprochen! Nun hat die Regierung, hat der Freisinn das Wort!

Aber das letzte Wort hat das Volk!

Allen Nutzniehern und Handlangern der volksentrechtenden, volksausbeutenden Reaktion sei es gesagt:

Cernet! Ihr seid gewarnt!

Groß-Berlin im Wahlrechtskampf.

Das war eine Demonstration! Selbst im Westen Berlins,

wo man auch unter günstigeren äußeren Verhältnissen nicht erwarten konnte, daß derartige Volksmassen, wie etwa in Rixdorf oder dem Norden und Osten der Riesstadt dem Rufe der Partei folgen, selbst da konnte man voll befriedigt sein von der Teilnahme der Massen an den Veranstaltungen zum Protest gegen das bestehende Wahlrecht.

Wenn Räfte, Kälte, Sturm manchen abgeschreckt haben mag, nach den Versammlungen zu eilen und seine Stimme zum Protest mit in die Bagchale zu werfen, so wurde doch bei Tausenden das Pflichtbewußtsein der Partei gegenüber der Partei folgen, selbst da konnte man voll befriedigt sein von der Teilnahme der Massen an den Veranstaltungen zum Protest gegen das bestehende Wahlrecht.

Sie kamen willig und in heißen Haufen, um keinen Zweifel aufkommen zu lassen, daß sie die Wichtigkeit der Frage, die am nächsten Tage das Zunftparlament beschäftigen sollte, wohl verstanden und Stellung dazu nehmen wollten.

Bei Zühlke in der Denuewitzstraße, wo Genosse Brunwald sprach, war der Saal schon lange vor der festgesetzten Zeit vollständig gefüllt. Und kurz vor 8 Uhr setzte ein neuer starker Zustrom ein. Hier war das einzige Lokal für einen weiten Stadtkreis, und dabei kam zu dem Schneesturm noch ein Hindernis für die Besucher, die einen weiteren Weg zu machen hatten, denn um halb acht Uhr versagte die Straßenbahn den Dienst

und kam erst nach langem geduldigen Warten langsam und mit neuen kleinen Unterbrechungen wieder in Gang.

Die Bevölkerung des Nordens war in unzählbaren Massen auf den Plan getreten, um die Grundlage alles Staatsbürgertums, um ihr Wahlrecht zu fordern.

Die Lokale, Riesensäle, die diesen Massen auch nur einigermaßen ausreichend Raum gewähren könnten, gibt es ja nicht und kann es wohl auch nicht geben. So spielte sich die Wahlrechtsdemonstration zu einem guten Teil auf den Straßen und vor den überfüllten Sälen ab.

Wer nach 7 Uhr die Schönhauser Allee hinaufwanderte oder herunterkam von der Pankower Grenze, der stieß schon auf Massen von Männern und Frauen, die auch lieber im warmen Saale den Worten des Redners gelauscht hätten, statt im Schneewetter draußen zu bleiben, um so wenigstens zu zeigen, daß auch sie begriffen hatten, um was es sich handelte.

Drüben am Gesundbrunnen waren die Wahlrechtsforderer nicht weniger massenhaft angetreten. Auch hier ein Gewoge Unzähliger in der Umgebung und vor den gesperreten Lokalen.

In eifrigem und ernstem Gespräch begriffen, ging man gruppenweise auf und ab. Ueber das Wahlrecht sprach man. Werden die Demonstrationen den gewünschten Eindruck machen? Werden die Nachhabenden endlich zu Vernunft kommen, dem Drängen der Entrechteten nachzugeben? Oder sind andere, stärkere Maßnahmen notwendig? Alles das, und andere Schäden und schreiende Mißstände des Staatswesens wurden eifrig besprochen.

Zwischen den dunklen Massen der Wahlrechtsforderer tauchten hier und da Pickelhauben auf, deren Träger scheinbar besorgt waren, daß man sich kalte Füße holte. Oben am Wedding sahen es, als hätte die Polizei wieder einmal Gefahr für den berühmten preussischen Staat gewittert. Die Lokale waren natürlich auch da lange vor Versammlungsbeginn abgesperrt. Nun zogen selbstverständlich die Menschenmengen von einem Lokal nach dem nächsten ab, dann nach dem ferneren, sogar nach dem Gesundbrunnen hinüber.

wegen Ueberfüllung keinen Einlaß gefunden hatten und nun in dem größeren Lokal Unterkunft suchen wollten.

Größer noch und lebhafter wurde das Gedränge in den verschiedenen Stadtteilen, als die Versammlungen zu Ende waren. In Moabit waren auch ungeheure Massen erschienen, wohl mehr denn doppelt so viel als Einlaß finden konnten in dem geräumigen Saal. Viele warteten geduldig, um später von den glücklich Hineingekommenen zu erfahren, wie die Versammlung verlaufen war.

hatten die organisierten Parteigenossen es diesmal nicht eilig, in die Versammlungen zu kommen. Sie überließen die Säle zunächst denen, die sonst nicht zu den regelmäßigen Versammlungsbefuchern gehörten.

Auf der Straße, vor den Lokalen, bot sich anfangs ein Bild, welches von dem üblichen nicht abwich. Vor den gesperrten Eingangstüren übliche Schutzmannsposten, die, um sich vor kalten Füßen zu schützen, bald das eine, bald das andere Bein wuchtig auf das Straßenpflaster stießen. Versammlungsbefucher kamen, fanden keinen Einlaß mehr und blieben vor den gesperrten Türen stehen. Größer und größer schwoll die Zahl derer an, die keinen Platz in den überfüllten Sälen fanden und nun zu Tausenden vor den Lokalen hin und hergingen.

Wenn man bis dahin noch nicht merkte, daß etwas Besonderes los war, so sorgte die Polizei dafür, daß auch die

„Elaugülligsten Spießbürger in den Hauptstraßen des Ostens“ hielten, daß sich etwas Ungeübliches abspielen müßte. In den Polizeiwachen herrschte ein lebhaftes Treiben. Bald kamen Trupps von Schutzleuten heraus und strebten eiligen Schrittes irgend einem unbekanntem Ziele zu, bald wieder kamen Trupps von Ordnungswächtern irgendwoher und verschwanden im Nachfol, um die reguläre Besetzung desselben zu verstärken. Fliegende Polizeiwachen waren in verschiedenen Häusern errichtet, besonders in den Nebenräumen der Versammlungssäle und in der Nachbarhaft derselben. In den Kreuzungen der Hauptstraßen standen starke Posten, mitunter 15—20 Mann zählend. Polizeioffiziere, den Mantel in Feldhermposse um die Schultern gehängt, kontrollierten die ausgestellten Posten und erteilten Befehle. Alles schien bereit, „den Feind“ zu erwarten. Neugierig, der Dinge harrend, die sich ereignen sollten, standen die Geschäftsleute vor den Ladentüren und behäbige Bürger schauten aus den Fenstern.

Da, auf einmal kommt eine nervöse

### Bewegung in die Polizeimannschaften.

Der „Feind“ naht. Der Feind, der dem preussischen Dreiklassenrecht den Krieg erklärt hat. — Eine nach vielen Laufenden zählende Menge, Männer und Frauen des Proletariats, bewegt sich in zwanglosem Zuge, von der Koppenstraße kommend, die Frankfurter Straße entlang nach dem Strausberger Platz zu. Es sind die von der Versammlung bei Keller Ausgesperrten. — Der Zug will in die Weberstraße einbiegen, wo ebenfalls eine Versammlung stattfindet. — Die Polizei bildet eine Kette und sperrt die Straße. Die Demonstranten wenden sich nach der Strausberger Straße, ein Teil gelangt in dieselbe. Die Schutzmannsleute lockert sich. Der andere Teil des Zuges gewinnt die Weberstraße, aber in Boefers Saal ist auch kein Platz mehr. In der Landsberger Allee treffen die getrennten Gruppen wieder zusammen. Auch das „Elysium“ ist bereits abgesperrt. Nach der Petersburger Straße geht's, dann diese und die Warschauer Straße entlang. Eine kleine Abteilung von Schutzleuten läuft neben dem Zuge und hindert ihn, nach dem Innern der Stadt zu gelangen, ist auch wohl bemüht, den imposanten Zug zu teilen und nach verschiedenen Richtungen zu drängen. Aber es gelingt nicht. Die Massen halten zusammen und gehen gemessenen Schrittes ihres Weges. Jedesmal, wenn der Zug in eine Seitenstraße einbiegen will, sperrt die Polizei dieselbe, bis der letzte Mann des Zuges vorüber ist. Dann rennen die

### Schutzleute im Laufschrift

am die Spitze des Zuges zu erreichen und die nächste Seitenstraße zu sperren, damit die Demonstranten nur ja nicht nach dem Stadtkern gelangen. Es könnte ja sonst die Ruhe der blodfellen Spießbürger gestört werden. Draußen im Osten mag das Proletariat sich auf der Straße bewegen, da ist ja sowieso alles sozialdemokratisch „verseucht“. Aber der „ruhige Bürger“ in den besseren Stadtteilen darf beileibe nicht erfahren, daß die sozialdemokratische Arbeitererschaft gegen die Dreiklassenmacht demonstriert.

Das war ein Eifer, den die Polizei bei dieser angestrengten Tätigkeit zum Schutze der „heiligen Ordnung“ entfaltet. Die Beamten kamen dabei in eine hochgradige Aufregung. „Nicht stehen bleiben.“ — „Machen Sie, daß sie weiterkommen.“ — „Hier dürfen Sie nicht durch“, so schallte es im dicksten Unteroffizierston. Keine Spur von der Höflichkeit, die der scheidende Polizeipräsident der Berliner Schutzmannschaft angewöhnt haben soll.

Mit überlegenem Lächeln schauten unsere Genossen auf die nervöse Erregung der bewaffneten Ordnungshüter und gingen unbekümmert weiter.

Auch in anderen Gegenden des Ostens und Südostens entfaltete sich dasselbe Bild. Tausende und Abertausende zogen von einem Versammlungsort zum anderen, fanden aber nirgends Einlaß und füllten deshalb die Straße.

Nach dem Schluß der Versammlungen gab es abermals endlose Menschenströme, die auf kurze Zeit die Straße beböhrten. Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht erklangen. Hier und da bildeten sich Gruppen, die ihrem Heim zustrebten unter dem Gesang des Verses: „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen!“

Mehrere hundert Personen, die die „Prachtfälle des Ostens“ bereits überfüllt fanden, zogen nach dem Lokale von Keller, wo es natürlich auch keinen Einlaß gab. Der Trupp, durch Zuzügler noch verstärkt, zog nun in einer Stärke von zirka 1000 Mann wieder zurück durch die Frankfurter Allee, wobei man, um den Verkehr nicht zu stören, die Mittelpromenade benutzte. Ein Schutzmannsposten am Komtureiplatz ließ die Demonstranten auch ruhig passieren. Ein an der Warschauerstraße postiertes polizeiliches Ordnungs- und Verkehrsregulierungs-Kommando trieb die Leute jedoch zurück, gleichzeitig abancierten nun auch die Schutzleute am Komtureiplatz.

Es soll uns gar nicht wundern, wenn es nachher gar noch heißt, das Publikum hätte der Aufforderung der Staatsgewalt nicht Folge geleistet, denn die Kunst, sich in die Lüste zu zerstreuen, haben die Berliner doch noch nicht gelernt.

Natürlich gab es auch Verhaftungen. Drei Personen, die „Goch das Wahlrecht“ riefen oder gerufen haben sollten, mußten der Einladung, sich eine preussische Polizeiwache von innen anzusehen, folgen. Hier gab ein Beamter folgende „leistreiche“ Bemerkung zu vernehmen:

„Da gibts was zu zahlen, na, der Singer wird wohl den ganzen Summs blechen! — Einer der Demonstranten, ein alter Herr, bemerkte dazu trocken: Ich bin ein alter Mann; Singer hat für mich noch nichts bezahlt, verlange das auch nicht, aber ich weiß, er vertritt die Interessen des Volkes. Und es ist ein Unrecht, daß man uns das Wahlrecht vorenthält. Das werden Sie doch zugeben! — Halb verlegen meinte der Zurückgewiesene: Die Straße ist aber doch nicht der Platz dafür, das müssen Sie wo anders machen. — „Es ist nicht mehr 48“, ließ sich dann ein anderer Ordnungshüter vernehmen. Als darauf ein anderer der Verhafteten die neugierige Frage stellte, ob die Surrufer in der Wahlnacht am Schloß auch verhaftet worden seien, meinte der polizeiliche Gesichtstrenner unverschämlich: „Is schon gut, sehen Sie sich nur dahin.“ Damit endete die interessante Unterhaltung.

### Die Vororte.

Bei Obst in Schöneberg, wo Fritz Bubeil als Redner auftrat, begann schon um 7 Uhr die Zuwanderung. So einsam und menschenleer es in der weiteren Umgebung war, so rege entwickelte sich das Treiben an jener Ecke der Reiminger- und Martin Lutherstraße und durch die großen Loxe an beiden Straßen zog die Menge gegen 8 Uhr in

immer größeren Trupps ein und füllte schnell die Versammlungshalle. Nicht gering war die Zahl der Frauen unter den Besuchern, die mit ihren Männern gemeinsam an der Versammlung teilnehmen wollten.

Das bei Veranstaltungen der Partei immer gut besuchte Volkshaus in Charlottenburg war natürlich auch diesmal das Ziel großer Arbeiterscharen. Von 8 Uhr an begann ein Kommen und Gehen, denn das Lokal war abgesperrt, aber jeder versuchte sein Glück und hoffte, in einem Nebenraum sich noch ein Plätzchen zu sichern, was auch manchem gelang. Die Polizei war ziemlich stark vertreten; man konnte 8 bis 10 Polizisten in Uniform außerhalb der Versammlungshalle und vor dem Volkshaus zählen. — Die Menge, die keinen Einlaß mehr erhielt, zerstreute sich bald wieder, befriedigt von dem guten Erfolg der Veranstaltung. Im Volkshaus sprach der Reichstagsabgeordnete Genosse Böhle - Straßburg.

### In der Hofenheide!

Nähe dem Hermannplatz, an der Grenze Nixdorfs, der Proletarierstadt, liegt ein großer Versammlungssaal. Schrägüber der „Neuen Welt“, dem historisch denkwürdigen Ort, wo 1903 die weltbekannt gewordene Bierundzwanzigstundewahl zum preussischen Landtag stattfand, die Herrn v. Stubenrauch soviel zu schaffen machte. Schon sehr früh finden sich eine Anzahl Frauen und Männer vor dem noch verschlossenen Portal ein. Nach und nach erscheinen immer mehr der Demonstranten und Demonstrantinnen, denn auch

### die Frauen sind auf dem Posten.

Verwundert blicken sie und die Passanten auf die vielen Polizeibeamten, zunächst soviel Offiziere als Mannschaften. Man merkt, es ist der führende Stab einer irgendwo verborgenen größeren Schar. Bald nach 8 Uhr verändert sich das Bild. Nicht mehr vereinzelt und in Grüppchen, sondern in langen, losen Zügen rücken durch die Hofenheide die Arbeiter heran.

Im Nu heißt's: „Niemand ist gesperrt.“ Eine Menschenmauer zielt den Bürgersteig und Hundert um Hundert kommen hinzu. Aha, die Revolution ist da! Die Schutzmannschaft ist verdoppelt, wie aus dem Boden gewachsen. Jetzt geht's kommandieren los. „Weiter gehen, weiter gehen, meine Herren; es darf niemand stehen bleiben!“ Man bewegt sich hin und her. Energischere Töne werden laut. Ein befreiendes Lachen antwortet. Und man bewegt sich wieder. Was halt nun auf dem schneebedeckten Steinpflaster?

### Ein ganzes Regiment von Schutzleuten

marschiert auf. In Schritt und Tritt — in Schritt und Tritt. Beide Seiten der Straße werden damit garniert. An der Zahnstraße und am Hermannplatz bilden sich dichte Schutzmannsketten über die ganze Straße hinweg. „Niemand ist durchzulassen, höchstens Damen!“ So befiehlt ein Offizier. Die Demonstranten werden nach beiden Seiten verdrängt. „Weiter gehen!“ heißt es. Ferner: „Wer zum zweitenmal getroffen wird, ist festzunehmen!“ Später wird auch „festgenommen“, obwohl man sich ruhig und würdig verhält. Die Straßenpolizeiordnung schwebt über dem Ganzen. Unsere Genossen gehen außerhalb der Kette spazieren. Nehmens nicht so tragisch. Aber so mancher fromme Spießer schlägt die Hände über dem Kopf zusammen und räsonniert über die Polizei. Die freundlichen Worte verschweigen wir lieber.

In Nixdorf beherrschten in diesen Stunden die demonstrierenden Proletarier das Straßenbild. Die beiden Versammlungen überfüllt. Was blieb da den anderen Genossen und auch vielen Genossinnen übrig, als ihr Verlangen nach einem gerechten Wahlrecht durch Spaziergänge zu zeigen.

### In langen, langen Reihen

taten sie es. Ueberall, in den im hellen Lichterglanz erstrahlenden Hauptstraßen und auch in düsteren Straßenzügen, wo die Arbeiterschaft wohnt, begegnete man ihnen. Die behelmte Kette an der Hofenheide, deren wir schon oben rühmlich gedachten, bot ihnen ein Halt. In Nixdorf selbst ließ die Polizei sie ruhig passieren. Nur nach dem Schluß der Versammlungen ging die heilige Hermandad vor gegen die ruhig und ernst, eingedenk der großen Sache, Dahinwollenden. Dies Vorgehen war aber mehr ein Ablenken. Durch Chainebildung lenkte man die Ströme von den Hauptstraßen ab und drängte sie in Nebenstraßen. In dessen war ja nun auch erreicht, was die Entschleierten wollten. Ihr Wille nach Gleichberechtigung war allgemein gesehen worden. Wo man hinsah, wurde die Wahlrechtsfrage diskutiert.

### Die Frauen bei der Demonstration.

Die Frauen hatten fleißig agitiert, das konnte man überall deutlich erkennen. Stärker als jemals vorher bei ähnlichen Veranstaltungen strömten sie diesmal in die Protestversammlungen. Man konnte sie nicht übersehen, sie verschwanden nicht in der Menge, sondern sie bildeten einen Bestandteil der Massen, der nicht übersehen werden konnte. Und sie hatten ja auch eine besondere, ganz „außerordentliche“ Forderung aufzustellen, die bei den Begnern noch auf den ärgsten Widerstand stößt. Sie wollen den Männern gleichberechtigt geachtet werden, und wenn jene das Wahlrecht fordern, so fordern sie mit, und nicht nur für die Männer, sondern für sich selbst.

Und sie nahmen die Gelegenheit wahr, diese Forderung zu erheben. Sie kamen alle, die Fabrikarbeiterinnen, die Heimarbeiterinnen, die Dienstmädchen, die Arbeiterfrauen, die in der täglichen Hausarbeit aufgerieben werden. Der Schneesturm hielt sie nicht zurück; alt und jung kam herbei, Arm in Arm mit den Männern oder in kleinen Gruppen von Geschlechtsgenossinnen. Manche erchielen in blauer Schürze, ohne Hut, nur ein Tuch schützend über den Kopf gezogen. Und unsere Genossen sahen mit Freuden die Teilnahme der Frauen bei dieser wichtigen Gelegenheit. — Vielleicht hatte manche Frau diesmal erst den Mann bewogen, mitzukommen und teilzunehmen an dem großen, starken Protest der Massen gegen das bestehende Wahlrecht.

Im Norden Berlins waren Frauen in den Versammlungen und vor den Lokalen besonders stark vertreten. Die vielen, die nicht das Glück hatten, einen warmen Platz im Saale zu erwischen, ließen sich weder durch Kälte noch Schnee abhalten, auszuharren, um vielleicht nach Schluß der Versammlung von Bekannten zu erfahren, was drinnen im Saale vor sich gegangen, und um zu zeigen, daß auch sie da waren und ihr Wahlrecht forderten. Und doch sagen wir: die Frauen müssen bei der nächsten Gelegenheit noch zahl-

reicher sich beteiligen, die Forderung gleicher Staatsbürgerrechte erheben, mit viel größerer Macht rufen und schreien nach der Grundlage politischer Gerechtigkeit für ihr eigenes Geschlecht wie für das ganze Proletariat. Sicher ist: die Schar der Erkennenden wächst unter den Frauen von Tag zu Tag. Den Eindruck gaben die Versammlungen.

Und außerordentlich ausdauernd waren die Frauen am Freitagmorgen vor dem Landtagsgebäude, wo sie sich sehr zahlreich eingefunden hatten. In kleinen Trupps kamen sie an, ganze Reihen bildeten sie, sehr rührig verteilten sie Extramummern des „Vorwärts“. Wer die Frauen gesehen hat, die dort inmitten der größeren Massen der Männer oder direkt an der Spitze, an den Toren des Hauses für das allgemeine, gleiche Wahlrecht, für das Frauentwahlrecht demonstrierten, wer gehört hat, wie sie den Abgeordneten, wie sie dem Fürsten Bülow die Lösung des Tages immer von neuem zuriefen, wie sie dann mächtig einstimmten in den Gesang der Proletarier, der hat nicht nur die frohe Hoffnung, der hat die Gewißheit, daß diese Frauen mit dem ganzen Proletariat allen Rückschritten und Spießbürgerseelen zum Trotz ihr Recht, die Gleichberechtigung aller erringen werden. Tapfer hielten die Frauen aus trotz der schneidenden Kälte, und wichen erst mit den Männern, als die Polizei gewaltsam die Räumung des Platzes vornahm. „Das Wahlrecht auch für die Frauen, die Gleichberechtigung mit den Männern!“ Das ist ihre Losung, die sie immer energischer vertreten.

Ueber die Vorgänge in den Sälen liegen uns folgende Einzelberichte vor:

### Erster Kreis.

Die Versammlung bei Dräsel wurde bereits um 1/8 Uhr abgesperrt. Zirka 450 Frauen und Männer waren anwesend. Hunderte mußten umkehren. Die Galerien durften nicht besetzt werden. Der Herr Leutnant konnte dieselben nicht übersehen. Unter drausendem Beifall der Anwesenden übte Genosse Ebert eine ausgezeichnete, vernichtende Kritik an dem preussischen Wahlsystem. In der Diskussion sprach Herr v. Gerlach, der betonte, daß er im Prinzip mit der Sozialdemokratie vollständig einig sei mit der Weiteitigung des preussischen Wahlsystems. Dies läge auch im Interesse des fortschrittlichen Bürgertums. Ebert hielt den freisinnigen ihre Sünden vor und erklärte auch, daß der kleine Anhang des Herrn v. Gerlach in unserem ersten Kampfe nicht mitreden könne. Woldererl verstärkte noch diese Ausführungen durch ein packendes Schlußwort mit einem fürmischen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

### Zweiter Kreis.

Aliens Festfälle in der Hofenheide waren bis auf den letzten Platz gefüllt. 2000 Personen waren anwesend. Schon um 8 1/2 Uhr wurde die Versammlung abgesperrt. Das Referat des Reichstagsabgeordneten Sasse wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt. Resolution einstimmig angenommen.

Die Versammlung bei Fühlke in der Dennewitzstraße war von über 1000 Personen besucht und wurde gleich nach 8 Uhr polizeilich abgesperrt, so daß Hunderte von Wahlrechtsdemonstranten keinen Einlaß mehr fanden. Referent war Genosse Grünwald.

### Dritter Kreis.

In den Arminhallen füllte eine an 1500 Köpfe zählende Menge, worunter man insbesondere zahlreiche Frauen erblickte, von früher Stunde an das letzte Plätzchen des großen Saales. Gespannt lauschte die Menge den vortrefflichen Ausführungen des Genossen Dr. Wehl.

In der Diskussion erklärte Dr. Dreitscheid, daß er sowohl wie eine Reihe seiner Freunde heute abend in allen Berliner Versammlungen Erklärungen zugunsten des allgemeinen Wahlrechts für Preußen abgeben. Er erklärt das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in erster Linie für ein liberales Ideal. Herr Dr. Dreitscheid machte dann unter anderem Propaganda für die heutige Versammlung seiner Partei, die in demselben Saale stattfinden soll.

In seinem Schlußwort antwortete der Referent Herrn Dr. Dreitscheid, er möge die Belehrung, die er heute zum besten gab, doch mit mehr Erfolg als bisher bei seiner Partei anbringen. Genosse Wehl legte besonderen Wert darauf, zu betonen, daß es ja eben eine besondere Schmach sei, daß die Sozialdemokratie erst liberale Forderungen vertreten müsse, wozu das Bürgerium unfähig sei.

In der im Gewerkschaftshause abgehaltenen, von 1500 Personen besuchten Versammlung hielt Reichstagsabg. Sebering-Vielefeld das einleitende Referat. Nachdem die vorgelegene Resolution einstimmig angenommen worden, empfahl der Vorsitzende die Versammlung an den Reichstagsabg. Bülow, den Vorsitzenden des Landtages Herrn Kröcher und an die Abgeordneten Kopisch und Goldschmidt, welche den 3. Kreis im Landtage vertreten, Depeschen zu senden, worin die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts gefordert wird. Dieser Vorschlag wurde mit großem Beifall aufgenommen.

### Vierter Kreis.

Der Saal der „Urania“ in der Wrangelstraße, dessen Galerien sonst seitens der Polizei nicht freigegeben wurden, war von 1500 Personen, worunter auch die Frauen stark vertreten, gedrängt gefüllt. Tausende organisierter Genossen lehrten um, um andrangt Platz zu machen. Die Polizei hat sich bemüht, so viel Personen, wie irgend möglich, einzulassen, um eine Abperrung zu verhindern, was doch geschehen mußte. Das Referat des Genossen Rohs fand lebhaften Beifall. Der Verlauf der Versammlung war ein imposanter.

Die „Drachenburg“ vor dem Schlesiens Tor war gedrängt voll, als der Genosse Scheidemann das Wort nahm. Der Resolution wurde begeistert zugestimmt. Die Versammlung wurde gegen 8 Uhr abgesperrt. Tausende fanden keinen Einlaß und machten den Versuch, andere Lokale zu erreichen, fanden diese aber fast alle ebenfalls abgesperrt.

Bei Voelker in der Weberstr. 17 referierte Genosse Müller vor überfüllter Versammlung. Es herrschte Kampfesstimmung. Auf der Straße mochte eine nach Tausenden zählende Menge hin und her.

Der große Saal des „Elysium“ in der Landsberger Allee war lange vor Beginn abgesperrt. Mehr als 1000 Personen, Männer und Frauen (letztere waren besonders zahlreich erschienen) hatten Einlaß gefunden. Eine nach mehreren Tausenden zählende Anzahl mußte wieder umkehren, nachdem sie längere Zeit vergeblich auf der Straße gewartet hatte. Auch die Polizei war in einer Stärke von mindestens 20 Mann erschienen, die sich in einem Nebenraum langweilten. Im Saal wurden die Ausführungen des Referenten Seper mit großem Interesse verfolgt und oftmals durch lebhaften Beifallsbezeugungen unterbrochen.

Die in Kellers Festhällen, Koppenstr. 29 tagende Versammlung bot ein imposantes Bild. Mindestens 8000 Frauen und Männer füllten den gewaltigen Raum. Um 7 1/4 Uhr wurde der Saal polizeilich abgesperrt. Tausende mußten wieder umkehren. In fesselnder Weise, oft von großem Beifall unterbrochen, entledigte sich der Genosse Hugo Heiman seiner Aufgabe. Reicher Beifall am Schluß lohnte den Redner. Eine Diskussion fand nicht statt. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Die Versammlung in den Markgrafen-Sälen am Markgrafendamm war von zirka 1000 Personen besucht und um 9 Uhr polizeilich abgesperrt. 800—400 Personen belamen keinen

Einlaß. Genosse Silberfchmidt forderte in zündenden Worten die zahlreich anwesenden Frauen und Männer auf, sich ihr Wahlrecht zu erlämpfen. Mit einem Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die überfüllte Versammlung.

#### Fünfter Kreis.

Die Versammlung im abgesperrten Saale des Alten Schützenhauses verlief als eine machtvolle Demonstration der rechtlosen Preußen. In drangvoller Enge lauschten die zahllosen Anwesenden den Ausführungen des Reichstagsabg. Hildbrand, der unter stürmischen Ausbrüchen des Beifalls die Junkerherrschaft in Preußen geißelte. An charakteristischen Beispielen zeigte er, wie sich die Süddeutschen ihr Recht erobert, haben und forderte mit hinreichenden Worten die Versammelten auf, die Mainlinie der Rechtlosigkeit zu beiseiten. — Telegramme, die das gleiche Wahlrecht fordern, wurden abgelesen an die Abgeordneten des IV. Landtagswahlkreises Cassel und Max Schulz. An den Präsidenten v. Kröcher wurde ein Telegramm entsandt unter Hinweis auf den Psalm 94, Vers 15. An den Ministerpräsidenten Fürsten v. Bismarck telegraphierte man: Ueber 1000 rechtlose Preußen verlangen wie Süddeutsche behandelt zu werden. Heraus mit dem allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrecht für Preußen.

#### Sechster Kreis.

Die Versammlung in Fröbels Allerlei-Theater, Schönhauser Allee 148, war lange vor Beginn der Versammlung abgesperrt, obgleich sämtliche Tische entfernt waren. Die Ausführungen des Genossen Borgmann wurden durch stürmische Zustimmungsrufe oftmals unterbrochen. Die vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen. Sicherheitsbeamte zu Fuß und zu Pferde waren in genügender Zahl anwesend. Ihr hauptsächlichstes Augenmerk war darauf gerichtet, den Zug nicht nach der Stadt zu lassen. Eine fliegende Wache war gleichzeitig in der Chorinerstr. 48/47 bei Rädermeister Kriem stationiert.

Die bei Bernhard Rose auf dem Gesundbrunnen tagende Versammlung war derart besucht, daß bereits um 7 1/2 Uhr der Saal vollzählig abgesperrt wurde. 1100—1200 Personen, darunter sehr viele Frauen, füllten den Saal und die Galerien, während viele Hunderte keinen Zutritt mehr fanden. Genosse Dr. Silberstein-Rixdorf referierte in einer vielfach von Beifall unterbrochenen einstündigen Rede. Die vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Versammlung bei Wille, Brunnenstraße 188, wurde bereits um 7 1/2 Uhr abgesperrt. Tausende fanden keinen Einlaß. Ueber die Hälfte der Versammlungsbesucher bestand aus Frauen. Das Referat des Genossen Poetsch fand begeisterte Aufnahme und wurde die besetzte Resolution einstimmig angenommen. Nach einem kräftigen Appell des Vorsitzenden Genossen Wittorf erfolgte Schluß der Versammlung und unter dem Gesang „Das freie Wahlrecht ist das Heil“ leerte sich nur langsam der Saal.

Der große Saal der Norddeutschen Brauerei war bereits um 8 Uhr überfüllt. Circa 700 Frauen und Männer waren anwesend. Tische und Stühle mußten entfernt werden, um immer neuen Massen Platz zu machen, bis dann schließlich abgesperrt werden mußte. Eine große Menge wogte draußen vor der Tür auf und ab; auch die Frauen waren zahlreich erschienen. Genosse Ströbel brandmarkte in kernigen Worten die Schmach des Dreiklassenwahlrechts. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Die Resolution wurde angenommen. Mit dem üblichen Hoch schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung.

Kurz nach 8 Uhr wurde die Versammlung im Kolberger Salon abgesperrt. Bis 9 Uhr mußten circa 1000 Personen unverrichteter Sache abziehen. Vor dichtgefüllter Versammlung, an der über 800 Männer und Frauen teilnahmen, geißelte der Referent Gustav Bauer in kräftigen Zügen die ungerechten und unhaltbaren Zustände in Preußen, welche der übergroßen Mehrheit des preussischen Volkes jeden Einfluß auf die Gesetzgebung nehmen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Unter Hochrufen auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und auf die internationale Sozialdemokratie und unter Absingen der Marxliedleer leerte sich der Saal langsam. Die Stimmung war begeistert.

In den Pharus-Sälen sprach Genosse Ledebour vor 1500 Personen. Die Versammlung wurde zeitig abgesperrt. Tische und Stühle mußten aus dem Saale entfernt werden. Vor dem Lokale wogte noch eine mehrtausendköpfige Menschenmenge auf und ab.

Die Versammlung im Roabiter Gesellschaftshaus war bereits um 7 1/2 Uhr schon überfüllt. Nach Entfernung sämtlicher Tische mochten wohl 4000 Personen, darunter viele Frauen, anwesend sein. Da die Polizei sich, anders wie in früheren Fällen, hartnäckig weigerte, abzusperren, so sahen sich die Parteigenossen, um Unfällen vorzubeugen, genötigt, selbst die Absperzung vorzunehmen. Laufende konnten deswegen keinen Einlaß mehr finden. Der Referent war der Reichstagsabgeordnete Richard Fischer. Lebhafter Beifall bezeugte die Zustimmung der Versammelten zu seinen Ausführungen. Von einer Diskussion nahm die Versammlung nach dem eindrucksvollen Vortrag Abstand. Auf der Straße waren noch über 2000 Personen. Die Polizei verhielt sich sehr zurückhaltend.

#### Im Zeltower Kreise

haben 22 Versammlungen stattgefunden. Aus allen Berichten, die uns zugegangen, erhellt, daß der Verlauf der Demonstrationsversammlungen ein ausgezeichnete war. Die Säle konnten die Teilnehmer kaum fassen, vielfach wurde abgesperrt.

Die Versammlung in Charlottenburg fand im Volkshause statt. Die Teilnehmerzahl betrug 1500, von denen nur 800 Frauen und Männer im Saale Platz finden konnten. Die Polizei hatte abgesperrt.

Schöneberg. Die von über 1500 Männern und Frauen besuchte, imponant verlaufene Versammlung im Obßischen Lokale nahm die bedrückenden Ausführungen des Genossen Fröh Jubel mit stürmischem Beifall entgegen. Hunderte erlangten keinen Zutritt zu dem polizeilich abgesperrten Saale. Unter Absingung der Marxliedleer ging die Versammlung in vorzüglicher Stimmung auseinander. — Trotz des überaus schneidigen Aufstretens eines anwesenden Polizeibeamten ereigneten sich keine Zwischenfälle. Die Versammlung war eingeleitet worden durch den Vortrag des Liedes „Empor zum Licht“ durch den Gesangsverein „Note Reife“.

In Rixdorf waren zwei Versammlungen anberaumt. Im Thielischen Saale hatten sich über 1000 Personen, darunter viele Frauen, versammelt. Der Andrang war so stark, daß die organisierten Genossen, die sich erst später einfanden, keinen Einlaß mehr bekamen. Der Referent, Genosse Schliedt, geißelte das Dreiklassenparlament in seiner Zusammenfassung, und besonders das Junkertum, oft dem lauten Beifall der Zuhörer unterbrochen. Die Versammlung zeigte ein Bild, das wir hoffen können, daß Rixdorfs Arbeiter gemißt sind, sich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht unter allen Umständen zu erlämpfen. Die Resolution wurde unter jubelndem Beifall einstimmig angenommen.

Im Hoppeschen Lokal referierte Genosse Zietsch, Charlottenburg. Der Redner rechnete einleitend sehr scharf mit dem preussischen Junkertum ab. Unter ganz besonderer Berücksichtigung des Jahres 1806/07 kam es dem Referenten darauf an, zu beweisen, daß es bis jetzt immer wieder das Volk war, welches auf Verbesserungen hin nachgab. Erinnerung aber später das Volk den preussischen Staat an sein Versprechen, so war es wieder das Junkertum, welches jede freiwirtschaftliche Bewegung brutal mit Füßen

trat. Heute siehe Preußen auf demselben reaktionären Standpunkt wie vor 100 Jahren.

Das Volk verlangt nicht nur das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, sondern auch das Frauenstimmrecht. Der Referent schloß seinen interessanten Vortrag, der oft von Beifall unterbrochen wurde, unter dem Hinweis, daß auf die Dauer der Ansturm eines gereiften Volkes nicht aufgehalten werden könne, trohdem und alledem.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen von der überfüllten Versammlung, die über 2000 Köpfe zählte, das Lokal wurde 1/2 Uhr abgesperrt.

In Mariendorf hörten 350 Personen, darunter viele Frauen, das Referat des Genossen Wille mit großer Aufmerksamkeit und begeistertester Zustimmung.

Die Tempelhofer Genossen waren im Wilhelmspark versammelt. 300 Personen lauschten den eindringlichen Worten des Referenten H. Jäl. Die Versammlung wurde vom Gesangsverein „Gangeslust II“ durch das Kampflied „Empor zum Licht“ stimmungsvooll eingeleitet.

In Treptow referierte Genosse Artur Schmidt vor circa 600 vom besten Geiste besetzten Versammelten im Restaurant „Zur Rennbahn“.

Brig. 350 Frauen und Männer waren im „Landhaus“ versammelt und hörten aufmerksam und zustimmend den Ausführungen des Genossen Klar zu.

Königs-Wusterhausen. Im „Wedhornischen Lokale“ hatten sich 600 Frauen und Männer zum Protest gegen die Dreiklassenwahlrecht eingefunden.

Nieder-Schöneweide. Vor 180 Personen, die im Lokale „Hofelwerder“ beisammen waren, legte Genosse A. Drunzel die „Schönheiten“ des Dreiklassenwahlrechts dar.

Wilmersdorf. Im Luisenpark waren circa 500 Personen anwesend. Genosse Ritter hielt das Referat. Gesangsvorträge des Gesangsvereins „Gleichheit“ umrahmten die vom besten Geiste getragene Veranstaltung.

Steglitz. Trotz eines schneidigen Regens zu unserem Versammlungsorte in einem von den Spielern ängstlich gemiedenen Winkel war die Versammlung von circa 600 Personen besucht. Es referierte Genosse Sassenbach, dessen Referat Beifall fand. Die Stimmung war eine gute.

Aldershof. 600 Proletarier und Proletarierinnen forderten in der heutigen Versammlung die Hergabe des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

In Lankwitz referierte Genosse Gaida-Rixdorf vor 120 Teilnehmern.

Behrendorf. 300 Personen nahmen an der Versammlung teil, in der Genosse Davidsohn die Wahlrechtsforderung des Proletariats begründete. — Ebenbüchel Teilnehmer hatten sich in der Versammlung in Johanniethal eingefunden, in der Genosse Vermuth referierte.

Aus Rowawes wird berichtet, daß 800 Frauen und Männer versammelt waren. Genosse Kozle referierte. Große Begeisterung.

Röpenitz. Hier versammelten sich im Stadttheater 1800 Teilnehmer zum Protest gegen das Wahlrecht und erhoben laut und energisch den Ruf nach dem Reichstagswahlrecht für den preussischen Landtag.

Friedenau. Unter großem Beifall referierte Genosse Dittmer vor 400 Frauen und Männern. Große Kampfstimmung.

In der von 150 Personen besuchten Versammlung in Grünau hielt Genosse Udo das Referat.

Aufgelöst wurde die Versammlung in Groß-Lichterfelde, in der Genosse Robert Schmidt vor 400 Teilnehmern die Forderungen der entrechteten Arbeiterklasse an den Landtag darlegte. Welches die Ursachen zu der Auflösung gewesen sind, ist uns bis zur Stunde nicht bekannt.

In Alt-Hennicke hatten sich 300 Frauen und Männer versammelt.

#### Niederbarnim.

Der Niederbarnimer Kreis verfügt nicht wie der Zeltower Nachbarkreis über so große Orte wie dieser. Es waren deshalb auch hier nur acht Versammlungen in den größeren Orten anberaumt.

Die Versammlung in Rummelsburg war überfüllt. 1000 Personen mögen anwesend gewesen sein. Ein Gesangsvortrag des Sängerkorps leitete die Veranstaltung ein. Referent Jernitz entledigte sich seiner Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit. Stürmischer Beifall folgte seinen Ausführungen. Fr. Ida Altmann appellierte an die Frauen, welche zahlreich erschienen waren. Aufforderung zur Organisation und zum Lesen unserer Presse bildeten den Schluß. Unter Absingen der Marxliedleer trennten sich die Teilnehmer.

Circa 500 Versammlungsbesucher, welche wegen Überfüllung auf der Straße verweilten, wurden von acht Polizeibeamten auseinander getrieben und es wurde angedroht, daß von der Waffe Gebrauch gemacht wird.

In Weiskow waren gegen 2000 Personen, darunter 500 Frauen zu der Demonstrationsversammlung gekommen und hörten unter lautem Beifall die Ausführungen des Genossen Kaliski.

Tege. Wohl nahezu 2000 Personen versammelten sich im Trebeschischen Saale und forderten mit Entschiedenheit die sofortige Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zum preussischen Landtag.

400 Teilnehmer in Friedrichshagen erhoben die gleiche Forderung.

Einen guten Verlauf nahm die für Reinickendorf-Ort einberufene Versammlung. Genosse Obst referierte.

Oberschöneweide. Genosse Adolf Hoffmann begründete vor etwa 1000 Personen die vorgeschlagene Resolution, die einstimmige Annahme fand.

Lichtenberg. Überfüllt war die Versammlung in den Prachtzügen des Ostens. Genosse Klotz geißelte in scharfen Worten das Bestreben der herrschenden Klasse, die arbeitende Bevölkerung immer tiefer in wirtschaftliche und politische Knechtschaft zu bringen. Stürmische Beifallsbezeugungen wurden den Darlegungen des Redners zu teil, sie bewiesen, wie sehr die Anwesenden mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren. Während des Vortrages gelangte die Kunde in den Saal, daß viele Hunderte draußen standen, aber es konnte kein Platz mehr beschafft werden. Die Saaleingänge und die Aufgänge zu den Galerien boten nicht einmal mehr einen Stehplatz. Signale gab es um 7 1/2 Uhr nicht mehr. Den „Ausgeperrten“ blieb nichts weiter übrig, als sich auf die Suche nach einem leeren Versammlungsorte zu begeben. Es dürfte aber schwer geworden sein, ein solches zu finden.

Pankow. Die Versammlung im „Kurfürsten“ in Pankow, die von 900 Personen besucht war, ist ungestört verlaufen. Berliner Polizei hielt sich vor der Tür auf. Auf dem Wege zur Post und nach der Schönhauser Allee bewegten sich 600 Personen. In der Schönhauser Allee, an der Ecke der Danzigerstraße, wurde durch ein Massenaufgebot von Schutzleuten abgesperrt.

## Der Wahlrechtssturm im Lande.

### Brandenburg.

In allen größeren Industrieorten fanden außerordentlich stark besuchte Versammlungen statt, die von der begeisterten Kampfstimmung des Proletariats Zeugnis gaben. Die intensiver aber die Bewegung für die Erringung des gleichen Rechts bereits geworden ist, zeigten gerade die vielen Versammlungen in kleineren Orten. Ueber die Beteiligung unterrichteten folgende Telegramme:

Brandenburg: In zwei total überfüllten Versammlungen 2000 Teilnehmer.  
Potsdam: 600 Teilnehmer.  
Ratibus: 1500 Teilnehmer.  
Finstertal: 1500 Teilnehmer.  
Kathenow: 1200 Teilnehmer.  
Forst: Zwei Versammlungen mit 1100 Teilnehmern.  
Luderswade: 1000 Teilnehmer.  
Spandau: Ueber 1000 Teilnehmer.  
Potsdam: 600 Teilnehmer.  
Wittenberge: 600 Teilnehmer.  
Suckow: 500 Teilnehmer.  
Belten: 600 Teilnehmer.  
Eberwalde: 400 Teilnehmer.  
Sommerfeld: 600 Teilnehmer.  
Schwiebus: 800 Teilnehmer.  
Belzig: 600 Teilnehmer.  
Sommerfeld: 300 Teilnehmer.  
Schwebt: 300 Teilnehmer.  
Küstrin: 200 Teilnehmer.  
Marwit: 200 Teilnehmer.  
Rauen: 200 Teilnehmer.  
Trennrieden: 100 Teilnehmer.  
Schmerzke: 150 Teilnehmer.  
Prenzlau: 200 Teilnehmer.  
Trebbin: 100 Teilnehmer.  
Sacro bei Forst: 100 Teilnehmer.  
Neuruppin: 150 Teilnehmer.  
Landsberg a. d. Warthe: 500 Teilnehmer.  
Bornim: 150 Teilnehmer.  
Havelberg: 250 Teilnehmer.  
Jüterbog: 200 Teilnehmer.  
Soran: 250 Teilnehmer.  
Zülow: 100 Teilnehmer.  
Culo: 150 Teilnehmer.  
Rohrbach: 100 Teilnehmer.  
Scheunow: 100 Teilnehmer.  
Fürstberg: 150 Teilnehmer.  
Guben: 1000 Teilnehmer.  
Frankfurt a. O.: 600 Teilnehmer.  
Schwerin a. M.: 110 Teilnehmer.  
Dahme i. Mark: 200 Teilnehmer.  
Werber a. Havel: 200 Teilnehmer.  
Glinde: 200 Teilnehmer.

### Schlesien.

In Schlesien nahm die Protestbewegung große Dimensionen an. Vom Riesengebirge bis zur russischen Grenze, von Görlitz bis Myslowitz fanden überall Versammlungen statt. An den 60 Versammlungen beteiligten sich ungefähr 40 000 Protestler. Ueberall herrschte große Begeisterung und Kampfbereitschaft. In Breslau selbst waren 10 Versammlungen, die alle überfüllt waren. Man schätzte die Teilnehmerzahl auf 12 000 Personen. Im Landkreis fanden 8 Versammlungen mit circa 4000 Teilnehmern statt. Die Polizei griff nirgends föhrend ein. Ueber die Einzelheiten unterrichten nachstehende Angaben:

Ratibus: 340 Teilnehmer.  
Zabrze: 450 Teilnehmer.  
Beuthen: 300 Teilnehmer.  
Rönnitzhütte: 550 Teilnehmer.  
Olewis: 160 Teilnehmer.  
Altwasser: 500 Teilnehmer.  
Oberlangenbielau: 550 Teilnehmer.  
Rudlau: 500 Teilnehmer.  
Langenbielau: 700 Teilnehmer.  
Beterowalbau: 500 Teilnehmer.  
Neusalz: 500 Teilnehmer.  
Reichenbach: 700 Teilnehmer.  
Eiegenitz: 500 Teilnehmer.  
Grünberg: 500 Teilnehmer.

Ferner fanden in zahlreichen kleineren Ortschaften starkbesuchte Versammlungen statt; so meldet uns der Telegraph noch Versammlungen in Liegnitz, Bunzlau, Landeshut, Striegau, Stroebe, Altmarchau, Ohlau, Liebau, Haynau, Reize, Freiburg, Jauer bei Liegnitz, Neustadt, Sagan, Strehlen, Altlaßig, Neumarkt, Nieder-Brause im Kreis Rothenburg.

Eine Versammlung im Breslauer Landkreis wurde polizeilich verboten.

In Niederschlesien fanden ferner noch starkbesuchte Versammlungen statt in: Görlitz, Lauban, Pangendls, Penzig, Tiefenfurt, Weiskow (am 7. Januar), Rietzchen und Krauschwitz. Bemerkenswert ist noch, daß in einer Reihe von Versammlungen Referate in polnischer und deutscher Sprache gehalten wurden. Das Proletariat protestierte in seiner Muttersprache gegen die Klassenherrschaft, zu der sich die Besitzenden aller Nationalitäten bekennen.

### Bosen.

Auf dem heiß umstrittenen Boden der Ostmark ist es wegen der ungünstigen Saalverhältnisse unmöglich gewesen, an dem Orte, an dem das gesamte übrige Proletariat Preußens in zahllosen Versammlungen für das ihm zustehende, aber hartnäckig verweigerte geheime und direkte Wahlrecht seine Stimme erhebt, dies ebenfalls zu tun. Die öffentlichen Protestversammlungen sind, soweit angängig, auf den kommenden Sonntag in den Mittagsstunden anberaumt worden. Es steht fest, daß die organisierten und aufgekärten Arbeiter in der Ostmark mit derselben Einigkeit und Entschiedenheit, wie ihre Genossen in den übrigen Provinzen Preußens ihre Rechte fordernd in dichten Scharen nach den Versammlungen ziehen werden. Auch die bisher abseits stehenden polnischen Arbeiter, Handwerker und Gewerbetreibenden werden zum großen Teil angeführt der gegen sie projektierten Ausnahmegerichte nicht zögern, Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie für die Erreichung der allerersten Volksrechte einzutreten.

Nur in 6 Städten konnten die Versammlungen bereits am Donnerstag abgehalten werden, und zwar in Bromberg, Hohenfalsa (Noworazlan), Lissa, Schornland, Kolmar, Birnbaum. Alle Versammlungen waren gut besucht, in Birnbaum z. B. von 150 Personen.

### Ostpreußen.

Auch in dieser Provinz hat der Ruf nach dem gleichen Wahlrecht begeistertsten Widerhall gefunden. In Königsberg fanden fünf überfüllte Versammlungen statt, die von nahezu 7000 Personen besucht waren. Die Säle wurden schon früh polizeilich abgesperrt. Seit acht Tagen herrscht ein echt ostpreussischer Winter. Wirbelnde Schneestürme jagen durch die Luft, und

fukhoch liegt der Schnee. Aber die Genossen schreckte das nicht ab. Diejenigen, die in den Sälen keinen Platz mehr fanden, harrten in den Straßen auf den Schluß der Versammlungen. Unsere Resolution wurde in vielen tausenden Exemplaren verteilt. Alle Hauptstraßenzüge zeigten ein bewegtes Bild. Nach Schluß der Versammlungen wurde die Marschroute angeordnet, und brausend erklang es aus tausend Kehlen: Das gleiche Wahlrecht ist das Zeichen!

Nach Schluß der Versammlung in Ludwigshof zogen die Teilnehmer in die Stadt. In der Königstraße, einer der größten Straßen der Stadt, schlossen sich die Demonstranten enger aneinander, und plötzlich erklangen spontan, ohne Kommando, ohne Vereinbarung die donnernden Hufe auf das gleiche Wahlrecht in diesem Stadtteil der Reichsten durch die Winternacht. Dem Zuge kamen jetzt die Genossen aus den anderen Stadtteilen entgegen, und vereint ging es weiter. Die Schulpforte hatten sich bisher passiv verhalten. Jetzt gaben sie ihre kluge Zurückhaltung auf. Sie bildeten eine Kette und sperrten dem Zuge den Weg. Und schon blühten die Säbel! Aber die Besonnenheit und Disziplin der Massen verhinderten Schlimmeres. Langsam und geordnet löste der Zug sich auf. Die Demonstration war gelungen. Die Polizei nahm übersichtigerweise einige Verhaftungen vor.

Auch die Versammlungen in der Provinz waren trotz des schlechten Wetters überall ausgezeichnet besucht. So in Gumbinnen (100 Personen), Insterburg, Osterode, Lissa.

### Westpreußen.

Auch in Westpreußen, dieser Provinz der buntschneidigsten Reaktion, ist die Volksempörung gegen die Dreiklassen-Sklaverei stark angeschwollen. Natürlich sorgt der ostelbisch-konervative ebenso wie der liberale „Ordnungs“-Terrorismus in seiner bekannten Unzulänglichkeit dafür, daß die westpreußischen Rechtskämpfer ihre Forderung nach politischer Gerechtigkeit nur in beschränktem Umfange zum Ausdruck bringen können.

Sowohl trotz alledem und alledem Versammlungen abzuhalten waren, hatten sie sich durchweg guten Besuches zu erfreuen. In allen Versammlungen kam denn auch der entschlossene Wille der Westpreußen, nicht länger die Geloten des Junkertums zu bleiben, zu kraftvollem Ausdruck.

In Danzig stimmten 800 Personen für das freie Volkswahlrecht. Mit der gleichen Einmütigkeit wurde von dieser Versammlung eine Resolution angenommen, die das Königsberger „Schandurteil“ als Produkt preussischer Rücksichtslosigkeit und Klassenjustiz charakterisiert.

In Thorn hatten sich über 100, in Marienwerder 150, in Passtrow 100 Männer und Frauen zum Protest gegen die Junkerherrschaft vereinigt.

Die von 300 Personen besuchte Versammlung in Elbing verlief — ebenso wie die in Graudenz — in würdigster Weise. Die Resolutionen aller Versammlungen wurden dem Ministerpräsidenten, Fürsten Bülow, sowie den betreffenden Landtagsabgeordneten telegraphisch zugestellt.

### Pommern.

Im Stettiner Landtagswahlkreis fanden 5 Versammlungen statt: drei in Stettin, je eine in Bredow und Grabow. Gesamtzahl der Besucher 4800, darunter viele Frauen. An Fürst Bülow, den Abgeordneten Broemel und an das Abgeordnetenhaus wurden Telegramme abgefaßt.

Starke Besuche Versammlungen fanden ferner statt in: Anklam, Frauendorf (Wahlkreis Randow-Greifenhagen), Kolberg, Loitz (Wahlkreis Greifswald-Grimmen), Starogard, Stolp, Swinemünde, Wolgast, Torgelow (Wahlkreis Uckermünde-Ustedom), Pasewalk, Greifswald, Stralsund, wo sich 200 Männer und Frauen zur Versammlung eingefunden hatten.

### Schleswig-Holstein.

Kiel. Trotz Hochwassers und wütendem Schneesturm, wodurch in der Stadt und auf der Förde der Verkehr vollständig unterbrochen ist, fanden hier und in den Vororten fünf stark besuchte Versammlungen statt. Der größte Saal Kiels, das Gewerkschaftshaus, war total überfüllt. Auch Frauen nahmen zahlreich teil. Die Ankündigung, daß Sonntag wiederum Versammlungen stattfinden sollen, wurde stürmisch begrüßt.

Hamburg a. E. Gewaltige Demonstration in 5 Versammlungen. 4000 Personen protestierten einmütig gegen die Dreiklassenwahlrecht. Unter den brausenden Klängen der Marschmusik hieß es: „Auf Wiedersehen am Sonntag!“ Die Massen wissen, daß es ernst wird. Auf unsere Arbeiterschaft in Hamburg und Wilhelmshafen können wir rechnen.

Altona. Das Wetter war im höchsten Grade ungünstig; trotzdem strömten große Arbeitermassen den Versammlungslokalen zu, die bald nicht nur hier, sondern auch in Ottensen und Wandsbek überfüllt waren. Unter den Besuchern befanden sich auffallend viele Frauen. Die Reden wurden überall mit Begeisterung aufgenommen. Man sieht hier in den Versammlungen nur den Anfang des Sturms.

Altona. 7000—8000 Teilnehmer.  
Kiel. 6000 Teilnehmer.  
Rendsburg. 500 Teilnehmer.  
Glücksstadt. 500 Teilnehmer.  
Eimsbörn. 750 Teilnehmer.  
Wandsbek. 2000 Teilnehmer.  
Flensburg. 800 Teilnehmer.  
Ottensen. 2000 Teilnehmer.  
Zehne. 600 Teilnehmer.  
Pinneberg. 300 Teilnehmer.

Ferner fanden Versammlungen statt in: Alt-Mahlstedt, Barmstedt, Netersen, Odesioe, Preetz, Wedel, Brunsbüttelkoog, Sande, Sonderburg, Winterbek, Lauenburg, Husum, Tönning, Elberfel, Meldorf, Eckersförde, Friedrichsdorf, Köln, Neumünster, Lockstedt, Neustadt, Langensfelde, Schiffbek, Flottbek, Nienstedten, Ahrensburg, Osdorf, Snelldorf, Blankenese, Dietrichsdorf, Reinbeck, Marne, Eidelstedt.

### Hannover.

Hannover, 9. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die sieben, durchweg stark, teilweise ungeheuer stark besuchten Versammlungen in Hannover-Vinden erbrachten den Beweis für die wachsende Empörung und Erbitterung der Arbeiterschaft über schamvolle Rechtslosigkeit im Staate. Gering geschätzt, waren an diesem unwirtlichen Winterabend 9000 bis 10000 Männer und Frauen zusammengeströmt, um für ihr Wahlrecht zu demonstrieren.

Schon lange vor der festgesetzten Zeit belebten sich in den Arbeiterquartieren die Straßen. Unabsehbare Kolonnen von Wahlrechtskämpfern zogen heran, und bald stauten sich in und vor den Lokalen schwarze Menschenmassen. Im Zentrum der Stadt, im „Ballhof“, in dessen historischem Saal über tausend Demonstranten zusammengepfert waren, redete David. Die ernste Ruhe, mit welcher die Versammlung dem Redner lauschte, löste sich zum Schluß in stürmische Kundgebungen auf, als der Versammlungsleiter Doernke die Parole ausgab, die Demonstration bereits am kommenden Sonntag mit verstärkter Energie fortzusetzen. In der Arbeiterstadt Linden, wo Drey im Lindenhof vor 1600 Personen redete, bot sich das gleiche Bild begeisterten Kampfesmutes, von bester Vorbereitungen für den Landtagswahlkampf im Lindener Wahlkreis, einem der wenigen, dessen Mandat die Arbeiterschaft auch unter dem gegenwärtigen Schandwahlrecht der Reaktion ernsthaft streitig macht. In dem Hildesheimer Wahlkreis fanden auch sieben, in der ganzen Provinz 37 Versammlungen statt.

Stadt Hannover: In 7 Versammlungen 10000 Demonstranten.  
Garburg und Wilhelmshafen: 5 Versammlungen; 4000 Personen.  
Goslar: 500 Personen.  
Lehe: 500 Personen.  
Cunden: 400 Personen.  
Hildesheim: 500 Personen.

Außerdem werden starkbesuchte Versammlungen gemeldet aus Osnabrück, Seelze, Helzen, Bramsche bei Osnabrück, Lüneburg, Buntorf, Schrie, Rieburg a. Weser, Verden, Sollau, Göttingen, Goslar, Osterholz-Scharmbe, Wulsdorf, Badenstedt, Peine, Bramfeld bei Schacht, Hann.-Münden, Einbeck, Ridlingen, Leer (Ostfriesland), Springe, Gorbßen, Burgdorf, Hovenden, Kloster Wenzigsen, Moritzberg bei Hildesheim, Blumenthal, Sarstedt, Salzdeisfurth, Gronau, Kelle, Alfeld, Hemelingen, Brinkum, Achim, Großhüden und Lesum.

### Westfalen.

Die neun Versammlungen im Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen, von etwa 3000 Personen besucht, verliefen sehr erfreulich. Die Vergleute waren fast alle verhindert infolge der Lage ihrer Schicht. Die Arbeiterschaft nimmt seit November mit viel größerem Interesse am Wahlrechtskampf teil. In Gelsenkirchen war gestern das Lokal überfüllt. In Wattenscheid wurde die Versammlung polizeilich abgesperrt. In den Fabriken und Gruben wird der Landtagsdebatte mit Spannung entgegengesehen.

Bielefeld. Zahlreiche, große, überfüllte Versammlungen, gewaltige Demonstration trotz Abreibung eines großen günstig gelegenen Saales; Tausende durchzogen die Hauptstraßen.

Minden. 500 Besucher.  
Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen. 9 Versammlungen, 3000 Personen.

Dortmund. Überfüllte Massenversammlung.  
Annen (Wahlkreis Dortmund). 600 Arbeiter in einer Nachmittagsversammlung.

Barop. 800 Demonstranten.  
Bradel. 900 Besucher.  
Hoerbe. 550 Demonstranten.  
Lütgendortmund. 800 Personen.  
Nieder-Eving. 500 Besucher.  
Hagen. 3 Versammlungen, 1000 Demonstranten.  
Unna. 500 Personen.

Außerdem fanden noch weit überfüllte und von mehreren Hundert Demonstranten besuchte Versammlungen statt in Langendreer (Wahlkreis Dortmund), Wattenscheid (Wahlkreis Bochum), Wanne (Wahlkreis Bochum), Somborn (Wahlkreis Bochum), Herne (Wahlkreis Bochum), Langerfeld (Wahlkreis Hagen), Gebelsberg, Jhringshausen, Hamm, Rätenhausen, Hausberge, Reheim, Schwelm, Haspe, Hagen und Apenborn (Kreis Hagen), Warstein (Kreis Arnberg).

### Rheinprovinz.

Köln, 9. Januar. Die sieben Volksversammlungen in Köln und Vororten waren sämtlich überfüllt. In der größten im Kölner Volkshaus redete Eduard Bernstein vor 2800 Männern und Frauen. Er schloß: Ich fordere Sie nicht zur Gewalt auf. Aber machen Sie sich so unbequem wie möglich. Kommen Sie immer wieder mit unserer Wahlrechtsforderung. Wenn das Volk will, kann es sich unbequem machen. Fällt die Entscheidung morgen nicht nach unserem Willen aus, dann wird die Wahlrechtsbewegung noch viel stärker anwachsen und unüberstehlich werden. Der Vorsitzende des sozialliberalen Vereins, Dr. Pöhlshörder, schloß sich Bernsteins Forderungen an. Er bezeichnete es als Anstandspflicht jedes freihellich gesinnten Mannes, heute gemeinsam mit den Arbeitern zu protestieren und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Preußen zu verlangen.

Essen, 9. Januar. Die erste Massenprotestversammlung gegen das preussische Wahlrecht fand abends 6 Uhr in Essen-West unweit Krupp's Fabrik statt. Kaum hatte die Krupp'sche Fabrikpfeife Feierabend geboten, als die Arbeiter scharenweise die Tore der Wohlfahrtsfirma verließen um teilzunehmen an der großen Demonstration des Proletariats. Ueber 1000 Genossen und Genossinnen hatten sich eingefunden, um andächtig den Worten des Redners zu lauschen.

Der Referent kennzeichnete u. a. auch die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ des Abgeordneten Giesberts und seine Arbeiterfreundlichkeit.

Die zweite Versammlung bei Raach in Rütterscheid begann um 8 Uhr. Anfangs war sie schwach besucht, als aber der Vorsitzende dem Referenten das Wort erteilt hatte, erscholl von draußen die Marschmusik, und massenweise strömten die Proletarier herbei, die demonstrierend, an 600 Mann stark, die Strohen vom Versammlungslokal zu Essen-West durchzogen hatten.

Die „Internationale“, von Arbeitergesangsvereinen gesungen, bildete den Schluß der imposanten Protestversammlung.

Krefeld, 9. Januar. Im Wahlkreis Düsseldorf protestierten die Arbeiter in sechs stark besuchten Versammlungen. Infolge des verlorenen Textilarbeiterstreiks hatte die große Demonstrationsversammlung der Krefelder Arbeiterschaft nicht den überaus starken Besuch zu verzeichnen, der erwartet wurde. Im Wahlkreis M.-Glabbach fanden zwei große Versammlungen statt. Mit Begeisterung lauschten überall die zahlreich Erschienen den Ausführungen der Referenten.

Elberfeld, 9. Januar. Im Bezirk Niederrhein hatte Elberfeld-Barmen vier außerordentlich besuchte Versammlungen. Lange vor Beginn wurden wegen Ueberfüllung die Säle abgesperrt. Große Massen mußten umkehren. Die Begeisterung war groß, besonders wenn von eventuell schärferen Kampfmitteln geredet wurde. Die Frauen waren sehr zahlreich vertreten. Im Wahlkreis Vennep-Kemscheid-Mettmann tagten vier, im Wahlkreis Solingen neun, im Wahlkreis Hagen-Schwelm vierzehn Versammlungen. Ueberall war ein sehr guter Besuch und vorzügliche Kampf Stimmung.

Essen. Zwei Massenversammlungen. 1800 Besucher. 600 Personen zogen demonstrierend von Essen-West nach dem Versammlungslokal in Rütterscheid.

Duisburg. 700 Besucher.  
Mühlheim (Ruhr). 600 Personen.  
Solingen. 450 Teilnehmer.  
Wülheim (Rhein). 1500 Demonstranten.  
Kemscheid. 600 Personen.  
Aßeln. 7 Versammlungen. 5400 Besucher.  
Hagen. 500 Personen.  
Ronsdorf. 400 Personen.  
Düsseldorf. 6 Versammlungen; über 2000 Teilnehmer.  
Krefeld. Massenversammlung.  
Elberfeld-Barmen. Vier Versammlungen; 4000 Besucher.

Außerdem fanden starkbesuchte, vielfach überfüllte Versammlungen statt in Barmen, Düssel, Düssel, Wald (Wahlkreis Solingen), Hochscheid (Wahlkreis Solingen), Durscheid (Wahlkreis Solingen), Ohligs (Wahlkreis Solingen), M.-Glabbach, Kuepperberg (Wahlkreis Solingen), Velbert, Enskirchen, Delbrück b. Mühlheim a. Rh., Rheidt, Düren, Bonn, Saarbrücken, Porz bei Mühlheim a. Rh., Lamsbach, Andernach, Koblenz, Erzer, Krefeld, Gräfrath, Niedrath (Kreis Solingen), Kreuznach.

### Hessen-Nassau.

Die Wahlrechtsdemonstration in Frankfurt a. M. nahm einen imposanten Verlauf. Zehn überfüllte Massenversammlungen, in die 12000 Personen zusammengeströmt waren, zeigten begeisterte Stimmung; alle sind ohne Zwischenfälle verlaufen. Die Polizei verhielt sich reserviert. Die Referate und die Resolution sowie die Telegrammabfassung fanden stürmische Zustimmung. Ueberall zeigte sich die Masse entschlossen, für ihr Wahlrecht zu kämpfen. Die Ankündigung der Sonntagsversammlungen rief Beifallsstürme hervor.

Von den bürgerlichen Parteien ließ sich in den Protestversammlungen keine Seele finden, trotzdem vor einigen Monaten die „Liberale“ gleichfalls von Protestversammlungen phantasiert hatten. Nun es Ernst wird, überlassen sie das Protestieren der Arbeiterschaft...

In Hanau demonstrieren 1000 Männer und Frauen, in Wiesbaden 600, in Höchst 400, in Kassel 800, in Friedberg 200, im Dorfe Kilianstädten 160, im 900 Einwohner zählenden Dorfe Mittelbuchen: 120, in Groß-Auheim 320, im Dorfe Bischofsheim 150.

Starke Besuche Versammlungen werden ferner gemeldet aus Rodelheim, Wickenhausen, Eschwege, Eppstein, Ried bei Hochst., Grohewitz, Harleshausen, Oshhausen, Felsenheim, Griesheim, Frieda, Immenhausen, Sandershausen, Hausen, Doernigheim, Gubenberg, Kesselstadt, Kellensen, Basse, Oberursel, Cronbach, Kellheim im Taunus, Langenselbold.

### Provinz Sachsen.

In Halle a. S. waren die Protestversammlungen im Süden und im Norden der Stadt von 3500 Personen besucht. Die Versammlungen wurden bald polizeilich abgesperrt. Viele Hunderte fanden keinen Einlaß. Ganz spontan entwickelte sich eine eindrucksvolle Demonstration. Die Massen zogen trotz des herrschenden Schneegestäubers über den Marktplatz nach dem großen Saale des Volksparks, den sie jedoch gleichfalls bereits überfüllt fanden.

Die Polizei verhielt sich ruhig, die Ordnung wurde daher nirgends gefährdet. Die Versammlungen in der Provinz waren gleichfalls überfüllt, die Stimmung begeistert. Ein Zwischenfall hat sich nicht ereignet.

Korbhausen. Große Straßendemonstration. In 2000 Personen marschierten in größter Ordnung nach zwei Versammlungslokalen. Die Resolution fand stürmische Zustimmung.

Erfurt. Zweitausend Personen demonstrieren in begeisterter Kampf Stimmung. Überfüllte Versammlung. Redakteur Demmig referierte. Große Begeisterung, als er betonte, es können noch andere Kampfmittel kommen. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Am Sonntag finden wiederum drei Versammlungen statt. Starke Polizeiaufgebot, jedoch kein Zwischenfall. Ueberall herrscht entschlossener Ernst.

Magdeburg. Trotz Schneewehen war die Versammlung von 2000 Personen besucht. Die Resolution wurde einstimmig angenommen und Telegramme an Bülow und den Landtagsabgeordneten des Kreises abgefaßt. Unter den Versammelten herrschte erste Kampf Stimmung.

Im Regierungsbezirk Magdeburg fanden ebenfalls mehrere Versammlungen statt. Wie telegraphisch gemeldet wird, nahmen in Thale 500, in Odenstedt 400, in Cracau 200, in Barleben 150 Personen teil.

Ferner fanden Versammlungen statt in: Annaburg (150 Personen), Raumburg (150 Personen), im Dorfe Hühnsdorf (65 Personen), Aischersleben 500, Quedlinburg 500, Kalbe 550, Stendal 700, Tangermünde 600, Weißenfels 550, Mühlhausen 700, Halberstadt 550, Schönebeck 500, Dorf Rottensee 75, Barleben, Alstedden, Burg (bei Magdeburg), Altenglau, Neuhaldenleben, Reichensachsen, Gommern, Bernigerode, Albrecht (bei Erfurt), Zeitz, Delitzsch, Eisleben, Vitterfeld, Staßfurt, Wehlar, Lauterberg, Gilsberg, Sangerhausen.